A5800F

IWK

Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

13. JAHRGANG, MÄRZ 1977, HEFT 1

HEINZ-DIETER KITTSTEINER: „Logisch" und „Historisch". Über Differenzen des Marxschen und Engelsschen Systems der Wissenschaft. (Engels' Rezension „Zur Kritik der Politischen Ökonomie" von 1859)

JEAN H. QUARTAERT: Feminist Tactics in German Social Democracy: A Dilemma

JOHANN DIETRICH VON PEZOLD: Untersuchungen zur Geschichte der Organisationen der Arbeiterbewegung in Niedersachsen nach 1945. Ein Forschungsprojekt

REINHOLD RUPP: Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Generallandesarchiv Karlsruhe. Teil 2

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONS-VORHABEN

NEUE LITERATUR * TAGUNGSBERICHTE

HISTORISCHE KOMMISSION ZU BERLIN

Beihefte zur Internationalen wissenschaftlichen Korrespondenz
zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK)
Herausgegeben von Henryk Skrzypczak

BEIHEFT 1

Hedwig Wachenheim

VOM GROSSBÜRGERTUM ZUR SOZIALDEMOKRATIE
Memoiren einer Reformistin

Für den Druck bearbeitet von Susanne Miller
XI, 155 Seiten Snolinbroschur DM 19,–

BEIHEFT 2

DIE FRÜHSOZIALISTISCHEN BÜNDE IN DER GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG
Vom „Bund der Gerechten" zum „Bund der Kommunisten" 1836-1847. Ein Tagungsbericht

Bearbeitet und herausgegeben von Otto Büsch und Hans Herzfeld in Verbindung mit Stefi Jersch-Wenzel, Monika und Wolfgang Wölk

Mit Beiträgen von Frolinde Balser, Jürgen Bergmann, Otto Büsch, Jacques Droz, Walter Grab, Jacques Grandjonc, Georges Haupt, Karin Hausen, Hans Herzfeld, Horst Lademacher, Peter Lösche, Shlomo Na'aman, Rudolf Neck, Hans Pelger, Gerhard A. Ritter, Reinhard Rürup, Francis Sartorius, Ernst Schraepler, Jean Stengers, Klaus Tenfelde

XVI, 208 Seiten Snolinbroschur DM 48,–

Die in vorliegendem Tagungsbericht zusammengefaßten Referate, Beiträge und Kommentare wurden im Juni 1973 von den Teilnehmern eines international zusammengesetzten zweitägigen Symposions in Berlin vorgetragen und diskutiert.

BEIHEFT 3

Dirk H. Müller

IDEALISMUS UND REVOLUTION
Zur Opposition der Jungen gegen den Sozialdemokratischen Parteivorstand 1890-1894

VIII, 186 Seiten Snolinbroschur DM 44,–

BEIHEFT 4

Shlomo Na'aman

VON DER ARBEITERBEWEGUNG ZUR ARBEITERPARTEI
Der fünfte Vereinstag der deutschen Arbeitervereine zu Nürnberg im Jahre 1868. Eine Dokumentation

XII, 184 Seiten Snolinbroschur DM 39,–

COLLOQUIUM VERLAG BERLIN

IWK Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak
Wissenschaftlicher Beirat: Helga Grebing, Peter Lösche, Erich Matthias, Hans Mommsen, Hans-Josef Steinberg und Hermann Weber

Inhalt

HEINZ-DIETER KITTSTEINER: „Logisch" und „Historisch". Über Differenzen des Marxschen und Engelsschen Systems der Wissenschaft. (Engels' Rezension „Zur Kritik der Politischen Ökonomie" von 1859) . . . . . S. 1

JEAN H. QUARTAERT: Feminist Tactics in German Social Democracy: A Dilemma . . . . . S. 48

JOHANN DIETRICH VON PEZOLD: Untersuchungen zur Geschichte der Organisationen der Arbeiterbewegung in Niedersachsen nach 1945. Ein Forschungsprojekt . . . . . S. 66

DIRK H. MÜLLER: Die 12. Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung in Linz vom 14.-18. September 1976: Das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften vor 1917; Methodologische Probleme der Geschichtsschreibung der Gewerkschaften bis 1917 . . . . . S. 69

HEINRICH VOLKMANN: Streikbedingungen und Streikentwicklung in Deutschland 1860 – 1933 . . . . . S. 75

REINHOLD RUPP: Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Generallandesarchiv Karlsruhe. Teil 2 . . . . . S. 76

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete (31). Bearbeitet von Ursel Fadle . . . . . S. 102

NEUE LITERATUR

Karl Marx und Friedrich Engels, Gesamtausgabe (MEGA), Zweite Abteilung: „Das Kapital" und Vorarbeiten; Bd. 1: Karl Marx, Ökonomische Manuskripte 1857/58, Buch 1; Bd. 3: ders., Zur Kritik der politischen Ökonomie (Manuskript 1861 – 1863), Buch 1, Berlin 1976 *(Fred E. Schrader)* . . . . . S. 113

Manfred Buhr, Manfred Hahn u.a. (Hrsg.), Theoretische Quellen des wissenschaftlichen Sozialismus, Frankfurt/M. 1975 *(Alexander Brandenburg)* . . . . . S. 117

1/77
März

Ursula Koch, Bürgerliche und sozialistische Forschungsmethoden? Frankfurt/M. und New York 1976; Horst Röder, Abschied vom Klassenbegriff? Opladen 1972 *(Volker Gransow)* . . . . . S. 118

Dörte Willrodt-von Westernhagen, Recht und soziale Frage. Die Sozial- und Rechtsphilosophie Anton Mengers, Hamburg 1975 *(Heidrun Maschl)* . . . . . S. 120

Edmund Silberner, Johann Jacoby. Politiker und Mensch, Bonn-Bad Godesberg 1976 *(Walter Grab)* . . . . . S. 120

Kenneth R. Calkins, Hugo Haase. Demokrat und Revolutionär, Berlin 1976 *(Hagen Schulze)* . . . . . S. 123

Stephen F. Cohen, Bukharin and the Bolshevik Revolution, New York 1973 *(David Barclay)* . . . . . S. 125

Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Gesellschaft, Parlament und Regierung, Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland, Düsseldorf 1974 *(Christian Fenner)* . . . . . S. 127

Eckard Brockhaus, Zusammensetzung und Neustrukturierung der Arbeiterklasse vor dem ersten Weltkrieg, München 1975 *(Hans-Otto Regenhard)* . . . . . S. 129

Hans Manfred Bock, Geschichte des 'linken' Radikalismus in Deutschland, Frankfurt/M. 1976 *(Frank Dingel)* . . . . . S. 131

Rainer Skiba und Hermann Adam, Das westdeutsche Lohnniveau zwischen den beiden Weltkriegen und nach der Währungsreform, Köln 1974 *(Gerhard Beier)* . . . . . S. 133

Otto Büsch und Hans Herzfeld (Hrsg.), Die frühsozialistischen Bünde in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1975 *(Alexander Brandenburg)* . . . . . S. 134

Antje Gerlach, Deutsche Literatur im Schweizer Exil. Die politische Propaganda der Vereine deutscher Flüchtlinge und Handwerksgesellen in der Schweiz von 1833 bis 1845, Frankfurt/M. 1975 *(Jaques Grandjonc)* . . . . . S. 136

Eberhard Naujoks, Die parlamentarische Entstehung des Reichspressegesetzes 1848/74, Düsseldorf 1976; Hans Wolfgang Wetzel, Presseinnenpolitik im Bismarckreich (1874-1890), Bern und Frankfurt/M. 1975 *(Bodo Rollka)* . . . . . S. 138

Horst Bartel u.a., Der Sozialdemokrat 1879 – 1890, Berlin 1975; Gustav Seeber und Heinz Wolter (Hrsg.), Monarchen und Minister. Sozialdemokratische Publizistik gegen Monarchismus und Volksbetrug, Berlin 1974 *(Cora Stephan)* . . . . . S. 140

Heinrich Hansmeyer (Hrsg.), Kommunale Finanzpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart u.a. 1973 *(Jürgen Reulecke)* . . . . . S. 142

Walter A. Berendsohn, Die humanistische Front. Einführung in die deutsche Emigranten-Literatur, T. 2, Worms 1976; Gerhard Roloff, Exil und Exilliteratur in der deutschen Presse 1945-1949, Worms 1976; John M. Spalek und Joseph Strelka (Hrsg.), Deutsche Exilliteratur seit 1933; Bd. 1: Kalifornien, 2 Teile, Bern und München 1976 *(Bodo Rollka)* . . . . . S. 144

Die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Bildern und Dokumenten. Hrsg. vom IML beim ZK der SED, Berlin 1976 *(Peter Brandt)* . . . . . S. 147

Gerhard Beier, Der Demonstrations- und Generalstreik vom 12. November 1948, Frankfurt/M. und Köln 1975 *(Peter Brandt)* . . . . . S. 149

Joachim Hütter, SPD und nationale Sicherheit, Meisenheim 1975 *(Diethelm Prowe)* . . . . . S. 150

Tilman Fichter und Eugen Eberle, Kampf um Bosch. Eine dokumentarische Untersuchung der KPD-Betriebspolitik nach 1945 am Beispiel Bosch, Berlin 1974 *(Peter Brandt)* . . . . . S. 151

BERICHTIGUNGEN UND ERGÄNZUNGEN . . . . . S. 153

Autoren dieses Heftes:

Heinz-Dieter Kittsteiner, Doktorand am Fachbereich 11 (Philosophie und Sozialwissenschaften) der Freien Universität Berlin, Treuchtlinger Str. 1, 1000 Berlin 30.

Dr. Johann Dietrich von Pezold, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialgeschichte Braunschweig, Fritjof-Nansen-Weg 21, 3400 Göttingen.

Dr. Jean H. Quartaert, Assistant Professor am North Harris County College, Houston, 4364 Harvest Lane, Houston, Texas, USA.

Reinhold Rupp, Archivinspektor beim Generallandesarchiv Karlsruhe, Damaschkestr. 3, 7505 Ettlingen.

Dr. Heinrich Volkmann, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Hittorfstr. 2-4, 1000 Berlin 33.

ISSN 0046-8428
INTERNATIONALE WISSENSCHAFTLICHE KORRESPONDENZ ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG (Zitierweise: IWK)

Redaktion: Gerhard Beier, Ursel Fadle, Gunter Krüschet (verantw.), Peter Lösche, Walter Momper, Dirk H. Müller.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: Kirchweg 33, 1 Berlin 38, Tel.: 030/803 10 61.

Die mit dem Verfassernamen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder. Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare übernimmt die Redaktion keinerlei Haftung. Für alle Beiträge behält sich die Historische Kommission alle Rechte vor, auch die Rechte des Nachdrucks, der Übersetzung in fremde Sprachen sowie der fotomechanischen Wiedergabe.
Gerichtsstand: West-Berlin.

Die IWK wird von der Historischen Kommission zu Berlin ausgegeben und erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember).
Preis: Einzelheft DM 10,50 (Studenten, andere Auszubildende und Arbeitslose DM 7,–), Jahresabonnement DM 42,– (Studenten, andere Auszubildende und Arbeitslose DM 28,–), zuzüglich Porto und Verpackung, Zahlung nach Erhalt unserer Rechnung auf das Postscheckkonto Historische Kommission – Sonderkonto L, Nr. 215515 - 105, beim Postscheckamt Berlin-West. Das Abonnement kann mit einer Frist von 6 Wochen zum Ende des Geschäftsjahres (IWK-Jahrgang) gekündigt werden. Andernfalls verlängert sich das Abonnement automatisch um ein weiteres Geschäftsjahr (IWK-Jahrgang). Von den älteren Heften sind noch lieferbar die Nummern 5, 7, 8, 13-19/20, und Jg. 10 (1974) ff. Nachdrucke vergriffener Hefte sind geplant. Ein Gesamtinhaltsverzeichnis für die Hefte 1-10 geben wir kostenlos ab.

Diesem Heft liegt ein Prospekt des Peter Hammer Verlags, Wuppertal, bei. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

Gedruckt mit Unterstützung des Senators für Wissenschaft und Kunst, Berlin.
Gesamtherstellung: Union Presse Hass & Co., Spanische Allee 92, 1000 Berlin 38.

„LOGISCH" UND „HISTORISCH". ÜBER DIFFERENZEN DES MARXSCHEN UND ENGELSSCHEN SYSTEMS DER WISSENSCHAFT. (ENGELS' REZENSION „ZUR KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE" VON 1859)

Von Heinz-Dieter Kittsteiner

In Heft 4/74 erschien in der IWK ein Versuch des Verf. zur Kritik einiger Kategorien der marxistisch-leninistischen Geschichtsmethodologie. Darin wurde die These vertreten, daß „Objektivität" und „Parteilichkeit" nicht in der für die Geschichtswissenschaft der DDR konstitutiven Weise zusammenzudenken sind, sondern daß vielmehr jene methodische Form der „Parteilichkeit" die Erkenntnis der gesellschaftlichen Totalität verunmöglicht und damit zugleich eine objektive Rekonstruktion der Geschichte verhindert. Was die Genesis dieser Geschichtsauffassung anbetrifft, so war hinsichtlich des anscheinend „Objektivität" verbürgenden Gesetzesbegriffs auf eine Traditionslinie aufmerksam zu machen, die über Lenin auf Engels zurückführt und die sich von der Marxschen Konzeption historischer Gesetzmäßigkeit unterscheidet.[1] Die Betonung dieser Differenz wurde in einer Broschüre von Hans Schleier – der im übrigen mit der Grundposition, überhaupt nach einer möglichen Objektivität in der Geschichtswissenschaft zu fragen, durchaus übereinstimmt – mit dem Verweis auf ein einfaches Denkverbot abgetan: man darf keine „Divergenz zwischen marxistischer und marxistisch-leninistischer Theorie, zwischen Marx und Engels" postulieren.[2] Dieses Gebot ist, wie ein Sammelband zum 150. Geburtstag von Friedrich Engels zeigt, politisch begründet: „Sie [die Kritik an Engels] ist ihrem Wesen nach Kritik an Lenin und am Leninismus. Man sagt Engels und meint Lenin. Wie die Marxismus-Kritik in ihrer Gesamtheit, so ist auch die Engelsverfälschung in ihrem politischen und ideologischen Sinn ganz wesentlich ein Angriff auf Theorie und Praxis des Leninismus."[3] Offenbar haben bestimmte Auffassungen von Engels ein erhebliches Gewicht für das Selbstverständnis des real existierenden Sozialismus erlangt; nur so wird verständlich, warum eine Problematisierung des theoretischen Verhältnisses von Marx und Engels auf eine geschlossene Abwehr stößt. Wir wollen versuchen, einen Weg einzuschlagen, an dessen Ende sich ein Ausblick auf diesen Zusammenhang zwischen Philologie, Philosophie, Geschichte, Ökonomie und Politik eröffnet.

Ältere und neuere Engels-Kritik

Aus der Sicht des westlichen Marxismus mag eine solche Kritik überflüssig erscheinen, denn die „Debatte um Engels" ist nicht eben neu.[4] Mit der in den späten 60er und frühen 70er Jahren wieder aufgenommenen Rezeption der Marxschen „Kritik der politischen Ökonomie" haben sich aber ihre Akzente verlagert. Standen früher – zumal vor dem Hintergrund einer einseitigen Überbewertung der Marxschen Frühschriften – die Probleme einer Naturdialektik

1 Heinz-Dieter Kittsteiner, *Bewußtseinsbildung, Parteilichkeit, dialektischer und historischer Materialismus. Zu einigen Kategorien der marxistisch-leninistischen Geschichtsmethodologie,* in: *IWK*, Jg. 10 (1974), H. 4, S. 425 ff.

2 Hans Schleier, *Theorie der Geschichte – Theorie der Geschichtswissenschaft. Zu neueren theoretisch-methodologischen Arbeiten der Geschichtsschreibung in der BRD* (= Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie 60), Frankfurt/M. 1975, S. 106, Anm. 229.

3 Vera Wrona, *Friedrich Engels und die bürgerliche „Marxkritik"*, in: Alfred Kosing und Friedrich Richter (Hrsg.), *Philosoph der Arbeiterklasse. Friedrich Engels 1820-1970*, Berlin 1971, S. 84 f.

4 Hartmut Mehringer und Gottfried Mergner, *Debatte um Engels*, 2 Bde, Hamburg 1973.

im Vordergrund, so sind jetzt Differenzen in der Geschichtsauffassung selbst sichtbar geworden. Diese Verlagerung bedeutet aber keinen Abbruch der Kontinuität der Auseinandersetzung, denn auch die Frage, ob es in der Natur „dialektisch" zugehe, zielte nicht primär auf die Natur, sondern immer auf die Geschichte.

Als Georg Lukács 1923 den Standpunkt des „orthodoxen Marxismus" an „einzelnen Punkten sogar gegen Engels" vertrat, so tat er dies nicht, um vorrangig dessen Naturdialektik zu widerlegen. [5] Seine von seiten des Parteikommunismus hervorgehobene Anmerkung, Engels habe, dem falschen Beispiel Hegels folgend, die dialektische Methode auch auf die Natur ausgedehnt, wird erst verständlich im Kontext des „Verdinglichungsaufsatzes" und dort im Zusammenhang mit seinem Einwand gegen die Abbildtheorie: diese scheint ihm eine Dualität von Denken und Sein zu erhärten, die durch den Standpunkt des Proletariats, dem endlich gefundenen identischen Subjekt-Objekt des historischen Prozesses, überwunden werden soll. [6] Lukács hat sich von diesem durch Fichte aktivierten Hegelianismus später selbst distanziert; es geht hier auch gar nicht darum, daß er seine Kritik an Engels im Zusammenhang mit einer idealistischen Geschichtskonzeption vorgebracht, sondern daß er sie als politisches Problem seiner Gegenwart begriffen hat. Gleiches gilt für Karl Korsch. Seine Kritik am verknöcherten Leninismus der 20er Jahre hat die Naturdialektik im Visier, weil sie prototypisch steht für eine Verlagerung der Dialektik ins Objekt, dessen Selbstbewegung vom subjektiven Bewußtsein nur noch auf dem Wege der Widerspiegelung registriert werden kann. [7]

Von zentraler Bedeutung war demnach allein die Frage, wie überhaupt eine Denkform entstehen konnte, die evolutionär-dialektisch interpretierte Naturvorgänge als „Probe" für eine bestimmte Verlaufsform des historischen Prozesses betrachtete. Als integraler Bestandteil der Geschichte der Arbeiterbewegung sind solche Vorstellungen in zwei historischen Konstellationen aufgetreten, auf deren ähnliche geistige Grundhaltung bereits Korsch aufmerksam gemacht hat: [8] erstmals zur Zeit der Zweiten Internationale [9] und dann wieder mit dem Rückschlag der revolutionären Bewegung in Mittel- und Westeuropa, auf die die russische Oktoberrevolution gehofft hatte. [10] Bei aller Verschiedenheit hat die Erwartung der alten Sozialdemokratie auf einen „naturgesetzlichen" Niedergang des Kapitalismus und der Kraftakt Stalins, den Sozialismus in einem Lande aufzubauen, ein Gemeinsames: beide verlangen vom Proletariat die Einordnung in einen als in sich sinnvoll ausgegebenen, nach unverrückbaren Naturgesetzen sich vollziehenden historischen Prozeß. Die eine Phase ist vom Denken

5 Georg Lukács, *Geschichte und Klassenbewußtsein. Studien über marxistische Dialektik*, Berlin (1923), S. 7 und S. 17, Anm. 1. – Zur Kritik an Lukács vgl. Abram Deborin, *Lukács und seine Kritik des Marxismus*, in: Oskar Negt (Hrsg.), *Abram Deborin/Nikolai Bucharin, Kontroversen über dialektischen und mechanistischen Materialismus*, Frankfurt/M. 1969, S. 189 ff.

6 Georg Lukács, *Geschichte und Klassenbewußtsein*, S. 216 ff.

7 Karl Korsch, *Marxismus und Philosophie*, hrsg. von Erich Gerlach, Frankfurt/M. 1966, S. 61 f.

8 *A.a.O.*, S. 68 ff. Auf Ähnlichkeiten verweist auch Charles Bettelheim, *Die Klassenkämpfe in der UdSSR*, Bd. 1, 1917-1923, Berlin 1975, S. 40.

9 Hans-Josef Steinberg, *Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem 1. Weltkrieg* (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung), Hannover, 2. Aufl., 1969, v.a. S. 43 f. und S. 60 ff. – Vgl. auch Lucio Colletti, *Bernstein und der Marxismus der Zweiten Internationale*, Frankfurt/M. 1971. – Bei Colletti ist nur die Entwicklung der Fragestellung interessant, ihre Durchführung ist stark neukantianisch eingefärbt.

10 Oskar Negt, *Marxismus als Legitimationswissenschaft. Zur Genese der stalinistischen Philosophie*, in: ders. (Hrsg.), *Abram Deborin/Nikolai Bucharin. Kontroversen über dialektischen und mechanistischen Materialismus*, Frankfurt/M. 1969.

Engels' selbst geprägt, die andere zitiert ihn. Die Kritik der 50er und 60er Jahre – Fetscher,[11] Merleau-Ponty,[12] Marcuse[13] und Alfred Schmidt[14] – hat auf diesen politischen Gehalt der „Naturdialektik" stets verwiesen. Den abschließenden Begriff lieferte Oskar Negt in „Marxismus als Legitimationswissenschaft". Hier setzt die neuere Linie der Engels-Kritik an. Sie geht aber, um zur Geschichte zu kommen, nicht den Umweg über die Natur, sondern sie basiert auf der „Kritik der politischen Ökonomie" von Marx selbst.

Daß das „Kapital" nicht als eine „historische" Darstellung zu lesen ist, sondern eine „systematische" Abfolge der Kategorien gibt, in der der innere Zusammenhang der ökonomischen Formen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse dargestellt wird, ist eine der wesentlichen Einsichten der neueren Marx-Rezeption. Ihr wird von Marxisten-Leninisten traditioneller Prägung die Einheit von systematischen und historischen Gesichtspunkten entgegengehalten – und zwar zumeist mit einem Hinweis auf Engels. Dieses zur Erläuterung der Methode der „Kritik der politischen Ökonomie" herangezogene Engels-Zitat findet sich in seiner Rezension des 1859 erschienenen ersten Heftes des Marxschen Hauptwerkes. Es betrifft die „logische" bzw. „historische" Behandlungsweise der ökonomischen Kategorien und Engels' Sprachgebrauch folgend, hat sich die Rede vom „Logischen" und „Historischen" in der Methode der „Kritik der politischen Ökonomie" eingebürgert.[15] Wir folgen diesem Sprachgebrauch, obwohl er mehr Probleme verstellt als lösen hilft.

Für Marxisten-Leninisten geht die Berufung auf Engels nicht ohne Schwierigkeiten ab, denn seine Aussage zur dialektischen Methode ist nur unter einigen Mühen mit der Marxschen Auffassung in Einklang zu bringen.[16] Nach Engels bilden „Logisches" und „Historisches" eine Einheit;[17] nach Marx[18] bilden sie aber auch ebenso *keine* Einheit – ein Umstand, der viele Autoren zu der Versicherung veranlaßt, ihre Einheit sei in sich widersprüchlich, eben echt

11 Iring Fetscher, *Karl Marx und der Marxismus. Von der Philosophie des Proletariats zur proletarischen Weltanschauung*, München 1967.

12 Maurice Merleau-Ponty, *Die Abenteuer der Dialektik*, Frankfurt/M. 1968.

13 Herbert Marcuse, *Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus*, Neuwied und Berlin 1964.

14 Alfred Schmidt, *Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx* (= Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Bd. 11), Frankfurt/M. 1962.

15 So z.B. der Obertitel zu: *Das Argument*, Nr. 84, Jg. 16 (1974), H. 1/2: *Zum Verhältnis von Logischem und Historischem*.

16 Nur die oberflächlichste Darstellung bringt es zu einer völligen Einheit von Marx und Engels. So z.B. Alexander Malysch, *Friedrich Engels' Beitrag zur Ausarbeitung des Gegenstandes und der Methode der politischen Ökonomie*, in: *Friedrich Engels 1820-1970. Referate-Diskussionen-Dokumente* (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 85), Hannover 1971, S. 58.

17 „Die Einheit von Logischem und Historischem ist ein wichtiges methodologisches Prinzip der materialistischen Dialektik, das von großer Bedeutung für alle Wissenschaften ist." Heinz Malorny, *Zum Problem des Verhältnisses von Logischem und Historischem*, in: *Die aktuelle philosophische Bedeutung des ‚Kapital' von Karl Marx*, hrsg. von Georg Mende und Erhard Lange, Berlin 1968, S. 90.

18 „So sehr also Marx die Einheit von Logischem und Historischem beachtet, so verabsolutiert er sie doch nicht zur Identität, wie dies Hegel sehr weitgehend tat. Er scheut sich nicht, bei der logischen Behandlung eines Problems einen dem historischen Verlauf direkt entgegengesetzten Weg einzuschlagen, wenn dies im Interesse der Sache erforderlich ist, wenn dies der Erreichung des Zieles, die gesetzmäßigen Beziehungen innerhalb der entfalteten Struktur des Kapitalismus aufzudecken, dienlich ist." Heinz Malorny, *Zum Problem des Verhältnisses von Logischem und Historischem*, S. 105.

dialektisch. Differenziertere Interpretationen räumen ein, daß hier ein Problem liegt [19] und verweisen auf bestimmte Unterschiede der Marxschen und Engelsschen Auffassung.[20] Wie weit diese Unterschiede gehen und wo sie zu suchen sind, darüber herrscht auch bei westlichen Marxisten keineswegs Übereinstimmung. Zumeist wird, wenn auch mit je verschiedener Begründung, die *Differenz* der Positionen von Marx und Engels betont, so bei Helmut Reichelt [21] und Hans-Georg Backhaus. [22] Andere registrieren zwar das Problem, beziehen aber nicht eindeutig Stellung [23] oder versuchen sich an einer kurzgefaßten Versöhnung. [24] Wieder andere geben sich in der Engels-Verteidigung päpstlicher als der Papst. [25] Alle Beteiligten an der Kontroverse sind sich indes bewußt, daß die Frage nach der Einheit des „Logischen" und „Historischen" ein zentrales Thema der Marx-Interpretation darstellt, das erhebliche praktische und politische Konsequenzen hat. [26] Auf zwei Bereiche dieser Konsequenzen wollen wir hinweisen: zum einen betrifft die Klärung dieses Problems die Arbeit des sich an Marx orientierenden Historikers unmittelbar, zum andern zeigt sich, daß das herrschende Selbstverständnis des Marxismus-Leninismus, wie es uns aus den Produkten der Geschichtsschreibung der DDR wertend entgegentritt, aus einer bestimmten Auffassung des Verhältnisses von „Logischem" und „Historischem" ableitbar ist. Die Volksdemokratien Osteuropas bezeichnen sich als sozialistisch, weil dort der „Grundwiderspruch" des Kapitalismus, der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung aufgehoben sei. Diesen Widerspruch hat Marx in dieser Weise nie formuliert; er geht auf den „Anti-Dühring" zurück und setzt eine historisierende Auffassung vom „Umschlag des Aneignungsgesetzes" voraus. Insofern erweist sich Engels' Annahme einer Einheit des „Logischen" und „Historischen" als der theoretische Kern dieses „Grundwiderspruchs"; ihre Analyse muß daher am Anfang der Kritik stehen.

19 „Marx erklärt direkt, daß vom Standpunkt der inneren Gliederung der bürgerlichen Gesellschaft die Beziehung zwischen den Kategorien des industriellen Kapitals und der Kategorie der Grundrente (fügen wir noch das Handels- und Wucherkapital hinzu) ‚genau das umgekehrte von dem ist, was als ihre naturgemäße erscheint oder der Reihe der historischen Entwicklung entspricht.' Man kann an diesen Tatsachen nicht vorbeigehen und behaupten, daß es hier zwischen dem Logischen und den Historischen überhaupt keinen Widerspruch gebe, wie es manche tun." M. M. Rosental, *Die dialektische Methode der politischen Ökonomie von Karl Marx*, Berlin 1969, S. 480.

20 Jindřich Zelený, *Die Wissenschaftslogik bei Marx und „Das Kapital"*, Frankfurt/M. und Wien 1968, S. 57 ff. und S. 107 f.

21 Helmut Reichelt, *Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx*, Frankfurt/M. 1970, S. 254 ff.

22 Hans-Georg Backhaus, *Materialien zur Rekonstruktion der Marxschen Werttheorie 2*, in: *Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 3*, Frankfurt/M. 1975, S. 139 ff.

23 Veit-Michael Bader u.a., *Krise und Kapitalismus bei Marx*, 2 Bde, Frankfurt/M. 1975, Bd. 1, S. 84 f.

24 Joachim Bischoff, *Gesellschaftliche Arbeit als Systembegriff. Über wissenschaftliche Dialektik*, Westberlin 1973, S. 110 f. – Eine differenziertere Darstellung gibt: Projektgruppe zur Kritik der politischen Ökonomie, *Zur Logik des Kapitals*, Westberlin, 2. Aufl., 1973, S. 26 ff.

25 Klaus Holzkamp, *Die historische Methode des wissenschaftlichen Sozialismus und ihre Verkennung durch J. Bischoff*, in: *Das Argument*, Nr. 84, Jg. 16 (1974), H. 1/2.

26 *Klaus Holzkamp als Marxist-Leninist*, in: Projekt Klassenanalyse, *Kleinbürgerlicher oder wissenschaftlicher Sozialismus*, Westberlin 1974, S. 65.

Ein Briefwechsel aus dem Jahre 1859

Wird eine theoretische Differenz zwischen Marx und Engels sichtbar, muß zunächst die Frage erlaubt sein, ob Engels jederzeit in der Lage war, eine der Sache angemessene Aussage über die Methode der „Kritik der politischen Ökonomie" zu machen. Damit wird nicht Marx gegen Engels ausgespielt, wohl aber der Versuch kritisiert, Engels als gleichrangigen theoretischen Kopf neben Marx zu stellen. In diesem Bemühen sind erhebliche Fortschritte zu verzeichnen: konnte z.B. Rjazanov 1928 den „Anti-Dühring" noch als eine politische Kampfschrift würdigen, deren Bedeutung vor allem im Zusammenhang mit dem theoretischen Zustand der Sozialdemokratie zu verstehen sei,[27] so ist für die Herausgeber der MEW der „Anti-Dühring" seiner Entstehungsgeschichte längst entwachsen. Er wird zu einem philosophischen Werk stilisiert, in dem die klassische Formulierung grundlegender Leitsätze gegeben und eine Reihe prinzipieller Fragen der marxistischen Theorie ausgearbeitet werde.[28] Ist eine Verwandlung von zeitgebundenen Schriften in Ewigkeitswerte[29] schon bei einem Werk vom Range des „Anti-Dühring" bedenklich, so trifft dies weit mehr noch auf Gelegenheitsarbeiten zu. Als eine solche muß aber Engels' Rezension betrachtet werden; sie ist keineswegs die kongeniale Äußerung zur Methode der „Kritik der politischen Ökonomie", als die sie zumeist zitiert wird, sondern der Briefwechsel zwischen Marx und Engels weist sie eher als ein Verlegenheitsprodukt aus.

Marx benötigte dringend eine Besprechung für sein im Juni 1859 bei Duncker erschienenes Buch, nicht nur, weil er befürchtete, von der Fachwelt totgeschwiegen zu werden, sondern weil das erste Heft der „Kritik" auch in den eigenen Reihen auf völlige Verständnislosigkeit zu treffen drohte.[30] Nach Lage der Dinge konnte nur Engels diese Arbeit machen; Marx lehnte ein Anerbieten Biskamps ausdrücklich ab, das Buch in seinem Londoner Emigrantenblatt „Das Volk" selbst zu annoncieren – „weil er nichts von der Sache versteht" – und bat Engels, die Rezension zu übernehmen.[31] Es ist also durchaus nicht so, daß Engels die Besprechung aus freien Stücken geliefert hätte, wie Leontjew in seiner Darstellung nahelegt;[32] es bedurfte vielmehr einigen Drängens von Marx,[33] ehe er sich mit der Bemerkung bereit erklärte, das sei eine Arbeit, von der er etwas früher hätte benachrichtigt werden müssen.[34] Als er schließlich am 3.8.1859 den ersten Teil ablieferte, fügte er hinzu: „Hierbei der Anfang des Artikels über Dein Buch. Sieh es genau durch, und wenn es Dir in toto nicht gefällt, so zerreiß es und schreib mir Deine Meinung. Ich bin aus dieser Art Schriftstellerei durch Mangel an Übung so her-

27 David B. Rjazanov, *Fünfzig Jahre Anti-Dühring*, in: *Unter dem Banner des Marxismus*, Jg. 2 (1928), v.a. S. 466 ff. und S. 480 ff.

28 Karl Marx und Friedrich Engels, *Werke*, hrsg. vom IML beim ZK der SED (künftig zitiert: *MEW*), Berlin 1961 ff., Bd. 20, S. IX.

29 Vgl. dazu Roman Rosdolsky, *Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen ‚Kapital'. Der Rohentwurf des ‚Kapital' 1857-58*, 2 Bde, Frankfurt/M. 1968, Bd. 2, S. 675 ff.

30 Marx an Engels, Brief vom 22.7.1859, in: *MEW*, Bd. 29, S. 463.

31 Marx an Engels, Brief vom 19.7.1859, in: *a.a.O.*, S. 460.

32 L. A. Leontjew, *Engels und die ökonomische Lehre des Marxismus*, Berlin 1970, S. 280.

33 „Du hast vergessen, mir zu schreiben, ob Du eine Notiz über meine Schrift machen willst. Der Jubel unter den Kerls ist hier sehr groß. Sie glauben, die Sache sei durchgefallen, *weil* sie nicht wissen, daß Duncker es bisher noch nicht einmal angezeigt" Marx an Engels, Brief vom 22.7.1859, in: *MEW*, Bd. 29, S. 463.

34 Engels an Marx, Brief vom 25.7.1859, in: *a.a.O.*, S. 464.

aus, daß Deine Frau über meine Unbeholfenheit sehr lachen wird. Kannst Du es zurechtmachen, so tu es."[35] Ob Marx der Aufforderung Engels' zur Überarbeitung nachgekommen ist, könnte nur anhand des Manuskripts geklärt werden.[36] Zumindest hat er ihm nicht seine „Meinung" gesagt;in den nachfolgenden Briefen findet sich nicht eine einzige inhaltliche Bemerkung zu der Artikelserie. Von den drei geplanten Teilen sind übrigens nur zwei fertiggeworden, weil mit der Ausgabe vom 20.8.1859 „Das Volk" sein Erscheinen aus Geldmangel einstellte. Laut Angabe der MEW-Herausgeber existiert aber auch für einen dritten Teil kein Manuskript.[37]

Obwohl dieser Briefwechsel nicht überbewertet werden soll, vermittelt er doch den Eindruck, daß Marx seinem Freunde eine Arbeit aufnötigte, für die sich Engels nicht recht kompetent fühlte. Diese Einschätzung läßt sich anhand der Schwerpunkte, die Marx gesetzt wissen wollte, näher differenzieren: der Bitte, kurz über die Methode zu schreiben, ist Engels ausführlich nachgekommen. Dagegen mangelt es – selbst wenn man die Unvollständigkeit des Artikels berücksichtigt – an Verweisen auf den Zusammenhang der Marxschen Kritik am Proudhonismus mit der Entwicklung seiner Geldtheorie; auf diesen Punkt hätte Marx aber besonderen Wert gelegt: „Im Falle Du etwas schreibst, wäre nicht zu vergessen 1. daß der Proudhonismus in der Wurzel vernichtet ist, 2. daß gleich in der einfachsten Form, der der Ware, der *spezifisch* gesellschaftliche, keineswegs *absolute* Charakter der bürgerlichen Produktion analysiert ist."[38] Es fehlen auch Andeutungen, aus denen man schließen könnte, daß die gesamte Rezension auf diesen Kernpunkt des ersten Heftes der „Kritik" abzielen sollte. Im Gegenteil fallen Engels' Bemerkungen zur Ableitung des Geldes recht eigenartig aus.[39] Sind aber diese zentralen inhaltlichen Probleme nicht klar erfaßt, muß auch gefragt werden, was von den Äußerungen zur Methode zu halten ist.

Zu Beginn des zweiten, wichtigeren Teils der Rezension sieht sich Engels vor die Schwierigkeit gestellt, den spezifisch wissenschaftlichen Charakter der „Kritik der politischen Ökonomie" erläutern zu müssen. Er reagiert auf diese Anforderung mit der Versicherung, es handle sich dabei keinesfalls um eine Kritik einzelner ökonomischer Streitfragen und fährt dann fort: „Sie ist vielmehr von vornherein auf eine systematische Zusammenfassung des gesamten Komplexes der ökonomischen Wissenschaft angelegt, auf eine zusammenhängende Entwicklung der Gesetze der bürgerlichen Produktion und des bürgerlichen Austauschses. Da die Ökonomen nichts anders sind als die Dolmetscher und Apologeten dieser Gesetze, so ist diese Entwicklung zugleich die Kritik der gesamten ökonomischen Literatur."[40] Das entspricht auf

35 Engels an Marx, Brief vom 3.8.1859, in: *a.a.O.*, S. 468.

36 Laut Auskunft des „Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis", Amsterdam, liegt das Engelssche Manuskript weder im Marx-Engels-Nachlaß des IISG, noch im Marx-Engels-Fonds des ZPA/IML, Moskau, vor.

37 In: *MEW*, Bd. 29, S. 712 f., Anm. 415.

38 Marx an Engels, Brief vom 22.7.1859, in: *a.a.O.*, S. 463.

39 Vgl. dazu die Kritik von Hans-Georg Backhaus, *Materialien zur Rekonstruktion der Marxschen Werttheorie*, in: *Gesellschaft . . .* , S. 139 ff. – Um Engels' Haltung zu Proudhon genauer einschätzen zu können, müßte allerdings sein Kommentar zu dessen *Idee générale de la revolution au XIX^e siècle* herangezogen werden. Hinweise bei L. A. Leontjew, *Engels und die ökonomische Lehre des Marxismus*, S. 266 ff. Vgl. dazu auch den Briefwechsel zwischen Marx und Engels aus dem Jahre 1851.

40 Friedrich Engels, *Karl Marx, ‚Zur Kritik der Politischen Ökonomie'. Erstes Heft, Berlin, Franz Duncker, 1859* (künftig zitiert: *Rezension*), in: *MEW*, Bd. 13, Berlin 1969, S. 472.

den ersten Blick durchaus der Problemstellung, wie sie Marx in einem Brief an Lassalle formuliert hatte: „Die Arbeit, um die es sich zunächst handelt, ist *Kritik der ökonomischen Kategorien* oder, if you like, das System der bürgerlichen Ökonomie kritisch dargestellt. Es ist zugleich Darstellung des Systems und durch die Darstellung Kritik desselben."[41] Die Forderung, Wissenschaft als System darzustellen, bedeutet sowohl für Marx als für Engels, an die systematische Einheit der Hegelschen Philosophie kritisch anzuknüpfen. Vergegenwärtigt man sich allerdings die Vorstellungen, die beide mit einer Kritik an Hegel verbinden, so treten erste Unterschiede hervor. Die Differenz in der Wissenschaftsauffassung von Marx und Engels ist eine Folge ihres unterschiedlichen Verhältnisses zur Hegelschen Philosophie.

Wissenschaft als System

Zu der Schwierigkeit, in der hier gebotenen Kürze überhaupt etwas über die Beziehung von Marx und Engels zu Hegel sagen zu können, gesellen sich zwei weitere Probleme. Das eine betrifft das Denken von Engels und Marx. Der Differenzpunkt, das Verhältnis von „Logischem" und „Historischem", äußert sich 1859. Das bedeutet nicht, daß beide bis dahin stets übereinstimmend gedacht hätten, andererseits aber auch nicht, daß nach diesem Zeitpunkt keine miteinander zu vereinbarenden Äußerungen mehr zu finden wären. Insbesondere der „Anti-Dühring" gibt unter diesem Aspekt eine Reihe von Fragen auf.[42] Das andere Problem betrifft die Entwicklung des Marxschen Denkens selbst. Es hat sich unter westlichen Marxisten eingebürgert, seine scheinbar eindeutigen Aussagen aus der 1857 geschriebenen „Einleitung" zu den „Grundrissen" als die schon gültige Lösung des Verhältnisses von „Logischem" und „Historischem" zu betrachten. Leider ist das nicht der Fall und dieser Umstand kompliziert unsere Überlegungen. Wir begegnen beiden Erschwerungen mit derselben Methode, indem wir die Äußerungen aus dem Zeitraum zwischen 1857-59 auf die jeweilige Endstufe ihrer Auseinandersetzung mit Hegel beziehen, d.h. wir gehen für Marx in die Entwicklung der Wertformen aus dem 1. Bd. des „Kapitals" zurück und für Engels auf den späten „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie".

A) Marx

Um zu zeigen, daß mit der Entwicklung der Wertformen tatsächlich ein vorläufiger[43] Abschluß der Marxschen Auseinandersetzung mit Hegel erreicht ist und damit auch die Grundzüge seiner Auffassung einer Wissenschaft als System gegeben sind, greifen wir eine eher beiläufige Bemerkung aus der ersten Auflage des „Kapitals" auf, in der Marx die Vergegenständ-

41 Marx an Lassalle, Brief vom 22.2.1858, in: *MEW*, Bd. 29, S. 550.

42 Der *Anti-Dühring* ist durch Engels' Aussage aus dem Vorwort von 1885 legitimiert, er habe Marx das ganze Manuskript vor dem Druck vorgelesen. Tatsächlich finden sich hinsichtlich der Wert- und Geldtheorie Äußerungen von etwas größerer Klarheit; andererseits ist seine dort vertretene Auffassung vom „Grundwiderspruch" m. E. nicht mit dem Marxschen Denken in Einklang zu bringen.

43 Das Problem, ob nach den beiden Stufen der „Entmystifizierung" und der „formgenetischen Entwicklung", die wir im folgenden behandeln werden, noch ein dritter Problemkreis der Marxschen Hegelkritik offenbleibt, d. h. ob auch Marx an das Aufstellen allgemeiner dialektischer Gesetzmäßigkeiten gedacht hat, können wir hier nicht erörtern. Vgl. dazu Cesare Luporini, *Karl Marx – Kommunismus und Dialektik. Zwei Aufsätze*, Frankfurt/M. 1974, S. 111. – Auf jeden Fall sollte deutlich sein, daß dieser letzte Schritt die beiden anderen voraussetzt.

lichung der abstrakt-allgemeinen Arbeit mit der „Tätigkeit des Begriffs" vergleicht. Diese Bemerkung findet sich innerhalb der Entwicklung der „einfachen Wertform", in der Marx anhand des Beispiels „20 Ellen Leinwand = 1 Rock" demonstriert, wie die den beiden Waren zugrundeliegende „gemeinsame gesellschaftliche Substanz" [44] – abstrakt-allgemeine menschliche Arbeit – durch die gesellschaftliche Beziehung der Waren aufeinander, d.h. durch ihren Austauschprozeß, eine *Form* gewinnt. Der Wert – Ausdruck eines gesellschaftlichen Verhältnisses, in dem die gesellschaftliche Gesamtarbeit in Form von Privatarbeit verausgabt wird – erhält diese Form, indem die aufeinander bezogenen Waren ihre gegensätzlichen Bestimmungen ineinander reflektieren: „Der Gebrauchswerth Rock wird nur zur Erscheinungsform des Leinwand-Werths, weil sich die Leinwand auf das *Rockmaterial* als *unmittelbare Materiatur abstrakter menschlicher Arbeit* bezieht, also Arbeit gleicher Art wie die in ihr selbst vergegenständlichte ... Aber die im *Gebrauchswerth* Rock dargestellte Arbeit ist nicht menschliche Arbeit schlechthin, sondern eine bestimmte, nützliche Arbeit, *Schneiderarbeit*. Menschliche Arbeit schlechthin, Verausgabung menschlicher Arbeitskraft, ist zwar jeder Bestimmung fähig, aber an und für sich unbestimmt. Verwirklichen, vergegenständlichen kann sie sich nur, sobald die menschliche Arbeitskraft *in bestimmter Form* verausgabt wird, als *bestimmte* Arbeit, denn nur der *bestimmten* Arbeit steht ein Naturstoff gegenüber, ein äusseres Material, worin sie sich vergegenständlicht. Bloss der Hegel'sche ‚*Begriff*' bringt es fertig, sich ohne äussern Stoff zu objektiviren." [45] Die abschließende Kritik gilt dem Zusatz zum § 194 der „Enzyklopädie" und betrifft die aus der Kritik an der Transzendentalphilosophie entwickelte Problemstellung, das „Gegebene" als „Objektivation" eines Anderen aufzufassen. In dieser Frage weiß sich Marx mit Hegel verwandt; andererseits deutet er an, daß er eine Lösung gefunden habe, nach der Hegel vergeblich suchte. Es geht um den Zusammenhang zwischen Produzieren und Erkennen.

Die dem Marxschen Zitat aus der „Enzyklopädie" unmittelbar vorangehenden Sätze lauten: „Beim Erkennen ist es überhaupt darum zu tun, der uns gegenüberstehenden objektiven Welt ihre Fremdheit abzustreifen, uns, wie man zu sagen pflegt, in dieselbe zu finden, welches ebensoviel heißt, als das Objektive auf den Begriff zurückzuführen, welcher unser innerstes Selbst ist. Aus der bisherigen Erörterung ist zu entnehmen, wie verkehrt es ist, Subjektivität und Objektivität als einen festen und abstrakten Gegensatz zu betrachten. Beide sind schlechthin dialektisch." [46] Diese Leistung des Erkennens, der objektiven Welt ihre Fremdheit abzustreifen, d.h. sie auf den Begriff zu bringen „welcher unser innerstes Selbst" ist, darf aber nicht dahingehend mißverstanden werden, daß Hegel unumwunden das begreifende Denken als Produzenten seiner Wirklichkeit betrachtet. Der Begriff erkennt das Wesen der Gegenständlichkeit als Produkt der „Vernunft". [47] Was diese „Vernunft" ist und wie sie dazu kommt,

44 Karl Marx, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, 1. Aufl., Hamburg 1867, S. 4.

45 *A.a.O.*, S. 18.

46 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, *Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse* (1830), in: ders., *Werke*, 20 Bde, Frankfurt/M. 1970 ff., Bd. 8, S. 351.

47 „Denn das Vernünftige, was synonym ist mit der Idee, indem es in seiner Wirklichkeit zugleich in die äußere Existenz tritt, tritt in einem unendlichen Reichtum von Formen, Erscheinungen und Gestaltungen hervor und umzieht seinen Kern mit der bunten Rinde, in welcher das Bewußtseins zunächst haust, welche der Begriff erst durchdringt, um den inneren Puls zu finden und ihn ebenso in den äußeren Gestaltungen noch schlagend zu fühlen." Georg Wilhelm Friedrich Hegel, *Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse*, in: ders., *Werke*, Bd. 7, S. 25.

sich als der innere Zusammenhang der Gegenständlichkeit zu erweisen, kann hier nicht erörtert werden. Es muß der Hinweis genügen, daß sich hinter dieser Konzeption ein geschichtsphilosophisches Problem verbirgt, das man vereinfacht so formulieren könnte: die Philosophie des deutschen Idealismus steht vor der Schwierigkeit, daß offenbar der Mensch Produzent seiner Verhältnisse ist – und daß er es zugleich auch nicht ist. Um dieses widersprüchliche Verhältnis denken zu können, reichen schon bei Kant die Kategorien des Verstandes nicht aus; der historische Prozeß läßt sich nicht auf menschliches Handeln als seine kausale Ursache zurückführen. Als systematische Einheit ist er nur zu erfassen im Vorgriff auf einen regulativen Vernunftgebrauch, „indem man den Gegenstand der Erfahrung gleichsam von dem eingebildeten Gegenstande dieser Idee als seinem Grunde oder Ursache ableitet. Alsdann heißt es z.B.: die Dinge der Welt müssen so betrachtet werden, *als ob* sie von einer höchsten Intelligenz ihr Dasein hätten." [48] Das in der „Kritik der reinen Vernunft" immer wieder durchbrechende Motiv der Rettung der Metaphysik erfährt in der Geschichtsphilosophie seine Ausgestaltung; auf dem Primat der „Praktischen Vernunft" aufbauend, erhebt sich die nun scheinbar begriffene Geschichte als ein teleologischer Prozeß. Hegels Kritik an der Kantischen Sollensethik macht schließlich aus dem regulativen Vernunftgebrauch einen konstitutiven, indem er das Sollen in den zweckgerichteten Prozeß der Realität hineinnimmt. [49] Die empirische Wirklichkeit wird zur Form der Verwirklichung einer zielbestimmten Idee. Um die Aufschlüsselung dieses mystifizierten Problems einer „Objektivation" geht es der Marxschen Hegelkritik.

Um dies zu zeigen, greifen wir eine Aussage – ebenfalls aus der Entwicklung der Wertform – heraus, in der Marx eine frühere Stufe seiner Hegelkritik erläuternd heranzieht. Die Erläuterung betrifft die „zweite Eigentümlichkeit der Äquivalentform", also wiederum das Problem der Vergegenständlichung abstrakt-allgemeiner Arbeit: „Diese *Verkehrung*, wodurch das Sinnlich-Konkrete nur als Erscheinungsform des Abstrakt-Allgemeinen, nicht das Abstrakt-Allgemeine umgekehrt als Eigenschaft des Konkreten gilt, charakterisirt den Werthausdruck. Sie macht zugleich sein Verständniss schwierig. Sage ich: Römisches Recht und deutsches Recht sind beide Rechte, so ist das selbstverständlich. Sage ich dagegen: *Das* Recht. dieses Abstraktum, *verwirklicht sich* im römischen Recht und im deutschen Recht, diesen konkreten Rechten, so wird der Zusammenhang mystisch." [50] Im Beispielsatz verweist Marx auf die Methode der „Kritik des Hegelschen Staatsrechts" von 1843; [51] er hat aber ihre Beurteilung als eines brauchbaren Mittels zur Hegelkritik völlig verändert. Diente das zunächst von Feuerbach übernommene Verfahren der Subjekt-Prädikat-Verkehrung [52] zum Nachweis der bloß mysti-

48 Immanuel Kant, *Kritik der reinen Vernunft*, 2. Aufl., 1787, in: *Kants Werke*, Akademie-Textausgabe, 9 Bde, Berlin 1968 ff., Bd. 3, S. 443 (B 698 f.).

49 Vgl. dazu: Odo Marquard, *Hegel und das Sollen*, in: ders., *Schwierigkeiten mit der Geschichtsphilosophie*, Frankfurt/M. 1973, S. 44.

50 Karl Marx, *Das Kapital*, 1. Aufl. (1867), S. 771.

51 Vgl. z.B. die Struktur des folgenden Satzes. Hegel sagt nicht: „Der Wille des Monarchen ist die letzte Entscheidung, sondern: Die letzte Entscheidung des Willens ist – der Monarch. Der erste Satz ist empirisch. Der zweite verdreht die empirische Tatsache in ein metaphysisches Axiom." Karl Marx, *Kritik des Hegelschen Staatsrechts*, in: *MEW*, Bd. 1, S. 226.

52 Jacques Rancière, *Der Begriff der Kritik und die Kritik der politischen Ökonomie* (= Internationale Marxistische Diskussion 28), Berlin 1972, S. 38 f.

fizierenden Funktion der „Idee", der ihre reale Ohnmacht, d.h. Nicht-Existenz korrespondiert, [53] so zeigt die Entwicklung der Wertform gerade den Realitätsgehalt der Vorstellung, das „Gegebene" sei Objektivation eines Abstrakt-Allgemeinen.

Die Methode des „Entmystifizierens" verfolgt Marx neben der „Kritik des Hegelschen Staatsrechts" vor allem in der „Heiligen Familie" [54] und auch noch 1847 gegen den hegelianisierenden Proudhon. [55] Sie soll zeigen, daß die Vernunft sich nicht wirklich im Wirklichen verwirklicht, sondern der Wirklichkeit nur die versöhnende Form einer „Bestimmung der Idee" [56] verleiht. Auf diese Linie seiner Hegelkritik bezieht sich die Bemerkung aus dem „Nachwort" zur zweiten Auflage des „Kapitals", er habe die mystifizierende Seite der Hegelschen Dialektik kritisiert, als sie noch Tagesmode war. [57]

Nun ist aber Marx niemals reiner Feuerbachianer gewesen. Das zeigt schon sein Zweifel an der Durchschlagskraft der Kantischen Kritik des ontologischen Gottesbeweises. [58] Diese zweite Linie geht aus vom theoretischen Resultat der „Kritik des Hegelschen Staatsrechts", [59] setzt sich fort in den „Pariser Manuskripten" [60] und verstärkt sich mit der Einsicht, daß die Objektivation eines menschlichen Gattungswesens, wie Feuerbach sie konzipiert hatte, unter den Verhältnissen des Privateigentums nicht realisierbar ist. Das äußert sich bereits in der „Judenfrage" und in den „Mill-Exzerpten". [61] Marx vollzieht eine schrittweise Umkehrung des Entfremdungs-Konzepts: nicht „der Mensch" vergegenständlicht sich auf unerklärliche Weise in entfremdeten Institutionen, sondern bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse selbst, wiewohl sie nur Verhältnisse von Menschen sind, nehmen sachliche Formen an, in denen die „Gattungstätigkeit" dem Produzenten fremd gegenübertritt. Marx begreift, daß die Geschichte in der Tat nicht umstandslos ein Produkt der menschlichen Gattung im Prozeß ihrer Selbstverwirklichung ist, sondern daß die Vorstellung, einer „fremden Macht" unterworfen zu sein, eine reale Basis in den gesellschaftlichen Verhältnissen selbst hat. Sichtbarer Ausdruck dieses Umschwungs sind die „Feuerbachthesen" und die „Deutsche Ideologie". [62] Wenn Marx

53 „Die Tatsache, von der ausgegangen wird, wird nicht als solche, sondern als mystisches Resultat gefaßt. Das Wirkliche wird zum Phänomen, aber die Idee hat keinen anderen Inhalt als dieses Phänomen." Karl Marx, *Kritik des Hegelschen Staatsrechts*, in: *MEW*, Bd. 1, S. 208.

54 Karl Marx und Friedrich Engels, *Die heilige Familie, oder Kritik der kritischen Kritik*, in: *MEW*, Bd. 2, S. 59 ff.

55 Karl Marx, *Das Elend der Philosophie*, in: *MEW*, Bd. 4, S. 126 f.

56 Karl Marx, *Kritik des Hegelschen Staatsrechts*, in: *MEW*, Bd. 1, S. 206.

57 Karl Marx, *Das Kapital*, in: *MEW*, Bd. 23, S. 27.

58 „Hat nicht der alte Moloch geherrscht? War nicht der delphische Apollo eine wirkliche Macht im Leben der Griechen? Hier heißt auch Kants Kritik nichts." Karl Marx, *Doktordissertation*, in: *MEW*, Ergänzungsband, Erster Teil, Berlin 1968, S. 371.

59 „Dies *Begreifen* besteht aber nicht, wie Hegel meint, darin, die Bestimmungen des logischen Begriffs überall wiederzuerkennen, sondern die eigentümliche Logik des eigentümlichen Gegenstandes zu erfassen." Karl Marx, *Kritik des Hegelschen Staatsrechts*, in: *MEW*, Bd. 1, S. 296.

60 Auf die noch unentwickelte Form einer „genetischen" Problemstellung verweist Cesare Luporini, *Karl Marx – Kommunismus und Dialektik*, Frankfurt/M. 1974, S. 83.

61 Karl Marx, *Auszüge aus Mills „Elements d'économie politique"*, in: *MEW*, Ergänzungsband, Erster Teil, S. 453; ders., *Zur Judenfrage*, in: *MEW*, Bd. 1, S. 375. Vgl. dazu: Helmut Reichelt, *Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx*, Frankfurt/M. 1970, S. 35 ff.

62 Vor allem die 4. und die 6. These. Die vierte These besagt, daß das Faktum der Selbstentfremdung nur aus der Selbstzerrissenheit und dem Selbstwidersprechen der weltlichen Grundlage zu erklären ist; die sechste These löst Feuerbachs selbst noch mystisches „Gattungswesen" in das „ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse" auf. Karl Marx, *Thesen über Feuerbach*, in: *MEW*, Bd. 3, S. 6.

schreibt: „Alle Verhältnisse können in der Sprache nur als Begriffe ausgedrückt werden. Daß diese Allgemeinheiten und Begriffe als mysteriöse Mächte gelten, ist eine notwendige Folge der Verselbständigung der realen Verhältnisse, deren Ausdruck sie sind." [63] – dann ist damit die philosophische Grundlage für die Anerkennung des „Rationellen" in der Hegelschen Philosophie gelegt.

Wie diese beiden Linien der Hegelkritik, die Entmystifizierung einer bloß spekulativen Vermittlung des Abstrakten mit dem Konkreten und die allmähliche Erkenntnis des Realitätsgehaltes der Verkehrung von Subjekt und Objekt mit der Entwicklung der Kritik der Politischen Ökonomie vermittelt sind, kann hier nicht behandelt werden. Zu verweisen ist aber darauf, daß sowohl Marx in seinen frühen ökonomischen Exzerpten als auch der junge Engels ihre Kritik der Ökonomie unter dem Einfluß Feuerbachs beginnen, was sich darin zeigt, daß sie allein die Ebene der Preise als „real" anerkennen und den „Wert" als eine Abstraktion verwerfen. [64] Die allmähliche Ausarbeitung der Wert- und Mehrwertlehre stellt sich für Marx daher von vornherein als die Aufgabe, das „Gesetz des Werts" mit der wirklichen Bewegung der Preise zu vermitteln. [65] Dieses aus der schrittweise vollzogenen Hegelkritik hervorgegangene Verfahren nennt Marx – gerade um sich gegen die klassische Ökonomie abzugrenzen – das „Interesse, die verschiednen Formen [des bürgerlichen Reichtums] genetisch zu entwickeln." [66]

Die „formgenetische Methode" nimmt also die geschichtsphilosophische Problemstellung des deutschen Idealismus auf, zeigt aber ihren wirklichen Kern: Geschichte und Gesellschaft (deren Anatomie wiederum in der Politischen Ökonomie zu suchen ist,)[67] sind nicht Produkt

63 Karl Marx und Friedrich Engels, *Die Deutsche Ideologie*, in: *MEW*, Bd. 3, S. 347.

64 „p. 111 sagt Ricardo, daß er, wenn er von valeur échangeable spreche, immer den prix naturel meine, von den Akzidenzen der Konkurrenz ... absehen wird. Die Nationalökonomie, um ihren Gesetzen eine größere Konsistenz und Bestimmtheit zu geben, muß die Wirklichkeit als akzidentell und die Abstraktion als wirklich unterstellen." Karl Marx, *Aus den Exzerptheften*, in: Karl Marx und Friedrich Engels, *Gesamtausgabe MEGA*, Erste Abteilung, Bd. 3, Berlin 1932, S. 502. – „So steht aber alles in der Ökonomie auf dem Kopf; der Wert, der das Ursprüngliche, die Quelle des Preises ist, wird von diesem, seinem eigenen Produkt, abhängig gemacht. Bekanntlich ist diese Umkehrung das Wesen der Abstraktion, worüber Feuerbach zu vergleichen." Friedrich Engels, *Umrisse zu einer Kritik der Nationalökonomie*, in: *MEW*, Bd. 1, S. 508. – Wenn Engels hier von dem „Wert" als dem „Ursprünglichen" spricht, meint er nicht den „Realwert" der Ökonomen, sondern das Verhältnis der Produktionskosten zur Brauchbarkeit. Vgl. zu dem ganzen Problem: Walter Tuchscheerer, *Bevor „Das Kapital" entstand. Die Herausbildung und Entwicklung der ökonomischen Theorie von Karl Marx in der Zeit von 1843 bis 1858*, Berlin 1968, S. 86 ff.

65 „Wenn Herr Proudhon zugibt, daß der Wert der Produkte durch die Arbeitszeit bestimmt wird, so muß er gleichfalls die oszillatorische Bewegung anerkennen, die allein aus der Arbeitszeit das Maß der Werte macht. Es gibt kein fertig konstituiertes „Proportionalitätsverhältnis", es gibt nur eine konstituierende Bewegung". Karl Marx, *Das Elend der Philosophie*, in: *MEW*, Bd. 4, S. 94 – „Ricardo abstrahiert von dem, was er als akzidentell betrachtet. Ein anderes ist es, den *wirklichen Prozeß* darzustellen, worin beide – das, was er akzidentelle Bewegung nennt, was aber das beständige und wirkliche ist und sein *Gesetz*, das Durchschnittsverhältnis – beide gleich wesentlich erscheinen." Karl Marx, *Notizen und Auszüge über Ricardos System März-April 1851*, in: ders., *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf) 1857-1858*, (künftig zitiert: *Grundrisse*), Berlin 1953, S. 803.

66 Karl Marx, *Theorien über den Mehrwert*, in: *MEW*, Bd. 26.3, S. 490 f.

67 Karl Marx, *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*, in: *MEW*, Bd. 13, S. 8.

der Arbeit eines mystischen Subjekts. Sie sind aber ebensowenig unmittelbarer Ausdruck menschlicher Arbeit, sondern sie sind das Produkt der entfremdeten, d.h. der sich in spezifischen gesellschaftlichen Formen vergegenständlichenden, abstrakt-allgemeinen menschlichen Arbeit. Diese Entmystifizierung einer „Vernunft in der Geschichte" holt ihren Gegenstandsbereich in die Kompetenz einer Wissenschaft sui generis von der Totalität der Formen der bürgerlichen Gesellschaft zurück. [68] Deren dem erkennenden Denken fremd gegenüberstehende Erscheinungen werden in ihrem inneren Zusammenhang erklärbar, wenn sie als Formen der Vergegenständlichung abstrakt-allgemeiner Arbeit genetisch entwickelt werden können.

Wenn also Marx – um auf unseren Ausgangspunkt zurückzukommen – im Verlauf der Entwicklung der Wertform anmerkt, nur der Hegelsche Begriff bringe es fertig, sich ohne äußeren Stoff zu objektivieren, so ist das, im Kontext seiner gesamten Hegelkritik, unvollständig. Hegel bedarf sehr wohl eines äußeren Stoffs, er vermag ihn aber nur im Akt einer spekulativen Formgenese als Produkt einer übergreifenden Vernunft zu erklären. Dieser bloß spekulativen setzt Marx die reale Formgenese entgegen. Das sich konkretisierende Allgemeine ist nicht ein mystisches Subjekt, sondern eine bestimmte Form der Verausgabung gesellschaftlicher Arbeit. Diese Arbeit ist zugleich konkret und abstrakt; konkret, denn nur der gebrauchswertschaffenden menschlichen Arbeit steht ein bestimmter Naturstoff gegenüber, „ein äusseres Material, worin sie sich vergegenständlicht." [69] Aber an dieser ersten Vergegenständlichung vollzieht sich eine zweite: der Rock in seiner Naturalform wird innerhalb des Wertausdrucks zum Wertkörper, d.h. zur Inkarnation abstrakt-allgemeiner Arbeit. Anders als bei Hegel – der darum auch darauf verzichten muß, der Vorstellung diesen Übergang vom Subjekt in das Objekt plausibel zu machen [70] – liegt das Objekt nicht als ein Gegebenes vor, das nur die spekulative Form einer Bestimmung der Idee erhält, sondern sowohl das Objekt, als auch die an ihm sich vollziehende Objektivierung des Werts, sind Resultat der Verausgabung menschlicher Arbeit in Doppelform. Die Entdeckung des Doppelcharakters menschlicher Arbeit bildet daher nicht nur den Springpunkt der Kritik der politischen Ökonomie, [71] sondern zugleich auch den Springpunkt der Marxschen Hegelkritik.

„Kritik der ökonomischen Kategorien", so hatte Marx an Lassalle geschrieben, ist „das System der bürgerlichen Ökonomie kritisch dargestellt. Es ist zugleich Darstellung des Systems und durch die Darstellung Kritik desselben." (Vgl. S. 7) Damit legt er in verkürzter Form eine Lösung vor, von der er weiß, daß Lassalle sie in ihrer Tragweite nicht wird erkennen kön-

68 Wenn Althusser betont, Marx habe den „Kontinent der Geschichte" entdeckt und sei der eigentliche Begründer der Geschichtswissenschaft, so ist dem sicherlich zuzustimmen. Louis Althusser, *Lenin und die Philosophie*, Hamburg 1974, S. 48 f. Nur hat sich diese Entdeckung nicht auf dem Wege eines „wissenschaftstheoretischen Einschnitts" vollzogen – Louis Althusser, *Für Marx*, Frankfurt/M.1968, S. 32 ff. — sondern durch eine kritische Entwicklung des rationellen Kerns der Hegelschen Philosophie. Diese Kritik ist mit der Entwicklung der „Wertformen" im wesentlichen abgeschlossen. Hingegen sieht sich Althusser gezwungen, im *Kapital* noch Reste Hegelschen Einflusses zu verspüren und den „Bruch" von 1845 auf 1882 (*Randglossen zu A. Wagner*) umzudatieren. Die *Randglossen* unterscheiden sich aber in nichts vom *Kapital*. Louis Althusser, *Marxismus und Ideologie. Probleme der Marx-Interpretation*, Westberlin 1973, S. 101.

69 Karl Marx, *Das Kapital*, 1. Aufl., S. 18.

70 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, *Enzyklopädie* . . . , in: ders., *Werke*, Bd. 8, § 193, S. 345 f.

71 Karl Marx, *Das Kapital*, in: *MEW*, Bd. 23, S. 56.

nen, denn kurz zuvor hatte Marx sich in einem Brief an Engels über dessen ökonomische Versuche belustigt: „Ich sehe aus dieser einen Note, daß der Kerl vorhat, die politische Ökonomie hegelsch vorzutragen in seinem 2ten großen opus. Er wird zu seinem Schaden kennenlernen, daß es ein ganz andres Ding ist, durch Kritik eine Wissenschaft erst auf den Punkt bringen, um sie dialektisch darstellen zu können, oder ein abstraktes, fertiges System der Logik auf Ahnungen eben eines solchen Systems anzuwenden." [72]

Der Brief sagt in hinreichender Deutlichkeit, was eine systematische Kritik der politischen Ökonomie *nicht* sein kann: Sie ist keine Anwendung der (unkritisierten) Hegelschen Logik auf einen beliebigen Stoff. [73] Das Verfahren ihrer Kritik ist aber kein bloß methodisches, das etwa nur für die „Darstellung" relevant wäre, sondern ein theoretisches, das zugleich den Leitfaden für die Kritik der ökonomischen Kategorien abgibt. Marx' Verhältnis zu Hegel kann nur begriffen werden, wenn man sich klarmacht, daß Hegels „Dialektik" nur die methodische Form eines geschichtsphilosophischen Entwurfs ist, die Welt als eine in sich sinnvolle Totalität darzustellen. Auf den Zusammenhang der Marxschen Kritik dieses Systems mit der Herausarbeitung des Doppelcharakters der Arbeit haben wir kurz verwiesen. Nur die Wissenschaft von den gesellschaftlichen Formen und ihrer Bewegung in der Zeit kann auf eine kritisch-systematische Darstellung in diesem Sinne Anspruch erheben, denn nur ihr Gegenstandsbereich ist als Produkt abstrakt-allgemeiner menschlicher Arbeit begreifbar. [74]

B) Engels

Geht man unter dieser Problemstellung die Rezension „Zur Kritik der Politischen Ökonomie" von 1859 durch, so zeigt sich, daß Engels über diese materialistische Einlösung des idealistischen Systembegriffs offenbar nicht im klaren war. Zwar versteht er unter einer „systematischen Behandlung" ebenfalls die Aufgabe, eine Wissenschaft in ihrem „eigenen,inneren Zusammenhang zu entwickeln"; [75] das *inhaltliche* Problem jedoch, ökonomische Formen als notwendige Erscheinungen einer gesellschaftlichen Totalität zu begreifen, reduziert sich bei

72 Karl Marx, Brief an Engels vom 1.2.1858, in: *MEW*, Bd. 29, S. 275. Die „Note" bezieht sich auf eine Anmerkung aus Lassalles *Die Philosophie Herakleitos des Dunklen von Ephesos*, vgl. dazu: Marx, Brief an Engels vom 25.2.1859, in: *MEW*, Bd. 29, S. 402 ff.

73 Auch Hegel – so betont Marx – habe „nie die Subsumtion einer Masse von ‚Cases' under a general principle Dialektik genannt". Karl Marx, Brief an Engels vom 9.12.1861, in: *MEW*, Bd. 30, S. 207.

74 Bekanntlich hat der deutsche Idealismus auch die Natur in den Bereich der Vernunftkonstruktion einbezogen. Allerdings nicht in dem naiven physikotheologischen Sinn, daß die Mäuse geschaffen seien, um von den Katzen gefressen zu werden, sondern um in geschichtsphilosophischer Absicht zu reflektieren, ob um des Menschen willen eine Zweckmäßigkeit in der Natur anzunehmen sei. Ob und wie weit Marx die Destruktion dieser Naturteleologie Darwin zugeschrieben hat, kann hier nicht erörtert werden. Einige Äußerungen deuten darauf hin. Vgl. Karl Marx, Brief an Lassalle vom 16.1. 1861, in: *MEW*, Bd. 30, S. 578. Wenn Marx sich mit Darwin verglichen wissen wollte (Vgl. dazu: Karl Marx, Brief an Engels vom 7.12.1867, in: *MEW*, Bd. 31, S. 404), dann offenbar in dem Sinne, daß beide je auf ihrem Gebiet den „rationellen Kern" des teleologischen Denkens entdeckt hätten. Dies einmal unterstellt, bliebe immer noch fraglich, ob Engels',,Naturdialektik" als adäquate Durchführung dieses Konzepts angesehen werden kann. Eines steht jedoch von vornherein fest: auf keinen Fall kann die Überwindung der historischen Vernunftkonzeption auf den Bereich der Natur übertragen werden, weil – wie leicht einzusehen – die Natur als „organisches Ganzes" nicht Produkt abstrakt-allgemeiner menschlicher Arbeit ist.

75 Friedrich Engels, *Rezension*, in: *MEW*, Bd. 13, S. 472.

ihm auf ein bloß formales. Engels operiert mit zwei allgemeinen Wissenschaftstypen: geht man „metaphysisch" an die Wirklichkeit, so zerfällt sie in isolierte, starre Bestandteile, [76] bedient man sich aber der „Dialektik", so erschließen sich ihre wesentlichen Zusammenhänge. [77] Weil er aber die Bedeutung des Problems der Objektivation menschlicher Arbeit für die Bestimmung des „inneren Zusammenhangs" der Wirklichkeit nicht erkennt, verwischt sich ihm die inhaltliche Verbindungslinie zwischen der Kritik der Hegelschen Philosophie und der Kritik der politischen Ökonomie; für Engels sind daher im Prinzip *alle* Wissenschaften systematisch, d.h. „dialektisch" darstellbar: [78] „Hier war also eine andere Frage zu lösen, die mit der politischen Ökonomie an sich nichts zu tun hatte. Wie war die Wissenschaft zu behandeln?" [79]

Für diese verallgemeinerte Aufgabenstellung bedarf Engels einer Hegelkritik, denn die Dialektik in der „ganz abstrakten, ‚spekulativen' Gestalt, worin Hegel sie hinterlassen", [80] ist der geforderten materialistischen Grundauffassung nicht adäquat: „Andrerseits war die Hegelsche Methode in ihrer *vorliegenden* Form absolut unbrauchbar. Sie war wesentlich idealistisch, und hier galt es die Entwicklung einer Weltanschauung, die materialistischer war als alle früheren. Sie ging vom reinen Denken aus, und hier sollte von den hartnäckigsten Tatsachen ausgegangen werden." [81] Sobald er sich aber vor das Problem gestellt sieht, etwas über Theorie und Methode dieser Kritik der Dialektik aussagen zu müssen, kann er nur darauf verweisen, daß Marx der einzige sei, „der sich der Arbeit unterziehen konnte, aus der Hegelschen Logik den Kern herauszuschälen, der Hegels wirkliche Entdeckungen auf diesem Gebiet umfaßt, und die dialektische Methode, entkleidet von ihren idealistischen Umhüllungen, in der einfachen Gestalt herzustellen, in der sie die allein richtige Form der Gedankenentwicklung wird." [82]

Diese Kenntnislücke füllt Engels nun mit seinen eigenen Vorstellungen einer Kritik der Hegelschen Dialektik aus. Sie kreisen allein um das Problem, ob und wie die Dialektik methodisch der bereits gefundenen „materialistischen" Auffassung angeglichen werden kann. In dieser Zweiteilung der Aufgabenstellung zeigt sich, daß Engels, nachdem er seine junghegelianische

76 Friedrich Engels, *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft*, in: *MEW*, Bd. 20, S. 20 f. (im folgenden zitiert: *Anti-Dühring*). In dem von der gewöhnlichen Bedeutung abweichenden Wortgebrauch schließt sich Engels an Hegels Darstellung des „metaphysizierenden Empirismus" der englischen Philosophie an. Georg Wilhelm Friedrich Hegel, *Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie III*, in: ders., *Werke*, Bd. 20, S. 223.

77 Friedrich Engels, *Anti-Dühring*, in: *MEW*, Bd. 20, S. 22.

78 Es gibt eine Reihe von Hinweisen, daß auch Marx eine dialektische Darstellung der Naturwissenschaft nicht ausschließen wollte. Vgl. z. B. Karl Marx, *Das Kapital*, in: *MEW*, Bd. 23, S. 327. – Diese Aussage setzt die Möglichkeit des Aufstellens allgemeiner dialektischer Gesetzmäßigkeiten voraus (Vgl. dazu Anm. 43). Allerdings handelt es sich dabei – was übrigens auch Engels in seinem Kommentar zu dieser Passage im *Anti-Dühring* betont (in: *MEW*, Bd. 20, S. 117) – nur um die nachträgliche Zusammenfassung eines zuvor formgenetisch entwickelten Zusammenhangs. Für eine Anwendung der „Dialektik" auf die Naturwissenschaften würde das in Analogie bedeuten, daß auch in ihnen eine materialistische Aufschlüsselung des teleologischen Systembegriffs vorausgehen müßte. (Vgl. Anm. 74).

79 Friedrich Engels, *Rezension*, S. 473.

80 *Ebd.*

81 *Ebd.*

82 *A.a.O.*, S. 474.

Phase überwunden hatte, [83] in seinem ersten – materialistischen – Schritt einer Kritik an Hegel immer Feuerbachianer geblieben ist. Davon zeugt nicht nur der Enthusiasmus, mit dem er noch 1888 auf Feuerbachs Bedeutung zurückverweist,[84] sondern auch der schon befremdlichere Umstand, daß er – zumindest in späterer Zeit – den theoretischen Gehalt der „Deutschen Ideologie" nicht mehr zu verstehen scheint. Wie könnte er sonst im Vorwort zum „Ludwig Feuerbach" schreiben, daß in jenem „alten Manuskript von 1845/46" die Kritik der Feuerbachschen Doktrin selbst fehle (!) und es also für den „gegenwärtigen Zweck" unbrauchbar sei. [85] Erklärter Zweck seiner Schrift war es aber, sein und Marxens Verhältnis zu Hegel darzustellen. Wenn er aus dieser Darstellung jedoch den philosophischen Gehalt jener Äußerungen ausklammert, in denen Marx zu begreifen beginnt, daß der Hegelschen Prädominanz des Abstrakt-Allgemeinen ein realer Kern zukommt (Vgl.S.10f., Anm.62/63), so zeigt sich daran, daß er die eigentlich entscheidende Phase der Marxschen Auseinandersetzung mit Hegel nicht mehr mitvollzogen hat. Seine Argumentation im „Ludwig Feuerbach" beweist das zur Genüge. „Die Trennung von der Hegelschen Philosophie erfolgte auch hier durch die Rückkehr zum materialistischen Standpunkt. Das heißt, man entschloß sich, die wirkliche Welt – Natur und Geschichte – so aufzufassen, wie sie sich selbst einem jeden gibt, der ohne vorgefaßte *idealistische Schrullen* [Hervorhebung von mir] an sie herantritt; man entschloß sich, jede idealistische Schrulle unbarmherzig zum Opfer zu bringen, die sich mit den in ihrem eignen Zusammenhang, und in keinem phantastischen, aufgefaßten Tatsachen nicht in Einklang bringen ließ. Und weiter heißt Materialismus überhaupt nichts." [86]

Es ist bezeichnend, daß Engels das Auffassen der Tatsachen „in ihrem eignen Zusammenhang" nicht mehr in Verbindung bringen kann mit einer inhaltlichen Kritik jener so martialisch geopferten „Schrullen" Hegels. Ebenso wie Feuerbach schiebt er sie beiseite, ohne ihren rationellen Kern erklären zu können. Eben darin bestand aber die theoretische Leistung der Marxschen Feuerbachkritik, konzentriert ausgedrückt in der 4. und 6. These. [87] Der Marxsche Materialismus beschränkt sich nicht auf die Betonung eines empirischen Anfangs der Wissenschaft, sondern erklärt gerade die das Verstandeswissen überschreitenden Vorstellungen der „Vernunft" aus ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang. Gegenstandsbereich der Vernunftkonstruktion aber war der historische Prozeß; mit der Kritik seines bloß mystischen Zusammenhangs wurde die Einsicht in den wirklichen Zusammenhang freigelegt.

83 Im Gegensatz zu Marx, der die Erklärung der Unzulänglichkeiten der Hegelschen Philosophie aus einer „Akkomodation" an die Verhältnisse bereits in seiner Doktorarbeit kritisiert hatte, teilt Engels die übliche Unterscheidung zwischen den „freisinnigen" Prinzipien Hegels und dem „verhaltenen" System. Er wird auf diesen Standpunkt im späten *Ludwig Feuerbach* wieder zurückkommen. Karl Marx, *Doktordissertation*, in: *MEW*, Ergänzungsband, Erster Teil, S. 327. Friedrich Engels, *Schelling und die Offenbarung*, in: *MEW*, Ergänzungsband, Zweiter Teil, Berlin 1967, S. 176.

84 Friedrich Engels, *Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie*, in: *MEW*, Bd. 21, S. 272 (im folgenden zitiert: *Ludwig Feuerbach*).

85 *A.a.O.*, S. 264.

86 *A.a.O.*, S. 292.

87 Vgl. Anm. 62. Aus der Ankündigung Engels' über die wieder aufgefundenen *Thesen über Feuerbach* geht dieser Kernpunkt der Marxschen Kritik nicht hervor: „Es sind Notizen für spätere Ausarbeitung, rasch hingeschrieben, absolut nicht für den Druck bestimmt, aber unschätzbar als das erste Dokument, worin der geniale Keim der neuen Weltanschauung niedergelegt ist." Friedrich Engels, *Ludwig Feuerbach*, S. 264.

Dagegen verweist die bloß äußerliche Verknüpfung von Materialismus und Dialektik bei Engels auf eine schon vorgängige Verkürzung seines materialistischen Ausgangspunktes. Mit Feuerbach ist er gemäß dem Verfahren der Subjekt-Prädikat-Verkehrung zum Materialismus gekommen.[88] Daraus leitet er später die Forderung ab, die Wissenschaft habe mit den ‚hartnäckigsten Tatsachen" zu beginnen. Nun sollen diese Tatsachen in einen systematischen Zusammenhang gebracht werden – so daß zu der materialistischen Grundlage die „Dialektik" als ein zweiter Erkenntnisbestandteil hinzutritt. Von daher wird auch seine Neigung verständlich, den Übergang zum Materialismus und die Kritik der Hegelschen Dialektik als zwei getrennte Entwicklungsschritte zu betrachten: „Die Herausarbeitung der Methode, die Marx' Kritik der politischen Ökonomie zugrunde liegt, halten wir für ein Resultat, das an Bedeutung kaum der materialistischen Grundanschauung nachsteht."[89] Aus dieser Konstellation erklärt sich Engels' Hinausgehen über Feuerbach im Grunde als ein Rückgriff auf seine eigene junghegelianische Position, genauer: als der Versuch, beide Seiten miteinander zu vermitteln.[90] Die Kehrseite seines bloß empirischen Materialismus ist der geheime Idealismus der „geretteten" Methode: da Engels die „Tatsachen" nicht als Formen gesellschaftlicher Verhältnisse zu bestimmen vermag, muß er ihren inneren Zusammenhang in allgemeinen dialektischen Bewegungsgesetzen suchen.[91] Die Aufgabe einer nicht-metaphysischen Behandlung von Gesellschaft und Geschichte, die sich bei Marx als in sich unterschiedene Einheit von Forschungs- und Darstellungsweise äußert, fällt daher für Engels auseinander in zwei Schritte des Aufbaus „der" Wissenschaften schlechthin: auf einer empirisch-materialistischen Grundlage erheben sich die positiven Einzelwissenschaften, deren Resultate – ohne daß erklärt würde, wie sie durch „Kritik" auf den Punkt zu bringen sind, von dem aus sie dialektisch darstellbar werden (Vgl. S. 13) – dann „vermittels des dialektischen Denkens" zum System zusammengefaßt werden sollen.[92] Anstelle der gesellschaftlichen Arbeit ist die formale Dialektik zum Systembegriff geworden.

Ungeklärt bleibt schließlich noch, auf welche Weise diese idealistische Dialektik ihrer neuen materialistischen Grundlage angepaßt werden soll. Engels schlägt eine Lösung vor, die scheinbar mit Marx' Aussage übereinstimmt, man müsse die Dialektik „umstülpen", um den rationellen Kern in der mystischen Hülle zu entdecken. Was jedoch bei Marx in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Problem der „Entmystifizierung" Hegels und dem „Kapitel über die

88 „Die Frage ist bisher immer gewesen: Was ist Gott? und die deutsche Philosophie hat die Frage dahin gelöst: Gott ist der Mensch." Friedrich Engels, *Die Lage Englands. ‚Past and Present' by Thomas Carlyle, London 1843*, in: *MEW*, Bd. 1, S. 546.

89 Friedrich Engels, *Rezension*, S. 474.

90 Wie in seinen Jugendschriften (Vgl. Anm. 83) unterscheidet Engels im *Ludwig Feuerbach* zwischen der revolutionären „Dialektik" Hegels und dem konservativen „System". (S. 266 ff.) Die befreiende Tat Feuerbachs war es, das „System" beiseite zu werfen. (S. 272 f.) Um den so gewonnenen Materialismus im Sinne einer Evolutionstheorie wieder „beweglich" zu machen, hält Engels das Feuerbachsche Resultat fest, greift aber über ihn hinaus auf die „revolutionäre" Dialektik zurück.

91 Friedrich Engels, *Ludwig Feuerbach*, S. 293; Vgl. auch Friedrich Engels, *Anti-Dühring*, S. 131 f.

92 Friedrich Engels, *Ludwig Feuerbach*, S. 270. Dieses „Zusammenfassen" der Resultate kann keine „Kritik" ersetzen, der Marx die Politische Ökonomie unterzogen hat. Die marxistisch-leninistische Theorie der „Verallgemeinerung" bietet keinen wirklichen Ausweg aus diesem Dilemma. Die Schwierigkeit, „aus den Arbeiten von Engels die Struktur dieses Verallgemeinerungsprozesses in möglichst reiner Form zu erfassen" ist zugestanden bei: Kurt Reiprich, *Die philosophisch-naturwissenschaftlichen Arbeiten von Karl Marx und Friedrich Engels*, Berlin 1969, S. 53 ff.

Werttheorie" gesagt ist und nur sinnvoll auf diesen Kontext bezogen werden kann,[93] wird bei Engels zur Funktion der „Abbildtheorie": „Wir faßten die Begriffe unsres Kopfs wieder materialistisch als die Abbilder der wirklichen Dinge, statt die wirklichen Dinge als Abbilder dieser oder jener Stufe des absoluten Begriffs ... Damit aber wurde die Begriffsdialektik selbst nur der bewußte Reflex der dialektischen Bewegung der wirklichen Welt, und damit wurde die Hegelsche Dialektik auf den Kopf, oder vielmehr vom Kopf, auf dem sie stand, wieder auf die Füße gestellt."[94] Hier zeigt sich ein weiteres Mal, daß Engels nicht mehr erklären kann, *warum* eigentlich Hegel die Geschichte „idealistisch" verdoppeln mußte. Dieser zentrale Problemkreis der Marxschen Hegelkritik bleibt ausgespart;[95] seine Stelle kann aber durch die bloße Vorstellung einer Abbildlichkeit zwischen Realität und Hegelschem Begriff nicht ausgefüllt werden. Die Spiegel-Metaphorik der Abbildtheorie zeigt, daß bei Engels zwischen der Realität und der „verkehrten" Begrifflichkeit Hegels ein theoretisches Vakuum besteht; er ist nicht in der Lage, die Verkehrung der Theorie aus der „Selbstzerrissenheit und [dem] Sichselbstwidersprechen dieser weltlichen Grundlage" zu erklären.[96] Ebensowenig ist er daher imstande, den Systembegriff der Hegelschen Philosophie kritisch aufzulösen; stattdessen sucht er nach „Anknüpfungspunkten", die eine abbildtheoretisch legitimierte Umstülpung möglich machen sollen: „Was Hegels Denkweise vor der aller anderen Philosophen auszeichnete, war der enorme historische Sinn, der ihr zugrunde lag. So abstrakt und idealistisch die Form [warum diese Form?], so sehr ging doch immer seine Gedankenentwicklung parallel mit der Entwicklung der Weltgeschichte, und letztere soll eigentlich nur die Probe auf die erstere sein."[97] Diese „epochemachende Auffassung der Geschichte", in der „Logisches" und „Historisches" eine spiegelbildliche Parallele bilden, wird nun zur Grundlage für die Behandlung der ökonomischen Kategorien als System.

Erschwerungen: Ein Briefwechsel aus dem Jahre 1858

Mit der Herausarbeitung dieser differierenden Auffassungen einer Kritik an Hegel scheinen auch die Weichen für das unterschiedliche Verhältnis des „Logischen" und „Historischen" bei Marx und Engels gestellt zu sein. Wissenschaft als System: das heißt für Marx, die spekulative Formgenese Hegels durch die reale Erklärung der Phänomene der bürgerlichen Gesellschaft zu ersetzen. Der innere Zusammenhang der kapitalistischen Gesellschaftsformation wird begreifbar, wenn deren ökonomische Formen als Verkörperungen einer bestimmten Art

93 Karl Marx, *Das Kapital*, in: *MEW*, Bd. 23, S. 27.

94 Friedrich Engels, *Ludwig Feuerbach*, S. 292 f. Abgesehen von aller anderen Problematik, mit der sie belastet ist, kann die „Abbildtheorie" gerade dies nicht leisten. Die Erkenntnis des „inneren Zusammenhangs" ist kein Abbildungsvorgang. Sinnvollerweise wird man bei Marx – trotz seiner gelegentlichen Metaphorik – nicht von einer „Widerspiegelung" der Realität, sondern von einer Theorie der gesellschaftlichen Erfahrung sprechen können. Was dem erkennenden Bewußtsein gegenübersteht, sind verfestigte ökonomische „Formen", mit denen es alltäglich tätig und sprachlich umgeht. Wenn diese Formen als Produkte der entfremdeten menschlichen Arbeit begriffen werden, sind sie in ihrem gesellschaftlichen Wesen erkannt.

95 Auf die besondere Problematik des *Anti-Dühring* haben wir schon verwiesen (Vgl. Anm. 42). Dort wird zumindest die Religion als Produkt der ideellen Verdoppelung gesellschaftlicher Verhältnisse angesprochen. Friedrich Engels, *Anti-Dühring*, S. 294 f.

96 Hingegen behandelt Engels im *Ludwig Feuerbach* Hegels Begriffe als bloße Hypostasierungen: „Der absolute Begriff ist nicht nur von Ewigkeit – unbekannt wo? – vorhanden, er ist auch die eigentliche lebendige Seele der ganzen bestehenden Welt." Friedrich Engels, *Ludwig Feuerbach*, S. 292.

97 Friedrich Engels, *Rezension*, S. 473.

der Verausgabung gesellschaftlicher Arbeit dargestellt sind. Das „System" legt also einen Querschnitt durch die Gegenwart, auf deren genetischer Entwicklung die Analyse ihrer historischen Bewegung, ihres Entstehens und Vergehens, aufbauen muß. Über diesen Zusammenhang hat sich Marx in der im August/September 1857 geschriebenen „Einleitung" zu den „Grundrissen" scheinbar eindeutig geäußert, und dieser Passus wird zu Fragen nach dem Verhältnis des „Logischen" zum „Historischen" auch gemeinhin zitiert: „Es wäre also untubar und falsch, die ökonomischen Kategorien in der Folge aufeinanderfolgen zu lassen, in der sie historisch die bestimmenden waren. Vielmehr ist ihre Reihenfolge bestimmt durch die Beziehung, die sie in der modernen bürgerlichen Gesellschaft aufeinander haben, und die genau das umgekehrte von dem ist, was als ihre naturgemäße erscheint oder der Reihenfolge der historischen Entwicklung entspricht." [98] Es scheint also nicht nur keine Einheit, sondern sogar eine strikte Entgegensetzung des „Logischen" und „Historischen" zu geben.

Demgegenüber stellt sich Engels' Position von vornherein als unhaltbar dar. Da er den philosophischen Gehalt der Marxschen Hegelkritik nicht erfaßt hat, bringt er es anstatt zu einer inhaltlichen, bloß zu einer formalen Verknüpfung von „Materialismus" und „Dialektik", begreift daher die Rekonstruktion des inneren Zusammenhangs der Dinge nicht als ihre Erklärung aus der abstrakt-allgemeinen gesellschaftlichen Arbeit, sondern glaubt auf dem Wege einer abbildtheoretisch legitimierten Umstülpung Hegels allgemeine Bewegungs- und Entwicklungsgesetze alles Seins ermitteln zu können. Wie seine zuletzt herangezogenen Äußerungen über den Anknüpfungspunkt einer Hegelkritik zeigen, ist er von seinem Systembegriff her geneigt, das „Logische" nur als eine besondere Weise des „Historischen" zu betrachten. Die Folgen dieser Differenz sind bekannt: Engels hält die formgenetische Ableitung des Geldes im ersten Abschnitt des „Kapitals" für eine in „logische" Form gebrachte historische Darstellung und läßt daher dem entfalteten Kapitalismus die Epoche einer „einfachen Warenproduktion" vorausgehen. Welche weitreichenden Folgen dieses Mißverständnis hat, werden wir später erörtern.

Aber hat nicht Marx selbst an mehreren Stellen einen engen Zusammenhang der „logischen" und „historischen" Darstellung betont? Ça dépend. Wir hatten oben bemerkt, daß sich die Differenz zu Engels in einer Zeit äußert, in der Marx über noch keine abschließende Auffassung über das Verhältnis des „Logischen" zum „Historischen" verfügt und mit dieser Schwierigkeit werden wir nun konfrontiert.

Am 2.4.1858 – also gut ein halbes Jahr nach der Niederschrift der Einleitung zu den „Grundrissen" – erläutert Marx in einem ausführlichen Brief an Engels den Aufbau des geplanten ökonomischen Werkes. „Folgendes ist short outline of the first part. Die ganze Scheiße soll zerfallen in 6 Bücher: 1. Vom Kapital. 2. Grundeigentum. 3. Lohnarbeit. 4. Staat. 5. Internationaler Handel. 6. Weltmarkt. . . . Der Übergang von Kapital auf Grundeigentum ist zugleich historisch, da die moderne Form des Grundeigentums Produkt der Wirkung des Kapitals auf das Feudal- etc. Grundeigentum. Ebenso ist der Übergang des Grundeigentums in die Lohnarbeit nicht nur dialektisch, sondern historisch, da das letzte Produkt des modernen Grundeigentums das allgemeine Setzen der Lohnarbeit, die dann als Basis der ganzen Scheiße erscheint." [99] Der Zusammenhang der ersten drei Bücher soll also – obwohl das Grundeigentum hinter das Kapital zu stehen kommt – zugleich dialektisch und historisch sein. Marx führt

98 Karl Marx, *Grundrisse*, S. 28.
99 Karl Marx, Brief an Engels vom 2.4.1858, in: *MEW*, Bd. 29, S. 312.

das Buch über das Kapital genauer aus und betont, daß er das Verhältnis von 1) Wert, 2) Geld und 3) Kapital aus der Analyse der „einfachen Zirkulation" ableiten will, die er als „Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft [betrachtet], worin die tiefern Operationen, aus denen sie hervorgeht, ausgelöscht sind . . . " [100] Doch auch hier scheint es sich noch nicht um eine rein formgenetische Darstellung zu handeln, denn er bezeichnet auch innerhalb dieses ersten Buches den Übergang vom Geld in das Kapital als zugleich logisch und historisch: „Im Geld – wie die Entwicklung seiner Bestimmungen zeigt – die Forderung gesetzt des in die Zirkulation eingehenden und in ihr sich erhaltenden, zugleich sie selbst setzenden Werts – *Kapital.* Dieser Übergang zugleich historisch. Die antediluvianische Form des Kapitals ist das Handelskapital, das entwickelt immer Geld. Zugleich Entstehung des wirklichen Kapitals aus dem Geld oder kaufmännischen Kapital, das sich der Produktion bemächtigt." [101]

Am 9.4.1858 schreibt Engels zurück: „Dies Arrangement des Ganzen in den 6 Büchern könnte gar nicht besser sein und gefällt mir ausnehmend, obwohl ich den dialektischen Übergang vom Grundeigentum auf die Lohnarbeit noch nicht klar sehe. Auch die Entwicklung der Geldgeschichte ist sehr fein, mit einzelnem bin ich auch hier noch nicht im reinen, da ich mir oft die historische Unterlage erst zusammensuchen muß." [102] Bei dieser Auffassung von der zugleich „logischen" und „historischen" Entwicklung des Geldes ist Engels auch später geblieben, als er schon die Korrekturbogen des ersten Bandes des „Kapitals" liest. [103] Wenn seine Ansicht dennoch falsch ist, kann nur eine Änderung der Marxschen Auffassung stattgefunden haben, die in irgendeiner Weise mit der Änderung der Aufbaupläne des „Kapitals" zusammenhängt.

Die „Einleitung" von 1857

Um die hier aufgetretenen Schwierigkeiten überwinden zu können, müssen wir auf die „Grundrisse" zurückgehen. Von den vielen Fragen, die die „Einleitung" aufgibt, lassen wir die – verglichen mit den „Theorien über den Mehrwert" – verkürzte und vorläufige Darstellung des Marxschen Verhältnisses zur klassischen Ökonomie beiseite und behandeln nur den Zusammenhang des „Logischen" und „Historischen", so wie er aus der Abgrenzung gegen Hegel hervorgeht.

Nachdem Marx ausgeführt hat, daß die ökonomischen Wissenschaften in ihrer historischen Entwicklung vom scheinbar Konkreten zur Bildung von abstrakten Kategorien vorangegangen sind, bezeichnet er – ohne daß die Aufgabe einer „Kritik" dieser Kategorien erwähnt würde – in Anlehnung an Hegel das Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten als die wis-

100 Karl Marx, Brief an Engels vom 2.4.1858, in: *a.a.O.*, S. 317.

101 *Ebd.*

102 Friedrich Engels, Brief an Marx vom 9.4.1858, in: *a.a.O.*, S. 319. Engels' Brief besagt gerade, daß er noch Schwierigkeiten mit der historischen Auffassung der Ableitung des Geldes hat. Warum L. A. Leontjew daraus liest, Engels habe betont, die historische Entwicklung des Geldes sei bei Marx besonders gut dargestellt, bleibt wohl sein Geheimnis. L. A. Leontjew, *Engels und die ökonomische Lehre des Marxismus*, Berlin 1970, S. 279.

103 Vgl. Friedrich Engels, Brief an Marx vom 16.6.1867, in: *MEW*, Bd. 31, S. 303. – Die Reaktion von Engels auf Marxens Geldableitung ist also gar nicht so merkwürdig, wie H. G. Backhaus annimmt, denn schließlich hat Marx sie ihm in jenem Brief vom 2.4.1858 selbst nahegelegt. Hans Georg Backhaus, *Materialien zur Rekonstruktion der Marxschen Werttheorie 2*, in: *Gesellschaft . . . 3*, S. 139.

senschaftlich richtige Methode der „Politischen Ökonomie". Daran schließt sich unmittelbar eine Kritik an Hegel an: „Hegel geriet daher auf die Illusion, das Reale als Resultat des sich in sich zusammenfassenden, in sich vertiefenden, und aus sich selbst sich bewegenden Denkens zu fassen, während die Methode vom Abstrakten zum Konkreten aufzusteigen, nur die Art für das Denken ist, sich das Konkrete anzueignen, es als ein geistig Konkretes zu reproduzieren. Keineswegs aber der Entstehungsprozeß des Konkreten selbst." [104] Wir wollen sehen, ob dieser schwierige Passus eine gewisse Transparenz gewinnt, wenn man ihn vor dem Hintergrund der Hegel-Kritik in der Entwicklung der Wertformen liest.

Er besagt dann, daß das Reale in seinem inneren Zusammenhang (d.h. in seiner „Wirklichkeit") nicht durch ein mystisches Subjekt, sondern durch eine bestimmte Art der Verausgabung gesellschaftlicher Arbeit konstituiert ist. „Produzieren" und „Erkennen" sind nicht identisch, sondern dem Denken ist das Subjekt der Erkenntnis – „hier die moderne bürgerliche Gesellschaft" [105] – als ein Produkt vorgängig verausgabter abstrakt-allgemeiner menschlicher Arbeit vorgegeben. Diese „konkrete Totalität" reproduziert das Denken als „Gedankentotalität", wenn es ihm gelingt, sie als Objektivation entfremdeter menschlicher Arbeit zu begreifen. Der Vorwurf an Hegel lautet dann auch nicht, er habe die geistige Reproduktion des Konkreten mit dessen empirisch-historischem Entstehungsprozeß durcheinandergebracht, [106] sondern meint, daß Hegel an jene Illusion geraten mußte, weil er das wirkliche konstituierende Prinzip des inneren Zusammenhangs der Realität nicht erkannt, sondern es nur zu einer spekulativ-teleologischen Verdoppelung der (ihm natürlich ebenfalls empirisch vorgegebenen) Gegenständlichkeit als einer „Bestimmung der Idee" gebracht habe. Diese Lösung, deren Konsequenz der Verweis auf die formgenetische Darstellung wäre, die selbst ein bestimmtes Verhältnis des „Logischen" zum „Historischen" zum Inhalt hat, ist hier zwar schon implizit angedeutet, aber noch nicht ausgeführt – und darin besteht die Schwierigkeit der gesamten Einleitung. Wir haben es nicht mit einem fertigen Resultat zu tun, sondern beobachten Marx, wie er einen Schritt auf diese Lösung zugeht.

Da Hegel also über kein konstituierendes Prinzip verfügt, das von der „Vernunft" unterschieden wäre, fällt ihm der Akt des Erkennens mit der einzig möglichen Konstitution von Welt zusammen. [107] Die Vernunft in der *Form* des begreifenden Erkennens entdeckt sich selbst als den *Inhalt* und das substanzielle Wesen der sittlichen wie der natürlichen Wirklichkeit. [108] Die Bewegung der Kategorien wird daher zugleich zum Produktionsakt – nicht der empirischen Gegenständlichkeit – sondern ihres als „vernünftig" konstruierten inneren Zusammenhangs. Aus dieser Auffassung folgt eine methodische Konsequenz, die wir hier nur streifen, weil wir im Zusammenhang mit Engels nochmals auf diesen Punkt zurückkommen müssen: weil die „Vernunft" den inneren Zusammenhang der „begriffenen" Welt bildet, geht sie bei diesem Akt des Begreifens von sich selbst aus. Ist aber die philosophische Idee wesentlich

104 Karl Marx, *Grundrisse*, S. 22.

105 *A.a.O.*, S. 26.

106 Vgl. dazu: Veit-Michael Bader u.a., *Krise und Kapitalismus bei Marx*, Bd. 1, S. 61 ff.

107 „Für das Bewußtsein daher – und das philosophische Bewußtsein ist so bestimmt –, dem das begreifende Denken der wirkliche Mensch und daher die begriffne Welt als solche erst das Wirkliche ist, – erscheint daher die Bewegung der Kategorien als der wirkliche Produktionsakt . . ." Karl Marx, *Grundrisse*, S. 22.

108 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, in: ders., *Werke*, Bd. 7, S. 27.

„Entwicklung des Konkreten", [109] so ist es auch das Wesen der Wirklichkeit, vom Abstrakten zum Konkreten aufzusteigen. Dieses Aufsteigen faßt Hegel daher zugleich als logischen und historischen Prozeß: „Das Anfängliche ist das Abstrakteste, weil es das Anfängliche ist, sich noch nicht fortbewegt hat; die letzte Gestalt, die aus dieser Fortbewegung als einem fortgehenden Bestimmen hervorgeht, ist die konkreteste." [110] Marx' Problem lautet demnach: wenn die Konstitution der konkreten Totalität durch Arbeit zu unterscheiden ist von ihrer geistigen Reproduktion als Gedankentotalität, gilt dann noch die für Hegel anscheinend selbstverständliche Einheit des „Logischen" und „Historischen", d.h. ist die einfachste Kategorie der politischen Ökonomie, mit der die Darstellung der gewordenen Formen der bürgerlichen Gesellschaft zu beginnen hat, zugleich die erste historische Kategorie, mit der die einfachste Stufe der Entstehungsgeschichte dieser Gesellschaft ausgedrückt werden kann?

Marx untersucht diese Frage – sicherlich nicht zufällig – an einem Punkt, an dem Hegel gegen die bei ihm sonst durchgängige Einheit des „Logischen" und „Historischen" selbst einen Einwand erhebt. Es handelt sich um den Zusatz zum § 32 der Rechtsphilosophie, dessen Formulierung Marx fast wörtlich aufnimmt. Die erste objektive Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft ist der „Besitz", die einfachste rechtliche Beziehung des Subjekts. Hegel bemerkt dazu: „So kann man z.B. nicht sagen, daß das Eigentum vor der Familie dagewesen sei, und trotzdem wird es vor derselben abgehandelt." [111] Er untersucht aber nicht, warum das so ist, vor allem aber nicht, warum sich ihm dieses Problem gerade in der Rechtsphilosophie stellt, sondern begnügt sich mit der Feststellung, daß es sich bei der begrifflichen Darstellung fügen kann, „daß die Ordnung der Zeit in der wirklichen Erscheinung zum Teil anders ist als die Ordnung des Begriffs." [112] Auch Marx greift diesen Einwand noch nicht entschieden auf, sondern bemüht sich vielmehr, ihn mit der Einheit des „Logischen" und „Historischen" in Einklang zu bringen. [113]

Hellhörig für das bei Hegel angelegte Problem wird er erst, als er sich anhand der Kategorie „Arbeit sans phrase" verdeutlicht, daß deren Bestimmung, bzw. Bestimmungslosigkeit ein Produkt der bürgerlichen Gesellschaft ist, sie also keineswegs jene allgemeingültige, einfache Kategorie darstellt, als die sie zunächst erscheint. Die „reichtumserzeugende Tätigkeit" schlechthin, deren verobjektivierte Formen das Begreifen der bürgerlichen Gesellschaft zu entziffern hat, ist nicht unmittelbar identisch mit historisch vorgängigen Weisen, in denen „Arbeit überhaupt" verausgabt wurde. „Die einfachste Abstraktion also, welche die moderne

109 Ders., *Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie*, *a.a.O.*, Bd. 18, S. 38 ff.

110 *A.a.O.*, S. 61.

111 Ders., *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, in: ders., *Werke*, Bd. 7, S. 86. – In den handschriftlichen Zusätzen bemerkt Hegel: „Wenn geschichtlich zu Werke gegangen wird – was treffen wir zuerst an – etwa Familien, zerstreute – was Staat? ... Patriarchalisches Verhältnis – noch nicht Recht – noch Moralität." *Ebd.*

112 *Ebd.*

113 „Nach dieser Seite hin kann also gesagt werden, daß die einfachre Kategorie herrschende Verhältnisse eines unentwickeltern Ganzen oder untergeordnete Verhältnisse eines entwickeltern Ganzen ausdrücken kann, die historisch schon Existenz hatten, eh das Ganze sich nach der Seite entwickelte, die in einer konkretern Kategorie ausgedrückt ist. Insofern entspräche der Gang des abstrakten Denkens, das vom Einfachsten zum Kombinierten aufsteigt, dem wirklichen historischen Prozeß." Karl Marx, *Grundrisse*, S. 23.

Ökonomie an die Spitze stellt, und die eine uralte und für alle Gesellschaftsformen gültige Beziehung ausdrückt, erscheint doch nur in dieser Abstraktion praktisch wahr als Kategorie der modernsten Gesellschaft." [114]

Mit dieser Einsicht ist ein Wendepunkt in der „Einleitung" erreicht. Das Einfache im gewordenen Verhältnis ist nicht identisch mit dem historisch Einfachen; es gibt daher auch keine unmittelbare Einheit des „Logischen" und „Historischen". Marx baut diese Wende methodologisch aus. Ein „System" im strengen Sinn kann immer nur die Entwicklung der gewordenen Formen aus einem konstituierenden Prinzip sein; niemals aber die Geschichte des Werdens dieses Systems: „Die sogenannte historische Entwicklung beruht überhaupt darauf, daß die letzte Form die vergangnen als Stufen zu sich selbst betrachtet, und, da sie selten, und nur unter ganz bestimmten Bedingungen fähig ist, sich selbst zu kritisieren . . . , sie immer einseitig auffaßt." [115] Bezieht man diese Aussage auf Hegels „Arten der Geschichtsschreibung", so zeigt sich, daß Marx nicht auf die bloß „reflektierende Geschichte" zurückgegangen ist, sondern daß er versucht, den rationalen Kern der „philosophischen Geschichte" zu bestimmen. [116] Die wahrhaft allgemeinen Gesichtspunkte, denen keine „Einseitigkeit" mehr anhaftet, liefert aber nicht der „Geist, der ewig bei sich selbst ist", [117] sondern die bürgerliche Gesellschaft erkennt sich selbst und ihre Geschichte in ihren eigenen aufbrechenden Widersprüchen: „So kam bürgerliche Ökonomie erst zum Verständnis der feudalen, antiken, orientalen, sobald die Selbstkritik der bürgerlichen Gesellschaft begonnen." [118] *Selbstkritik* der bürgerlichen Gesellschaft heißt aber für Marx: Kritik der einander widersprechenden fixen ökonomischen Kategorien in der Rückführung auf ihre selbst widersprüchliche gesellschaftliche Einheit. [119] Insofern kommt Marx hier implizit auf die zunächst übergangene Rolle der „Kritik" bei der Reproduktion des Konkreten auf dem Wege des Denkens zurück.

Damit ist zwar eine unmittelbare Einheit des „Logischen" und „Historischen" aufgegeben; gleichwohl bleiben beide Kategorien in einem systematischen Zusammenhang, evolutionstheoretisch formuliert: „In der Anatomie des Menschen ist ein Schlüssel zur Anatomie des Affen. Die Andeutungen auf Höhres in den untergeordnetren Tierarten können dagegen nur verstanden werden, wenn das Höhere selbst schon bekannt ist." [120] Das Resultat dieser Überlegungen ist bekannt. Es ist Marx' Ziel, die Kategorien zu entwickeln, „die die innre Gliederung der bürgerlichen Gesellschaft ausmachen und worauf die fundamentalen Klassen beruhn. Kapital, Lohnarbeit, Grundeigentum." [121] Dabei ist nicht historisch vorzugehen, etwa daß das Grundeigentum und die auf ihm basierende Grundrente als ältere Revenueform vor dem

114 *A.a.O.*, S. 25.
115 *A.a.O.*, S. 26.
116 Vgl. dagegen: Louis Althusser und Etienne Balibar, *Das Kapital lesen*, 2 Bde, Hamburg 1972, Bd. 1, S. 162 ff.
117 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, *Die Vernunft in der Geschichte*, hrsg. von Johannes Hoffmeister, Hamburg, 5. Aufl., 1955, S. 22.
118 Karl Marx, *Grundrisse*, S. 26.
119 „Nur dadurch, daß man an die Stelle der conflicting dogmas die conflicting facts und die realen Gegensätze stellt, die ihren verborgnen Hintergrund bilden, kann man die politische Ökonomie in eine positive Wissenschaft verwandeln." Marx an Engels, Brief vom 10.10.1868, in: *MEW*, Bd. 32, S. 181.
120 Karl Marx, *Grundrisse*, S. 26.
121 *A.a.O.*, S. 28.

Kapital zu behandeln wäre. Das ist „untubar und falsch", d.h. es ist methodisch unmöglich. Das gegenwärtige Verhältnis kann nicht aus seiner Geschichte „verstanden" werden, sehr wohl aber die Geschichte aus dem begriffenen gegenwärtigen Verhältnis: „Die Grundrente kann nicht verstanden werden ohne das Kapital. Das Kapital aber wohl ohne die Grundrente. Das Kapital ist die alles beherrschende ökonomische Macht der bürgerlichen Gesellschaft. Es muß Ausgangspunkt, wie Endpunkt bilden und vor dem Grundeigentum entwickelt werden." [122]

Kapital – Grundeigentum – Lohnarbeit: „logisch" und „historisch"

Marx beschließt die „Einleitung" mit der Ankündigung, die innere Gliederung der bürgerlichen Gesellschaft in den drei fundamentalen Klassen entwickeln zu wollen; dies darf aber nicht so verstanden werden, als schlage er von den Resultaten der „Einleitung" ausgehend, sogleich den Weg der formgenetischen Entwicklung ein, wie sie im „Kapital" vorliegt. Vielmehr hat Roman Rosdolsky zu Recht darauf verwiesen, daß im Rahmen des ersten Aufbauplanes – von dem Marx in jenem Brief vom 2.4.1858 an Engels berichtet – diese drei Kategorien zugleich „logisch" und „historisch" vermittelt werden sollten.

Diese Anordnung widerspricht dem Ergebnis der „Einleitung" durchaus nicht. Zwar handelt es sich bei der Abfolge der Kategorien „nicht um das Verhältnis, das die ökonomischen Verhältnisse in der Aufeinanderfolge verschiedener Gesellschaftsformen historisch einnehmen . . . . Sondern um ihre Gliederung innerhalb der modernen bürgerlichen Gesellschaft." [123] Diese Gliederung gewährt aber „zugleich Einsicht in die Gliederung und die Produktionsverhältnisse aller der untergegangenen Gesellschaftsformen, mit deren Trümmern und Elementen sie sich aufgebaut, von denen teils noch unüberwundne Reste sich in ihr fortschleppen, bloße Andeutungen sich zu ausgebildeten Bedeutungen entwickelt haben etc." [124] Das gewordene und sich auf seiner eigenen Basis reproduzierende gesellschaftliche Verhältnis ist noch durchsetzt mit Resten des Vergangenen, die einmal die historische Grundlage seines Werdens waren; es bietet daher mit seiner eigenen gedanklichen Reproduktion immer zugleich Aufschluß über seine Vergangenheit. Marx steht vor der Frage, wie dieses Verhältnis methodisch anzugehen ist. Diese Problemstellung durchzieht noch die ganzen „Grundrisse"; sie ist keineswegs schon mit der „Einleitung" endgültig geklärt.

Da es hier nur darum geht, die Äußerungen in dem Brief vom 2.4.1858 zu verstehen, beschäftigen wir uns kurz mit demjenigen Aufbauplan (ca. Nov. 1857), der der Information an Engels noch zugrunde lag. Um die Veränderung des Verhältnisses von „Logischem" und „Historischem" zu beleuchten, greifen wir dann eine Passage aus dem „Urtext zur Kritik der Politischen Ökonomie" heraus (ca. August/November 1858), die also *nach* dem Brief geschrieben ist und uns symptomatisch zu sein scheint für die Tendenz zur zunehmenden Entmischung beider Kategorien.

Es ist das Eigentümliche des Aufbauplanes von 1857, der uns nur insofern interessiert, als er die Abfolge der ersten drei Bücher begründen soll, daß Marx zwar einerseits vom gewordenen

122 *A.a.O.*, S. 27.
123 *A.a.O.*, S. 28.
124 *A.a.O.*, S. 26.

System ausgeht, wie er es in der „Einleitung" proklamiert hatte, andererseits aber das Werden zum System zugleich noch kategorial in die Darstellung aufnehmen will: „Wenn im vollendeten bürgerlichen System jedes ökonomische Verhältnis das andre in der bürgerlich-ökonomischen Form voraussetzt und so jedes Gesetzte zugleich Voraussetzung ist, so ist das mit jedem organischen System der Fall." [125] Hier rekapituliert Marx nur seine Einsicht, daß z.B. die moderne Form der Grundrente nicht aus der Geschichte dieser Kategorie verstanden werden kann, sondern daß sie vom Kapitalverhältnis bestimmt ist. Er fährt dann aber fort: „Dies organische System selbst als Totalität hat seine Voraussetzungen, und seine Entwicklung zur Totalität besteht eben darin, alle Elemente der Gesellschaft sich unterzuordnen, oder die ihm noch fehlenden Organe aus ihr heraus zu schaffen. Es wird so historisch zur Totalität. Das Werden zu dieser Totalität bildet ein Moment seines Prozesses, seiner Entwicklung." [126] Dieses historische Werden, das Marx etwas später in ein anderes Verhältnis zum gewordenen System setzt, [127] soll hier offensichtlich noch in die Darstellung einbezogen werden. Aus dieser gleichzeitigen Berücksichtigung des Gewordenen und seines Werdens resultieren aber jene Formulierungen, in denen er Engels mitteilt, sowohl der Übergang vom Kapital auf das Grundeigentum, als auch der Übergang vom Grundeigentum in die Lohnarbeit, schließlich auch der Übergang vom Geld in das Kapital seien zugleich „dialektisch" und „historisch" (Vgl. S. 18 f.). Der „dialektische" Zusammenhang im gewordenen System ist folgendermaßen gedacht: Marx entwickelt zunächst einen Aufbauplan des „Buches vom Kapital", der in noch sehr formaler Manier an Hegel angelehnt ist. Der „logische" Übergang vom Geldmarkt – dem Kapital in seiner Totalität – zum Grundeigentum ist nun so zu verstehen, daß das Kapital – die „allgemeine Beleuchtung, worin alle übrigen Farben getaucht sind" [128] – ein Wertverhältnis auch an natürlichen Dingen, Grund und Boden, Naturkräften usw. setzt, die nicht Produkt menschlicher Arbeit sind. Daraus resultiert das moderne Grundeigentum, „das als kapitalisierte Rente teuer ist, und als solches die unmittelbare Benutzung der Erde durch die Individuen ausschließt." [129] Das Kapital *muß* sich das Grundeigentum entgegensetzen, denn nur so kann es in seinen produktiven Grund zurückgehen, in die freie Lohnarbeit, denn der Ausschluß von der Bearbeitung des Landes ist – wie Marx unter Hinweis auf die Kolonietheorie Wakefields ausführt – die beständige Voraussetzung dafür, daß sich der Lohnarbeiter dem Kapital verkaufen muß. Insofern sind Kapital, Grundeigentum und Lohnarbeit im gewordenen System „logisch" vermittelt. [130]

125 *A.a.O.*, S. 189.

126 *Ebd.*

127 „Die Bedingungen und Voraussetzungen des *Werdens*, des *Entstehns* des Kapitals unterstellen eben, daß es noch nicht ist, sondern erst *wird*; sie verschwinden also mit dem wirklichen Kapital, mit dem Kapital, das selbst, von seiner Wirklichkeit ausgehend, die Bedingungen seiner Verwirklichung setzt." Karl Marx, *Grundrisse*, S. 363.

128 *A.a.O.*, S. 27.

129 *A.a.O.*, S. 189; den gleichen systematischen Stellenwert hat die Grundrente auch noch in der „Kritik" von 1859: „Wenn der Tauschwert nichts ist als die in einer Ware enthaltene Arbeitszeit, wie können Waren, die keine Arbeit enthalten, Tauschwert besitzen, oder in andren Worten, woher der Tauschwert bloßer Naturkräfte? Dies Problem wird gelöst in der Lehre von der Grundrente." Karl Marx, *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*, in: *MEW*, Bd. 13, S. 48. – Vgl. zu dem gesamten Problem: Roman Rosdolsky, *Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen ‚Kapital'*, Bd. 1, S. 54 ff.

130 Karl Marx, *Grundrisse*, S. 189. – Es ist dies der „dialektische" Übergang vom Grundeigentum auf die Lohnarbeit, den Engels im Brief vom 9.4.58 „noch nicht klar" sieht (Vgl. S. 19).

Mit der gleichen Abfolge der Kategorien soll aber auch die historische Genesis des Systems zu bezeichnen sein. Indem das Kapital in seiner „antediluvianischen" Form als Handelskapital auf die ältere Form der Grundrente einwirkt, d.h. indem es die Agrikultur seiner Verwertungsbewegung subsumiert, trägt es zur Zerstörung der vorkapitalistischen Produktionsweise bei. Das alte Verhältnis von Leibeigenen, Fronbauern, Erbpächtern, Häuslern, Tagelöhnern usw. wird umgewälzt, das Land von „überflüssigen Mäulern" gesäubert und alle Arbeitsverhältnisse werden schrittweise in Lohnarbeit umgewandelt. Insofern schafft erst das moderne Grundeigentum die Lohnarbeit als universelle Kategorie – „die ganze Breite der Gesellschaft durchwadend" [131] – und führt auch historisch in das (industrielle) Kapital zurück.

Es ist nicht unsere Aufgabe zu erörtern, warum Marx diesen Aufbauplan abgeändert hat. Grundlegend dafür scheint zu sein – was Rosdolsky und Bader u.a. nicht in genügender Schärfe herausgearbeitet haben –, daß Marx zwar in den „Grundrissen" im Gliederungsprinzip des „Kapitals im Allgemeinen" und der „Konkurrenz" über einen aus der Kritik der Hegelschen Philosophie herrührenden Leitfaden zur Behandlung der ökonomischen Kategorien verfügt (Vgl. z.B. Anm. 65), daß aber die wirklichen Vermittlungsglieder dieses Zusammenhangs im einzelnen noch nicht erforscht sind. [132] Obwohl sich Marx bereits darüber im klaren ist, daß „keine Kategorie der bürgerlichen Ökonomie, nicht die erste, z.B. die Bestimmung des Werts" ohne die Vermittlung durch die Konkurrenz gedacht werden kann, [132a] ist das formgenetische Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten noch nicht ausgearbeitet. In diese Veränderungen sind auch die geplanten Bücher vom „Grundeigentum" und von der „Lohnarbeit" einbezogen und daher ist auch das Verhältnis des „Logischen" und „Historischen", so wie er es in dem Brief an Engels dargestellt hatte, unmittelbar betroffen. Erst innerhalb der späteren Entwicklung der Mittelglieder, durch die hindurch das Wertgesetz sich durchsetzt, bekommen sowohl das Handelskapital als auch das Grundeigentum eine neue systematische Stellung, von der aus dann der Rückbezug auf ihre jeweiligen vorkapitalistischen Formen abhängig ist. [133]

Hingegen werden diese Rückverweise in den „Grundrissen" noch nicht vom entwickelten System, sondern von den einzelnen Kategorien her unternommen. Das hängt m.E. damit zusam-

131 Karl Marx, *Grundrisse*, S. 188.

132 Roman Rosdolsky, *Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen ‚Kapital'*, Bd. 1, S. 71 ff.; Veit-Michael Bader u. a., *Krise und Kapitalismus bei Marx*, Bd. 1, S. 100 ff. Kritisch zu Bader u. a.: Projekt Klassenanalyse, *Die Krise in der Theorie*, in: *Beiträge zum Wissenschaftlichen Sozialismus*, H. 9 (1976), Nr. 4, insbes. S. 104 und S. 109.

132a Karl Marx, *Grundrisse*, S. 545. – „Die *notwendige* Arbeitszeit als durch die Bewegung des Kapitals selbst bestimmt, ist aber so erst gesetzt. Dies ist das Grundgesetz der Konkurrenz." *A.a.O.*, S. 550. Vgl. auch Karl Marx, *Das Kapital*, in: *MEW*, Bd. 23, S. 53.

133 „Die Wissenschaft besteht eben darin, zu entwickeln, *wie* das Wertgesetz sich durchsetzt." Karl Marx, Brief an Kugelmann vom 11.7.1868, in: *MEW*, Bd. 32, S. 553. Innerhalb dieses theoretischen Rahmens behandelt Marx die Differentialrente analog zum surplus profit in jeder industriellen Produktionssphäre, die absolute Grundrente als Hemmnis beim Ausgleich der Werte zu Produktionspreisen. Vgl. dazu Karl Marx, Briefe an Engels vom 2.8.1862 und vom 9.8.1862, in: *MEW*, Bd. 30, S. 266 ff. und S. 274. – In beiden Fällen ist die „Rente im modernen Sinn" ein Überschuß über den Durchschnittsprofit. *Historisch* dagegen ist nicht der Profit, sondern die Rente selbst die allgemeine Form, in der sich die Mehrarbeit ausdrückt. Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. 3, in: *MEW*, Bd. 25, S. 791 und S. 798. – Ebenso ist das Handelskapital im entwickelten System dem industriellen Kapital untergeordnet, *historisch* ist es dagegen die „älteste freie Existenzweise des Kapitals." *A.a.O.*, S. 337.

men, daß Marx noch keine wirkliche Ableitung des Geldes leistet, zwar den inneren Zusammenhang von Ware und Geld aufzeigt, das Geld als ökonomische Form jedoch noch voraussetzt.[134] Er analysiert die „einfache Warenzirkulation" als die erscheinende Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft, macht aber durchgehend Anmerkungen über die historische Form der Zirkulation, d.h. das Handelskapital und erwähnt zugleich seine historischen Einwirkungen auf die ältere Form der Grundrente.[135] Aus dieser Konstellation resultiert offenbar der Versuch, die Kategorie der Lohnarbeit, vermittelt durch das „Kapital" und das „Grundeigentum", zugleich „dialektisch" und „historisch" in den Gang der Darstellung einzubeziehen.

Im „Urtext" aus dem letzten Drittel des Jahres 1858 – das kann hier nur konstatiert werden – ist dieser Versuch endgültig aufgegeben. Die „Lohnarbeit" ist nicht mehr aus einer sowohl „dialektischen" als „historischen" Darstellung entwickelt, sondern als *historische Voraussetzung* dem Verwertungsprozeß des Kapitals vorgegeben. Bei dieser Lösung des Problems ist Marx auch später geblieben.[136] Im „Urtext" hat er sie aber mit einer methodischen Bemerkung versehen, die für die Vorstellung einer unmittelbaren Einheit des „Logischen" und „Historischen" von Bedeutung ist: „Daß der Geldbesitzer ... das Arbeitsvermögen auf dem Markt, in den Grenzen der Zirkulation als Ware *vorfindet*, diese Voraussetzung, von der wir hier ausgehn, und von der die bürgerliche Gesellschaft in ihrem Produktionsprozeß ausgeht, ist offenbar das Resultat einer langen historischen Entwicklung .... Der bestimmte vergangne historische Prozeß, der in dieser Voraussetzung gegeben ist, wird sich noch bestimmter formulieren bei weitrer Betrachtung des Verhältnisses. Diese historische Entwicklungsstufe aber der ökonomischen Produktion – deren Produkt selbst schon *der freie Arbeiter* – ist aber Voraussetzung für das Werden und noch mehr das Dasein des Kapitals als solchen. Seine Existenz ist das Resultat eines langwierigen historischen Prozesses in der ökonomischen Gestaltung der Gesellschaft. Es zeigt sich an diesem Punkt bestimmt, wie die dialektische Form der Darstellung nur richtig ist, wenn sie ihre Grenzen kennt."[137] Daß die „dialektische Darstellung" nur richtig sei, wenn sie ihre Grenzen kennt, sollte nicht nur so interpretiert werden, daß sie sich bewußt sein müsse, wo die „historische Betrachtung hereintreten" muß.[138] Die historische Betrachtung kann nur „hereintreten", weil sie zuvor aus der dialektischen Darstellung „herausgetreten" ist.

Engels' Dilemma

Engels' Rezension aus dem Jahre 1859 – und nur dies sollte der Exkurs in die „Grundrisse" zeigen – ist also von vornherein mit einer doppelten Hypothek belastet. Zum einen hält sich

134 Projektgruppe Entwicklung des Marxschen Systems, *Das Kapitel vom Geld. Interpretationen zum Kapital 2*, Westberlin 1973, S. 32 ff.

135 Karl Marx, *Grundrisse*, S. 163 f.

136 Karl Marx, *Das Kapital*, in: *MEW*, Bd. 23, S. 183 f.

137 Karl Marx, *Grundrisse*, S. 945. Es fällt auf, daß Marx die historischen Ursprünge der Entstehung der freien Lohnarbeit jetzt nicht mehr allein dem „modernen Grundeigentum" anlastet, sondern in der dem Kapitalismus vorangehenden Produktionsweise selbst sucht. Vgl. dazu Karl Marx, *Grundrisse*, S. 375 ff.

138 „Andrerseits, was viel wichtiger für uns ist, zeigt unsere Methode die Punkte, wo die historische Betrachtung hereintreten muß, oder wo die bürgerliche Ökonomie als bloß historische Gestalt des Produktionsprozesses über sich hinausweist auf frühre historische Weisen der Produktion." Karl Marx, *Grundrisse*, S. 364.

Engels an Marx' Aussagen über einen Aufbauplan und die mit ihm gegebene enge Verschränkung des „Logischen" und „Historischen", der zwar formal auch noch der „Kritik" vorangestellt ist,[139] von dem sich Marx aber – gerade was das Verhältnis des Logischen zum Historischen betrifft – tendenziell bereits ablöst; das erste Kapitel seines Buches hat die erste Version der formgenetischen Entwicklung des Geldes zum Inhalt. Zum anderen interpretiert Engels diese früheren Aussagen zum Verhältnis des „Logischen" und „Historischen" vor dem Hintergrund seiner eigenen Vorstellungen einer Kritik an Hegel. Durch diese Kombination verstellt er sich den Zugang zu Theorie und Methode der „Kritik der Politischen Ökonomie."

Wir hatten gesehen, daß für Engels eine „systematische" Behandlung der Wissenschaft bereits dann gegeben ist, wenn ihre Resultate vermittels einer abbildtheoretisch umgestülpten Dialektik organisiert werden. Diese Auffassung der Behandlung der Wissenschaft im Allgemeinen bildet nun auch den Rahmen für seine Einschätzung des wissenschaftlichen Charakters der „Kritik der Politischen Ökonomie" im Besonderen. Sie ist systematische Wissenschaft, eine „zusammenfassende Entwicklung der Gesetze der bürgerlichen Produktion und des bürgerlichen Austauschs",[140] weil ihr die „allein richtige Form der Gedankenentwicklung", eben die umgestülpte dialektische Methode zugrunde liegt.[141] Dabei muß auffallen, daß Engels die Funktion dieser Methode für den inneren Aufbau der „Kritik" nicht bestimmen kann; gleich das erste Problem, auf das er beim näheren Eingehen stößt, soll unabhängig von ihr zu lösen gewesen sein: „Die Kritik der Ökonomie, *selbst nach gewonnener Methode*, konnte noch auf zweierlei Weise angelegt werden: *historisch oder logisch* [Hervorhebung von mir]. Da in der Geschichte, wie in ihrer literarischen Abspiegelung, die Entwicklung im ganzen und großen auch von den einfachsten zu den komplizierteren Verhältnissen fortgeht, so gab die literargeschichtliche Entwicklung der politischen Ökonomie einen natürlichen Leitfaden, an den die Kritik anknüpfen konnte, und im ganzen und großen würden die ökonomischen Kategorien dabei in derselben Reihenfolge erscheinen, wie in der logischen Entwicklung."[142]

Daß Engels die Entfaltung der Kategorien – ob „logisch" oder „historisch" – problematisiert, mag auf seinen Briefwechsel mit Marx aus dem Jahre 1858 zurückzuführen sein. Daß er das Problem alternativ formuliert: „logisch" *oder* „historisch", ist eine Vergröberung und daß er es schließlich erst *nach* der „gewonnenen Methode" auftreten läßt, zeigt, daß er sich über die Entwicklungsrichtung der Marxschen Hegelkritik nicht im klaren ist.[143] Natürlich

139 Karl Marx, *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*, in: *MEW*, Bd. 13, S. 7.

140 Friedrich Engels, *Rezension*, S. 472.

141 *A.a.O.*, S. 474.

142 *Ebd.*

143 Dazu mag auch jener berühmte Brief beigetragen haben, in dem Marx Engels ankündigt, er habe Lust, das „Rationelle" an der Hegelschen Logik herauszuarbeiten. Engels scheint dies immer so verstanden zu haben, als wolle Marx allgemeine dialektische Gesetzmäßigkeiten entwickeln. Es wäre allerdings zu bedenken, da der Brief aus der Zeit der „Grundrisse" stammt, in denen Marx die formgenetische Entwicklung des Geldes noch nicht geleistet hatte, ob er selbst noch eine andere Vorstellung von einer Hegelkritik verfolgte. Verfehlt erscheint es mir indes, unter Hinweis auf diesen Brief von einer „zweiten Hegelrezeption" bei Marx zu sprechen. Hegel ist im gesamten Prozeß der Kritik der ökonomischen Kategorien präsent. Karl Marx, Brief an Engels vom 14.1.1858, in: *MEW*, Bd. 29, S. 260. – Noch 1883 beim Durchsehen des Marxschen Nachlasses erhofft sich Engels Aufschluß über diese Frage: „Morgen werde ich endlich Zeit haben, einige Stunden der Durchsicht aller Manuskripte zu widmen, die der Mohr uns hinterlassen hat. Es handelt sich vor allem um einen Abriß über Dialektik, den er schon immer ausführen wollte. Er hat uns aber stets den Stand seiner Arbeiten verheimlicht; er wußte, hätte man erst in Erfahrung gebracht, was er fertig hatte, so wäre er so lange gedrängt worden, bis er sein Einverständnis zur Veröffentlichung gegeben hätte." Friedrich Engels, Brief an Lawrow vom 2.4.1883, in: *MEW*, Bd. 36, S. 3.

muß auch Engels das Scheinproblem „logisch" *oder* „historisch" im Marxschen Sinne zu lösen versuchen, denn schließlich schreibt er nur eine Rezension, der ein bestimmtes Ergebnis vorliegt. Von Interesse ist allerdings, ob Engels' Vorstellungen von einer „logischen" Behandlung der ökonomischen Kategorien mit den Marxschen übereinstimmen.

Zunächst ist die Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß sich Engels' einleitende Bemerkungen zur Frage des Verhältnisses von „logischer" und „historischer" Untersuchung gar nicht unmittelbar auf die Abfolge der kategorialen Darstellung der Formen der bürgerlichen Gesellschaft beziehen, sondern auf die zu kritisierende Literatur. [144] Seine Ausgangsfrage lautet: liefert die „literaturgeschichtliche Entwicklung der politischen Ökonomie einen natürlichen Leitfaden, an den die Kritik anknüpfen konnte"? Damit sucht er sich offensichtlich an der Anlage der „Kritik" von 1859 zu orientieren, in der auf die Entwicklung der ökonomischen Kategorien jeweils Exkurse zur Geschichte der Theorie folgen. Zu fragen ist, in welchem Sinne diese theoriegeschichtlichen Partien als „Anknüpfungspunkt" für die „logische" Entwicklung dienen können; mit der Auflösung dieser Frage wird zugleich die Verbindung zwischen der Geschichte der ökonomischen Kategorien und der Erkenntnis des inneren Zusammenhangs der kapitalistischen Gesellschaftsformation wieder aufgenommen. Marx hatte bereits in der „Einleitung" von 1857 ausgeführt, daß eine Gesellschaft sowohl die Totalität ihrer eigenen Formen erkennen, als auch Einsicht in vergangene Gesellschaftsformationen gewinnen kann, wenn sie einer Selbstkritik fähig ist. Nach diesem Grundsatz sind die theoriegeschichtlichen Partien der „Kritik" angelegt: die jeweiligen ökonomischen Wissenschaften sind als theoretische Verarbeitungen bestimmter Entwicklungsstufen des Kapitalismus aufzufassen. Im Verlauf dieser historischen Entfaltung werden aber die Widersprüche und daher auch die wirklichen Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft deutlicher erfahrbar, so daß sich die politische Ökonomie – gerade weil sie sich in theoretische Widersprüche verfängt [145] – an Problemstellungen herantastet, deren Auflösung den Ausgangspunkt der systematischen Darstellung bilden konnten. In diesem Sinne basiert die formgenetische Darstellung der „Kritik der Politischen Ökonomie" auf der historischen Entwicklung der bürgerlichen Theorie. [146]

144 Zelený ist einer der wenigen, die ausdrücklich auf diesen Umstand verweisen. Jindřich Zelený, *Die Wissenschaftslogik und das ‚Kapital'*, Frankfurt/M. 1968, S. 107. – Weder Joachim Bischoff, *Gesellschaftliche Arbeit als Systembegriff*, S. 110 ff., noch Klaus Holzkamp, *Die historische Methode des wissenschaftlichen Sozialismus und ihre Verkennung durch J. Bischoff*, in: *Das Argument*, Nr. 84, berücksichtigen diesen Ausgangspunkt der Behandlung des „Logischen" und „Historischen" bei Engels.

145 Zur Einschätzung der Produktivität theoretischer Widersprüche vgl. z.B. Marx über Adam Smith. Karl Marx, *Theorien über den Mehrwert*, in: *MEW*, Bd. 26.1, S. 58 f.

146 „Die Analyse der Ware auf Arbeit in Doppelform, des Gebrauchswerts auf reale Arbeit oder zweckmäßig produktive Tätigkeit, des Tauschwerts auf Arbeitszeit oder gleiche gesellschaftliche Arbeit, ist das kritische Endergebnis der mehr als anderthalbhundertjährigen Forschungen der klassischen politischen Ökonomie, die in England mit William Petty, in Frankreich mit Boisguillebert beginnt, in England mit Ricardo, in Frankreich mit Sismondi abschließt." Karl Marx, *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*, in: *MEW*, Bd. 13, S. 37.

Engels argumentiert anders: „Da in der Geschichte, wie in ihrer literarischen Abspiegelung, die Entwicklung im ganzen und großen auch von den einfachsten zu den komplizierteren Verhältnissen fortgeht" – *deshalb* soll die „logische" Entwicklung an die literarische Abfolge der Kategorien der bürgerlichen Ökonomie anknüpfen können. Im „ganzen und großen" werde dann die historische mit der logischen Entwicklung übereinstimmen. Bereits dieser Ansatz ist mit dem Marxschen unvereinbar: die Kategorien der bürgerlichen Ökonomie gehen keineswegs vom Einfachen zum Komplizierteren fort, sondern das Herausarbeiten der einfachsten Abstrakta ist erst Resultat eines längeren analytischen Stadiums der ökonomischen Wissenschaft. [147] Das an diesem Entwicklungspunkt mögliche zusammenfassende Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten, d.h. vom Einfachen zum Komplizierten, betrifft dann nicht mehr die literarhistorische Entwicklung der Kategorien selbst, sondern ihre systematische Darstellung. „Logische" und (literar),,historische" Abfolge bilden keine Einheit. Auch nicht im „ganzen und großen". Es ist vielmehr zu fragen, wie Engels auf diese Vorstellung kommen konnte.

Einen ersten Anhaltspunkt bietet sein Versuch, Theoriegeschichte und wirkliche Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft miteinander zu vermitteln. Für Marx besteht, wie wir gesehen haben, dieser Zusammenhang in einem theoretischen Dreischritt: die literarhistorische Abfolge der ökonomischen Kategorien, d.h. ihre zunehmende Verwicklung in Widersprüche, zeigt an, daß die bürgerliche Gesellschaft selbst einen gewissen Grad der Entwicklung erreicht haben muß, bevor eine systematische Darstellung ihres inneren Zusammenhangs möglich war. Erst diese formgenetische Darstellung eruiert dann Anhaltspunkte für die Untersuchung der Entwicklungsgeschichte des Systems. Demgegenüber bietet die literarhistorische Abfolge der ökonomischen Kategorien für sich genommen keinen Einblick in Aufbau und Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. Eben das aber nimmt Engels an, wenn er unter Aussparung des entscheidenden formgenetischen Schrittes mit Hilfe der Abbildtheorie – praktisch in einem Nebensatz – den Zusammenhang der Geschichte der Theorie mit der wirklichen Geschichte herstellen will: „Da in der Geschichte, wie in ihrer literarischen Abspiegelung, die Entwicklung ... von den einfachsten zu den komplizierteren Verhältnissen fortgeht ... ". [148] Das Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten soll nicht nur für die literarhistorische Entwicklung gelten, sondern für die wirkliche Geschichte selbst; beide sind spiegelbildlich verbunden. Mit diesem Konzept gerät Engels an ein Folgeproblem: vorausgesetzt, daß die literarische Abfolge der ökonomischen Kategorien vom Einfachen zum Konkreten aufsteigt und daß diese Entwicklung die wirkliche Geschichte „abspiegelt", bilden die ökonomischen Kategorien in ihrer Abfolge dann bereits die „wesentlichen" Momente der Geschichte ab, oder nur das Zufällige, bloß „Historische"? [149] Offensichtlich letzteres, denn obwohl historische und logische Ent-

147 „Den Physiokraten jedoch, wie ihren Gegnern, ist die brennende Streitfrage nicht sowohl, welche Arbeit den *Wert*, sondern welche den *Mehrwert* schaffe. Sie behandeln also das Problem in komplizierter Form, bevor sie es in seiner elementarischen Form gelöst hatten, wie der geschichtliche Gang aller Wissenschaften durch eine Masse Kreuz- und Querzüge erst zu ihren wirklichen Ausgangspunkten führt. Im Unterschied von andren Baumeistern zeichnet die Wissenschaft nicht nur Luftschlösser, sondern führt einzelne wohnliche Stockwerke des Gebäudes auf, bevor sie seinen Grundstein legt." *A.a.O.*, S. 42 f.

148 Friedrich Engels, *Rezension*, S. 474.

149 Zum Begriff des „bloß Historischen" vgl. Friedrich Kambartel, *Erfahrung und Struktur. Bausteine zu einer Kritik des Empirismus und Formalismus*, Frankfurt/M. 1968, S. 61 ff.

wicklung „im ganzen und großen" übereinstimmen sollen, ist für Engels „Geschichte" hier nicht schon begriffene Geschichte, sondern die historisch-empirische Abfolge in allen ihren Einzelheiten. Werden diese „abgespiegelt", dann unterbrechen natürlich die ökonomischen Kategorien in ihrer historisch-zufälligen Bewegung den Gang der „logischen" Entwicklung. Die geforderte „logische" Entfaltung ist demnach aus der historischen Abfolge nicht unmittelbar abzulesen, sondern sie ist das Resultat der Anwendung einer bestimmten Methode: „Die logische Behandlungsweise war also allein am Platz. Diese aber ist in der Tat nichts anders als die historische, nur entkleidet der historischen Form und der störenden Zufälligkeiten. Womit diese Geschichte anfängt, damit muß der Gedankengang ebenfalls anfangen, und sein weiterer Fortgang wird nichts sein als das Spiegelbild, in abstrakter und theoretisch konsequenter Form, des historischen Verlaufs;" [150] Anders also als Marx, der von der Geschichte der Theorie zur systematischen Entfaltung der Kategorien und von da zu bestimmten Urteilen über die historische Entstehung und die Bewegung des gewordenen Systems kommt, geht Engels von der empirischen Geschichte der ökonomischen Kategorien aus, die er als Spiegelbild der wirklichen Geschichte ansieht. Eine „historische" Behandlung – und damit erklärt sich seine alternative Formulierung des Problems – hätte ihre Abfolge in der Zeit in allen Windungen ihres Entwicklungsprozesses nachzuvollziehen. Es ist aber Aufgabe einer „systematischen" Wissenschaft, den inneren, d.h. für Engels, den entwicklungsgesetzlichen Zusammenhang der empirischen Geschichte zu entdecken. [151] Diesen Übergang von der Erscheinung zum „Wesen" stellt nun aber nicht die formgenetische Ableitung der ökonomischen Kategorien aus einer bestimmten Art der Verausgabung gesellschaftlicher Arbeit her, sondern die bloße Anwendung einer Methode: die der „logischen Behandlungsweise". Was ist die logische Behandlungsweise, die dies leisten soll? Engels antwortet: „Sie ist in der Tat nichts anders als die historische, nur entkleidet der historischen Form und der störenden Zufälligkeiten." Vor dieser Formel stehen die marxistisch-leninistischen Interpreten ratlos und bei dem Versuch, ihren Sinn zu entschlüsseln, flechten sie zumeist einen bunten Strauß von Stilblüten. [152]

„Geschichte der Philosophie", „Philosophie der Geschichte" und „Rechtsphilosophie"

Um Engels' Aussage denken zu können, ist es notwendig, sich an seine Begründung der Möglichkeit des Zusammenhangs von „Logischem" und „Historischem" zu erinnern: sie bilden „im ganzen und großen" eine Einheit, weil beide Bewegungen vom Einfachen zum Konkre-

150 Friedrich Engels, *Rezension*, S. 475.

151 „Die geschichtlichen Ereignisse erscheinen so im ganzen und großen ebenfalls von der Zufälligkeit beherrscht. Wo aber auf der Oberfläche der Zufall sein Spiel treibt, da wird er stets durch innre verborgne Gesetze beherrscht, und es kommt nur darauf an, diese Gesetze zu entdecken." Friedrich Engels, *Ludwig Feuerbach*, S. 297. – Hingegen betont es Marx als Aufgabe der Wissenschaft zu untersuchen, in welchen Formen diese Gesetze sich durchsetzen. Vgl. dazu Anm. 133.

152 Besonders anmutig tut dies Klaus Holzkamp. Nachdem er die Geschichte von den störenden „Gegebenheitszufällen" befreit hat, schreitet er zu den wahrhaften „Entwicklungsnotwendigkeiten", nicht ohne den Leser zu belehren, er habe darunter keine „kausal-mechanische historische Entwicklungszwangsläufigkeit" zu verstehen, sondern „Not-wendig" im Marxschen Sinne sei das, „was getan werden muß, um die gesellschaftliche ‚Not' zu ‚wenden'". Klaus Holzkamp, *Die historische Methode des wissenschaftlichen Sozialismus und ihre Verkennung durch J. Bischoff*, in: *Das Argument*, Nr. 84, S. 33 ff.

ten aufsteigen. Engels'Sprachgebrauch verweist auf ein Anknüpfen an Hegels „Geschichte der Philosophie". In der Tat ist hier durch den identischen Gegenstandsbereich der Philosophie eine Einheit gegeben: im Verhältnis des Begriffs der Philosophie zu seiner Geschichte ist das „Logische" unmittelbar das wesentlich „Historische": „Man kann meinen, daß die Philosophie in den Stufen der Idee eine andere Ordnung haben müsse, als die Ordnung, in welcher in der Zeit diese Begriffe hervorgegangen sind. Im ganzen ist die Ordnung dieselbe." 153 Wir hatten diesen Zusammenhang schon bei der Behandlung der Marxschen „Einleitung" zu den „Grundrissen" berührt; seine theoretischen Implikationen führen zurück zu dem dort bereits erwähnten § 32 der „Rechtsphilosophie", in dem Hegel selbst an einen Punkt kommt, an dem er die sonst durchgängige Einheit des „Logischen" und „Historischen" problematisiert.

Nur insofern für Hegel Philosophie Erkenntnis der Wahrheit als Entwicklung des Konkreten ist, kann er von ihr sagen, daß die „logische" Entfaltung ihres Begriffs mit den wesentlichen Stufen ihrer Geschichte übereinstimmt: beide steigen vom einfachen Sein zum in sich bestimmten Begriff auf. Diese Auffassung setzt aber ganz allgemein voraus, daß die „Geschichte" vom Begriff ihres jeweiligen Gegenstandes abhängig ist: „Nach dieser Idee behaupte ich nun, daß die Aufeinanderfolge der Systeme der Philosophie in der Geschichte dieselbe ist als die Aufeinanderfolge in der logischen Ableitung der Begriffsbestimmungen der Idee. Ich behaupte, daß, wenn man die Grundbegriffe der in der Geschichte der Philosophie erschienenen Systeme rein dessen entkleidet, was ihre äußerliche Gestaltung, ihre Anwendung auf das Besondere und dergleichen betrifft, so erhält man die verschiedenen Stufen der Bestimmung der Idee selbst in ihrem logischen Begriffe. Umgekehrt, den logischen Fortgang für sich genommen, so hat man darin nach seinen Hauptmomenten den Fortgang der geschichtlichen Erscheinungen; – aber man muß freilich diese reinen Begriffe in dem zu erkennen wissen, was die geschichtliche Gestalt enthält." 154

Die abschließende Bemerkung ist entscheidend. In den historischen Ausgestaltungen der Philosophie sind Wesentliches und Unwesentliches vermischt. Um sie ihrer Äußerlichkeit zu entkleiden und sie als wesentliche Stufen der Entwicklung der Idee darstellen zu können, muß man die *Kenntnis* des Auszusondernden, also die *Erkenntnis* der Idee schon mitbringen. Hier zeigt sich, daß mit Hegels methodischer Forderung, die Erkenntnis der Idee müsse der Kenntnis ihrer Geschichte vorausgehen, bereits eine Art *Verdoppelung des Systembegriffs* einhergeht. Der „Begriff" der Philosophie und seine „Geschichte" stehen sozusagen als horizontales und vertikales System aufeinander. Das vertikale System ist das abgeleitete; begriffene Geschichte ist immer Konstruktion, in der das „Wesentliche" aus der Mannigfaltigkeit des Empirisch-Historischen herausgehoben wird. Ist es also das Wesen der Philosophie, Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten zu sein, so ist es auch das Wesen ihrer Geschichte; beides ist identisch und ebendaher gilt die Einheit des „Logischen" und „Historischen".

Wie leicht ersichtlich, verschwindet diese die Verdoppelung des „Systems" umgreifende Einheit einer logisch-historischen Darstellung, sobald sich Hegel von der „Geschichte der Philosophie" zur „Philosophie der Geschichte", d.h. im Akt der spekulativen Formgenese auf den Boden des objektiven Geistes begibt. Die gleiche methodische Forderung, daß die Erkenntnis

153 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, *Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie*, in: ders., *Werke*, Bd. 18, S. 59.

154 *A.a.O.*, S. 49.

des Begriffs der Kenntnis seiner Geschichte vorausgehen müsse, bringt nun andere Konsequenzen mit sich. Hegels Versuch, die Geschichte zu systematisieren, sie als vernünftigen Entwicklungsprozeß darzustellen, beruht auf der Voraussetzung, daß die Vernunft in die Wirklichkeit getreten und so die Gegenwart in ihrem Wesen erkennbar geworden ist: „Was ist nun der Plan der Vorsehung in der Weltgeschichte? Ist die Zeit gekommen, ihn einzusehen ... Ob es an der Zeit ist zu erkennen, muß davon abhängen, ob das, was Endzweck der Welt ist, endlich auf allgemeingültige, bewußte Weise in die Wirklichkeit getreten ist." Am Rande vermerkt Hegel dazu: „Dies – Verstehen unserer Zeit." [155]

Dieser Aufbau der Philosophie der Geschichte auf der begriffenen Gegenwart zeigt sich am eindeutigsten darin – klarer als z.B. in dem Zusatz zum § 32 der „Rechtsphilosophie", in dem Hegel sich nur mit einem Folgeproblem konfrontiert sieht –, daß die Geschichtsphilosophie ihren logischen Ort am Ende der Philosophie des Rechts hat. [156] Die Rechtsphilosophie bildet jedoch ein „horizontales" System gewordener Formen; die bürgerliche Gesellschaft wird als Objektivation der „Idee des an und für sich freien Willens" begriffen. [157] Die Rekonstruktion des historischen Prozesses auf dieses gewordene Resultat hin ist demgegenüber nur ein „System" zweiter Ordnung und von Hegels Begriff der „bürgerlichen Gesellschaft" abhängig. Der historische Entwicklungsprozeß durch die umgedeuteten vier Weltreiche hindurch ist eine Funktion der die Geschichte zu ihrem Dasein in Bezug setzenden Gegenwart. [158] Es erhellt nun von selbst, daß die Formen des *gewordenen* vernünftigen Verhältnisses von Staat, Gesellschaft und Familie nicht mehr identisch sein können mit den historischen Gestaltungen, die die Vernunft auf dem Weg zu diesem Ziel hin durchlaufen hat; ebensowenig kann die Abfolge der Kategorien dem Inhalt nach übereinstimmen. Daß methodisch sowohl Rechtsphilosophie als Geschichtsphilosophie vom Abstrakten zum Konkreten aufsteigen, begründet inhaltlich keine logisch-historische Einheit mehr, denn das logisch Erste im gewordenen System ist nicht mehr identisch mit dem historischen Ersten im Gang seiner Entwicklung. [159] Lo-

155 Ders., *Die Vernunft in der Geschichte*, S. 45.

156 Manfred Riedel, *Fortschritt und Dialektik in Hegels Geschichtsphilosophie*, in: ders., *System und Geschichte. Studien zum historischen Standort von Hegels Philosophie*, Frankfurt/M. 1973, S. 61.

157 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, in: ders., *Werke*, Bd. 7, § 33, S. 87.

158 Der Unterschied zu Marx – vgl. dazu den Abschnitt über die Einleitung zu den *Grundrissen* – liegt weniger im methodischen als im theoretischen Bereich. Die Geschichtsphilosophie basiert zwar auf der Rechtsphilosophie, andererseits ist die Rechtsphilosophie keine Realanalyse der bürgerlichen Gesellschaft, sondern sie ist selbst – was Marx in der *Kritik des Hegelschen Staatsrechts* gezeigt hat – einer mystifizierenden Vernunftkonstruktion unterworfen. Insofern sind beide – Geschichtsphilosophie und Rechtsphilosophie – auf den „focus imaginarius" einer sich verwirklichenden Vernunft bezogen.

159 In einem mündlichen Zusatz zum § 408 der *Enzyklopädie* verweist Hegel auf die Gleichzeitigkeit und den inneren Zusammenhang der gewordenen Formen und grenzt sie gegen jeden historischen Gesichtspunkt ab: „Aus diesem Gange unserer Betrachtung folgt jedoch nicht im mindesten, daß wir die Sittlichkeit zu etwas in der Zeit nach *Späterem* als das Recht und die Moralität machen oder die Familie und die bürgerliche Gesellschaft für etwas dem Staate in der Wirklichkeit *Vorangehendes* erklären wollen. Vielmehr wissen wir sehr wohl, daß die Sittlichkeit die *Grundlage* des Rechtes und der Moralität ist, sowie daß die Familie und die bürgerliche Gesellschaft mit ihren wohlgeordneten Unterschieden schon das Vorhandensein des Staates *voraussetzen*". Georg Wilhelm Friedrich Hegel, *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, in: ders., *Werke*, Bd. 7, S. 524.

gisch-systematische und historisch-systematische Entfaltung der Kategorien sind in zwei verschiedene Reihen auseinandergetreten.

Die in der Entwicklung der Wertform geleistete Entmystifizierung des Begreifens der Gegenwart durch Marx – sie ist nicht Form der Verwirklichung der „Idee des freien Willens", sondern Vergegenständlichung der entfremdeten Arbeit – rückt auch das bei Hegel bereits implizierte Verhältnis zwischen dem zur Totalität entfalteten System und der Geschichte seines Entstehens zurecht. Die systematische Darstellung betrifft im „Kapital" das gewordene System; mit dessen formgenetischer Erklärung werden dann zugleich die – entmystifizierte – Entwicklungsrichtung des Systems selbst, sowie die Anhaltspunkte zur Erforschung seines Gewordenseins bestimmbar. Auf dieses Verhältnis der formgenetischen zur historischen Darstellung wollen wir kurz eingehen.

Zum Bedeutungsspektrum des Begriffs „historisch" bei Marx

Die Darstellung der gewordenen Formen ist bloß darum, weil sie nicht unmittelbar identisch sein kann mit einer geschichtlichen Abfolge, nicht „unhistorisch". Unser Versuch, die historischen Implikationen der formgenetischen Darstellung aufzugliedern, beansprucht keine Vollständigkeit, bildet auch keinen systematischen Zusammenhang, sondern ist nur vorläufig und additiv. Dennoch erscheint es nützlich, folgende Bedeutungen des Begriffs „historisch" bei Marx zu unterscheiden; sie werden an mehr oder minder zufällig ausgewählten Passagen illustriert.

1. „Die Wertform des Arbeitsprodukts ist die abstrakteste, aber auch allgemeinste Form der bürgerlichen Produktionsweise, die hierdurch als eine besondere Art gesellschaftlicher Produktion und *damit zugleich historisch* [Hervorhebung von mir] charakterisiert wird. Versieht man sie daher für die ewige Naturform gesellschaftlicher Produktion, so übersieht man notwendig auch das Spezifische der Wertform, also der Warenform, weiter entwickelt der Geldform, Kapitalform usw." [160] Hier und an vielen anderen Stellen verwendet Marx den Terminus „historisch" im Sinne von *„nicht natürlich"*. Die formgenetische Entwicklung entschleiert die ökonomischen Kategorien als Vergegenständlichungsformen einer historisch bestimmten Art der Verausgabung von Arbeit – Arbeit in Doppelform – nicht als „Arbeit schlechthin". [161] Da ihr Gegenstand in diesem Sinne „historisch" ist, ist es auch die spezifische Form der Theorie, die ihn erkennt. [162]

2. Aus dieser ersten ist eine zweite Bestimmung ableitbar: „historisch" im Sinne von *„transitorisch"*. Die Bewegung der Kapitalverwertung erscheint als ein – zwar nicht wie in der idealistischen Philosophie: teleologischer, vernünftiger – wohl aber als ein unumkehrbarer Prozeß, den Marx im Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate näher bestimmt hat: „Es ist dies in jeder Beziehung das wichtigste Gesetz der modernen politischen Ökonomie und das wesentlichste, um die schwierigsten Verhältnisse zu verstehn. Es ist *vom historischen Standpunkt* aus [Hervorhebung von mir] das wichtigste Gesetz." [163]

160 Karl Marx, *Das Kapital*, in: *MEW*, Bd. 23, S. 95, Anm. 32.
161 Karl Marx, Brief an Engels vom 8.1.1868, in: *MEW*, Bd. 32, S. 11.
162 Vgl. dazu: Helmut Reichelt, *Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs* . . . , S. 18.
163 Karl Marx, *Grundrisse*, S. 634.

3. Die dritte Bedeutung: „historisch" als *„dem kapitalistischen System vorgängig"* bildet wiederum nur die notwendige Ergänzung zur ersten und zweiten. Ist das System als nichtnatürliches und daher der Möglichkeit nach als vergehendes erkannt, dann stößt die Untersuchung der gewordenen Formen auch auf die richtigen Ausgangsfragen für die Erforschung der Geschichte ihres Werdens: „Es ist daher nicht nötig, um die Gesetze der bürgerlichen Ökonomie zu entwickeln, die *wirkliche Geschichte der Produktionsverhältnisse* zu schreiben. Aber die richtige Anschauung und Deduktion derselben als selbst historisch gewordner Verhältnisse führt immer auf erste Gleichungen . . . , die auf eine hinter diesem System liegende Vergangenheit hinweisen. Diese Andeutungen, zugleich mit der richtigen Fassung des Gegenwärtigen, bieten dann auch den Schlüssel für das Verständnis der Vergangenheit – eine Arbeit für sich, an die wir hoffentlich auch noch kommen werden." [164] Gerade die letzte Bemerkung zeigt; daß Marx nicht beansprucht, mit der Entwicklung der gewordenen Formen zugleich schon die Rekonstruktion ihres Werdens geleistet zu haben. Seine Analyse der gegenwärtigen Totalität erlaubt aber die zentralen Ausgangsfragen für eine Untersuchung ihrer Geschichte. Um nur ein Beispiel zu geben: sein kurzer Abriß über den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus, die „sog. ursprüngliche Akkumulation", geht vom Begriff der kapitalistischen Akkumulation, d.h. von der Rückverwandlung von Mehrwert in Kapital aus. Die Existenz eines rückverwandelbaren Surplus unterstellt aber den Kapitalisten als Eigner eines „ursprünglichen" Kapitals. Das Kapital ist aber keine bloße Wertsumme, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis. Die historische Untersuchung hat also die Entstehung dieses Verhältnisses zu klären: „Das Kapitalverhältnis setzt die Scheidung zwischen den Arbeitern und dem Eigentum an den Verwirklichungsbedingungen der Arbeit voraus. Sobald die kapitalistische Produktion einmal auf eignen Füßen steht, erhält sie nicht nur jene Scheidung, sondern reproduziert sie auf stets wachsender Stufenleiter. Der Prozeß, der das Kapitalverhältnis schafft, kann also nichts andres sein als der Scheidungsprozeß des Arbeiters vom Eigentum an seinen Arbeitsbedingungen, ein Prozeß, der einerseits die gesellschaftlichen Lebens- und Produktionsmittel in Kapital verwandelt, andrerseits die unmittelbaren Produzenten in Lohnarbeiter. Die sog. ursprüngliche Akkumulation ist also nichts als der historische Scheidungsprozeß von Produzent und Produktionsmittel." [165]

4. Diese ersten drei Bedeutungen beziehen sich auf den historischen Charakter der formgenetischen Methode (1), auf die Entwicklungsrichtung des gewordenen Systems (2) und auf die historisch-vorgängige Grenze der dialektischen Darstellung (3). Die traditionelle Bedeutung des „Historischen" als des *„Empirisch-Faktischen"*, das sich keiner Theorie beugt, betrifft dagegen die Grenze des formgenetischen Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten in der Darstellung der bürgerlichen Gesellschaft selbst. Wir hatten angedeutet (Vgl. Anm. 132a und 133), daß sich die Reichweite einer theoretischen Darstellung des Kapitals bis zur Entwicklung der Formen erstreckt, in denen das Wertgesetz in der Konkurrenz sich durchsetzt. Jenseits dieser theoretischen Ebene beginnt die „wirkliche Bewegung der Konkurrenz" – und damit zugleich die Sphäre der einmaligen, in dieser bestimmten Konstellation

164 *A.a.O.*, S. 364 f.

165 Karl Marx, *Das Kapital*, in: *MEW*, Bd. 23, S. 742. – Angesichts dieser nach wie vor gültigen Ausgangsfrage verschlägt es nichts, daß Marx den Untergang der „yeomanry" zu früh angesetzt hat. Vgl. dazu: Paul Mantoux, *The Industrial Revolution in the Eighteenth Century*, hrsg. von T. S. Ashton, London 1970, S. 139.

unwiederholbaren Fakten des historischen Prozesses. Sie liegt außerhalb des Planes des „Kapitals", bezeichnet aber den Punkt, an dem die theoriegeleitete Arbeit des Historikers ansetzen muß. [166]

Indes sind dies alles nur Andeutungen, die hier nicht näher verfolgt werden können. Für unseren Zusammenhang bleibt nur festzuhalten, daß obwohl die systematische Entwicklung der Kategorien des „Kapitals" historische Momente in den eben unterschiedenen Bedeutungen einschließt (bzw. ausschließt), von einer unmittelbaren logisch-historischen Abfolge der Kategorien bei Marx nicht gesprochen werden kann.

Die Einheit des „Logischen" und „Historischen" bei Engels

Anders als Marx geht Engels aus von der literarhistorischen Abfolge der Kategorien und behandelt die ökonomischen Theorien wie Hegel die Reihe der philosophischen Systeme in der „Geschichte der Philosophie". [167] Nur so wird verständlich, warum er als Begründung für die Einheit des „Logischen" und „Historischen" den Fortgang der ökonomischen Kategorien vom Abstrakten zum Konkreten nennt. Wie aber schon bei Hegel selbst deutlich wird, läßt sich diese logisch-historische Einheit der Darstellung nicht auf das Gebiet des objektiven Geistes und damit auch auf den Bereich des Zusammenhangs von gegenwärtiger Gesellschaft und Geschichte übertragen. Engels überschreitet diese Grenze der Anwendbarkeit der Einheit des „Logischen" und „Historischen" in der Wiederholung des immer gleichen Grundfehlers: er ist sich über die Kritik der idealistischen Dialektik durch die Konzeption der Vergegenständlichung der abstrakt-allgemeinen menschlichen Arbeit nicht im klaren. An die Stelle dieser philosophischen Leistung der „Kritik der Politischen Ökonomie", die sich in der – wenn auch noch unvollkommenen Entwicklung der Wertformen in der „Kritik" von 1859 bereits ankündigt – setzt er die bloße Anwendung einer umgestülpten dialektischen Methode.

Sie tritt in seiner Rezension unter dem Titel einer „logischen Behandlungsweise" auf, weil er sich in den Aporien der Abbildtheorie verfangen hat: sie muß helfen, aus der empirischen Geschichte der ökonomischen Kategorien die wesentliche Geschichte herauszuheben – eine Leistung, wozu sie ohnehin nur unter Hegels Prämissen aus der „Geschichte der Philosophie" fähig wäre: „Diese Form [die historische] hat scheinbar den Vorzug größerer Klarheit, da ja die *wirkliche* Entwicklung verfolgt wird, in der Tat aber würde sie dadurch höchstens populärer werden. Die Geschichte geht oft sprungweise und im Zickzack und müßte hierbei überall verfolgt werden, wodurch nicht nur viel Material von geringer Wichtigkeit aufgenommen, sondern auch der Gedankengang oft unterbrochen werden müßte;". [168] Diese logisch-historische Behandlung setzt Engels identisch mit der Marxschen logisch-systematischen Entfaltung der Kategorien im gewordenen System, wenn er sagt: „Womit *diese* [Hervorhebung von mir] Geschichte anfängt, damit muß der Gedankengang ebenfalls anfangen, und sein weiterer Fortgang wird nichts sein als das Spiegelbild, in abstrakter und theoretisch konsequenter Form,

166 Karl Marx, *Das Kapital*, in: *MEW*, Bd. 25, S. 839.

167 Auch für Lenins Verständnis des Verhältnisses von „Logischem" und „Historischem" verweist die einschlägige Literatur auf seinen *Konspekt zu Hegels Geschichte der Philosophie*. Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU, Redaktion M. M. Rosental, *Lenin als Philosoph*, Berlin 1971, S. 526.

168 Friedrich Engels, *Rezension*, S. 475.

des historischen Verlaufs." [169] Der „Gedankengang", auf den sich Engels bezieht, meint die Abfolge der Kategorien in der „Kritik der Politischen Ökonomie"; sie ist bei ihm aber nicht logisch-systematisch, d.h. formgenetisch, sondern historisch-systematisch begründet: sie soll ein Spiegelbild in „abstrakter und theoretisch konsequenter Form, des historischen Verlaufs" abgeben. Die Prioritäten sind geradezu verkehrt: nicht die von Hegel im Verhältnis von Rechts- und Geschichtsphilosophie in mystifizierter Weise vorgebildete und von Marx kritisch weiterentwickelte Lösung, daß die als Form der Verausgabung gesellschaftlicher Arbeit begriffene Gegenwart Voraussetzung für das begreifende Rekonstruieren der Geschichte sei, bilden den Ausgangspunkt, sondern die durch die „logische Behandlungsweise" herausgehobenen wesentlichen Momente der empirisch-historischen Abfolge der Kategorien der politischen Ökonomie sollen zugleich deren logisch-systematische Darstellung ermöglichen. Die Einheit des „Logischen" und „Historischen" ist nichts als ein – zu Unrecht – aus dem Verhältnis des Begriffs der Philosophie zu seiner Geschichte übernommenes Attribut der „dialektischen Methode". Die „logische Behandlungsweise" meint also die der „Kritik der Politischen Ökonomie" vorgeblich zugrundeliegende, umgestülpte Hegelsche Dialektik. [170] Wendet man ihre allgemeinen Bewegungs- und Entwicklungsgesetze auf die empirische Geschichte der ökonomischen Kategorien an, so erhält man deren wesentliche Abfolge, wie auch, da die ökonomischen Kategorien in ihrer Reihenfolge nur „Abspiegelungen" des wirklichen historischen Verlaufs sind, die wesentlichen Entwicklungsmomente der realen Geschichte selbst.

Ob diese – selbst in ihrer Fehlerhaftigkeit nicht unkomplizierte – Position Engels begriffen ist, läßt sich u.a. an einem einzigen Wort überprüfen. Engels sagt: „Womit *diese* Geschichte anfängt . . . " *Diese* Geschichte ? *Welche* Geschichte ? Die bereits der logischen Behandlungsweise unterworfene Geschichte. Geht man nun die Literatur zur Engelsschen Rezension durch, so zeigt sich, daß das Demonstrativpronomen „diese" die Tendenz hat, sich in den Artikel „die" zu verwandeln. Wer diesen Passus so überliest – womit *die* Geschichte anfängt, damit muß der Gedankengang ebenfalls anfangen – demonstriert damit, daß er Engels' Problembewußtsein und die Schwierigkeiten, vor denen er stand, nicht adäquat wiedergibt und zum andern, daß er, was immer seine Position auch sonst sein mag, spontan zu einem abbildtheoretischen Denken neigt, das sich Engels in dieser Simplizität zumindest nicht hat zuschulden kommen lassen. Das in dieser Weise verballhornte Klassiker-Zitat ist zu finden bei: Joachim Bischoff, [171] bei der „Projektgruppe zur Kritik der Politischen Ökonomie", [172] bei P. V. Kopnin; [173] M. M. Rosental benutzt beide Versionen nebeneinander, [174] schließlich sogar bei Roman Rosdolsky [175] und – dem Sinn gemäß – bei Ronald Meek. [176] Die Reihe ließe sich wahrscheinlich noch fortsetzen.

169 *Ebd.*
170 *A.a.O.*, S. 474.
171 Joachim Bischoff, *Gesellschaftliche Arbeit als Systembegriff*, S. 111.
172 Projektgruppe zur Kritik der politischen Ökonomie, *Zur Logik des Kapitals*, S. 31.
173 P. V. Kopnin, *Dialektik – Logik – Erkenntnistheorie. Lenins philosophisches Denken – Erbe und Aktualität*, Berlin 1970, S. 237.
174 M. M. Rosental, *Die dialektische Methode der politischen Ökonomie von Karl Marx*, Berlin 1969, S. 465 und S. 476.
175 Roman Rosdolsky, *Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen ‚Kapital'*, Bd. 1, S. 144.
176 Ronald Meek, *Einige Bemerkungen zum ‚Transformationsproblem'*, in: ders., *Ökonomie und Ideologie*, Frankfurt/M. 1973, S. 210.

Engels und die Ableitung des Geldes

Die Auswirkungen dieser Auffassung zeigen sich im abschließenden Teil der Rezension. Da Engels die „Logik" der ökonomischen Kategorien nicht als deren Ableitung aus dem Doppelcharakter warenproduzierender Arbeit erklärt hat, sondern als Resultat der Anwendung allgemeiner dialektischer Gesetzmäßigkeiten, gerät er bei dem Versuch ihrer näheren Darstellung in Gefahr, einen – wie er selbst sagt – „abstrakten Gedankenprozeß" zu beschreiben. Es zeigt sich an dieser Stelle sehr deutlich, daß Engels die spezifische Wissenschaftlichkeit der „Kritik der Politischen Ökonomie" nicht aus ihr selbst heraus erklären kann, sondern nur, indem er auf eine Wissenschaft vor der Wissenschaft zurückgreift. [177] Das hat Konsequenzen für die gesamte Wissenschaftstheorie des Marxismus-Leninismus mit sich gebracht: das „Kapital" verliert seinen Status als Wissenschaft sui generis von der Totalität der Formen der bürgerlichen Gesellschaft und sinkt zum Anwendungsbereich einer ihm vorgelagerten wissenschaftlichen Methode herab.

Engels beginnt also ganz „materialistisch" mit dem Gegenwärtigen, Historisch-Faktischen. Diesem bloß empirischen Ansatz entspricht ein abstrakt-dialektischer Fortgang: er legt nicht den Begriff des „gesellschaftlichen Verhältnisses" auseinander, sondern versucht, die Weiterentwicklung der Kategorien aus dem bloß logischen Begriff des „Verhältnisses" zu erklären: „Wir gehen bei dieser Methode aus von dem ersten und einfachsten Verhältnis, das uns historisch, faktisch vorliegt, hier also von dem ersten ökonomischen Verhältnis, das wir vorfinden. Dies Verhältnis zergliedern wir. Darin, daß es ein *Verhältnis* ist, liegt schon, daß es zwei Seiten hat, die sich *zueinander verhalten*. Jede dieser Seiten wird für sich betrachtet; daraus geht hervor die Art ihres gegenseitigen Verhaltens, ihre Wechselwirkung. Es werden sich Widersprüche ergeben, die eine Lösung verlangen." [178] Da er nun über allgemeine Kategorien wie „Verhältnis" und „Wechselwirkung" nicht hinauskommt, liefert ihm die unterstellte Einheit des „Logischen" und „Historischen" in Verbindung mit der Abbildtheorie den Grund für die wiederholte Versicherung, die „logische" Entwicklung sei durchaus nicht genötigt, „sich im rein abstrakten Gebiet zu halten". [179] Der Gedankengang soll zugleich einen „wirklichen Vorgang" wiedergeben, „der sich zu irgendeiner Zeit wirklich zugetragen hat oder noch zuträgt." [180] Damit ist Engels im Prinzip schon bei der historischen Begründung des Geldes angelangt; über den unerklärt gebliebenen Begriff des „Verhältnisses" kommt er jedoch noch einmal auf die „logische" Darstellung zurück und berührt jetzt, wenn auch ganz unzureichend, das Problem der *Vergegenständlichung* gesellschaftlicher Verhältnisse: „Hier haben wir gleich ein Beispiel einer eigentümlichen Tatsache, die durch die ganze Ökonomie durch-

177 Die Suche nach einer „dialektischen Methode" als Wissenschaft vor der Wissenschaft bleibt für Engels'Denken bestimmend. Man darf sich nicht durch seine Aussage aus dem *Anti-Dühring* täuschen lassen, „jede besondere Wissenschaft vom Gesamtzusammenhang [werde] überflüssig." Sie bezieht sich auf das ausgeführte idealistische System Hegels, nicht aber auf die gerettete dialektische Methode. Friedrich Engels, *Anti-Dühring*, S. 24. – Die entmystifizierte Wissenschaft vom Gesamtzusammenhang ist aber die „Kritik der politischen Ökonomie" selbst, nicht eine bloß formale Dialektik „als Wissenschaft von den Zusammenhängen". Friedrich Engels, *Dialektik der Natur*, in: *MEW*, Bd. 20, S. 348.

178 Friedrich Engels, *Rezension*, S. 475.

179 *A.a.O.*, S. 477.

180 *A.a.O.*, S. 475.

geht und in den Köpfen der bürgerlichen Ökonomen böse Verwirrung angerichtet hat: Die Ökonomie handelt nicht von Dingen, sondern von Verhältnissen zwischen Personen und in letzter Instanz zwischen Klassen; diese Verhältnisse sind aber stets *an Dinge gebunden* und *erscheinen als Dinge.*" 181

Die nachfolgenden Abschnitte müßten eigentlich die Erklärung dieser „eigentümlichen Tatsache" enthalten: eine kurze Darstellung des „gesellschaftlichen Verhältnisses" der Waren zueinander, innerhalb dessen die wertschaffende Arbeit im Geld eine Form erhält. Stattdessen verbreitet sich Engels über die Vorzüge der „dialektischen" vor der „platt-kannegießernden, metaphysischen" Methode und geht inhaltlich allein auf die – bei Marx nur marginal behandelte Geschichte des Austauschprozesses ein: „Wir bemerken nur, daß diese Widersprüche nicht bloß theoretisches, abstraktes Interesse haben, sondern zugleich die aus der Natur des unmittelbaren Austauschverhältnisses, des einfachen Tauschhandels, hervorgehenden Schwierigkeiten, die Unmöglichkeiten widerspiegeln, auf die diese erste rohe Form des Austausches notwendig hinausläuft. Die Lösung dieser Unmöglichkeiten findet sich darin, daß die Eigenschaft, den Tauschwert aller andern Waren zu repräsentieren, auf eine spezielle Ware übertragen wird – das *Geld.*" 182

Die Verkehrung des methodischen Zusammenhangs bei Marx wird hier schon deutlich greifbar: nicht die formgenetische Entwicklung des Geldes erbringt zugleich Anhaltspunkte für die Betrachtung der historischen Gestaltungen in seiner Geschichte, sondern für Engels ist umgekehrt die logische Darstellung wesentlich nur „korrigiertes Spiegelbild" jener historischen Entstehung. Mit der Entwicklung der Wertformen erklärt Marx aber die systemnotwendige Einheit von Ware und Geld unter entwickelten kapitalistischen Verhältnissen. 183 Der Gang der Ableitung im einzelnen zeigt, inwiefern die „Werthform dem Werthbegriff" entspricht, 184 d.h. warum die Geldform adäquater Ausdruck eben dieser Verhältnisse ist. Erst damit eröffnen sich die Perspektiven für die *historische* Untersuchung der Entwicklung des Geldes – und zwar im Sinne von „historisch (3)" –, nicht aber ist umgekehrt die logische Entfaltung nur ein „auf bestimmte Weise abstrahierend gedanklich reproduzierte[s]" Abbild jener Entwicklungsgeschichte, wie Holzkamp im Anschluß an Engels meint. 185 Der

181 *A.a.O.*, S. 475 f.

182 *A.a.O* , S. 476.

183 Marx bemerkt bei der Analyse der einfachen Wertform, daß ihre Untersuchung die Verallgemeinerung der Warenform voraussetzt: „Das Geheimnis des Wertausdrucks, die Gleichheit und die gleiche Gültigkeit aller Arbeiten, weil und insofern sie menschliche Arbeit überhaupt sind, kann nur entziffert werden, sobald der Begriff der menschlichen Gleichheit bereits die Festigkeit eines Volksvorurteils besitzt. Das ist aber erst möglich in einer Gesellschaft, worin die Warenform die allgemeine Form des Arbeitsprodukts, also auch das Verhältnis der Menschen zueinander als Warenbesitzer das herrschende gesellschaftliche Verhältnis ist." Karl Marx, *Das Kapital*, in: *MEW*, Bd. 23, S. 74. – Dieses Verhältnis ist aber erst dann gegeben, wenn alle Arbeit Lohnarbeit geworden ist: „Was also die kapitalistische Epoche charakterisiert, ist, daß die Arbeitskraft für den Arbeiter selbst die Form einer ihm gehörigen Ware, seine Arbeit daher die Form der Lohnarbeit erhält. Andrerseits verallgemeinert sich erst von diesem Augenblick die Warenform der Arbeitsprodukte." Karl Marx, *Das Kapital*, in: *a.a.O.*, S. 184, Anm. 41.

184 Karl Marx, *Das Kapital*, 1. Aufl., S. 779. – Vgl. auch ders., *Das Kapital*, in: *MEW*, Bd. 23, S. 109, Anm. 50.

185 Klaus Holzkamp, *Die historische Methode des wissenschaftlichen Sozialismus und ihre Verkennung durch J. Bischoff*, S. 31.

für die ganze Analyse zentralen „einfachen Wertform" ist unmittelbar gar keine historische Gestalt adäquat;[186] erst die allgemeine Wertform und die Geldform erlauben Hinweise auf bestimmte Entwicklungsstufen des erweiterten Tauschhandels.[187]

Das Geld in seiner Notwendigkeit als Form abstrakt-allgemeiner gesellschaftlicher Arbeit unter den Verhältnissen einer verallgemeinerten, d.h. kapitalistischen Warenproduktion zu erklären und auf dieser Erklärung aufbauend, die weiteren ökonomischen Formen dieser Gesellschaft zu entwickeln, hat Marx als seine ureigenste Leistung angesehen. Er betont daher bereits in der „Kritik" von 1859, daß die wissenschaftliche Darlegung der Notwendigkeit der Geldform mit einer bloß historischen Betrachtung nicht zu erreichen ist: „Die Ökonomen pflegen das Geld aus den äußern Schwierigkeiten abzuleiten, worauf der erweiterte Tauschhandel stößt, vergessen aber dabei, daß diese Schwierigkeiten aus der Entwicklung des Tauschwerts und daher der gesellschaftlichen Arbeit als allgemeiner Arbeit entspringen ... In andern Worten, unter dem Vorwand, den einfachen Tauschhandel zu betrachten, veranschaulichen sich die Ökonomen gewisse Seiten des Widerspruchs, den das Dasein der Ware als unmittelbare Einheit von Gebrauchswert und Tauschwert einhüllt, andrerseits halten sie dann konsequent am Tauschhandel als adäquater Form des Austauschprozesses der Waren fest, der nur mit gewissen technischen Unbequemlichkeiten verknüpft sei, wofür das Geld ein pfiffig ausgedachtes Auskunftsmittel."[188] Dieser Vorwurf trifft cum grano salis auch Engels. Er betrachtet zwar nicht einzelne Seiten der Zirkulationssphäre der bürgerlichen Gesellschaft unter der Illusion, den einfachen Tauschhandel zu beschreiben, aber er hält seinerseits die Analyse der Geldform nur für eine „dialektisch" verkürzte Darstellung der historischen Entwicklung.

Wie immer Engels' Verständnis der „Kritik der politischen Ökonomie" sich im Laufe der Jahre noch gewandelt haben mag, hinsichtlich des Verhältnisses von „Logischem" und „Historischem" drängt sich der Eindruck auf, daß seine Fehlinterpretation eher noch an Festigkeit gewonnen hat. 1859 ist zwar bereits das Prinzip der methodischen Einheit formuliert, die Beweisführung anhand des Textes jedoch wirkt noch unsicher. Erst später werden seine Bemerkungen zur inhaltlichen Durchführung der dialektischen Methode apodiktischer: „Es versteht sich ja von selbst, daß da, wo die Dinge und ihre gegenseitigen Beziehungen nicht als fixe, sondern als veränderliche aufgefaßt werden, auch ihre Gedankenabbilder, die Begriffe, ebenfalls der Veränderung und Umbildung unterworfen sind; daß man sie nicht in starre Definitionen

186 „Der unmittelbare Produktenaustausch hat einerseits die Form des einfachen Wertausdrucks und hat sie andrerseits noch nicht. Jene Form war x Ware A = y Ware B. Die Form des unmittelbaren Produktenaustausches ist: x Gebrauchsgegenstand A = y Gebrauchsgegenstand B. Die Dinge A und B sind hier nicht Ware *vor* [Hervorhebung von mir] dem Austausch, sondern werden es erst durch denselben." Karl Marx, *Das Kapital*, in: *MEW*, Bd. 23, S. 102. – Der Unterschied zwischen der historischen Form des einfachen Tauschhandels und der logischen Form des einfachen Wertausdrucks besteht also darin, daß in letzterem die Waren von vornherein als Teile der gesellschaftlichen Gesamtarbeit aufeinander bezogen sind, während sie beim Tauschhandel erst durch den Tauschakt von unmittelbaren Gebrauchswerten zu Waren werden. Die Analyse der Wertform setzt aber die entwickelten kapitalistischen Verhältnisse voraus (Vgl. Anm. 183).

187 „Diese Form kommt offenbar praktisch nur vor in den ersten Anfängen, wo Arbeitsprodukte durch zufälligen und gelegentlichen Austausch in Waren verwandelt werden." Karl Marx, *Das Kapital*, in: *MEW*, Bd. 23, S. 80. – Vgl. auch ders., *Das Kapital*, 1. Aufl., S. 782: „In der historischen Entwicklung der Waarenform mag daher die allgemeine Aequivalentform bald dieser, bald jener Waare abwechselnd zukommen."

188 Karl Marx, *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*, in: *MEW*, Bd. 13, S. 36.

einkapselt, sondern in ihrem *historischen resp. logischen Bildungsprozeß* entwickelt. Danach wird es wohl klar sein, warum Marx am Anfang des ersten Buchs, wo er von der *einfachen Warenproduktion als seiner historischen Voraussetzung* ausgeht, um dann weiterhin von dieser Basis aus zum Kapital zu kommen – warum er da eben von der *einfachen Ware* [Hervorhebung von mir] ausgeht und nicht von einer begrifflich und geschichtlich sekundären Form, von der schon kapitalistisch modifizierten Ware; was freilich Firemann platterdings nicht einsehn kann." [189] Es ist aber die Frage, ob Marx selbst dies platterdings eingesehen hätte, denn hier sind die wesentlichen Elemente eines historisierenden Mißverständnisses des ersten Abschnitts des „Kapitals" versammelt. Marx ging aus von der „einfachen Ware", d. h. von der einfachen Warenzirkulation als der abstrakten Sphäre des bürgerlichen Reproduktionsprozesses. [190] Engels macht daraus eine dem Kapitalismus historisch vorausgehende Epoche einer „einfachen Warenproduktion". Wie weit diese Fehldeutung durch den Schein der Warenzirkulation selbst bedingt ist, kann hier nicht geklärt werden; es genügt zunächst die Feststellung, daß die von Engels unterstellte logisch-historische Einheit der dialektischen Methode offensichtlich nicht geeignet ist, diesen Schein zu durchbrechen.

Anhang: „Einfache Warenproduktion" – „Umschlag des Aneignungsgesetzes" – „Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung"

Unsere Überlegungen haben erbracht, daß keine Veranlassung besteht, von einer übereinstimmenden Auffassung des Verhältnisses des „Logischen" und „Historischen" bei Marx und Engels zu sprechen. Vielmehr existiert eine Differenz ihres Wissenschaftsbegriffs, die sich auf ihr unterschiedliches Verhältnis zu Hegel zurückführen läßt. Diese Differenz ist nicht gleichgültig: wenn es überhaupt möglich ist, aus der Kritik an Hegel heraus eine Wissenschaft sui generis von der Totalität der Formen der bürgerlichen Gesellschaft zu entwickeln, dann nur auf dem Weg, den Marx eingeschlagen hat, nicht auf dem, den Engels ihm unterstellt.

Nun ist es keineswegs so, daß nicht bestimmte Differenzen auch von sowjetischen Marxisten-Leninisten wahrgenommen würden (Vgl. z.B. Anm. 19) – es besteht aber offensichtlich kein Interesse, diese Unterschiede näher zu untersuchen. Es ist unsere These, daß hier in der Tat die Wissenschaft mit einem Interesse kollidiert, und daß sie – wie in anderen Formen auch anderswo üblich – an dieser Kollision zugrunde geht. [191] Wir hatten eingangs die legitimatorische Funktion der Engelsschen Naturdialektik angesprochen; es ist abschließend zu zeigen, daß die legitimierende Kraft seines Denkens sich noch spezifischer bestimmen läßt und

189 Friedrich Engels, Vorwort zum 3. Bd. des *Kapital*, in: *MEW*, Bd. 25, S. 20.

190 „Wir haben es hier jedoch nicht mit historischem Übergang der Zirkulation in das Kapital zu tun. Die einfache Zirkulation ist vielmehr eine abstrakte Sphäre des bürgerlichen Gesamtreproduktionsprozesses, die durch ihre eigenen Bestimmungen sich als Moment, bloße Erscheinungsform eines hinter ihr liegenden, ebenso aus ihr resultierenden, wie sie produzierenden tieferen Prozesses – dies industriellen Kapitals – ausweist." Karl Marx, *Grundrisse*, S. 922 f.

191 „Wahrheit ist aber in unsrer Zeit nicht nur Unsittlichkeit, Wahrheit ist auch *Unwissenschaftlichkeit* – Wahrheit ist die Grenze der Wissenschaft. In demselben Sinne, als sich die Freiheit der deutschen Rheinschiffahrt jusqu' à la mer, erstreckt sich die Freiheit der deutschen Wissenschaft jusqu' à la verité. Wo die Wissenschaft zur Wahrheit kommt, Wahrheit wird, da hört sie auf, Wissenschaft zu sein, da wird sie ein *Objekt der Polizei* – die Polizei ist die Grenze zwischen Wahrheit und Wissenschaft." Ludwig Feuerbach, *Das Wesen des Christentums*, in: ders., *Werke in sechs Bänden*, hrsg. von Erich Thies, Frankfurt/M. 1976, Bd. 5, S. 397.

daß die Einheit des „Logischen" und „Historischen" eines der Prinzipien ist, auf denen sie basiert. Daher rührt nicht nur die Weigerung des Marxismus-Leninismus, Engels zu kritisieren, sondern auch die Tendenz, nicht Engels an Marx, sondern im Ernstfall Marx an Engels zu korrigieren.

Wir entwickeln diese Tendenz von einem Punkt her, an dem die heutige marxistisch-leninistische Wissenschaft in die Verlegenheit kommt, von *beiden* Klassikern Abschied nehmen zu müssen. Am Ende seines Buches, das immerhin dem Beitrag Engels' zur ökonomischen Lehre des Marxismus gewidmet ist, steht L. A. Leontjew vor der Aufgabe, *einem* Resultat sowohl des Marxschen als des Engelsschen Denkens um jeden Preis ausweichen zu müssen: beide lassen keinen Zweifel daran, daß sie „Warenproduktion" und „Wertgesetz" mit der Existenz von Sozialismus für unvereinbar hielten, und zwar nicht nur in „vielen Äußerungen", sondern grundsätzlich. [192] Leontjew zieht sich mit dem Hinweis aus der Affäre, Marx und Engels hätten keine Rezepte für die Zukunft gegeben und daher die Realität einer „sozialistischen Warenproduktion" nicht vorhersehen können. [193] Nun wäre es naiv, leugnen zu wollen, daß historisch etwas entstanden ist, was von der marxistisch-leninistischen Ökonomie als „sozialistische Warenproduktion" bezeichnet wird. Es ist aber die Aufgabe der Wissenschaft, das, was ist, aus seinem inneren Zusammenhang zu begreifen. Offenbar bringt es jedoch die an Engels' Wissenschaftsauffassung geschulte marxistisch-leninistische Ökonomie nicht zu einem kritischen Begriff dessen, was existiert; in dieser Insuffizienz scheint aber gerade die legitimatorische Attraktivität des Engelsschen Denkens zu liegen. Nur um Engels' terminologischen Beitrag zur Diskussion um die „sozialistische Warenproduktion", nicht um diese selbst, geht es hier.

Leontjew – und mit jeweils leicht variierender Begründung auch andere Ökonomen – pflegen „sozialistische Warenproduktion" gegen die „kapitalistische Warenproduktion" abzugrenzen. [194] Diese Argumentation setzt zweierlei voraus: 1. daß „Warenproduktion" eine mehrere Gesellschaftsformationen übergreifende Kategorie ist und 2. daß „Sozialismus" bestimmt werden kann, ohne daß er von vornherein mit der *Aufhebung der Warenproduktion* identisch gesetzt werden muß. Bei Marx findet sich für eine solche Auffassung kein Anhaltspunkt, wohl aber – wenn auch nicht der Intention nach – bei Engels. [195] Der Sozialismus definiert sich

192 L. A. Leontjew, *Engels und die ökonomische Lehre des Marxismus*, S. 494. – „Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebensowenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit *als Wert* dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren." Karl Marx, *Kritik des Gothaer Programms*, in: *MEW*, Bd. 19, S. 19 f.

193 L. A. Leontjew, *Engels und die ökonomische Lehre des Marxismus*, S. 496 f.

194 *A.a.O.*, S. 497. – Autorenkollektiv N. A. Zagalow, *Lehrbuch Politische Ökonomie Sozialismus*, Frankfurt/M. 1972, S. 257.

195 Friedrich Engels, *Anti-Dühring*, in: *MEW*, Bd. 20, S. 288. An dem Zusammenhang von Sozialismus und der Aufhebung der Warenproduktion hat Engels immer festgehalten. Darin besteht ja gerade seine frühe Einsicht aus den *Umrissen zu einer Kritik der Nationalökonomie*, die Marx stets gewürdigt hat: „In der Tat, *keine* Gesellschafts*form* kann verhindern, daß one way or another die disponible Arbeitszeit der Gesellschaft die Produktion regelt. Aber, solange sich diese Regelung nicht durch direkte bewußte Kontrolle der Gesellschaft über ihre Arbeitszeit – was nur möglich bei Gemeineigentum – vollzieht, sondern durch die Bewegung der Preise der Waren, bleibt es bei dem, was Du bereits in den ‚Deutsch-Französischen Jahrbüchern' ganz zutreffend gesagt hast." Karl Marx, Brief an Engels vom 8.1.1868, in: *MEW*, Bd. 32, S. 12.

durch die Aufhebung des sog. „Grundwiderspruchs" des Kapitalismus zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, wie Engels ihn im „Anti-Dühring" dargestellt hat. Nur durch die Rede von der Aufhebung dieses „Grundwiderspruchs" wird es überhaupt möglich, von „Sozialismus" zu sprechen, ohne damit zugleich die Aufhebung der Warenproduktion zu meinen. Wir hatten eingangs angedeutet, daß dieser „Grundwiderspruch" nur über den Vermittlungsschritt einer historisierenden Interpretation des „Umschlags des Aneignungsgesetzes" zu denken ist. Wir müssen also kurz auf dieses Gesetz eingehen.

In einer Auseinandersetzung mit Eugen Dühring, deren nähere Umstände hier nicht interessieren, greift Engels auf jenes von Marx formulierte Gesetz zurück und führt aus, „daß auf einem gewissen Entwicklungsgrad die Warenproduktion sich in kapitalistische Produktion verwandelt und daß auf dieser Stufe [Engels zitiert jetzt Marx], das auf Warenproduktion und Warenzirkulation beruhende Gesetz der Aneignung oder Gesetz des Privateigentums durch seine eigne, innere, unvermeidliche Dialektik in sein Gegenteil umschlägt . . . " [196] Offensichtlich meint Engels eine historische Abfolge zwischen einer Epoche von „Warenproduktion", die sich kraft ihrer eigenen Widersprüche in „kapitalistische Warenproduktion" verwandelt. Nun hat bereits Helmut Reichelt darauf hingewiesen, daß Engels aus diesem Zitat wesentliche Passagen tilgt, die sich auf die Darstellung der gewordenen Formen des entfalteten Kapitalismus beziehen. [197] Wir haben aber gesehen, daß bei Marx diese formgenetische Darstellung den Vorrang hat vor eventuell möglichen historischen Rückbezügen: es ist also zunächst zu klären, was der „Umschlag des Aneignungsgesetzes" innerhalb des entfalteten Kapitalismus bedeutet. Um diese Frage beantworten zu können, ist es nützlich, die verschiedenen Auflagen des „Kapitals" heranzuziehen, denn gerade dieser Abschnitt, auf den sich Engels bezieht, hat eine mehrmalige Umarbeitung erfahren.

Der „Umschlag des Aneignungsgesetzes" hat im „Kapital" seinen logischen Ort bei der Behandlung der Rückverwandlung von Mehrwert in Kapital. „Verwandlung von Mehrwert in Kapital" lautet auch die ursprüngliche Überschrift des gesamten Abschnitts in der ersten Auflage des „Kapitals". [198] Gezeigt wird, daß bei kontinuierlicher Akkumulation der Schein des Äquivalententausches schwindet, „als ob der Kapitalist irgend welche Werthe aus seinem eignen Fonds in die Cirkulation würfe." [199] Vielmehr wird der Arbeiter mit dem von ihm selbst geschaffenen und in Kapital rückverwandelten Mehrwert bezahlt: „*Das Verhältniss des Austausches zwischen Kapitalist und Arbeiter* wird also *nur dem Cirkulationsprozess angehöriger Schein, blosse Form*, die dem Inhalt selbst fremd ist und ihn nur mystificiert. . . . Ursprünglich erschien uns das Eigenthumsrecht gegründet auf eigne Arbeit. Wenigstens musste diese Annahme gelten, da sich nur gleichberechtigte Waarenbesitzer gegenüberstehn, das Mittel zur Aneignung fremder Waare aber nur die Veräusserung der eignen Waare, und letztere nur durch Arbeit herstellbar ist. Eigenthum erscheint jetzt, auf Seite des Kapitalisten, als *das Recht fremde unbezahlte Arbeit* oder ihr Produkt, auf Seite des Arbeiters, als Unmöglichkeit, sich sein eignes Produkt anzueignen. Die *Scheidung zwischen Eigenthum und Arbeit* wird zur nothwendigen Konsequenz eines Gesetzes, das scheinbar von ihrer *Identität* ausging." [200]

196 Friedrich Engels, *Anti-Dühring*, in: *MEW*, Bd. 20, S. 151.
197 Helmut Reichelt, *Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx*, S. 258 f.
198 Karl Marx, *Das Kapital*, 1. Aufl., S. 567.
199 *A.a.O.*, S. 569.
200 *A.a.O.*, S. 571.

Der „Umschlag des Aneignungsgesetzes" entmystifiziert zunächst einen Schein der Zirkulationssphäre. Um die *historische* Dimension dieses Gesetzes auszuloten, ist es notwendig zu bestimmen, wie jene „ursprüngliche Annahme" zustandekommt, daß Eigentum auf eigene Arbeit gegründet sei. Auskunft darüber gibt eine Anmerkung, die noch in den ersten drei Auflagen des „Kapitals" in unmittelbarem Zusammenhang mit der Formulierung des Gesetzes stand und die erst in der von Engels besorgten vierten Auflage dem Sinn nach an einer anderen Stelle in den Text einbezogen wurde, teils als Restanmerkung stehengeblieben ist.[201] Sie lautet: „Ganz so nothwendig, wie die *Waarenproduktion* auf einem gewissen Entwicklungsgrad *kapitalistische Waarenproduktion wird* – ja nur auf der Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise wird die *Waare* zur allgemeinen, herrschenden Form des *Produkts* – ganz so nothwendig schlagen die *Eigenthumsgesetze der Waarenproduktion* in *Gesetze der kapitalistischen Aneignung* um. Man bewundere daher die Pfiffigkeit *Proudhon's*, der das kapitalistische Eigenthum abschaffen will, indem er – die ewigen Eigenthumsgesetze der Waarenproduktion geltend macht!"[202] Die Anmerkung zeigt dreierlei: 1. die Entstehung der kapitalistischen Warenproduktion setzt notwendig einen gewissen Grad von Warenproduktion und Warenzirkulation historisch voraus. Diese Warenproduktion bildet – wie Marx an vielen Stellen betont – aber keine eigenständige Gesellschaftsformation, sondern ist den jeweiligen vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen untergeordnet, deren innere Zusammenhänge durch andere Produktions- und Aneignungsweisen bestimmt sind.[203] Der „Umschlag des Aneignungsgesetzes" verweist also auf die vergangene Existenz einer Identität von Arbeit und Eigentum im Sinne von „historisch (3)" – er ist aber selbst nicht gleichzusetzen mit einer Bestimmung über die *historische* Transformation zweier Gesellschaftsformationen. 2. Konstitutiv für den Charakter einer Gesellschaftsformation ist die „Warenproduktion" nur als kapitalistische Warenproduktion. 3. Alle Bemerkungen über den Schein der Eigentumsgesetze „der " Warenproduktion schlechthin, sind zu verstehen als Polemik gegen Proudhon. Diese Polemik hat Marx in der französischen Ausgabe des „Kapitals" noch forciert; erst jetzt ändert er auch die Überschrift des Kapitels, die er dann in die späteren deutschen Auflagen übernimmt: „Reproduction sur une échelle progressive. – Comment le droit de propriété de la production marchande devient le droit d'appropriation capitaliste." Dies besagt aber nicht, daß es einmal eine Gesellschaft von kleinen Warenproduzenten gegeben habe, die *historisch* in kapitalistische Warenproduktion umgeschlagen sei, sondern: verallgemeinerte Warenproduktion ist nur gegeben unter der Voraussetzung, daß die Arbeitskraft selbst eine Ware ist. Ihr Merkmal ist das Eigentum an Produktionsmitteln, das die unbezahlte Aneignung fremder Arbeit ermöglicht. Was in dieser Geseilschaft noch als „Fundamental-

201 Vgl. Karl Marx, *Das Kapital*, in: *MEW*, Bd. 23, S. 613, Anm. 24.

202 Karl Marx, *Das Kapital*, 1. Aufl., S. 571, Anm. 23.

203 „Ware und Geld sind beide elementarische Voraussetzungen des Kapitals, entwickeln sich aber erst zu Kapital unter gewissen Bedingungen. Kapitalbildung kann nicht stattfinden, ausser auf Grundlage der Warenzirkulation (welche Geldzirkulation einschliesst), also auf einer schon gegebenen, zu einem gewissen Umfang gediehenen Stufe des Handels, während umgekehrt Warenproduktion und Warenzirkulation zu ihrem Dasein keineswegs die kapitalistische Produktionsweise voraussetzen, vielmehr, wie ich früher schon auseinandergesetzt, auch ‚vorbürgerlichen Gesellschaftsformen angehört'". Karl Marx, *Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses. Das Kapital. I. Buch. Der Produktionsprozeß des Kapitals. VI. Kapitel (= Archiv sozialistischer Literatur, 17)*, Frankfurt/M. 1969, S. 91. – Vgl. auch Karl Marx, *Das Kapital*, in: *MEW*, Bd. 23, S. 184.

prinzip" einer Aneignung durch eigene Arbeit erscheint, ist, wie Marx in der Polemik gegen Cherbuliez ausführt, eine bloße Illusion der Zirkulationssphäre und ihrer Gesetze. [204] Historisch wird diese Illusion gestützt durch das wirkliche Vorhandensein von kleinen Warenproduzenten auch innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsformation; sie sind aber nicht bestimmend für deren inneren Zusammenhang und bilden daher auch keine Grundlage für ihre sozialistische Überwindung. [205]

Im Gegensatz zu dieser Aufgliederung des Bedeutungsspektrums des „Umschlags des Aneignungsgesetzes" und getreu seiner Vorstellung von einer Einheit des „Logischen" und Historischen" faßt Engels diesen formgenetischen Übergang von der Zirkulationssphäre in die Produktionssphäre des entfalteten Kapitalismus als historische Abfolge zweier Gesellschaftsformationen auf. L. A. Leontjew assistiert ihm dabei: „Der Übergang von der Analyse der Ware zur Analyse des Kapitals, von der Werttheorie zur Mehrwerttheorie in der ökonomischen Lehre des Marxismus ist die logische Widerspiegelung des Übergangs von der einfachen Warenproduktion zur kapitalistischen Produktion." [206] Ebenso „historisch" erscheint auch der Umschlag des Aneignungsgesetzes selbst: „Der Kapitalismus ist die direkte Fortsetzung, die natürliche Folge, das unvermeidliche Produkt der einfachen Warenproduktion ... Die Eigentumsgesetze der einfachen Warenproduktion schlagen in Gesetze der kapitalistischen Aneignung um. An die Stelle des Rechts des Kleinproduzenten auf Aneignung des Produkts seiner eigenen Arbeit tritt das Recht des Kapitalisten, sich das Produkt fremder Arbeit, der Arbeit einer Vielzahl von Lohnarbeitern, anzueignen." [207] Mit dieser Auffassung kann sich Leontjew auf eine Passage im „Anti-Dühring" stützen, in der Engels den Feudalismus als eine Gesellschaft von „Einzelproduzenten, Warenproduzenten" charakterisiert. [208]

Gerade aus diesem vermeintlichen Übergang von einem als Epoche kleiner Warenproduzenten mißverstandenen Feudalismus zum Kapitalismus resultiert nun die Formulierung des kapitalistischen „Grundwiderspruchs". Er ist daher von vornherein mit dem theoretischen Mangel

204 Vgl. den Verweis auf Cherbuliez, Karl Marx, *Das Kapital*, in: *MEW*, Bd. 23, S. 610, Anm. 23. – In den *Theorien über den Mehrwert* führt er dazu aus: „Dies Fundamentalgesetz ist eine reine Fiktion. Es entspringt aus einem Schein der *Warenzirkulation*. Die Waren tauschen sich aus im Verhältnis ihres Werths, d.h. der in ihnen enthaltnen Arbeit. Die Individuen treten sich nur als Warenbesitzer gegenüber und können sich daher der Ware der andren nur bemächtigen durch Entäußerung ihrer eignen Ware. Es *scheint* daher, als hätten sie nur ihre eigne Arbeit auszutauschen, da der Austausch von Waren, die *fremde* Arbeit enthalten ... andre Verhältnisse unter den Menschen, als die von Warenbesitzern, von Käufern und Verkäufern, voraussetzt. In der kapitalistischen Produktion verschwindet dieser Schein, den ihre eigne Oberfläche zeigt. Was aber nicht verschwindet, ist die Illusion, daß ursprünglich die Menschen nur als Warenbesitzer einander gegenübertreten und daher jeder nur Eigentümer ist, soweit er Arbeiter ist. Dies ‚ursprünglich' ist, wie gesagt, eine aus dem Schein der kapitalistischen Produktion entspringende Delusion, die historisch nie existiert hat." Karl Marx, *Theorien über den Mehrwert*, in: *MEW*, Bd. 26.3, S. 369.

205 „Quelle illusion donc que celle de certaines écoles socialistes qui s'imagent pouvoir briser le régime du capital en lui appliquant les lois éternelles de la production marchande!" Karl Marx, *Le Capital*, Paris 1872-75, Kap. XXIV, S. 257.

206 L. A. Leontjew, *Engels und die ökonomische Lehre des Marxismus*, S. 411.

207 *A.a.O.*, S. 211.

208 Friedrich Engels, *Anti-Dühring*, in: *MEW*, Bd. 20, S. 250 f. Allerdings sei darauf verwiesen, daß Engels auch auf die Beschränkung der Warenproduktion im Feudalismus hinweist. Für seine Auffassung vom „Umschlag des Aneignungsgesetzes" spielt dies aber keine Rolle. *A.a.O.*, S. 254.

behaftet, nicht „logisch" aus den Widersprüchen der gewordenen Formen, sondern „historisch" aus ihrer Entstehung abgeleitet zu sein. Engels stellt die Sache so dar, daß die kleine Warenproduktion allmählich der Konkurrenz der „gesellschaftlichen" Produktion, d.h. der Teilung der Arbeit innerhalb eines Betriebes erliegt.[209] „Gesellschaftlich" heißt hier zunächst nichts anderes, als daß die neuen Produktionsmittel nur von einer „Gesamtheit von Menschen" anzuwenden sind.[210] Diese „Gesellschaftlichkeit" ist natürlich vom Kapital gesetzt und nicht mit einer gesamtgesellschaftlichen Produktion, d.h. mit einer unmittelbar-gesellschaftlichen Verausgabung der Arbeit zu verwechseln.[211]

Diese Verwechslung stellt sich aber bei Engels schrittweise dadurch her, daß er der „gesellschaftlichen" Produktion die „private Aneignung" historisch gegenüberstellt. Die spezifisch-kapitalistische Aneignung fremder Mehrarbeit ist dann nicht dem Kapitalverhältnis eigentümlich, sondern erscheint als historisches Relikt der Epoche der „einfachen Warenproduktion": „Aber die gesellschaftlichen Produktionsmittel und Produkte wurden behandelt, als wären sie nach wie vor die Produktionsmittel und Produkte einzelner. Hatte bisher der Besitzer der Arbeitsmittel sich das Produkt angeeignet, weil es in der Regel sein eignes Produkt und fremde Hülfsarbeit die Ausnahme war, so fuhr jetzt der Besitzer der Arbeitsmittel fort, sich das Produkt anzueignen, obwohl es nicht mehr *sein* Produkt war, sondern ausschließlich Produkt *fremder Arbeit*."[212] Hinter dieser „historischen" Begriffslosigkeit verbirgt sich nichts anderes, als der wirkliche Umschlag des Aneignungsgesetzes, der Kauf und Verkauf freier Lohnarbeit. Er ist jetzt aber bei Engels nicht mehr aus dem wirklichen Grundwiderspruch des Kapitalismus, dem *Doppelcharakter der Arbeit*, abgeleitet, sondern aus einem historischen Konflikt zwischen „Produktionsweise" und „Aneignungsweise". In dieser Konstellation verliert die „gesellschaftliche Produktion" ihr Merkmal, vom Kapitalverhältnis bestimmt zu sein; Engels leistet der Vorstellung Vorschub, als sei die kapitalistische Produktion bereits ein gesellschaftlicher Akt, der nur noch aus historischen Gründen von einer ihr nicht adäquaten Aneignungsweise überlagert sei: „*Das gesellschaftliche Produkt wird angeeignet vom Einzelkapitalisten*, Grundwiderspruch, aus dem alle Widersprüche entspringen, in denen die heutige Gesellschaft sich bewegt, und die die große Industrie offen an den Tag bringt."[213]

Es ist interessant zu sehen, wie sich dieser „Grundwiderspruch" bei Leontjew unter Bezugnahme auf Lenin weiter verändert: „So formuliert Engels, die Marxsche Analyse im ‚Kapital' resümierend, den Grundwiderspruch des Kapitalismus – den Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der kapitalistischen Form der Aneignung. Damit wurde die ökonomische Wissenschaft gewaltig bereichert. In der Aneignung des Pro-

209 *A.a.O.*, S. 251.
210 *A.a.O.*, S. 250.
211 „Der Zusammenhang ihrer Funktionen und ihre Einheit als produktiver Gesamtkörper liegen außer ihnen, im Kapital, das sie zusammenbringt und zusammenhält. Der Zusammenhang ihrer Arbeiten tritt ihnen daher ideell als Plan, praktisch als Autorität des Kapitalisten gegenüber, als Macht eines fremden Willens, der ihr Tun seinem Zweck unterwirft." Karl Marx, *Das Kapital*, in: *MEW*, Bd. 23, S. 351.
212 Friedrich Engels, *Anti-Dühring*, S. 252.
213 Friedrich Engels, *Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft*, in: *MEW*, Bd. 19, S. 227.

dukts der warenwirtschaftlich organisierten gesellschaftlichen Arbeit durch Privatpersonen – darin sah Lenin das ‚Wesen des Kapitalismus'". 214 „Produktion" und „Aneignung" sind nun vollends auseinandergetreten; der Kapitalismus scheint kein übergreifendes Produktionsverhältnis zu sein, sondern „kapitalistisch" ist nur noch die „Form der Aneignung", „gesellschaftlich" hingegen schon die Weise der Produktion. Diese „gesellschaftliche Produktion" – und damit gibt Leontjew die Pointe des „Grundwiderspruchs" preis – kann durchaus „warenwirtschaftlich organisiert" sein und sie kann auch im Sozialismus, so können wir ergänzen, „warenwirtschaftlich organisiert" bleiben, da sie ja schon „gesellschaftlich" ist. Sofern nur die „Aneignung durch Privatpersonen" aufgehoben ist, soll der „Grundwiderspruch" des Kapitalismus beseitigt sein. Nolens volens hat Engels durch seine falsche Auffassung der Einheit des „Logischen" und „Historischen" und durch die daraus hervorgehende historische Interpretation des „Umschlags des Aneignungsgesetzes" eine Formel geprägt, deren „Aufhebung" als Kriterium für „Sozialismus" gilt.

Die Schwierigkeiten, die aus der Anwendung dieser Formel resultieren, sind evident. Die Existenz von „Warenproduktion" – genauer: von kapitalistischer Warenproduktion, denn außerhalb des Kapitalismus existiert historisch keine verallgemeinerte Warenproduktion – ist der sachliche Ausdruck eines gesellschaftlichen Zusammenhangs, in dem die gesellschaftliche Arbeit nicht unmittelbar als solche verausgabt wird. Nun existiert aber im Sozialismus allgemeine Warenproduktion, also kann die Arbeit, obwohl die Form der Aneignung mit einer warenwirtschaftlich-vergesellschafteten Produktion in Übereinstimmung gebracht ist, nicht unmittelbar gesellschaftlich verausgabt sein. Die marxistisch-leninistische Wissenschaft steht in der Tat vor einem Rätsel: „Wenn Marx also bekanntlich die Auffassung vertrat, daß die ‚unmittelbar vergesellschaftete Arbeit – eine der Warenproduktion diametral entgegengesetzte Produktionsform' sei, so lehrt die historische Erfahrung, daß die unmittelbar gesellschaftliche Arbeit und die direkte Verteilung der Produkte in ihrer Naturalform nicht so untrennbar miteinander verbunden sind, wie die privat verausgabte gesellschaftliche Arbeit und der Warenaustausch, denn im Sozialismus existiert Warenaustausch, obwohl die Arbeit ‚unmittelbar vergesellschaftet' ist. J. Konrod kennzeichnet die für die Theorie entstandene Lage, indem er von der ‚eigenartigen Situation' spricht, ‚in der die Arbeit bereits unmittelbar gesellschaftliche Arbeit geworden ist, die Warenproduktion und der Wert aber noch notwendig sind –.'" 215

Die marxistisch-leninistische Theorie versucht nicht ernstlich, dieses Rätsel zu lösen; statt dessen bemüht sie sich, alle nun einmal existierenden Kategorien mit dem Prädikat des „Sozialismus" zu versehen, nicht ohne darauf zu verweisen, daß durch die Aufhebung des vermeintlichen „Grundwiderspruchs" des Kapitalismus diese Formen einen neuen, dem Sozialismus adäquaten Inhalt bekommen hätten. Sie treibt diese Versöhnung bis zum Extrem: „Bedingt durch die Existenz des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln haben sich Stellung und Wirkungsweise des Wertgesetzes als das allgemeine ökonomische Gesetz der Warenproduktion gegenüber dem Kapitalismus prinzipiell verändert. Die Wirkungsrichtung des Wertgesetzes ist durch das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus bestimmt. Die beiden Seiten des Doppelcharakters der warenproduzierenden Arbeit – konkrete Arbeit und ab-

214 L. A. Leontjew, *Engels und die ökonomische Lehre des Marxismus*, S. 216.

215 Fritz Behrens, *Ware, Wert und Wertgesetz. Kritische und selbstkritische Betrachtungen zur Werttheorie im Sozialismus*, Berlin 1961, S. 20.

strakte Arbeit – sind Erscheinungsformen der unmittelbar gesellschaftlichen Arbeit." [216] In Formulierungen dieser Art tritt der theoretische Widerspruch schlagend hervor: die Verausgabung von Arbeit in Doppelform, die der Marxschen Entwicklung der Wertformen und damit der gesamten Analyse des Kapitalismus zugrunde liegt und die gerade besagt, daß die gesellschaftliche Arbeit *nicht unmittelbar*, sondern privat verausgabt wird, wird zur Erscheinungsform – der *unmittelbar* gesellschaftlichen Arbeit deklariert. Dieses Paradox läßt sich auch so formulieren: der existierende Sozialismus hat einen bloß fiktiven „Grundwiderspruch" des Kapitalismus aufgehoben, dafür aber seinen realen Grundwiderspruch beibehalten. Die Theorie hat diese historisch gewordene Situation zu erklären. Existiert ein Doppelcharakter der warenproduzierenden Arbeit auch im „Sozialismus", dann manifestiert er sich notwendig in sachlichen Formen, die dem unmittelbaren Produzenten fremd gegenübertreten. Es ist dann Aufgabe einer Kritik der Politischen Ökonomie des Sozialismus, diese Vergegenständlichungen aus der Verausgabung abstrakt-allgemeiner Arbeit unter der Bedingung einer „gesellschaftlichen" Aneignung des Produkts formgenetisch zu entwickeln.

Wir brechen unsere Überlegungen hier ab und kehren zum Ausgangspunkt zurück. Eine Auseinandersetzung mit den Forschungsergebnissen der Geschichtswissenschaft der DDR kann auf verschiedenen Abstraktionsebenen geführt werden. Dem Historiker am geläufigsten ist die Ebene der empirischen Detailkritik. Sie verweist jedoch über sich hinaus auf eine Kritik der marxistisch-leninistischen Geschichtstheorie und -methodologie. Doch auch hier kann die Kritik nicht stehenbleiben, denn die Geschichtswissenschaft in der DDR ist keine isolierte Einzelwissenschaft, sondern der allgemeinen Leitwissenschaft des dialektischen und historischen Materialismus unterworfen. Es war Aufgabe dieses Aufsatzes, anhand der vermeintlichen Einheit des „Logischen" und „Historischen" zu zeigen, daß in diesem dialektischen und historischen Materialismus theoretische und methodische Grundpositionen mitgeschleppt werden, die selbst der Kritik bedürfen. Zum einen beeinflussen sie die Arbeit des Historikers unmittelbar, zum andern reichen ihre Konsequenzen in die Sphäre der sozialistischen Werthaltungen, die der Einzelwissenschaft von der Geschichte normativ vorgegeben werden. Damit ist schließlich auch die von H. Schleier in dem eingangs erwähnten Abriß über die Geschichtstheorie und -methodologie in der BRD aufgeworfene Frage beantwortet, welches Verhältnis jüngere marxistische Historiker zum real existierenden Sozialismus und zur marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft beziehen: [217] Dies Verhältnis ist ein *kritisches*. Die Antwort ist nicht beliebig. Es muß ein kritisches sein, denn das kritische Begreifen der Widersprüche einer Gesellschaftsformation ist die Voraussetzung für das Begreifen ihrer Totalität und dies erst ermöglicht eine objektive Rekonstruktion der Geschichte. Um nochmals Marx zu zitieren: „So kam bürgerliche Ökonomie erst zum Verständnis der feudalen, antiken, orientalen, sobald die Selbstkritik der bürgerlichen Gesellschaft begonnen." (Vgl. S. 22). Und ebenso kommt die sozialistische Gesellschaft erst zum Begriff ihrer selbst und eröffnet sich damit die Möglichkeit einer Rekonstruktion ihrer eigenen Geschichte und der Geschichte des Kapitalismus, sobald ihre Selbstkritik begonnen hat. Die Kritik an Engels ist nur ein Teil davon.

216 Autorenkollektiv, *Ökonomische Gesetze des Sozialismus in der Diskussion. Ein methodologischer Abriß*, Berlin 1974, S. 93 f.

217 Hans Schleier, *Theorie der Geschichte – Theorie der Geschichtswissenschaft*, S. 69.

FEMINIST TACTICS IN GERMAN SOCIAL DEMOCRACY 1890-1914: A DILEMMA

By Jean H. Quartaert

A growing and increasingly important Socialist Women's Movement accompanied the rise of the German working class and its Social Democratic champion.[1] Women's active participation in the socialist movement after the end of the anti-Socialist laws (1878-1890) stemmed from several efforts to mobilize working class women in the pre-Wilhelmine Empire. In the 1860's, women's public activity centered around the emerging trade union movement in Saxony, the seat of early textile industrialization. The trades allowed women into unions with men, gave them equal rights and duties in the organizations, and upheld the principle of equal pay for equal work.[2] In Berlin, growing socialist consciousness reflected dissatisfaction with bourgeois feminism. Several future socialist leaders such as Emma Ihrer and Pauline Staegemann broke with middle class feminism in the 1880's, stressing "wages not morality", and founded their own clubs for working class women.[3] The Socialist Women's Movement remained predominantly working class in both leadership and rank and file, and attracted growing numbers of women to the proletarian political and union structures.[4] By 1914,

1 The vast literature on the working class movement in Imperial Germany largely neglects the Women's Movement of Social Democracy. This should come as no surprise because until recently most areas of historical inquiry have reflected men's experiences and endeavors. One exception is Werner Thönnessen, *The Emancipation of Women: The Rise and Decline of the Women's Movement in German Social Democracy 1863-1933*, trans. Joris de Bres, London 1973. Thönnessen contributes only marginally to an understanding of the complex and uneasy relationship between socialism and feminism. By limiting his discussion to the political parallels between the women's movement and the SPD, he overlooks more tenuous but deepseated beliefs which affected men and women in the movement. For example, the persistence of traditional family norms in the organized working class frustrated the efforts of German socialist women to create a new consciousness of sexual equality.
I wish to thank Professor John M. Hart, University of Houston, and Laura Oren, Houston, Texas, for their critical comments and suggestions. Also, I gratefully acknowledge that the German Academic Exchange Service Study Visit grant for the summer, 1975, enabled me to do additional research and refine and sharpen my ideas. Finally, I would like to refer readers to an excellent set of papers presented at the December, 1975 meeting of the „American Historical Association" on the theme of „Separatism and Equality – or Unity and Subordination: A Cross-Cultural Investigation of Women's Participation in Socialist Movements before World War I." The work of Barbara Evans Clements, Karen Honeycutt and Charles Sowerwine attests to growing interest in the question of the nature of women's integration into prewar Social Democracy.

2 Clara Zetkin, *Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands*, Berlin 1928; rpt. Berlin 1958, pp. 120-138. Hilde Lion, *Zur Soziologie der Frauenbewegung: Die sozialistische und katholische Frauenbewegung*, Berlin 1926, pp. 39-40.

3 Emma Ihrer, *Die Arbeiterinnen im Klassenkampf: Anfänge der Arbeiterinnen-Bewegung, ihr Gegensatz zur bürgerlichen Frauenbewegung und ihre nächsten Aufgaben*, Hamburg 1898, pp. 11-22. Emma Ihrer, *Die Organisationen der Arbeiterinnen Deutschlands, ihre Entstehung und Entwicklung*, Berlin 1893, pp. 4-8. Emma Ihrer, *Mutter Staegemann*, in: *Die Gleichheit*, XX, 1 (11 October 1909).

4 There are several exceptions to this generalization among the leaders. Clara Zetkin was of middle class origin and another prominent woman, Lily Braun, was born an aristocrat. Robert Michels in his analysis of the Women's Movement stated that the social composition of the rank and file was „almost purely proletarian." He noted by 1906 that the leadership as well was increasingly being drawn from the working class. See, *Die deutsche Sozialdemokratie: Parteimitgliederschaft und Soziale Zusammensetzung*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, 23 (1906), pp. 534-536. For the social composition of the Women's Movement see also Marie Juchacz, *Berufsarbeit und politisches Interesse der Frau*, in: *Sozialistische Monatshefte*, Vol. 2 (1 August 1917), p. 832. Luise Zietz, *Die proletarische Frauenbewegung des verflossenen Jahres*, in: *Die Neue Zeit*, XXXI, Vol. 2 (12 September 1913), p. 881.

the German Social Democratic Party (SPD) hat 174,754 female members, 16.1 percent of total membership; the Free Trade Unions recorded 217,777 women, 8.7 percent of the total. [5]

An examination of the Social Democratic Women's Movement between 1890 and 1914 offers novel perspectives on socialist activism and mobilization and sheds additional light on the conflicts between the SPD and the Free Trade Unions. Socialist women confronted a unique set of problems which were inherent in the alliance of socialism and feminism. They grappled with two major questions. Could loyalty to class and to sex be reconciled? What organizational structure and which specific tactics promised greatest success in reaching working class women? In approaching the first question, Women's Movement leaders stressed class identity. In determining the most effective organization and mobilization tactics, these women most often appealed to feminist considerations.

Socialist women's commitment to the socialist cause was facilitated by their interpretation of the nature of feminism. They harmonized loyalty to class and to sex by defining feminism in class terms. Work, they said, freed women from economic dependency on men, a prerequisite for their emancipation. But as a member of the proletarian class, the working class woman was oppressed by capitalist social relations, unlike her middle or upper class counterpart. Necessity and self-interest joined working class men and women together in a united struggle to overthrow the capitalist system. [6] In this formulation of feminism, the potential conflict between the ideologies – feminism transcended class lines and socialism was a class-based movement – remained dormant.

Class loyalty demanded that Women's Movement leaders reject collaboration with the German bourgeois feminist movement. [7] In the mid-1860's, middle class women had begun to press for broader educational opportunities and admission to the "free professions". They founded vocational and classical schools and professional unions for women, worked to place their sisters on municipal and state welfare boards, sought reform of marriage laws to promote greater equality in the family and guardedly advocated political rights. [8] But socialists

5 Werner Thönnessen, *Frauenemanzipation*, p. 131. *Frauen-Beilage der Leipziger Volkszeitung*, No. 9 (19 October 1917), p. 66, presents statistics for unionized women prior to the outbreak of World War I. The Free Trade Unions were those unions associated with the socialist movement. They rejected the possibility of harmony between employers and employees.

6 This analysis is drawn from the writings of Clara Zetkin, the leading theoretician of the Women's Movement. In 1896, she reformulated the Marxist theory of women's liberation and drew up tactical guidelines for women and socialism which were adopted by the SPD Gotha Congress. See, *Frauenagitation*, in: *Protokoll des SPD-Parteitages zu Gotha, 11-16 Oktober 1896*, Berlin 1896, pp. 160-168. Her analysis supplements an earlier work which she published first in 1889 on the women's question. *Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart*, in: Max Schippel, ed., *Berliner-Arbeiter Bibliothek*, Vol. 1, No. 3, Berlin 1894.

7 Not all socialist women agreed with Zetkin's class analysis and the derived tactic of non-collaboration. Lily Braun's difficulties in the Socialist Women's Movement reflected in part her advocacy of closer cooperation with bourgeois feminism. But Braun remained a lone voice. For her position see *Protokoll des SPD-Parteitages zu Mainz, 17-21 September 1900, und der Frauenkonferenz*, Berlin 1900, pp.256-257; *Protokoll des SPD-Parteitages zu München, 14-20 September 1902, mit einem Anhang, Bericht über die 2. Frauenkonferenz*, Berlin 1902, p. 204. Also Lily Braun, *Die Frauenfrage: Ihre Geschichtliche Entwicklung und ihre wirtschaftliche Seite,* Leipzig 1901, pp. 457-459.

8 Susan B. Anthony, *Feminism in Germany and Scandinavia*, New York 1915, pp. 20-26; Helene Lange, *Lebenserinnerungen*, Berlin 1921, pp. 219-240; a series of reports on „Frauenbewegung" in *Sozialistische Monatshefte*, Vol. 7, Nos. 3, 9, 12 (March 1901), pp. 335-337; (September, 1901), pp. 752-753; (December, 1901), p. 1002; Vol. 9, No. 9 (September, 1903), pp. 725-726; Vol. 10, No. 8 (August, 1904), pp. 672-675. For the German bourgeois feminists' ambivalence toward political equality see Amy Hackett, *The German Women's Movement and Suffrage, 1890-1914: A Study of National Feminism*, in: Robert J. Bezucha, ed., *Modern European Social History*, Massachusetts 1972, pp. 354-379.

held that these middle and upper class feminist goals were designed to integrate women into the capitalist economy and barely touched the mass of women on the lower rungs of the social ladder.[9] The proletarian class struggle was seen as the only means of forcing concessions from the ruling classes to ameliorate the working class woman's inferior position as woman. More loyal to their class than to their sex, socialist women nevertheless demanded special consideration in the socialist movement. Conceptually, the Women's Movement was part of the political wing of Social Democracy. Its relationship to the Social Democratic Party was conditioned by two calculations. First, until 1908, laws in many German states prevented women from joining political organizations; hence, the Women's Movement emerged in the 1890's as a semi-autonomous group, affiliated with the SPD, but centered around local women representatives (*Vertrauenspersonen*). Second, the more importantly, women leaders recognized that the working class woman' s social position differed significantly from the male worker's. She was a victim not only of class but of sexual oppression. Countless social and psychological barriers restricted her options. To compensate for sexual discrimination, they believed that special propaganda tactics for women had to complement general mobilization efforts and that formal equality in the Party might mask real inequalities.[10] Even after 1908, when women officially joined that SPD, they sought to preserve their own spheres of activity.

The legal barriers against joining political organizations did not apply to trade unions and the Socialist Women's Movement engaged in extensive unionization campaigns. Growth and distribution of the female labor force increasingly directed unionization efforts into the non-industrial sectors. The Women's Movement straddled the fence between political and union activity. Its close ties with both the Party and the Free Trade Unions were a source of strength as well as a cause of strife. Socialist women faced the practical dilemma of defining spheres of influence which corresponded to their feminist requirements. This dilemma was all the greater by the turn of the century since German Social Democracy was plagued with ideological antagonisms and growing union sensitivity to threats against its power and influence.

Socialist women's concept of sexual equality was qualified in several important respects. Prominent leaders such as Clara Zetkin and Luise Zietz stressed the view that men and women were different and applauded sexual diversity. The justified women's full participation in social life by pointing to unique female qualities such as sensitivity, practicality and warmth which benefited the human community. And they believed that women's participation in Party and union life would introduce qualitative changes, not merely increase the numbers of participants in the class struggle.[11]

9 Lily Braun, *Herrn Foerster zur Erwiderung*, in: *Die Gleichheit*, IX, 22 (2 October 1899), p. 174. Also, *Zur Frauenfrage*, in: *Die Gleichheit*, II, 5 (7 March 1892), p. 41.

10 *Vorschläge*, in: *Die Gleichheit*, X, 8 (11 April, 1900), p. 57. Also, *Protokoll des SPD-Parteitages zu Mainz*, Berlin 1900, p. 144.

11 Zetkin believed that the principle of equality did not imply that human beings would act similarly but only that each individual would have the same rights to fully develop to the best of his or her capacity. See, *Das Prinzip der Gleichberechtigung der Frau und der gesetzliche Arbeiterinnenschutz*, in: *Die Gleichheit*, III, 19 (20 September, 1893), p. 150. Also, Clara Zetkin, *Zur Frage des Frauenwahlrechts*, Berlin 1907, p. 11, and her speech *Frauenstimmrecht*, in: *Protokoll des SPD-Parteitages zu Mannheim, 23-29 September 1906, mit Bericht der 4. Frauenkonferenz*, Berlin 1906, p. 445. For Zietz's view see *Gewinnung und Schulung der Frau für die politische Betätigung*, Berlin 1914, p. 19. Also, *Die Sozialdemokratische Frauenbewegung Deutschlands*, in: *Die Neue Zeit*, XXX, Vol. 2 (13 September, 1912), p. 919.

Women leaders went further. They rejected the notion of absolute equality which might negate the realities of women's biological functions and different socialization experiences. Rather, special consideration had to be accorded women because of the centuries-long suppression of the female sex. Their own experiences with the Social Democratic Party in the early 1890's reinforced this stance. – The issue involved the desire of leading socialists to insure women's participation at the Party's annual policy making congresses. Legal restrictions on women's political activity hampered their association with the SPD. Laws varied throughout the country. Women were allowed to join political clubs in Saxony, Württemberg, Baden and Hamburg but not in Prussia, Bavaria, Mecklenburg and Braunschweig. [12] Local officials interpreted the restrictions differently: Prussia permitted women to attend public meetings after 1890 while Bavaria granted women the same right only in 1898. [13] How could women be elected as delegates in those areas of Germany which barred them from membership in SPD organizations?

The first Socialist Congress after termination of the anti-Socialist laws sanctioned special meetings where women would elect their own delegates if the (male) members in a given locality failed to support a woman. [14] Two years later the clause was removed because women such as Ottilie Baader said, "we don't want privileges but equal rights". [15] The next several years taught women a lesson quickly taken to heart: formal equality given real social and political inequalities could be discriminatory. Until the idea of sexual equality was reflected in law and popular behavior, women needed special privileges to secure their equality in the Party. These privileges would allow them to circumvent repressive laws as well. Zetkin explained to the 1894 Congress that since laws of political association discriminated against women they had found it hard to compete during delegate elections. Ignaz Auer, a leading socialist, was more direct. He stated that the Women's Movement had to be represented at the congresses without being dependent on the good will of men. Men simply had not supported women delegates. [16] Bowing to practical necessity in 1894, Social Democracy reinstated special women's meetings with power to elect female delegates. Although this allowed women to attend the congresses without formally belonging to the SPD, German officialdom frequently made life hard for the women. In 1894, for example, the "Nürnberg Women and Girl's Educational Club" was dissolved for engaging in political activity: it had sent a delegate to the Frankfurt SPD Congress. [17]

After several organizational experiments, socialist women adopted the representative system which obviated the need for political clubs by lodging responsibility in the hands of one per-

12 *Protokoll des SPD-Parteitages zu Nürnberg, 13-19 September 1908, mit Bericht der 5. Frauenkonferenz*, Berlin 1908, p. 22.

13 Emma Ihrer, *Die Arbeiterinnen im Klassenkampf*, p. 22; *Protokoll des SPD-Parteitages zu Bremen, 18-24 September 1904 mit Bericht der 3. Frauenkonferenz*, Berlin 1904, pp. 335-336.

14 *Protokoll des SPD-Parteitages zu Halle, 12-18 Oktober 1890*, Berlin 1890, pp. 114-115. The practice of admitting women delegates to socialist congresses goes back to the Gotha Congress of 1875.

15 *Protokoll des SPD-Parteitages zu Berlin, 14-21 November 1892*, Berlin 1892, p. 146.

16 *Protokoll des SPD-Parteitages zu Frankfurt, 21-27 Oktober 1894*, Berlin 1894, p. 174.

17 *Protokoll des SPD-Parteitages zu Nürnberg*, Berlin 1908, p. 466.

son.[18] Laws of association did not apply to individuals. Women comrades perpetuated the separate system until 1908 even in those areas of Germany granting women coalition rights. They had learned the lessons of the early 1890's: equality with male comrades in Party life required separate organizational structures for women. In 1908 when they formally joined the Party, socialist women preserved their own conferences, instituted separate educational sessions for women and placed one woman on each Party executive committee.[19]
Socialist women's association with the SPD not only reflected the legal position of women in Germany but it also corresponded to the leaders' perception of women's unique needs. Considerable energy was expended analyzing the social position of working class women to devise tactics and strategies geared specifically to women. One trend was clear: women proved less receptive to organizational efforts than did men. Socialists recognized that the working class women lived under a double burden. She was exploited as a worker and as a sexual object. Zetkin crystallized the issue as women leaders perceived it. It is the femininity (*Weibthum*) of women, she wrote, which lies at the root of the problem.[20] Women's role in the family and their oppressed social position hindered organizational success; alas, she admitted, the views of the masses lag behind changed economic relations. Women had an imperfect understanding of the implications of an expanding female labor force. Single women viewed their work as a transition period before marriage; married women saw their labor as supplementary and hopefully short-lived. Working women were „employed but without a profession"; they questioned the importance of organization for them und feared dues or similar contributions deprived their families of necessities. [21] The handicaps resulting from these attitudes were aggravated, socialists charged, by efforts of the ruling classes to profit from sexual discrimination. The upper classes capitalized on women's domestic concerns, took advantage of certain conditioned traits such as moderation, pliancy, acceptance of male domination and played on the old adage, „the woman is to serve and be quiet".[22] The self-defined goal for socialist women was to instill proletarian consciousness by relating sexual oppression to class oppression.
A three-pronged approach characterized the women's mobilization efforts. First, in the political sphere, they sought to win over females by advocating legislative reforms to remedy discrimination based primarily on sex. Their feminist platform embraced far-reaching pro-

18 Socialist women initially founded Propaganda Committees which restricted official membership to three to prevent officials from labeling them „political" clubs. They adopted the representative system in 1894 after the police dissolved numerous women's groups throughout the country on the pretext they engaged in „political" matters. See, *Die Gleichheit*, III, 23 (15 November 1893); Ottilie Baader, *Ein steiniger Weg: Lebenserinnerungen*, Stuttgart 1921, p. 35; and Emma Ihrer, *Die Arbeiterinnen im Klassenkampf*, p. 24, which discuss the early Propaganda Committees. *Den Genossinnen und Genossen zur Beachtung*, in: *Die Gleichheit*, IV, 22 (31 October 1894), calls for the representative system.

19 *Protokoll des SPD-Parteitages zu Nürnberg*, Berlin 1908, p. 114 (SPD) and pp. 486-491, 493-496 (Frauenkonferenz). The reformed law of association was promulgated on 19 April 1908. It declared that „all members of the nation have the right to form clubs for goals which remain within the boundaries of the penal law," and justified the change by pointing to the dramatic increase of women in public affairs.

20 Staatsarchiv Hamburg, S. 1909. Clipping of *Fachzeitung für Schneider* (29 April 1899). *Schwierigkeiten für die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiterinnen*, II. (Hereafter referred to as StAH).

21 This idea permeates socialist literature. For example, see Adolf Braun, *Die Arbeiterinnen und die Gewerkschaften*, Berlin 1913, pp. 3-9. Lily Braun, *Probleme der Frauenarbeit*, in: *Die Neue Gesellschaft*, Vol. 2, No. 37 (12 September 1906), pp. 438-440. *Correspondenzblatt*, IX, 31 (14 August 1898), p.4.

22 StAH, S 1909. Clipping of *Fachzeitung für Schneider*.

grams ranging from protective labor laws to day care centers to women's vote. Second, an educational program to create new consciousness was devised in separate educational clubs and, after 1908, at Party-sponsored reading and discussion sessions: the focus rested on women as members of their class. Third, unionization assumed a strategic role as the legally sanctioned antidote to discrimination against women in the political realm.

Legislation envisioned by socialist women encompassed the whole of economic, social and political life. They called for reform of education to provide training and broaden women's employment opportunities, sought greater equality in the family, and advocated universal, equal and direct suffrage for both men and women.[23] To ease women's domestic burdens, they proposed progressive reforms at the municipal level which included communal eating and laundry services, playgrounds and summer camps.[24] Central to their reform plank were protective work laws to restrict hours and types of employment, govern work conditions and provide an extensive maternity insurance for all women.[25] To oversee existing protective legislation, women activists spearheaded the formation of several committees. They founded grievance committees as intermediaries between working women and the trade inspectors and, to insure compliance with a 1903 law governing child labor, child labor committees.[26] The existence of these bodies, staffed by women trained in their own educational clubs and discussion groups, was used in propaganda to reach and gain the trust of their constituency.[27]

23 For their educational reforms see Clara Zetkin, *Sozialdemokratie und Volkserziehung*, speech in *Protokoll des SPD-Parteitages zu Mannheim,* Berlin 1906, pp. 348-357; *Schulfrage*, in: *Protokoll des SPD-Parteitages zu Bremen*, Berlin 1904, pp. 360-370. For socialist women's position toward family life, see Clara Zetkin, *Die Ehescheidung im Entwurf eines neuen Bürgerlichen Gesetzbuches und vor der Kommission zur Vorberathung desselben*, in: *Die Gleichheit*, VI, 12 (10 June 1896), p. 90; *Die eheherrliche Vogtei des Mannes über die Frau im neuen bürgerlichen Recht*, in: *Die Gleichheit*, VI, 13 (24 June 1896), pp. 101-102; *Frauenrecht im Reichstag*, in: *Die Gleichheit*, IV, 14 (8 July 1896), pp. 105-106. On suffrage, *Frauenstimmrecht*, in: *Protokoll des SPD-Parteitages zu Mannheim*, Berlin 1906, pp. 440-455; Clara Zetkin, *Zur Frage des Frauenwahlrechts*, Berlin 1907, and various resolutions passed at the women's conferences. For example, *Protokoll des SPD-Parteitages zu München*, Berlin 1902, pp. 302-303.

24 *Nothwendige Ergänzung*, I, II. *Die Gleichheit*, 11, Nos. 2, 3 (16 January 1901), pp. 9-10; (30 January 1901), pp. 17-18.

25 In 1893 at Zurich, the Second International adopted a program sponsored by Clara Zetkin and Louise Kautsky which called for protection for working women. This marked an important step in defining Social Democracy's position toward the women's question. See, *Protokoll des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in der Tonhalle Zürich vom 6. bis 12. August 1893*, Zurich 1894, p. 39. *Die Gleichheit*, Vol. III, carried a series of articles on the need for working women's protection: 6 (9 August 1893), pp. 124-126; 18 (6 September 1893), pp.137-139; 19 (20 September 1893), pp. 147-151; 20 (4 October 1893), p. 157. For socialist women's maternity insurance scheme see Luise Zietz, *Zur Frage des Mutter- und Säuglingsschutzes*, Leipzig 1911, and *Protokoll des SPD-Parteitages zu München*, Berlin 1902, pp. 296-298.

26 For information on the grievance committees see, *Die Gleichheit*, IX, 2 (18 January 1899), p. 10. Ottilie Baader, *Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands*, in: *Protokoll des SPD-Parteitages zu München*, Berlin 1902, pp. 39-40. Baader reported that by 1902 women had founded grievance committees in Berlin, Leipzig, Dresden and Düsseldorf. For the formation of child labor committees see *Protokoll des SPD-Parteitages zu Bremen*, Berlin 1904, p. 350: and Luise Zietz, *Kinderschutz und dessen Handhabung*, in: *Die Neue Zeit*, XXII, Vol. 1 (1903-04), pp. 705-708.

27 In 1911 there were 105 women's discussion groups throughout Germany. *Protokoll des SPD-Parteitages zu Jena, 10-16 September 1911 mit Bericht über die 6. Frauenkonferenz*, Berlin 1911, p. 430. The educational groups were the springboard to participation in the various committees founded by socialist women. In Berlin, in 1908, the staff of the child labor committee came from members of the educational club. See, *Die Gleichheit*, XVIII, 25 (7 December 1908).

The decision to found separate educational clubs was motivated in part by the legal position of women in Germany. On the surface the clubs engaged in purely intellectual, nonpolitical pursuits; in reality, they were designed to raise women's class consciousness and anchor their political commitment in a secure understanding of Marxist ideology.[28] Marie Juchacz reminisced that she had studied the Party program of 1891, read Kautsky's comments, and analyzed Marx, Engels, Lassalle, and Bebel's „Women and Socialism".[29] The clubs owed their origin only partially to political discrimination, however; women leaders were determined to continue separate educational discussions even after 1908. Socialist women recognized the vital role the independent clubs played in educating future propagandists. Accustomed to deferring to men, women learned to express their own views and overcame shyness to these sexually segregated meetings.[30] As Emma Ihrer put it in 1892, men tended to view women „not as equals but as appendages,"[31] an attitude which stifled women's personal and political maturation.

Unionization, the third broad approach to the mobilization of working class women, was vital to Women's Movement leaders. The relationship between socialist women and the Free Trade Unions, however, was fraught with difficulty. After the end of the anti-Socialist laws, Social Democratic women raised two questions concerning unionziation. First, what promise did unions hold for the proletarian class struggle in general? And, second, what did they specifically offer the employed woman? In the early 1890's, the answers diverged. Zetkin, the leading personality in the Women's Movement, responded negatively to the first question and much more positively to the second. Reflecting dominant Party sentiment, she interpreted the class struggle in political terms. Only the political organization of the proletariat – a party committed to the principle of class struggle – insured the destruction of capitalism.[32] Unions could not break the chains which held the working class down. Nevertheless, the trade union movement performed several important functions. It offered workers „more bread, more time, more freedom", and awakened feelings of solidarity and class consciousness.[33] Within socialist strategy, the economic struggle had crucial political byproducts. In Zetkin's view, the unions were to concentrate on winning over the indifferent masses, and above all, the woman wage earner.[34]

Union leaders were turning to that task. Economic growth and an expanding female labor force had awakened union leaders to the necessity of organizing working women. They observed the deleterious effect on workers' solidarity of lower wages paid to women. After 1890, this concern was reflected in the debate among unionists over a centralist or localist

28 For a discussion of the educational clubs see Anna Blos, *Die Frauenfrage im Lichte des Sozialismus*, Dresden 1930, p. 41. Also, *Protokoll des SPD-Parteitages zu Mainz*, Berlin 1900, p. 256, and *Frauenbildungsvereine*, in: *Die Gleichheit*, XVIII, 17 (17 August 1908), pp. 151-152.

29 *Protokoll des SPD-Parteitages zu Görlitz, 18-24 September 1921 mit Bericht der Reichsfrauenkonferenz*, Berlin 1921, pp. 48-49.

30 As Zietz noted after observing the clubs in action. *Die Frauenkonferenz in Mainz*, in: *Die Gleichheit*, X, 19 (12 September 1900), pp. 148-149.

31 *Die Gleichheit*, II, 7 (6 April 1892).

32 *Die Gleichheit*, II, 3 (8 February 1892), p. 27. *Wir demonstriren*, in: *Die Gleichheit*, V, 3 (6 February 1895), pp. 17-18.

33 *Arbeiterinnen, organisirt Euch*, in: *Die Gleichheit*, V, 15 (24 July 1895), p. 114.

34 *Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Köln*, in: *Die Gleichheit*, III, 23 (15 November 1893), p. 182.

form of organization.[35] If unions remained local clubs recruiting for the class struggle and engaging in political matters, laws of association would bar women from participation. Centralist victory by the mid-1890's assured women a place in Free Trade Union life. The change was facilitated by statutory modifications at early union congresses which called on unions to admit and actively recruit working women.[36] „Die Gleichheit", socialist women's biweekly edited by Zetkin, warmly supported the decision and in the 1890's carried numerous articles affirming the need to unionize women, calling it a „vital question."[37] Unorganized women, competitors of men and potential strike breakers, threatened proletarian efforts to improve work conditions. Women, unenlightened, exploited, overburdened, were helped by unionization.[38] The dual nature of Zetkin's appeal was typical: in pressing for a greater practical commitment, women leaders stressed both socialist self-interest and the inherent justice of easing women's existence.

Although attitudes toward unions where ambivalent in the early 1890's, they became more favorable in the middle of the decade. In October, 1895, „Die Gleichheit" noted that the prolatariat waged its struggle not only in the political but also in the economic spheres, and seven months later the journal carried a clear statement which foreshadowed theoretical reconciliation of both political and union tactics: „Denn die Arbeiterbewegung ist eins und untheilbar, wenn sie uns auch . . . in zwei Strömungen entgegentritt; der proletarische Klassenkampf ist ein einheitlicher, auch wenn er von der Partei auf politischem Gebiete, von den Gewerkschaften auf wirthschaftlichem Gebiete geführt wird."[39] Socialist analysis had come to see the political and union battle as twin means to promote the class struggle. Among leaders of the Women's Movement the harmony between both wings remained a cardinal assumption until World War I. The Party, consolidating gains through legislation, and the unions, „enlightening, disciplining and educating" for the class struggle, brought the working class closer to the final goal. Reconciliation of Party and Unions proved difficult in practice. Many Free Trade Union leaders were the implicit advocates of pragmatism in German Social Democracy. In contrast, key Women's Movement leaders were radical socialists, stressing the unity of theory and practice. After the turn of the century, under the watchful eye of Zetkin and her supporters in Berlin and other large cities, a higher

35 Two women in particular, Emma Ihrer and Helma Steinbach, fought for centralized unions at early trade union congresses. For the debate see Paul Umbreit, *25 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbewegung 1890-1915*, Berlin 1915, pp. 2-26, and Karl Zwing, *Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften*, Jena 1926, pp. 149-150.

36 *Protokoll der Verhandlungen des ersten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, Halberstadt 14-18 März 1892*, Berlin 1892, p. 43. *Protokoll der Verhandlung des zweiten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin 4-8 Mai 1896*, Berlin 1896, pp. 50 and 121.

37 *Zum Gewerkschaftskongreß von Halberstadt*, in: *Die Gleichheit*, II, 7 (6 April 1892), p. 58. *Frauenarbeit und gewerkschaftliche Organisation*, in: Clara Zetkin, *Ausgewählte Reden und Schriften*, 2 Vols., Berlin 1957, Vol. 1, p. 37. For various articles on the need to unionize working women see, among others, *Eine dringende Aufgabe*, in: *Die Gleichheit*, V, 6 (20 March 1895), p. 41; *Wie sollen sich die Arbeiterinnen organisiren?*, VI, 8 (15 April 1896), pp. 57-58; *Warum ist für die Arbeiterinnen die gewerkschaftliche Organisation besonders nöthig?*, VII, 10 (12 May 1897), pp. 73-74.

38 Clara Zetkin, *Frauenarbeit und gewerkschaftliche Organisation*, pp. 37-38.

39 *Die gewerkschaftlich organisirten Arbeiterinnen in Deutschland*, in: *Die Gleichheit*, V, 21 (16 October 1895), p. 162, and *Der zweite Kongreß der zentralisirten Gewerkschaften Deutschlands*, VI, 11 (27 May 1896), p. 82. Zetkin, usually sharp and biting toward ideological opponents, adopted a surprisingly moderate tone in the early 1890's debate over the role of the unions in the struggle for socialism. For example, in commenting on the 1893 Köln Congress she downplayed the divisions among Party and union members in light, possibly, of the unions' crucial importance for working women. The shift, then, among socialist women in part mirrored their preoccupation with the plight of working class women who were hampered politically in joining forces because of the laws of association.

proportion of Women's Movement activists were „radical" than was true for the Party as a whole. The explanation lies in several phenomena. Socialist women had not been as „nationalized" as men because, as Gerhard A. Ritter congently argues, women were prevented from participating in national, state and municipal organizations.[40] The male worker had acquired a certain vested interest in society. His position had been raised by the Party and unions willing to work for immediate, short-term goals and he sent delegates representing his interests to most legislative bodies in Germany. In contrast, politically active women could feel more alienated from „the system" – a sentiment which reinforced their radicalism. The influence of „Die Gleichheit" on forming women's consciousness should not be underestimated. The tone, nature and urgency of its message reflected concern with the readerships' double exploitation as both members of the female sex and the working class. The paper consistently placed the reality of sex discrimination within a class analysis.[41] And, finally, as Thönnessen uncovers, antifeminism in the SPD itself contributed to militancy among socialist women.[42] Ultimately, the women's movement's fate was tied up with the fortunes of German Social Democracy. The war-time alliance of center-right spelled the death knell of the prewar interpretation of women's liberation by radical socialists. A reformulation of the women's question and a more modest claim to Party functions would characterize postwar German women's relationship to socialism.[43]

Socialist women in prewar Germany were conscious of the problem of legitimate spheres of activity. Their claim even after 1908 to a „division of labor" within the Party reflected feminist calculations: women leaders had a unique role in reaching the female proletariat. As Party members they distinguished between political and union decision-making competency and rejected a voice in union policy formulation. In preparing for the 1900 Women's Conference, „Die Gleichheit" noted that the agenda omitted collaboration with unionists, „one of the most important tasks of the proletarian Women's Movement".[44] This implied no slighting of union efforts, the paper wrote, but meant that the specific ways and means to unionize working women stood outside the conference's purview.

40 Gerhard A. Ritter, *Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich*, Berlin 1959, p. 220.

41 *Die Gleichheit* was the main women's paper in the pre-World War I socialist movement. Under Zetkin's control, it also reflected the prevailing radical interpretation of Marx in Social Democracy and it championed the cause of the radical wing in all major debates in the SPD. The biweekly untiringly differentiated between socialist and bourgeois women, socialist and bourgeois goals and tactics, related socialist theory to tactics and the movement's reform proposals to theory. The socialist world view and the class struggle were its lodestars and the ultimate gauge on which all events and actions were judged. In July, 1914, 124,000 persons subscribed to *Die Gleichheit*; a high proportion of these were union women. Many trade unions supplemented their own paper with *Die Gleichheit* for their female members, particularly if both husband and wife were unionized. See Werner Thönnessen, *Frauenemanzipation*, p. 62, for the readership statistics. Also, *Protokoll des SPD-Parteitages zu Nürnberg*, Berlin 1908, pp. 112-113, and *Correspondenzblatt*, XII, 35 (1 September 1902), p. 603.

42 Thönnessen coins the term „proletarian antifeminism". See, *Frauenemanzipation*, pp. 68-71.

43 The strains of war and prewar ideological divisions spawned two hostile groups in the socialist movement in 1917: Majority Socialists (old SPD) and the more radical, smaller Independent Socialists (USPD). Prewar female leaders generally went over to the USPD while a group of relatively obscure younger women inherited the leadership of the SPD' women's movement. These new leaders modified basic tenets of the prewar Marxist theory of women's liberation by channeling women's activities primarily into social work at the municipal level. As will be seen below *(infra.)* the origins of this new phase in German women's relationship to socialism go back to the formation of the child labor committees and their evolution after 1908. For more on postwar German socialist women's role in the socialist movement see Werner Thönnessen, *The Emancipation of Women*, pp. 125-139.

44 Zur Frauenkonferenz, in: *Die Gleichheit*, X, 19 (12 September 1900), p. 148.

Despite efforts to distinguish jurisdictions, women leaders' tactics opened the possibility of encroaching on union domain. Socialist women jealously sought a place in union committees. At the 1904 women's conference, Zetkin summarily closed a discussion on the establishment of women trade union commissions. She stated, somewhat mandaciously as it turned out, that „to take a position on this. . . is up to the trade unions and not to the women's conference."[45] Shortly thereafter, in an apparent about-face, she published an article which called on women to assume the leading role in the formation of the commissions. Zetkin's public position reflected her strong belief that the key ingredient for successful mobilization of working women was the presence of women leaders. They were needed to supplement efforts by the local trade union „cartels."[46] Furthermore, the commission's designated function to train a cadre of union women agitators added urgency to the issue of leadership. Zetkin was determined to place instruction in radical socialist hands or at least under Party Women's direction who would educate for the class struggle. By 1904, the question of who controlled education – and decided the degree of harmony between theory and practice – was hardly academic.

The grievance committees founded by socialist women as part of their campaign to win over the employed female evoked suspicion among union leaders. By 1911 they had fallen under union jurisdiction. Baader admitted to the Women's Conference that year that their functions actually did belong to the Free Trade Unions.[47] Nonetheless, numerous resolutions had been passed at earlier conferences supporting Party women's move into legislative supervision while, at the same time, calling on them to collaborate with local union „cartels". Despite the official appeal to cooperation, misgivings were voiced that women might bypass the unions. In turn, socialist women complained that the unions „unfortunately show little interest" in the grievance committees. [48] The blurred jurisdictional lines led to mutual recrimination.

The Women's child labor committees, too, operated in a gray area between political and union activity. By 1911 they were taken over and reorganized by the Party, union input was insured, and then turned over to the women.[49] As the Prussian police noted, by 1913 child labor committees were „exclusively" women's preserves. Integration of women into the Party after 1908 had begun the process of functional segregation which culminated in the Weimar period.[50] In their effort to define legitimate spheres, socialist women adopted a concept which proved ambiguous in practice. Their 1900 conference called on activists to approach the employed women (without neglecting the housewife) and prepare the ground for union

45 *Protokoll des SPD-Parteitages zu Bremen*, Berlin 1904, p. 342.

46 *Dringende Aufgaben*, in: *Clara Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften*, Vol. 1, pp. 272-279. „Cartels" were umbrella organizations coordinating the activity of various unions in one locality.

47 *Protokoll des SPD-Parteitages zu Jena*, Berlin 1911, p. 431.

48 *Protokoll des SPD-Parteitages zu München*, Berlin 1902, pp. 297 and 299. Also, *Die Frauenkonferenz zu München*, in: *Die Gleichheit*, XII, 20 (24 September 1902), p. 156. For the women's complaints see, *Die Thätigkeit der Berliner Mittelspersonen zwischen Arbeiterinnen und Fabrikinspection*, in: *Die Gleichheit*, IX, 2 (18 January 1899), p. 11.

49 For their reorganization see Luise Zietz, *Kinderarbeit, Kinderschutz und die Kinderschutzkommissionen,* Berlin 1912, pp. 36 - 53, and Friedrich-Ebert-Stiftung (hereafter referred to as FES). Personen-Sammlung. Marie Juchacz, *Die Kinderschutzkommissionen als Vorläufer der Arbeiterwohlfahrt.*

50 For the fortunes of the child labor committees see Zentrales Staatsarchiv, Reichsministerium des Innern, Nr. 13689, Bl. 283-284; 324-325; 410-411. Integration, too, hampered the women's freedom of movement. Its impact was seen in a rise, for example, in the numbers of joint circulars from Party and union leaders providing guidelines for the women's activities where previously they had made their own decisions, as well as in the failure of the Party Executive Committee to call a women's conference in 1910 (which is discussed below briefly, *infra.*).

propaganda (while paying attention to political enlightenment).[51] The conference introduced a delicate and subtle distinction between preparatory work and actual unionziation efforts which led to added conflicts with union leaders. The various problems women encountered in the socialist movement were apparent in the controversy between the leadership of the Women's Movement and the Free Trade Unions over founding of the Domestic Servants' Union in 1906. Four sources of discord converged: the ideological antagonisms in the Women's Movement itself; the tension of dual loyalty when one woman embodied both union and Women's Movement leadership roles; union determination to free itself from Party control; and the difficulty of mobilizing women workers in a non-industrial sector.

Domestic servants in Germany stood outside the Industrial Code, working under special laws *(Gesindeordnung).*[52] The hard conditions of employment coupled with higher wages in industry accounted for the general downward trend in total numbers of servants beginning in the last third of the 19th century, although the proportion of women in the occupation rose. In 1895 there were roughly 1.3 million servants, the majority of rural origin. Most urban born women rejected domestic service. According to socialist analysis, the young girls who migrated to the city were poorly educated, lacked knowledge of the working class movement and accepted employment at any price.[53] Demand for servants exceeded supply. This situation offered them the opportunity to improve their position once they became aware, through socialist propaganda, of the potential for change.

As a member of the Nürnberg Workers' Secretariat and political representative of the city's Women's Movement, Helene Grünberg worked with servants and began publishing their complaints in the local paper. Soon the expression „a revolution in the kitchen" came into vogue. In February, 1906, Grünberg called a public meeting to discuss unionization; one month later the first Servant's Union in Germany was formed on Free Trade Union principles.[54] The union sought to „raise the legal, economic and social position of servants" through meetings, their own employment agency, limited health insurance, social gatherings and reading of „Die Gleichheit".[55] Grünberg outlined her general goals to the Mannheim Womens' Conference in 1906. The movement aimed to abolish the *Gesindeordnung*, incorporate servants under the Industrial Code and institute obligatory continuous education for girls up to 18 years. Through education, the leadership hoped to „change consciousness"

51 *Die Frauenkonferenz zu Mainz*, in: *Die Gleichheit*, X, 20 (26 September 1900), p. 154.

52 The *Gesindeordnung* forbade strikes or collective bargaining, required that servants accord masters „respect and diffidence" and accept patriarchal discipline, governed work hours, conditions of employment, notice, and prescribed mandatory service records. Protective legislation, including those governing child labor, excluded servants. Helene Grünberg's speech, *Agitation unter den Dienstboten*, in: *Protokoll der Verhandlungen des 6. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, Hamburg 22-27 Juni 1908*, Berlin 1908, pp. 165-174. Helene Grünberg, *Die Dienstbotenbewegung*, in: *Protokoll des SPD-Parteitages zu Mannheim*, Berlin 1906, pp. 430-433. Max Schippel, *Sozialdemokratisches Reichstags-Handbuch*, Berlin, n.d., pp. 494-502.

53 Emma Ihrer, *Unsere Hausangestellten*, in: *Sozialistische Monatshefte*, XIV, Vol. 2 (20 August 1908), p. 1074. Helene Grünberg, *Fortbildung, Unterhaltung, Geselligkeit*, in: *Protokoll der Verhandlungen des ersten Verbandtages des Zentralverbandes der Hausangestellten Deutschlands, Berlin 14-16 April 1912.* Berlin 1912, pp. 70-71.

54 Luise Kähler, *25 Jahre Hausangestelltenbewegung*, in: *Die Genossin*, VIII, 4 (April, 1931), p. 145.

55 Helene Grünberg, *Zur Frage der Dienstbotenbewegung*, in: *Correspondenzblatt*, XVI, 46 (17 November 1906), pp. 785-786. Since servants could not strike or engage in collective bargaining the employment agency became the life blood of the new union. It brought girls and employers together and imposed better work conditions such as higher wages, warm sanitary rooms, adequate food, free Sunday afternoons. Grünberg took employers to court if they failed to fulfill their obligations.

and open servants' eyes to the working class movement, the potentials for advancement, and the dignity of their profession.[56] In socialist analysis this would terminate a vicious circle: the problem of unenlightened female servants who, after marriage, opposed their husband's efforts for socialism, worked in domestic industry, or joined the unaware mass of factory working women often serving as strike breakers. Unschooled domestics were perceived as potentially harmful to the organized working class.

The response to Grünberg's endeavor was immediate and positive. Within two years she had sent information to 48 German cities to help found similar unions. The next several years witnessed the proliferation of Servants' Unions. Many were founded by socialist women with support of union „cartels"; some owed their genesis exclusively to the union leadership.[57] Launching of the Nürnberg local provided the stimulus for socialists to take over a Servants' Union in Berlin headed by middle class women. In 1907, the „Berlin Trade Union Commission" announced, „it is now in our hands."[58]

In November, 1906, the harmony among socialist women seeking to unionize domestic workers was marred by the publication of a model contract. Central to the contract was the sentence, „the regulations of the Servants' Code *(Gesindeordnung)* do not apply for the contractual relationship."[59] Positions on the contract reflected divergent attitudes toward union tactics, the degree of militancy in the Trade Union Movement, and the efficacy of raising radical demands for mobilization purposes. The Nürnberg Union, under Grünberg's leadership, rejected the contract as a „future dream". Betraying her basic moderation, Grünberg claimed that servants represented the most unenlightened stratum of the working class and the first task for the leadership was to awaken and educate girls and solidify their organization throughout the country. „We must gather our ammunition . . . and then go into battle. We must first assemble our troops."[60] She feared the contract would scare servants off and impede organizational success.

Zetkin and radicals in general strongly disagreed. Zetkin believed that the Nürnberg local had misunderstood the intent of the contract. It sought to establish a private agreement between servant and employer which would guarantee the servant basic rights since legislation presently bypassed her. The contract was a means to promote the organization, above all an agitational weapon, not a danger to it. The crucial decision involved accepting the contract „in principle". It could then be modified to suit local conditions and used,

56 *Die Dienstbotenbewegung*, in: *Protokoll des SPD-Parteitages zu Mannheim*, Berlin 1906, pp. 430-434.

57 From reports in *Die Gleichheit* it is clear that socialist women played a key role in the foundation of Domestic Servants' Union. For example, Grünberg's talk in Fürth in May 1906 produced an affiliate; that same month in Munich, a servants' organization was founded. On the initiative of the Women and Girls' Club in Cologne a Servants' Union was organized; women comrades were responsible for the Bremen, Hamburg and Kiel Union. The Trade Union workers' Secretary founded the Mannheim Servants' Union; in May, 1908, Lina Kehl reported that only thanks to the efforts of the Social Democratic Women's Club, the Mannheim union was „making progress". The trade union bureaucracy stimulated the founding of the Wiesbaden Servants' Union. Consult the following issues of *Die Gleichheit*: Fürth: XVI, 10 (16 May 1906); Munich: XVI, 11 (30 May 1906); Cologne: XVI, 15 (25 July 1906); Bremen: XVII, 4 (20 February 1907); Hamburg: XVI, 23 (14 November 1906); Kiel: XVIII, 26 (21 December 1908); Mannheim: XVII, 11 (27 May 1907), XVIII, 5 (2 March 1908) and XVIII, 10 (11 May 1908); Wiesbaden: XVIII, 4 (17 February 1908).

58 *19. Jahres- und Kassen-Bericht der Berliner Gewerkschafts-Kommission und Bericht des Sekretariats Berlin pro 1907*, Berlin 1908, p.15.

59 The contract was reprinted in: *Correspondenzblatt*, XVI, 46 (17 November 1906), p. 787.

60 Helene Grünberg, *Zur Frage der Dienstbotenbewegung*, in: *Correspondenzblatt*, XVI, 46 (17 November 1906), pp. 786-787. Also, *Die Gleichheit*, XVI, 24 (28 November 1906).

not necessarily in battle, but to attract domestics to the union and enlighten them.[61] Grünberg's question if „Die Gleichheit" should have been involved in the internal affairs of a union struck a raw nerve. „Die Gleichheit", Zetkin lectured, not only had the right as the organ of women comrades but the duty to take a position on issues involving principles and political strategy. Since Nürnberg published its rejection of the contract „Die Gleichheit" had to see that other Servants' Unions did not „blindly follow."[62]

Ida Baar, President of the Berlin Domestic Servants' local, criticized Grünberg for her interpretation of union tactics and her claim that the contract „went too far." What if the trade unions had waited for workers to become enlightened, Baar querried? „Correspondenzblatt", the Free Trade Union mouthpiece, walked the tightrope. It accepted Grünberg's basic premise that the union was not strong enough to propose the contract but felt it could be one of several means to improve the position of servants.[63] Grünberg's stance during the burgeoning conflict between socialist women leaders and the General Commission, the Free Trade Union executive, provoked additional hostility. To coordinate agitation and prepare guidelines for eventual centralization of Domestic Servants' Unions, socialist women's Central Representative, Ottilie Baader, called a special Women's Conference in 1907. Grünberg initially agreed to speak but withdraw after the General Commission made known its opposition. The union leadership was skeptical of the women's intentions. It affirmed the key role of the union „cartels" in preparing the necessary preconditions for centralization, and pleaded for restraint and time to see if the groundwork were strong enough to support a new edifice. In some cases, it admitted, women comrades had been active in founding Servants' Unions but the General Commission stressed those examples where the „whole propaganda and organization work" was done solely by the „cartels." Carl Legien, the General Commission spokesman, rejected being drawn into a „petty struggle over jurisdiction" but wrote sourly of leadership henceforth resting with the women's Central Representative.[64] Although both a trade union leader and political representative, Grünberg stood with the union hierarchy and announced that Servants' Unions owed their loyalty to the union executive.[65]

Baader chastized Grünberg for attempting to patronize the Servants' Union as well as the Socialist Women's Movement. She claimed that the Nürnberg leadership had overstepped its bounds by acting as advisor and judge over the whole Women's Movement. Baader felt that success in reaching servants derived from the efforts of both women and union leaders. In fact, reversing union emphasis, it was largely socialist women who brought life to the movement. The aim of women comrades, she claimed, was to promote centralization and eventual incorporation into the Free Trade Unions. A women's conference could only further this goal.[66] The conference met as scheduled and made overtures of reconciliation to the

61 *Die Gleichheit*, XVI, 23 (14 November 1906). Also, *Zur Frage der Dienstverträge*, in: *Die Gleichheit*, 25 (12 December 1906).

62 *Ibid.*

63 For Baar's view, *Die Gleichheit*, XVI, 25 (12 December 1906). For the union leadership's position, *Correspondenzblatt*, XVI, 46 (17 November 1906), pp. 787-788.

64 *Die Dienstbotenkonferenz*, in: *Correspondenzblatt*, XVII, 45 (9 November 1907), pp. 708-710.

65 *13. Jahresbericht des Arbeiter-Sekretariats Nürnberg für das Jahr 1907*, p. 76; also, *Correspondenzblatt*, XVII, 42 (9 November 1907), p. 672.

66 *Die Gleichheit*, XVII, 23 (11 November 1907).

General Commission.[67] During the next few years socialist women and the union leadership collaborated in founding a central union. But success eluded the young organization. The initial flush of enthusiasm gradually gave way to disillusionment. The main goal, the abolition of the *Gesindeordnung*, had to wait until the German Revolution in late 1918. The social position of servants isolated from one another and laboring under special laws hindered lasting mobilization. Furthermore, theorists argued that continuous contact with members of other classes tends to undercut radical political action.[68] As Grünberg admitted, „organizational stability did not match the propensity to organize."[69] And tensions were evident. Grünberg remained sensitive to the union chain of command as witnessed by a verbal dispute with Zietz at the women's 1908 conference. During the general discussion she corrected a statement made by Zietz that Servants' Unions stood under Social Democratic leadership. „I emphatically maintain that is not the case at all, [they] operate as pure trade union organizations." Zietz replied that Grünberg had misunderstood her: Ich habe gesagt, aus unseren Diskussionsabenden heraus seien die Personen gekommen, die die Agitation für die Dienstboten in die Wege geleistet und auch die Verwaltung übernommen haben. . . . Wenn das heißen sollte, unsere Dienstbotenbewegung hat einen politischen Charakter, dann müßte das auch für die ganze Gewerkschaftsbewegung gelten. Denn an ihrer Spitze stehen überzeugte Sozialdemokraten, und ich wünschte nichts sehnlicher, als daß auch alle Mitglieder das wären.[70] Zietz engaged in wishful thinking. Reality revealed a sharper differentiation between political and trade union orientation.

Divergent orientations were manifest in two additional, although abortive, challenges to radical women leaders by members of the Printers' Aid Union. The Union was „an elite organization",[71] and active training ground for several prominent women: Paula Thiede, its President, Gertrud Lodahl, the Secretary, Gertrud Hanna, Working Women's Secretary in the General Commission, Clara Bien and Frau Teske. From 1890 to 1909, the First Berlin local had been female in both membership and leadership, an anomaly among the sexually integrated Free Trade Unions. The women's local rejected assimilation and worked together with is male counterpart under the banner „march divided and fight united".[72] The Central Union stood at the forefront of organizational experimentation and was hailed as a model for other unions with large numbers of women members. Contrary to Free Trade Union practice, its dues were scaled to wages regardless of sex. Officials recognized that in many

67 Reports at the conference indicated that the servants' movement mirrored the maturity of the organized working class. Only in those areas which had a well-developed socialist movement as well as numbers of class conscious women did the Servants' Union flourish. The conference affirmed the importance of the employment agency, declared the contact an agitational tool to mobilize servants and it appointed a five-member committee drawn from Nürnberg, Berlin, Leipzig, Frankfurt/M. and Hamburg to smooth over the difficulties with the General Commission. Grünberg declined to serve on the committee and a woman from Munich replaced her. *Die Gleichheit* was designated the official organ of the Servants' Unions. See, Luise Zietz, *Die Berliner Frauenkonferenz*, in: *Die Gleichheit*, XVII, 25 (9 December 1907). *Protokoll des SPD-Parteitages zu Nürnberg*, Berlin 1908, pp. 102-103, for Baader's report to the congress on the servants' movement.

68 Seymour M. Lipset, *Political Man: The Social Bases of Politics*, New York 1960, p. 215.

69 Helene Grünberg, *Zehn Jahre freie Dienstbotenbewegung*, in: *Die Gleichheit*, XXVI, 15 (14 April 1916).

70 *Protokoll des SPD-Parteitages zu Nürnberg*, Berlin 1908, pp. 504-505.

71 As called by the bourgeois feminist Else Lüders, in: *Correspondenzblatt*, XV, 15 (15 April 1905), p. 231.

72 *Eine gewerkschaftliche Frauenorganisation*, in: *Die Gleichheit*, XIX, 10 (10 May 1909). *Zur Geschichte einer gewerkschaftlichen Frauenorganisation*, in: *Die Gleichheit*, XX, 12 (14 March 1910).

large cities, such as Berlin, working women received higher pay than did men in the same job in small towns and villages. They realized that the traditional view, echoed by most Free Trade Unions, that working women had „fewer needs" and therefore uniformly received less pay, was not born out by facts.[73] „Die Gleichheit" praised the union, calling its activities „of great interest", and spoke highly of Thiede and her „capable colleagues" in the Berlin local, schooled by their union activity and educated in trade union courses.[74] It appears, however, that the most vocal critics of women radicals emerged from the supportive milieu which the Printers' Aid Union offered women.

In 1904, Emma Ihrer publicly questioned the need for women's conferences and stated that the decision to hold official meetings had been made against the wishes of a strong minority. Her group feared that public debate would remain superficial; only women with oratorical talents would be chosen as delegates to the possible neglect of those performing the essential day to day routine work. They had hoped to institutionalize private channels of communication to facilitate voicing of grievances or offering suggestions.[75] Discontent smouldered and erputed in 1911 when Paula Thiede carried Ihrer's ideas one step further. She called on Party women to adopt the union model: women union leaders performed functions geared to reaching working women but never held special women's trade union congresses. She questioned the efficacy of meeting every two years and hearing lectures when decisions reached at the conference had to be ratified by the SPD congresses. Thiede advised women comrades to be flexible and not perpetuate customs after the preconditions had disappeared.[76]

By 1911 the position of radicals in the Party generally had become insecure. The institutions that they controlled, such as the Control Commission, were being shorn of power. Radicals still figured prominently in the Women's Movement and were as determined as ever to insure control. In 1902, Ihrer had complained to Georg von Vollmar, leading Bavarian reform socialist, that Clara Zetkin engineered delegate elections to the women's conference just when she (Ihrer) and five friends were away. Zetkin used all means „to avoid . . . competition."[77] The tactics continued. Radicals' orchestration of the speakers' lists at the women's conference is evidenced by an undated letter from Baader to Klara Weyl around the spring of 1911. Baader, together with Margaret Wengels, Zetkin's radical supporter, requested that Weyl „definitely" appear and alluded to troubles with Thiede.[78] The women's conference had assumed great importance as a forum for radical ideas and meeting ground to renew and expand contact. Thiede's critique struck at one pillar of radical strength.

In 1908, an attempt by the Textile Union to promote the founding of a trade union working women's paper to replace „Die Gleichheit" challenged another radical institution. The bid received the lukewarm support of Gertrud Lodahl who wrote that large numbers of unorganized working women required the whole gamut of trade union propaganda efforts, including a women's trade union paper. But Ihrer, using her considerable prestige, closed the discussion

73 *Protokoll vom Ersten Kongreß der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands, Berlin 30-31 Mai - 1 Juni 1898,* Berlin 1898, pp. 7-11. Verband der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands, *Rechenschaftsbericht,* Berlin, 1899-1909.

74 *Die Gleichheit*, XVIII, 13 (22 June 1908).

75 Emma Ihrer, *Zur sozialdemokratischen Frauenkonferenz in Bremen*, in: *Sozialistische Monatshefte,* X, Vol. 2 (September, 1904), pp. 763-765.

76 Paula Thiede, *Einrichtung und Ausgestaltung der sozialdemokratischen Frauenkonferenz,* in: *Sozialistische Monatshefte*, XVII, Vol. 3 (7 September 1911), pp. 1248-1250.

77 International Institute of Social History. NL von Vollmar, 1006. Pankow, 8 September 1902.

78 FES. NL Gerda Weyl, TR 41/5.

by claiming that union women had no intention of founding a second women's organ. Not until World War I created unbridgeable strains in the organized working class did the unions launch their own paper, „Gewerkschaftliche Frauenzeitung", edited by Hanna, to counterbalance the radical stance of „Die Gleichheit".[79]

The women's mobilization efforts had born fruit in the twentyfour years from 1890 to 1914, although activists remained dissatisfied with the results of their labor. In part, the difficulties inherent in reaching proletarian women militated against greater success. But socialist women also blamed their male colleagues for failure to fully support their cause. At their conferences, many openly and bitterly chastized men for their lukewarm or even oppositional attitudes; at other times, more veiled references to the half-hearted support of Party organs appeared in „Die Gleichheit."[80] In 1910, two years after the women officially joined the SPD, discontent surfaced over the refusal of the Executive Committee to call a women's conference for that year – a breach of the traditional biannual meetings, many women charged. Once the discontent was manifest, other complaints were voiced. Some women argued that one female on the Executive was insufficient to guarantee progress in recruiting their constituency. They demanded that the number of women in leadership positions be proportional to their total membership in the Party. Others spoke of men's patronizing attitudes and grumbled that since they had become Party members „ . . . close contact among the women does not exist the way it did."[81]

Activists faced slights by male comrades as Zietz experienced in Hamburg. Although legally permitted to join political parties prior to 1908, Hamburg women had adopted the semi-autonomous representative system. Zietz complained that leading comrades had accused her of accepting the women's leadership post simply to get a guaranteed mandate to SPD congresses. When she was sent to Stuttgart in 1908, male colleagues declared it was a scandal that a woman represented Hamburg.[82] Klara Haase Weyl reflected similar antagonisms in her short memoirs. She participated at the Cologne SPD Congress in 1893 and noted bluntly that, „men did not like us [women]." As a member of the Sixth Berlin Electoral District Club, she confronted the reluctance of men to elect women delegates. The men apologized with the claim that we would if we could find a woman with similar ideas, or, our women don't have enough time, they are busy with housework. In 1911, female executive committee members of Greater Berlin levied a similar charge against the Second Berlin District.[83] German Social Democracy was committed officially to equality between the sexes although many women could document cases where this remained a dead letter.

79 *Correspondenzblatt*, XVIII, 26 (27 June 1908), p. 410. For Ihrer's statement see, *Die Gleichheit*, XVIII, 11 (25 May 1908).

80 The list of complaints is vast. For a few examples see *Protokoll des SPD-Parteitages zu Bremen*, Berlin 1904, p. 341; *Protokoll des SPD-Parteitages zu Mannheim*, Berlin 1906, p. 413; *Protokoll des SPD-Parteitages zu Leipzig*, Berlin 1909, p. 386. *Die Gleichheit*, XXI, 4 (21 November 1910).

81 *Zur Frauenkonferenz*, in: *Die Gleichheit*, XX, 9 (31 January 1910) and 12 (14 March 1910). The Executive Committee declined to call a women's conference for 1910 because it hoped to send women to the International Socialist Congress in Copenhagen and felt that most districts could not afford female delegates at both an international and a national meeting. The decision provoked an intense debate in *Die Gleichheit* and countless meetings were called at the local level to discuss the issue.

82 StAH. S 5883. Clipping of *General Anzeiger*, 249 (23 October 1902): Anna Blos, *Die Frauenfrage*, p. 143; *Protokoll des SPD-Parteitages zu München*, Berlin 1902, p. 254.

83 FES. NL Gerda Weyl, TR 41/21. Klara Weyl, *Erinnerungen*, pp. 4-5. Staatsarchiv Potsdam. Pr. Br. Rep. 30, Berlin C. Tit. 95. Nr. 15850, *Die sozialdemokratische Frauen-Bewegung und Kongresse in Deutschland*, Vol. 1, 1911-1912. Bl 135-136.

Socialist women's criticism revolved around two major issues. The first was that the Party too often devoted its attention to those groups whose effect could be felt through the vote (i.e., to men), to the neglect of both women and children. Women's disenfranchisement made their effectiveness less tangible; consequently many men failed to value their key role in the family or their importance in the work place.[84] A second theme chided men for not encouraging their wives and daughters to join the organized working class movement, a charge corroborated by Robert Michels in his classic sociological analysis of the socialist leadership. He stated that if a questionnaire were sent to organized Social Democrats asking if their wives belonged the answer would be shattering. The reasons for this, Michels continued, were complex: membership implied a financial burden, doubly heavy if the wife also belonged; often her domestic duties prevented attendance at evening meetings; the education women received, their family orientation and the conservative influence of the church made women generally more hostile to socialism than men.[85] Michels omitted an extremely important consideration: the persistence of sexual role expectations which were reinforced by traditional family norms. Socialist women clearly recognized manifestations of antifeminism which reflected traditional family ideals, but they could not break the barriers the nuclear family placed before women's emancipation. The delicacy with which they approached family life contrasted markedly with the militancy with which they fought ideological opponents. Several reasons accounted for their stance. First, socialist women were deeply concerned with the development of class consciousness and class solidarity and probably feared threatening proletarian unity by attacking the existing family structure in the working class too harshly. Their class loyalty dampened a feminist offense. But their idelogy, too, interfered with a thorough critique of family life as it actually operated in the working class.[86] Consistent with the predictions of socialist thought, activists expected women's economic independence to be translated into more equitable family relations, an evolution which would begin first in working class homes. Finally, socialist women underestimated the degree to which male comrades, even those supporting the women's struggle, had retained traditional expectations of sex roles. Bebel, a staunch champion of women's equality, in his memoirs described his marriage: „Für einen Mann, der im öffentlichen Leben mit einer Welt von Gegnern im Kampfe liegt, ist es nicht gleichgültig, wes Geistes Kind die Frau ist, die an seiner Seite steht . . . Eine liebevollere, hingebendere, allezeit opferbereitere Frau hatte ich nicht finden können. Leistete ich, was ich geleistet habe, so war dieses in erster Linie nur durch ihre unermüdliche Pflege und Hilfsbereitschaft möglich."[87] Despite his clear

84 *Jugend und Sozialismus*, in: *Die Gleichheit*, XV, 16 (9 August 1905): StAH. S 5883. Clipping of the supplement to *Vorwärts* (14 December 1901) for Zietz's article, *Welchen Wert hat die Agitation unter den Frauen für die Allgemeinbewegung; Protokoll des SPD-Parteitages zu Bremen*, Berlin 1904, p. 339. This argument uses women's traditional domestic duties of educating children and supporting husbands to further the socialist cause.

85 Robert Michels, *Die deutsche Sozialdemokratie*, pp. 534-535; *Protokoll des SPD-Parteitages zu Bremen*, Berlin 1904, pp. 341-342: StAH. S 5883. Clipping of *Fachzeitung für Schneider*, 47 (24 November 1900); *Die Gleichheit*, XV, 7 (5 April 1905) and 16 (9 August 1905).

86 This is particularly striking in Clara Zetkin's writings, given her sharp critique of social relations under capitalism. Her analysis of working class family life reflects her belief, based on Engels, in the inevitable transformation of the family from its bourgeois economic model into a higher moral unit. With gross overidealization, Zetkin asserted that since men and women in the working class had no wealth they rejected men's privileged position in the family. To the extent that wives worked, she said, male privileges disintegrated in working class homes. See, *Ehe und Sittlichkeit*, in: *Die Gleichheit*, XVI, 18 (5 September 1906), p. 119.

87 August Bebel, *Aus Meinem Leben*, 3 Vols., Stuttgart 1914, Vol. 1, p. 186.

theoretical and even, in general, practical commitment to the struggle for women's equality, he implicitly praised the traditional divisions of labor between men in public life and women supportive at home. And Kautsky, too, reflected similar sentiments. In his eulogy to Julie Bebel he expressed in part the bourgeois ideal by stressing how well Julie had fulfilled the traditional roles assigned to women.[88]

Socialist women after 1890 translated the socialist version of women's liberation into organizational strategy. In their conception, feminism served to incorporate working class women into the proletarian liberation struggle and was at the same time a vision of women's complete social emancipation in the future society. Women activists propounded radical reforms designed to alleviate sexual oppression, linked greater class with growing feminist consciousness, and sought to strengthen class awareness through separate educational clubs and reading groups. They joined the political and economic battle as twin means to further working class women's interests. Yet the tension between the political and union wings of Social Democracy entangled them in jurisdictional conflicts and hindered effective execution of overall strategy.

Socialist women faced additional roadblocks in their efforts to mobilize the female proletariat. Traditional social norms which anchored women in the family thwarted effective politicization. The difficulties in overcoming ingrained beliefs paralleled a tactical dilemma – how to harmonize women's perceived needs with the exigencies of the struggle for socialism. Public disclaimers abound which attest to the refusal of politically organized women to become a „state within a state." Although close association was coupled with a search for meaningful autonomy, women had neither the will nor the means to secure their own bailiwick. As socialists they worked in and for the Party and unions. Differing priorities among women activists and the uneasy relationship between Party and union women militated against the formation of a „united front."

By the first decade of the twentieth century the radical stance of vocal activists in the Women's Movement evoked misgivings among Party and union officials. Women's incorporation into the Party preceded Party and union control over their committees. The functional division of labor after 1908 actually encouraged increasing segregation of Party women into child care and municipal spheres of activity. The net effect undercut feminism's prewar alliance with radical socialism. Within the context of what socialism might have achieved, strategies designed to remedy the „women's question" had limited success. In the years between 1890 and 1914, socialist women only partially overcame traditional ideals which supported antifeminist sentiments among males and feelings of inferiority among their female constituency.

88 Karl Kautsky, *Julie Bebel*, in: *Die Neue Zeit*, XXIX, Vol. 1 (2 December 1910), pp. 276-277. Also, Barbara Stolterfoht's review article of Werner Thönnessen, *Frauenemanzipation*, in: *IWK*, H. 11/12 (April 1971), pp. 93-94.

UNTERSUCHUNGEN ZUR GESCHICHTE DER ORGANISATIONEN DER ARBEITERBEWEGUNG IN NIEDERSACHSEN NACH 1945. EIN FORSCHUNGSPROJEKT

Von Johann Dietrich von Pezold

Seit das wissenschaftliche Interesse sich etwa ab der Mitte der 60er Jahre zunehmend der unmittelbaren Nachkriegszeit als einer Periode zuwandte, in der weitgehende Festlegungen für die nachfolgende Entwicklung der Bundesrepublik erfolgten, ist auch die Rolle der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen während dieser Zeit der innen- und außenpolitischen Weichenstellungen einer näheren Betrachtung unterzogen worden. Dabei sind vor allem die Haltung und die Politik der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften einer überwiegend kritischen und weniger einer ihre tatsächlichen oder vorgeblichen Erfolge würdigenden Wertung unterworfen gewesen. Diese Gewichtung der Urteile findet einen ihrer Hauptansatzpunkte in dem immer wieder festgestellten Befund, daß zwischen dem politischen, insbesondere dem gesellschaftspolitischen Anspruch dieser Organisationen und den daran zu messenden faktischen Erfolgen eine erhebliche Lücke klafft.
Entsprechend werden die Ursachen dafür – freilich mit unterschiedlicher Akzentuierung – im theoretisch-programmatischen und im praktisch-politischen Bereich gesehen. Dabei scheint einmal der Fluchtpunkt der Argumentationen die Auffassung zu sein, daß die Sozialdemokraten nach dem Zusammenbruch zu keiner situationsadäquaten Programmatik kamen – und nicht zuletzt deshalb ihre Anhänger- und Wählerschaft nicht entscheidend über den traditionellen Stamm hinaus nach „rechts" erweitern konnten –, während ihre praktische Politik im großen und ganzen als die im Rahmen der gegebenen Voraussetzungen offenbar angemessene akzeptiert und lediglich in Teilbereichen kritisiert wird. Andere Kritiker richten dagegen ihr Augenmerk nicht so sehr auf die programmatischen Aussagen, die weitgehend als gerechtfertigt oder selbstverständlich begrüßt werden, sondern auf die angeblich angesichts der nach 1945 gegebenen Situation und der erklärten Ziele unzulänglichen politischen Praxis. Eine dritte Gruppe schließlich hält sowohl das Programm wie auch die Praxis für der „revolutionären Situation" der unmittelbaren Nachkriegszeit unangemessen.
Diese kontroversen Beurteilungen gehen nicht zuletzt auf unterschiedliche Auffassungen darüber zurück, wie groß die Spielräume der deutschen Politik einzuschätzen sind, die angesichts der allenthalben akzeptierten Tatsache blieben, daß die Besatzungsmächte aufgrund ihrer hoheitlichen Gewalt und militärischen Macht den unbestritten stärksten Bestimmungsfaktor für die deutsche Nachkriegsentwicklung bildeten. Vor dem Hintergrund des bisher erreichten Forschungsstandes zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nach 1945, die entsprechend den herkömmlichen Untersuchungsfeldern überwiegend unter dem Aspekt ihrer Erfolge oder Mißerfolge auf gesamtstaatlicher Ebene oder hinsichtlich der von ihr propagierten Ideen und der Rolle ihrer führenden Persönlichkeiten behandelt wurde, fordern die zum Teil überraschend präzise formulierten Feststellungen über Fehler und Versäumnisse nachgerade zur Überprüfung der Voraussetzungen der Kritik heraus. Ehe die mutmaßlichen gesellschaftspolitischen Auswirkungen eines – tatsächlich oder nur angeblich – die Nachkriegssituation verfehlenden theoretisch-programmatischen Konzepts einer näheren Betrachtung unterzogen werden, sollte freilich untersucht werden, warum es der SPD nicht gelang, das von ihr als vorhanden diagnostizierte gesellschaftliche Potential im erforderlichen Ausmaß und nicht nur vorübergehend der eigenen Organisation gegenüber zu verpflichten und damit deren gesellschaftstransformatorische Qualität in dem auch für die Durchsetzung des parlamentarischen Weges zum Sozialismus notwendigen Maße an Gewicht gewinnen zu lassen. Ebenso ist der Frage nachzugehen, ob und welches emanzipatorische Potential für eine gesellschaftliche Neu-

ordnung faktisch zur Verfügung stand und warum es – gegebenenfalls in gemeinsamem Vorgehen mit den Gewerkschaften oder nur von diesen allein – nicht zumindest zur außerparlamentarischen Abstützung des legislativen Weges genutzt wurde. In beiden Fällen ist die Frage gestellt nach den konkreten Bedingungen – sowohl den politischen und gesellschaftlichen als auch den innerparteilichen und innergewerkschaftlichen – sowie nach deren wechselseitigen Abhängigkeiten als Bestimmungsfaktoren der praktischen Politik.

Gerade darüber aber sind gesicherte Kenntnisse in breitem Umfang bisher noch keineswegs gewonnen worden. In der Regel fehlen sogar einfache Darstellungen, die sich auf eine befriedigende Quellenbasis stützen können. Die in den letzten Jahren erschienenen Arbeiten über die Restaurationsphase begnügen sich zu leicht mit globalen Thesen, die meist aus vorangegangenen Publikationen übernommen und nur selten anhand von Quellenmaterial im einzelnen überprüft werden. Ungeprüfte verallgemeinerte Ergebnisse führen jedoch zu Legendenbildungen, häufig aus durchsichtigen aktuellen politischen Gründen. Überdies besteht die Gefahr, daß die Verhältnisse an einzelnen Orten, wozu in verhältnismäßig geringem Umfang Untersuchungen vorliegen, zu „typischen Beispielen" deklariert und damit ungerechtfertigt verallgemeinert werden.

Es ergibt sich daher die Notwendigkeit regionaler und lokaler Forschungen und der methodischen Begründung des repräsentativen Charakters und der Aussagekraft der ausgewählten Beispiele. In Göttingen hat bereits vor einiger Zeit eine Gruppe von Examenskandidaten eine Anzahl von Detailuntersuchungen zu Städten des südniedersächsischen Raums unternommen, deren Ergebnisse zu einigen Teilkomplexen bereits vorliegen. [1] Aus den bereits angedeuteten methodischen Überlegungen hat es sich als erforderlich erwiesen, das Untersuchungsfeld auf das gesamte Niedersachsen auszudehnen. Ein derartiges Forschungsprojekt ist vor einiger Zeit am Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte der Universität Göttingen in enger Zusammenarbeit mit dem Institut für Sozialgeschichte Braunschweig-Bonn in Angriff genommen worden. [2]

Die Arbeiterbewegung in Niedersachsen nach 1945 weist einige besondere Merkmale auf, die bei generalisierenden Beschreibungen beachtet werden müssen, die es aber gleichzeitig ermöglichen, die Interdependenz der Wirkungsfaktoren konkreter aufzuweisen und zu erklären. Anders als bei den bisherigen Forschungen zur Nachkriegsgeschichte der Arbeiterbewegung in regionalem Rahmen, die sich überwiegend auf Industriezentren oder Großstädte wie Berlin und Hamburg beschränken, kann mit Niedersachsen ein Gebiet untersucht werden, dessen Wirtschafts- und Sozialstruktur mit nahezu rein agrarischen Räumen und hochindustrialisierten Zonen viel größere interne Unterschiede aufweist als die Ballungszentren und das somit je nach Region sehr verschiedenartige Bedingungen für die Aktivitäten der politischen Parteien und der Gewerkschaften bietet.

Die ursprüngliche Konzeption des Projekts, wonach sämtliche Organisationen der Arbeiterbewegung berücksichtigt werden sollten, ist insofern bereits modifiziert worden, als die KPD wegen der unzulänglichen Materialgrundlage ausgeschieden werden mußte und die Gewerkschaften aus arbeitsorganisatorischen Gründen einem anderen Bearbeiter übertragen worden sind. Dieser Projektbereich, bei dem für die anstehenden Lokaluntersuchungen an eine bereits abge-

1 Helga Grebing, *Zur Problematik der personellen und programmatischen Kontinuität in den Organisationen der Arbeiterbewegung in Westdeutschland 1945/46*, in: *Herkunft und Mandat*, Stuttgart 1976.

2 Institut für Sozialgeschichte Braunschweig-Bonn. Arbeitsstelle Göttingen für die Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung in Niedersachsen nach 1945. Merkelstr. 3, 3400 Göttingen.

schlossene Dissertation zur Reorganisation der Gewerkschaften auf gesamtniedersächsischer Ebene angeknüpft werden kann,[3] wird zu einem späteren Zeitpunkt ausführlicher vorgestellt werden. Die Untersuchung der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei nach 1945 hat der Verfasser dieses Berichts übernommen.

Dieser Teilbereich des Gesamtprojekts gliedert sich in zwei Arbeitsphasen. Die erste Phase gilt der Sammlung und fachgerechten Erschließung einschlägigen Quellenmaterials. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei gerichtet auf offizielle und private Akten der Organisationen der Arbeiterbewegung und ihrer Funktionäre, auf Briefsammlungen und geschäftliche Korrespondenzen, Nachlässe, Protokolle, Zeitungen, Flugblätter und Broschüren. Diese Sammlungstätigkeit ist unabhängig vom speziellen Forschungsziel des Projekts von besonderer Dringlichkeit, da dieses Material wegen der in der Regel dezentralen und schwierig zu ermittelnden Fundorte von den Staats- und Stadtarchiven nicht erfaßt wird und daher in hohem Maße der Gefahr der Vernichtung ausgesetzt ist. Die bisherigen Erfahrungen hinsichtlich der Sozialdemokratischen Partei haben ergeben, daß die Akten aus den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg nicht selten bei Umzügen der lokalen Büros verloren gegangen sind. In den meisten Fällen erwies sich jedoch, daß derartige Bestände sowie Akten der Fraktionen in den Kommunalparlamenten oder Protokollbücher der verschiedenen Parteigliederungen von den jeweiligen Geschäftsführern oder Sekretären offenbar als ihr Privateigentum betrachtet worden sind und bei ihrem Ausscheiden aus den jeweiligen Ämtern in ihrem Privatbesitz verblieben. Hinsichtlich der Gewerkschaften scheinen die Verhältnisse etwas günstiger, wenngleich nicht grundsätzlich anders gelagert zu sein. Für die KPD ist wegen der ausgedehnten Beschlagnahmeaktionen im Zusammenhang mit dem Verbotsprozeß in den 50er Jahren oder vorsorglicher vorheriger Vernichtung durch die Funktionäre selbst auch in Privatbesitz kaum noch Material anzutreffen. Die nach Lage der Dinge notwendigen ausgedehnten Recherchen nach ehemaligen Funktionsträgern oder gegebenenfalls deren Hinterbliebenen können größtenteils mit den Ermittlungen nach noch lebenden Wissensträgern, die als Befragungspersonen in Betracht kommen, koordiniert werden. Die Aufgabe der Befragung ehemals führender Vertreter der Organisationen ist insofern nach Möglichkeit mit Vorrang zu erledigen, als die Betreffenden zumeist schon in hohem Lebensalter stehen und ihr baldiger Tod befürchtet werden muß. In methodischer Hinsicht dienen die Befragungen dazu, das schriftliche Material zu kontrollieren und zu ergänzen und damit Wissenslücken zu schließen, die dadurch entstanden sind, daß nach 1945 weniger schriftliche Berichte als in normalen Zeiten zustande kamen. Unentbehrliche Ergänzungen liefern ferner die Aktenbestände städtischer und kommunaler Behörden, soweit sie bereits jetzt der Forschung zugänglich gemacht werden.

Die zweite Arbeitsphase des Projekts ist für das eigentliche Forschungsvorhaben vorgesehen, mit dem der Versuch eines Strukturvergleichs zwischen ländlichen und städtischen Regionen, zwischen traditionell und weniger traditionell bestimmten Gebieten der Arbeiterbewegung in Niedersachsen unternommen werden soll. Zunächst wird es dabei darum gehen, einige Schwerpunktbereiche eingehend zu untersuchen wie Zeitpunkt und Umstände der Wieder- bzw. Neugründung 1945, Probleme der personellen und programmatischen Kontinuität, die Entwicklung der Organisationen, ihre Mitgliederbewegung und -strukturen, ihre Finanzierung, Statuten, Programme und strategischen Konzeptionen, die Rolle der Arbeitsgemeinschaften sowie das Verhältnis der lokalen und regionalen Teilorganisationen zueinander und zu den jeweiligen Landes- und Bundesorganisationen. Im weiteren Verlauf der Untersuchungen soll

3 Franz Hartmann, *Entstehung und Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Niedersachsen nach dem 2. Weltkrieg*, Phil. Diss., Göttingen 1976.

eine theorieorientierte Interpretation der partei- und verbandsinternen Meinungs- und Willensbildungsprozesse und der Funktionen der Organisationen geleistet werden. Im Zusammenhang derartiger Erklärungsversuche ständen beispielsweise Aussagen über die Wirkungsmöglichkeiten von Verbänden unter den spezifischen sozioökonomischen Bedingungen der Nachkriegszeit, aber auch über die Rolle einzelner Persönlichkeiten oder die Bedeutung des Moments der Tradition für politische Grundsatzentscheidungen.
Welche Teilregionen Niedersachsens in das angesichts der räumlichen Ausdehnung dieses Landes notwendigerweise wieder weiter einzugrenzende engere Bearbeitungsfeld tatsächlich aufgenommen werden, ist wegen der im einzelnen noch nicht abgeschlossenen Klärung der Materiallage nicht endgültig entschieden. Einige Bereiche im eher ländlich strukturierten nördlichen Niedersachsen sowie im stärker industrialisierten Süden des Landes haben sich jedoch als Schwerpunktgebiete bereits herausgestellt.
Zur notwendigen Eingrenzung des vom Projekt zu erfassenden Zeitraums bietet sich kein unbedingt zwingendes Datum an, doch scheint das Jahr 1953 einen gewissen Einschnitt zu bilden. Spätestens für diesen Zeitpunkt ist festzustellen, daß die Auseinandersetzungen um die Gestalt der westdeutschen Gesellschaft zu einem vorläufigen Ende gekommen sind. Um insbesondere Fragen der Kontinuität sicherer beantworten zu können, wird häufig – soweit es die Materialsituation zuläßt – auf die Zeit der Weimarer Republik und auf die Widerstandstätigkeit während des „Dritten Reiches" zurückzugreifen sein. Der Abschluß des die Ergebnisse des Projekts zusammenfassenden Manuskripts ist für Mitte 1978 vorgesehen.

DIE 12. INTERNATIONALE TAGUNG DER HISTORIKER DER ARBEITERBEWEGUNG IN LINZ VOM 14. – 18. SEPTEMBER 1976: DAS VERHÄLTNIS ZWISCHEN PARTEI UND GEWERKSCHAFTEN VOR 1917 METHODOLOGISCHE PROBLEME DER GESCHICHTSSCHREIBUNG DER GEWERKSCHAFTEN BIS 1917

Von Dirk H. Müller

Auf der 12. Linzer Tagung lagen den 130 Teilnehmern aus 22 Ländern 29 Referate vor, die fast 500 Seiten füllten.* Für jedes der beiden Themen waren vier Hauptreferenten vorgesehen, deren Ausführungen im Mittelpunkt der Diskussion standen. Zu Beginn referierte Irena KOBERDOWA (Warschau) über die **Beziehungen zwischen den politischen Arbeiterparteien und den Gewerkschaften zur Zeit der Zweiten Internationale**: Gegen das lassalleanische Primat der Politik und gegen den proudhonistischen Ökonomismus setzte sich in der Ersten Internationale nach langen Kämpfen die marxistische Anschauung vom Verhältnis zwischen ökonomischen und politischen Kämpfen, vom Verhältnis zwischen ökonomischen und politischen Organisationen durch. In ihrer Konstituierungsphase drohte der Zweiten Internationale die rückständige Spaltung in eine internationale politische und in eine internationale gewerkschaftliche Organisation. Schließlich jedoch delegierten politische Parteien wie Gewerkschaften ihre Vertreter zum ersten Kongreß der Zweiten Internationale. Eine einheitliche Strategie und Taktik konnte jedoch nur sehr allgemein formuliert werden, sie zerfiel immer wieder und entsprechende Resolutionen erfuhren die unterschiedlichsten Interpretationen. (In der anarchistischen internationalen Bewegung lassen sich ähnliche Widersprüche beobachten.)

* Die vollständige Liste der Referate folgt am Ende dieses Berichtes.

In „Was tun?" legte Lenin 1902 sein Konzept des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaften umfassend dar: Wird die sozialistische Perspektive aus den ökonomischen Kämpfen ausgeklammert, so führen sie notwendig zur Integration der Arbeiterbewegung in den Kapitalismus und zur Übernahme der bürgerlichen Ideologien durch die Arbeiterklasse, wie etwa dem Trade-Unionismus. Sozialistisches Bewußtsein kann sich nur außerhalb der ökonomischen Konflikte entwickeln und muß von außen, d.h. von der Partei her an die Arbeiterklasse herangetragen werden. Die Gewerkschaften sind der Transmissionsriemen zwischen der Partei und der Arbeiterklasse. Als Massenorganisationen müssen sie einen legalen Status anstreben. Im imperialistischen Stadium des Kapitalismus verstärkte sich einerseits die trade-unionistische und syndikalistische, andererseits die revolutionäre Strömung innerhalb der Arbeiterbewegung. In Deutschland setzten sich die trade-unionistischen Gewerkschaften gegen die Partei durch, in der bereits starke opportunistische Bastionen bestanden. Die Partei verlor dabei ihre führende Rolle im Klassenkampf.

In seinem Referat **Auf dem Weg nach Mannheim. Zum Verhältnis von Sozialdemokratischer Partei Deutschlands und freien Gewerkschaften zu Beginn der Epoche des Imperialismus** zeigte Dieter FRICKE (Jena), wie die deutschen Gewerkschaften ihre zahlenmäßige Überlegenheit, die sie durch ihr umfangreiches Unterstützungswesen, das auch weniger klassenbewußte Arbeiter anzog, erreicht hatten, in der Neutralitätsdebatte ausnutzten, um mit Hilfe der opportunistischen Strömung innerhalb der Partei die führende Rolle in der Arbeiterbewegung zu erlangen. Es habe jedoch wenig Sinn, pauschalisierend von „der" Gewerkschaft und von „der" Partei zu sprechen. Der Opportunismus der deutschen Arbeiterbewegung wurde vor allem durch die Gewerkschaftsbürokraten der oberen Organisationsebenen vertreten, während die Funktionäre der mittleren und unteren Ebenen, wie die oftmals spontanen ökonomischen Kämpfe selbst, klassenkämpferisch waren. Rosa Luxemburg hat diesen für das imperialistische Stadium typischen Widerspruch analysiert, während das marxistische Zentrum der Partei auf den revolutionären Positionen der vormonopolistischen Epoche verharrte und so allmählich in eine zunächst ideologische dann auch politische Daueroffensive gedrängt wurde.

Fritz KLENNER (Wien) verglich in seinem Beitrag über die **Parteien und Gewerkschaften bis zum Ersten Weltkrieg** zunächst ausführlich die Entstehungsgeschichte der englischen, deutschen und österreichischen Arbeiterbewegung. Diese ähnelt anfangs – abgesehen von den spezifischen Problemen im Vielvölkerstaat – der deutschen, reproduzierte jedoch nicht ihr Konkurrenzverhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft, das die Entfaltungsmöglichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung teilweise stark behinderte. Wiewohl parteipolitisch neutral, begriffen sich die österreichischen Gewerkschaften keineswegs als unpolitisch, auch machte die Partei niemals den Versuch, die Gewerkschaften für bestimmte taktische Wendungen zu funktionalisieren.

Das Referat von Grant ADIBEKOV und Iwan LUNJOV (beide Moskau) über die **Arbeiterparteien und die Gewerkschaften vor 1917** galt dem Nachweis der Allgemeingültigkeit und des Modellcharakters der marxistischen Gewerkschaftskonzeption wie sie Lenin in Rußland erfolgreich anwandte: Die Arbeiterklasse braucht die Partei, „um an die allgemeine, soziale und politische Bewegung herangeführt zu werden." Die Partei ist die „höchste Form der Klassenvereinigung", die die Gewerkschaften aus ihrer „zünftlerischen Beschränktheit" und „politischen Indifferenz" herausführt. Im vormonopolistischen Stadium des Kapitalismus gab es drei unterschiedliche Gewerkschaftstypen, den trade-unionistischen Englands und der USA, den anarcho-syndikalistischen Frankreichs, Italiens und Spaniens und den sozialdemokratischen Deutschlands und Österreichs, die im imperialistischen Stadium durch den sozialchauvinistischen, den zentristischen und den revolutionär-internationalistischen abgelöst wurden.

Henryk SKRZYPCZAK (Berlin-West) eröffnete die **Diskussion** mit einem pointierten Beitrag, den er dem Motto „Man muß die Tatsachen kennen, bevor man sie verdrehen kann" (Mark Twain) widmete, und der „insbesondere Fug wie Unfug sozialistischer Klassikerzitate behandelt[e]". Er warf den Kollegen, die dem Marxismus verpflichtet seien, vor, das Studium der Bewegung der realen Widersprüche durch das Studium der Theoretiker des Marxismus und des Marxismus-Leninismus zu ersetzen.

Zwei unterschiedliche Fragestellungen standen im Mittelpunkt der weiteren Diskussion: das Problem der Typisierung des historischen Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaften im vorgegebenen Zeitraum zum einen, die über den Zeitraum hinausweisende Frage der widersprüchlichen Entwicklung der politischen wie ökonomischen Befreiung der Arbeiterklasse zum anderen.

Hans MOMMSEN (Bochum) und Georges HAUPT (Paris) bemängelten, daß die Referate, die das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft in den verschiedenen europäischen Ländern behandelten, in ihren Fragestellungen sich zu stark an das „deutsche Modell" angelehnt hätten. Aus den Referaten sei hingegen zu entnehmen, daß es in der Zweiten Internationale organisatorisch wie ideologisch jede denkbare Konstellation im Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften gegeben hat und – von Rußland abgesehen – keine jedoch die je spezifisch-nationale Form des Reformismus verhindern konnte. Diese Erkenntnis verweise den Historiker an die Erforschung der Geschichte der Entwicklung des Kapitalismus in den einzelnen Ländern als Ausgangspunkt für die Arbeiterbewegung zurück. Georges Haupt und Klaus TENFELDE (München) nannten in diesem Zusammenhang eine Reihe von Desideraten und methodischen Problemen. Für Jozef KOWALSKI (Warschau) hat das Problem des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaften nicht nur historische Dimension und ist nicht auf die vor-sozialistischen Gesellschaften beschränkt. Nicht nur bei den Syndikalisten, sondern auch bei Marx, Bebel und in den Beschlüssen des 10. Parteitages der KPdSU (1919) sind die Gewerkschaften die Basisorganisationen der sozialistischen Ökonomie. Diese Funktion können sie nur mit der Partei gemeinsam erfüllen. Aber das Bild von der Gewerkschaft als dem Transmissionsriemen zwischen der Partei und der Arbeiterklasse verfälsche die Dialektik von ökonomischer und politischer Befreiung der Arbeiterklasse. Gian Mario BRAVO (Turin) und Janós JEMNITZ (Budapest) zeigten, daß auf dieser Ebene die Problemstellung auch organisatorische Konsequenzen habe und als Frage des Verhältnisses zwischen Avantgarde und Räten zu formulieren sei.

Mit dem Referat von Michael SCHNEIDER (Bonn-Bad Godesberg) über **Methodologische Probleme der Gewerkschaftsgeschichtsschreibung (bis 1917)** begann der zweite Teil der Linzer Tagung. Schneider will die Gewerkschaftsgeschichtsschreibung keineswegs als eigenständigen Wissenschaftszweig verstanden wissen, sie ist nach seinem Verständnis vielmehr Teil der kritischen Sozialwissenschaft mit – in Anlehnung an Wehler – emanzipatorischem Erkenntnisinteresse. Sie scheut keine methodischen Anleihen beim Historismus wie beim Marxismus, muß sich jedoch dabei stehts der Gefahr bewußt sein, in Eklektizismus abzugleiten. Ihr gegenwartsbezogenes,emanzipatorisches Erkenntnisinteresse und ihre Anleihen bei der Marxschen Methode brächten die Gewerkschaftsgeschichtsschreibung keinesfalls in die Nähe der „Parteilichkeit für die Arbeiterklasse" oder anderer Legitimationsinteressen. In der bisherigen Literatur zur Geschichte der Gewerkschaften sei das Problem der ökonomischen Entwicklung insbesondere der Konjunkturen und ihre Auswirkungen auf Gewerkschaften und (Arbeiter-)Parteien unbefriedigend gelöst. Die Geschichte der Gewerkschaften und ihr Verhältnis zu (Arbeiter-)Parteien sei nicht allein von der Entwicklung des Spannungsfeldes von Wirtschaft und Staat zu er-

klären. Ebenso müssen nationale Besonderheiten, sozio-kulturelle, demographische und regionale Faktoren berücksichtigt werden, wie der Referent an Beispielen aus internationalen Vergleichen erläuterte.

In seinem Beitrag **A contribution to the scientific study of the history of trade-unions** untersuchte Theo van TIJN (Amsterdam) „welche Faktoren den Erfolg einer Gewerkschaft in einem bestimmten Industriezweig" determinieren. Er verglich drei niederländische Gewerkschaften verschiedener Branchen, die der Diamantenschleifer, die der Drucker und die Gewerkschaft in der baumwollverarbeitenden Industrie in ihrer jeweils „klassischen Phase", d.h. vor der Verabschiedung des „Collective Arbeids-Overeenkomst" (CAO) für ihren Bereich. Van Tijn kommt zu dem Ergebnis, daß der erfolgreiche Kampf dieser verschiedenen Gewerkschaften von der Kombination von 24 Faktoren abhängig ist, die insgesamt in vier Gruppen und vier Untergruppen zu unterteilen sind: die der ökonomischen Faktoren, die der sozio-strukturellen, der sozio-psychologischen und die der staatlich-juristischen Faktoren.

Gerhard BEIER (Frankfurt/M.) skizzierte die **Grundzüge einer Theorie der gewerkschaftlichen Entwicklung**, die bisher vor allem deswegen fehlte, weil das Reflexionsniveau der deutschen Gewerkschaftsführer von dem Defizit ihres begrifflichen Denkens bestimmt wurde, wissenschaftliche Darstellungen vor der Schwierigkeit stehen, von „außen" zu kommen und ausschließlich für „außen" bestimmt zu sein, und die oft die Angst vor der Kleinarbeit, vor der Masse des Materials kaschieren, indem sie sich auf eine abgehobene Reflektionsstufe begeben. Im Mittelpunkt einer Theorie der gewerkschaftlichen Entwicklung müßte nach Beier der Begriff der Autonomie stehen, der – entgegen der leninistischen Tradition – bereits bei Marx angelegt ist und der die historische wie aktuelle Rolle der Gewerkschaften als Ordnungsfaktor und Gegenmacht umfaßt. Der Autonomisierungsprozeß der Gewerkschaften, der dem von Marx geschilderten Prozeß der Entwicklung der Arbeiterklasse von der Klasse an sich zur Klasse für sich entspricht und im Widerspruch zu den Thesen Lenins steht, das sozialistische Bewußtsein müsse von außen an die Gewerkschaften herangetragen werden, hat nicht klassenspezifische, sondern gesamtgesellschaftliche Qualität.

Seppo HENTILÄ, Pauli KETTUNEN und Jussi TURTOLA (alle Helsinki) beschrieben in ihrem Referat **Das Verhältnis von Arbeiterparteien und Gewerkschaftsbewegung als methodisches Problem** die objektiven Bedingungen des Wandels der Organisationen der Arbeiterbewegung von der Avantgarde zum Ordnungsfaktor. Der Kampf der Arbeiterbewegung um Reformen war nicht nur ein wichtiger Faktor im Prozeß der Vergesellschaftung der Produktion, er bewirkte auch die zunehmende Vergesellschaftung der Reproduktion der Arbeitskraft als Vorbedingung kollektiver Arbeitsverträge, die später ohne direkte Intervention der Massen abgeschlossen wurden. Die Organisationen der Arbeiter verselbständigten sich, mußten aber weiterhin Garant dafür sein, daß nicht in jedem Streik die Hydra der Revolution lauere, wie umgekehrt ihre Rolle als Ordnungsfaktor nur dann dauerhaft anerkannt wird, wenn eben jene Drohung nicht vollständig irreal ist.

Die **Diskussion** eröffnete Wolfgang ABENDROTH (Frankfurt/M.). Ausgehend vom Marxschen Diktum, die herrschenden Ideen sind immer die Ideen der Herrschenden, zeigte er an einer Reihe von Beispielen, wie sich emanzipatorische Ideen zunächst immer in der vorgegebenen Bahn bewegen. Die Emanzipation des Bewußtseins hat mitunter ein anderes Tempo als die Entwicklung der realen Widersprüche. Die bürgerlichen Wissenschaftler spielen die einzelnen Elemente dieser ungleichzeitigen Entwicklung gegeneinander aus. Es käme jedoch gerade darauf an, den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang historisch wie aktuell, theoretisch wie praktisch herzustellen, wobei allein die Anwendung der Marxschen Methode er-

folgversprechend sei. Das emanzipatorische Engagement des Historikers ergäbe sich aus der Krisenanfälligkeit des organisierten Kapitalismus.

Helga GREBING (Göttingen) warnte davor, aus der methodologischen Schwäche der Geschichtsschreibung die Tugend der unkritischen Übernahme sozialwissenschaftlicher oder marxistischer Methoden zu machen und dabei deren notwendige methodologische Aporien zu verdrängen, denn: Realität ist immer nur begrenzter, nie totaler Erkenntnis zugänglich. Das hat keine technischen, also methodischen Gründe, sondern liegt an den erkenntnistheoretischen Prämissen, an der gesellschaftlichen Vermitteltheit von Erkenntnissen und dem vorgegebenen Erkenntnisinteresse.

Franco ANDREUCCI (Rom) wies auf die komparatistischen Aspekte der Methodendiskussion hin, die bisher einer starren Typologie zum Opfer gefallen sind: Die oberflächlichen Polemiken gegen den Marxismus-Leninismus und den Syndikalismus werden der originellen Entwicklung der italienischen Arbeiterbewegung nicht gerecht, in der der vielversprechende Versuch der Synthetisierung Marxscher Ökonomie und syndikalistischer Organisation wie Taktik unternommen wurde. Nach Dieter Fricke wurde der feine aber grundsätzliche Unterschied zwischen methodischen und methodologischen Problemen nicht immer berücksichtigt; nur so sei erklärbar, daß in einigen Beiträgen Methodologie ohne Fakten, bzw. in Teilfragen aufgelöst diskutiert wurde. Für ihn existiere das Problem Determinismus-Indeterminismus deshalb nicht, weil er nicht der Meinung sei, es habe eine Geschichte der Arbeiterbewegung gegeben, gäbe aber keine mehr. Das Problem des gesetzmäßigen Verlaufs der Geschichte der Arbeiterbewegung sei keine Frage nach Invarianten, sondern die Frage, welche Variante sich durchsetzen soll. Von dieser Position her seien für ihn Werturteile legitimierbar.

Die nächste Linzer Tagung findet vom 20. - 24. September 1977 statt, als Themen wurden gewählt: **1. Arbeiterbewegung, koloniale Frage und Befreiungsbewegung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges; 2. Arbeiterbildung unter den Bedingungen des Kapitalismus.** Für 1978 wurde ein Thema zur Rolle der Frau in der Arbeiterbewegung in Aussicht genommen.

Referate der 12. Linzer Konferenz

Grant Adibekov und Iwan Lunjov, *Die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften vor 1917;*
Emilia Balanica, *Partei und Gewerkschaft in Rumänien bis zum Ersten Weltkrieg;*
Gerhard Beier, *Grundzüge einer Theorie der gewerkschaftlichen Entwicklung, Autonomie, Funktion, Struktur und Aktion;*
Svein Damslora, *Das Verhältnis zwischen der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeiterbewegung in Norwegen bis 1918;*
Frank Deppe, *Elemente eines theoretischen Bezugsrahmens zur Analyse der Gewerkschaftsgeschichte – unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung vor 1917;*
Daisy Devreese, *Gewerkschaften, politische Aktion und politische Partei in Belgien bis ca. 1920;*
Dieter Fricke, *Auf dem Weg nach Mannheim. Zum Verhältnis von Sozialdemokratischer Partei Deutschlands und freien Gewerkschaften zu Beginn der Epoche des Imperialismus;*
Georg Fülberth, *Probleme des Verhältnisses von Gewerkschaften und Partei der Arbeiterklasse in der Theorie von Marx und Engels sowie in deren Anwendung auf die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bis 1917;*
Seppo Hentilä, Pauli Kettunen, Jussi Turtola, *Das Verhältnis zwischen Arbeiterpartei und Gewerkschaftsbewegung als methodisches Problem;*

Leopold Hornik, *Das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft im Lichte der Beschlüsse der Internationale und am Beispiel der österreichischen Arbeiterbewegung;*

Ladislav Hubenak, *Die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften in der Slowakei bis zum Jahre 1917;*

Janós Jemnitz, *Einige Bemerkungen – im Zusammenhang mit den vorliegenden Referaten – zur internationalen Gewerkschaftsbewegung zur Zeit des Ersten Weltkrieges;*

Ernö Kabos, *The Links between the Social Democratic Party of Hungary and the Trade Unions from 1890 to 1914. This is a study from the volume entitled „Studies on the History of the Hungarian Trade Union Movement";* Budapest: Akademiai Kiado;

David Gordon Kirby, *The Finnish Social Democratic Party and the question of trade union organization before 1917: and outline;*

Fritz Klenner, *Parteien und Gewerkschaften bis zum Ersten Weltkrieg;*

Irena Koberdowa, *Die Beziehungen zwischen den politischen Arbeiterparteien und den Gewerkschaften zur Zeit der Zweiten Internationale;*

Kazuo Kumagai, *Partei und Gewerkschaft in Japan bis 1917;*

Hans-Norbert Lahme, *Zum Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften vor dem Ersten Weltkrieg in Dänemark;*

Peretz Merchav, *Partei und Gewerkschaft in Israel 1905-1920;*

Dirk H. Müller, *Das Verhältnis zwischen der SPD und der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften";*

Bernhard von Mutius, *„Sisyphusarbeit". Partei und Gewerkschaften bei Rosa Luxemburg;*

Sarao Nedim, *Die Beziehungen zwischen den Sozialdemokratischen Parteien und den Gewerkschaften in den jugoslawischen Ländern bis zum Jahr 1917;*

Michael Schneider, *Methodologische Probleme der Gewerkschaftsgeschichtsschreibung bis 1917;*

Wolfgang Schröder, *Zum Wechselverhältnis von Partei und Gewerkschaften im Parteibildungsprozeß 1869;*

Jan Stanek, *Die tschechische Arbeiterklasse und die nationale Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in Österreich;*

Theo van Tijn, *A contribution to the scientific study of the history of trade union.* Offprint from International Review of Social History, Vol. XXI (1976). Part 2;

Rafael de la Vega, *Die Entwicklung der spanischen Arbeiterbewegung zwischen 1868 und 1920;*

Heinz Wohlgemuth, *Zu einigen Fragen des Verhältnisses von Partei und Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg.*

STREIKBEDINGUNGEN UND STREIKENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND 1860-1933

Von Heinrich Volkmann

Die Arbeitsgruppe „Historische Modernisierungsforschung" am Zentralinstitut für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin * hat am 22. und 23. Oktober 1976 ihren zweiten Workshop veranstaltet. Thema war das Streikverhalten deutscher Arbeiter bzw. ihrer Organisationen in der Zeit von 1860-1933. Im Mittelpunkt der Arbeitstagung stand der Versuch, die Reaktion der Arbeiter auf den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturwandel im Industrialisierungs- und Modernisierungsprozeß zu analysieren, insbesondere die Auswirkungen auf Form, Austragweise und Ergebnisse des Arbeitskonflikts. Die finanzielle Förderung des Forschungsvorhabens durch die Freie Universität ermöglichte es, mehrere auswärtige Sozialhistoriker einzuladen und so den Kontakt zwischen verschiedenen Schwerpunkten der Streikforschung in der Bundesrepublik herzustellen, bzw. zu vertiefen.
Ulrich ENGELHARDT (Heidelberg) referierte über das Streikverhalten gewerblich-industrieller Arbeiter in der Konstituierungsphase der deutschen Gewerkschaftsbewegung und konnte auf Grund eigener Erhebungen aus der Arbeiterpresse für die Jahre 1865-1870 zunehmende Rationalisierungsbemühungen und -erfolge auch quantitativ belegen. Dem Übergang von traditionellen zu modernen Artikulationsformen galt auch der Beitrag von Klaus TENFELDE (München). Er behandelte die Wechselwirkungen zwischen Verbandsbildung und Arbeitskampf am Beispiel der preußischen Bergarbeiter im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts und betonte vor allem den Einfluß der bergbaulichen Wirtschafts- und Sozialverfassung auf das Konfliktverhalten. Dieter GROH (Konstanz) setzte sich für das späte Kaiserreich mit dem Konzept des „Organisierten Kapitalismus" im Bereich der Arbeitsbeziehungen auseinander und wies darauf hin, daß die Domestizierung des Konflikts durch Organisation und erfolgreiche Lohnkämpfe allenfalls bis kurz nach der Jahrhundertwende zu belegen sei. Spätestens ab 1905 führe die Konzentration und Rationalisierung der Wirtschaft zu verschärften Spannungen und zunehmenden Defensiv-Streiks gegen die Intensivierung der Arbeit und stagnierende oder sinkende Reallöhne. Die Rückwendung des Streiks zum Protest, seine Ablösung von den Gewerkschaften und Ausweitung auf neue Trägerschichten war dann das Thema der Referate von Werner BERG (Bielefeld) und Friedhelm BOLL (Bonn-Bad Godesberg) über die Entwicklung im Ersten Weltkrieg. Im abschließenden Beitrag über die Einwirkung von Rationalisierung und struktureller Arbeitslosigkeit auf das Organisations- und Streikverhalten von Bergarbeitern in der Weimarer Republik gelang Eva Cornelia SCHÖCK (Bremen) ein überzeugendes Beispiel für die Anwendung ökonomischer Fragestellungen auf die Geschichte der Arbeiterbewegung.
Mitglieder der Arbeitsgruppe, die im Rahmen der Modernisierungsthematik die Schwerpunkte historische Urbanisierungs-, Mobilitäts-, Wahl- und Konfliktforschung bearbeiten, sind Jürgen BERGMANN, Jürgen BROCKSTEDT, Hartmut KAELBLE, Horst MATZERATH, Hermann RUPIEPER, Heinrich VOLKMANN und Peter STEINBACH. Erste Ergebnisse werden 1977 in einem Sammelband „Zur Sozialgeschichte der Modernisierung in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert" veröffentlicht werden.

* Adresse: Hittorfstr. 2-4, 1 Berlin 33, Tel.: 030 / 8 38 36 20

QUELLEN ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG IM GENERALLANDESARCHIV KARLSRUHE *, 2. Teil **

Von Reinhold Rupp

III. REGIONALBEHÖRDEN

1. Polizeipräsidium Karlsruhe Abt. 330

Gewerbe

Zug. 1941/34 Fasz. 8 — Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in gewerblichen Betrieben 1892-1917

Polizei

Zug. 1941/34 Fasz. 55 — Abhaltung öffentlicher Versammlungen 1890-1906

Zug. 1941/34 Fasz. 58 — Verzeichnisse von beschlagnahmten sozialdemokratischen und anarchistischen Druckschriften 1890-1918

Zug. 1941/34 Fasz. 47 — Das Tragen von roten Fahnen 1913

Zug. 1941/34 Fasz. 57 — Beschlagnahme von Druckschriften 1914-1922

Spezialia Karlsruhe

Zug. 1941/34 Fasz. 224 — Sozialdemokratische Mai- und Gedenkfeiern sowie das Tragen roter Fahnen 1891-1917

Findmittel: Ablieferungsverzeichnis

2. Polizeipräsidium Mannheim Abt. 331

Vereine

Zug. 1942/20 Fasz. 12-12a — Die sozialdemokratische Bewegung in Mannheim und Umgebung 1883-1903

Zug. 1942/20 Fasz. 13 — Abhaltung sozialdemokratischer Versammlungen 1897-1908

Zug. 1942/20 Fasz. 14 — Der sozialdemokratische Parteitag in Lübeck 1902

Zug. 1942/20 Fasz. 11 — Der sozialdemokratische Parteitag in Nürnberg 1908

Findmittel: Ablieferungsverzeichnis

2. Polizeipräsidium Mannheim Abt. 331

Vereine

Zug. 1942/20 Fasz. 12-12a — Die sozialdemokratische Bewegung in Mannheim und Umgebung 1883-1903

Zug. 1942/20 Fasz. 13 — Abhaltung sozialdemokratischer Versammlungen 1897-1908

Zug. 1942/20 Fasz. 14 — Der sozialdemokratische Parteitag in Lübeck 1902

Zug. 1942/20 Fasz. 11 — Der sozialdemokratische Parteitag in Nürnberg 1908

Findmittel: Ablieferungsverzeichnis

3. Polizeidirektion Baden-Baden Abt. 332

Sicherheitspolizei

Zug. 1928/45 Fasz. 5 — Die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie 1878-1887

Zug. 1928/45 Fasz. 7 — Sozialdemokratische Bewegung in Baden-Baden 1878-1891

Zug. 1928/45 Fasz. 6 — Verbreitung sozialdemokratischer Druckschriften 1879-1890

Zug. 1928/45 Fasz. 8 — Verzeichnisse der im Zusammenhang mit dem Sozialistengesetz ausgewiesenen Personen 1879-1890

Zug. 1928/45 Fasz. 9 — Verbreitung sozialdemokratischer Druckschriften im Amtsbezirk Baden 1880-1890

Zug. 1928/45 Fasz. 1 — Das Treiben der Anarchisten 1880-1898

Zug. 1928/45 Fasz. 2 — Desgl. 1898-1914

Zug. 1928/45 Fasz. 11 — Aufenthalt einzelner Sozialdemokraten im Amtsbezirk Baden 1881-1890

Zug. 1928/45 Fasz. 12 — Auf Grund des Sozialistengesetzes verbotene Druckschriften 1882-1884

Zug. 1928/45 Fasz. 13 — Redaktion der Zeitung „Deutsch Land" und der Redakteur Wilhelm Flürscheim 1887-1890

* 75 Karlsruhe 1, Nördliche Hildapromenade 2.

** Teil 1 wurde in: *IWK*, Jg. 12 (1976), H. 4, S. 486-506, publiziert.

Zug. 1928/45 Fasz. 15	Der Apotheker Theodor Lutz in Baden-Baden 1887-1890
Zug. 1928/45 Fasz. 16	Dr. med. Lazar Wischnewsky aus Tagnersy (Rußland) 1888-1891
Zug. 1928/45 Fasz. 14	Verbreitung sozialdemokratischer Druckschriften durch Balthasar Anton Lutz aus Forst 1889
Zug. 1928/45 Fasz. 10	Sozialdemokratischer Arbeiterwahlverein in Baden-Baden und Umgebung 1889-1891
Zug. 1928/45 Fasz. 4	Überwachung der Sozialdemokratie 1890-1913
Zug. 1928/45 Fasz. 17	Überwachung sozialdemokratischer Versammlungen 1891-1906
Zug. 1928/45 Fasz. 3	Der Anarchist Franz Josef Karl Lux 1894
Zug. 1936/2 Fasz. 393	Das Sozialistengesetz und dessen Vollzugsvorschriften 1878-1890
	Presse und Druckschriften
Zug. 1928/45 Fasz. 18	Beschlagnahme von Druckschriften 1896-1897
	Gewerbe und Handel
Zug. 1936/2 Fasz. 35	Verzeichnisse der beschlagnahmten sozialdemokratischen und anarchistischen Druckschriften 1890
Zug. 1936/2 Fasz. 7	Erhebungen über die wirtschaftliche Lage des Bauern-, Handwerker- und Arbeiterstandes 1896
Zug. 1936/2 Fasz. 1	Arbeitseinstellungen und Streiks 1899
Zug. 1936/2 Fasz. 10	Erwerbslosenfürsorge 1916-1922
Zug. 1936/2 Fasz. 18	Die politischen Zustände im März 1920 (Kapp-Putsch) 1920
Zug. 1936/2 Fasz. 30	Demonstrationsversammlung des freien Gewerkschaftskartells und des Vollzugsrats der Betriebsräte Baden-Baden 1921
Zug. 1936/2 Fasz. 33	Kommunistischer Ortsjugendtag 1926
Zug. 1936/2 Fasz. 34	Sozialistischer Arbeiterpfingsttag 1926
Zug. 1936/2 Fasz. 32	Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Baden-Baden 1927

Findmittel: Ablieferungsverzeichnis

4. Polizeidirektion Freiburg Abt. 333

	Vereine und Versammlungen
Zug. 1940/12 Fasz. 71	Öffentliche Kundgebungen, Arbeiterfeiertag 1892

Findmittel: Ablieferungsverzeichnis

5. Polizeidirektion Heidelberg Abt. 334

	Militär- u. Kriegssachen
Zug. 1942/334 Rubr. XIX	Errichtung von Bürger-, Volks- und Einwohnerwehren 1918
	Polizei
Zug. 1942/334 Rubr. XXII,3	Die Kosten der Volkswehren 1918
Zug. 1942/334 Rubr. XXII,3	Die Kosten der Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte 1918
	Reichsverfassung und Reichssachen
Zug. 1942/334 Rubr. XXVII,1	Beisetzung des Reichspräsidenten Friedrich Ebert 1925

Findmittel: Ablieferungsverzeichnis

6. Polizeidirektion Pforzheim Abt. 335

	Gewerbe und Handel
Zug. 1942/41 Fasz. 1	Arbeitseinstellungen 1922-1933
Zug. 1942/41 Fasz. 2	Desgl. (Einzelfälle) 1925-1932
	Polizei
Zug. 1942/41 Fasz. 5	Die Volkswehr Pforzheim 1918-1921

Zug. 1942/41 Fasz. 3 Errichtung einer Einwohnerwehr 1919-1921
Zug. 1942/41 Fasz. 4 Aufstellung eines Stadtschutzes 1920
Zug. 1942/41 Fasz. 6 Die Entwaffnung der Bevölkerung 1920-1923

Findmittel: Ablieferungsverzeichnis

7. Bezirksamt Baden
Abt. 339

945 Gründung politischer Vereine, u.a. der Arbeitervereine, und deren Aufhebung 1849-1854

Findmittel: Kartei

8. Bezirksamt Bonndorf
Abt. 340

Zug. 1898/13 Fasz. 266 Politische Umtriebe der deutschen Handwerksgesellen, der deutschen Arbeitervereine und der politischen Flüchtlinge in der Schweiz 1834-1850
Zug. 1898/13 Fasz. 267 Desgl. 1851-1857
Zug. 1898/13 Fasz. 268 Desgl. 1858-1860
Zug. 1898/13 Fasz. 271 Die politischen Zustände 1848-1861

Findmittel: Ablieferungsverzeichnis

9. Bezirksamt Breisach
Abt. 342

15 Wirtschaftliche Lage des Bauern-, Arbeiter- und Handwerkerstandes; Arbeitslosigkeit 1901-1923
298 Arbeiter- und Soldatenrat, Volks- und Bauernrat 1918-1921

Findmittel: Repertorium

10. Bezirksamt Bruchsal
Abt. 344

2353 Anhänger der sozialdemokratischen Partei unter den zum Militärdienst ausgehobenen Mannschaften 1887-1910
2355 Verfolgung landesverräterischer Bestrebungen 1891-1914
2352 Antimilitärische Agitation 1910
2357 Verbreitung antimilitärischer Flugblätter 1911

Findmittel: Kartei

11. Bezirksamt Buchen
Abt. 345

Zug. 1956/37 Fasz. 560 Sozialistengesetz 1878-1918
Zug. 1956/37 Fasz. 564 Überwachung der Anarchisten 1898-1913
Zug. 1956/37 Fasz. 566 Beschäftigung ausländischer Arbeiter und deren Inlandslegitimation 1898-1927
Zug. 1956/37 Fasz. 599 Einwohnerwehren 1919-1920
Zug. 1956/37 Fasz. 600 Maßnahmen gegen kommunistische Umtriebe 1919-1923
Zug. 1956/37 Fasz. 627 Berichte über Versammlungen der Nationalsozialisten und Kommunisten an das Innenministerium 1932
Zug. 1956/37 Fasz. 628-631 Maßnahmen gegen politische Ausschreitungen 1932-1936
Zug. 1956/37 Fasz. 608 Geheime Staatspolizei; allgemeine Mitteilungen 1933-1934
Zug. 1956/37 Fasz. 613 Bekämpfung staatsfeindlicher Bestrebungen; Überwachung der Juden, Kommunisten und Marxisten 1934-1936
Zug. 1956/37 Fasz. 632 Rede- und Versammlungsverbote 1934-1943
Zug. 1956/37 Fasz. 618-619 Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens 1935-1945
Zug. 1956/37 Fasz. 633 Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch staatsfeindliche Elemente 1940-1944

Findmittel: Ablieferungsverzeichnis

12. Bezirksamt Bühl
Abt. 346

Zug. 1958/53 Fasz. 1 Abhaltung von Volksversammlungen 1866-1953

Zug. 1958/53 Fasz. 2 Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung 1931-1936

Findmittel: Ablieferungsverzeichnis

13. Bezirksamt Eberbach
Abt. 349

Zug. 1924/36 Fasz. 1 Das Sozialistengesetz 1878-1918
Zug. 1924/36 Fasz. 2 Überwachung der Anarchisten 1888-1918
Zug. 1966/17 Fasz. 60 Fabrikinspektion, Gewerbehygiene, Arbeiterschutz 1882-1922

Findmittel: Ablieferungsverzeichnis

14. Bezirksamt Emmendingen
Abt. 350

Zug. 1908/104 Fasz. 116 Die kommunistische Propaganda und die Pläne der europäischen Sozialdemokratie zum Sturze der bestehenden Regierungen 1842-1852
Zug. 1908/104 Fasz. 117 Desgl. 1852-1864

Findmittel: Ablieferungsverzeichnis

15. Bezirksamt Ettlingen
Abt. 354

Zug. 1955/33 Nachtrag Fasz. 30 Bekämpfung politischer Ausschreitungen 1922-1933
Zug. 1955/33 Nachtrag Fasz. 33 Maßnahmen gegen SPD, Gewerkschaften und Badenwacht 1933-1936
Zug. 1955/33 Nachtrag Fasz. 35 Bekämpfung der Kommunisten 1933-1936

Findmittel: Ablieferungsverzeichnis

16. Bezirksamt Freiburg
Abt. 355

Zug. 1894/56 Fasz. 20 Verbreitung sozialdemokratischer Druckschriften 1879-1886
Zug. 1894/56 Fasz. 21 Desgl. 1887-1896
Zug. 1894/56 Fasz. 19 Maßregeln gegen die Sozialdemokratie
hier: Bewilligung eines Kredits zur Bestreitung von Aufwendungen 1887
Zug. 1894/56 Fasz. 22 Verbot des Freiburger Arbeiterwahlvereines 1887
Zug. 1894/56 Fasz. 23 Die sozialistische Bewegung der Stadt Freiburg 1888
Zug. 1894/56 Fasz. 18 Die Sozialdemokratie (Geheimerlasse) 1894-1904
Zug. 1894/56 Fasz. 24 Protokoll über Generalversammlung und Parteitage der Vereinigung der sozialdemokratischen Arbeiterschaften 1897
Zug. 1924/56 Fasz. 13 Überwachung der sozialdemokratischen Bewegung, Gründung eines Wahlvereins 1884-1885
Zug. 1924/56 Fasz. 14 Überwachung sozialdemokratischer Versammlungen 1884-1894
Zug. 1924/56 Fasz. 15 Überwachung der Anarchisten 1885-1895
Zug. 1924/56 Fasz. 16 Desgl. 1896-1900
Zug. 1924/56 Fasz. 17 Die Arbeiterbewegung, antimilitärische Agitation und dergl. 1906-1911

Findmittel: Ablieferungsverzeichnis

17. Bezirksamt Heidelberg
Abt. 356

Gewerbe

2578 Erhebungen über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter 1869-1875
3909 Erhebungen über die Arbeiterschutzgesetzgebung 1890
2569 Die wirtschaftliche Lage des Bauern-, Arbeiter- und Handwerkerstandes 1894-1914
2583 Arbeiterentlassungen in der Waggonfabrik H. Fuchs in Rohrbach 1923
2590 Streik der Brauereiarbeiter 1923
2591 Streik auf dem Bruchhäuser Hof 1923
2593 Arbeiteraussperrung im Portlandzementwerk Leimen 1923

2594 Arbeiteraussperrung in der Heidelberger Federhalterfabrik Weber-Koch und Co. 1923

2595 Streik in der Baufirma Jakob Voth in Heidelberg 1923

2596 Streik in der Herrenmühle in Heidelberg 1923

2597 Streik in den Heinsteinwerken am Wieblinger Weg 1923

2598 Aussperrung in der Waggonfabrik Fuchs 1923

2599 Streik und Aussperrung bei der Schnellpressenfabrik C. Maquet 1923

2579 Gerichtl. Auseinandersetzung des deutschen Baugewerkbundes mit dem Verein süddeutscher Kachelofenfabrikanten e.V. in Heidelberg wegen des Tarifvertrags 1924

2581 Streik im Heinsteinwerk in Heidelberg 1924

2588 Aussperrung der Arbeiter der Federhalterfabrik in Handschuhsheim 1924

2589-2590 Streik der Eisenbahnarbeiter 1924

2584 Aussperrung in der Schulbankfabrik C. Elsäßer bzw. Balde und Cie. in Schönau 1925

2585 Lackiererstreik in der Waggonfabrik H. Fuchs in Rohrbach 1925

2586 Streik in der Bürstenfabrik Gebr. Wißler in Ziegelhausen 1925

2587 Arbeiteraussperrung auf der Kanalbaustelle Schwabenheim 1925

2600 Arbeiterentlassung in der Waggonfabrik H. Fuchs AG in Rohrbach 1925

2582 Aussperrung im Tabakgewerbe 1927-1928

3910 Monatsberichte des Arbeitsamtes zur Arbeitsmarktlage 1945-1948

Polizei

4387 Reichsgesetz gegen die gemeingefährlichen Maßnahmen der Sozialdemokratie 1878-1885

4388 Desgl. 1886-1898

4389 Desgl. 1900-1918

4386 Die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie 1878-1918

236 Ein während des Universitätsjubiläums von sozialdemokratischer Seite geplantes Attentat 1886-1887

4392 Das Treiben der Anarchisten 1888-1914

4385 Der Arbeiterfeiertag 1890-1913

4390 Überwachung sozialdemokratischer Versammlungen 1890-1919

4391 Überwachung der Anarchisten 1892-1913

4417 Beschäftigung polnischer Arbeiter, insbes. Untersuchung von deren Gesundheitszustand 1898-1901

4408-4409 Beschäftigung russisch-polnischer und ruthenischer Arbeiter 1898-1939

4393 Benachrichtigung über die Ausweisung von Anarchisten und sonstigen Personen 1899-1904

4415 Beschäftigung ausländisch-polnischer Arbeiter im Zementwerk Leimen 1900

4416 Desgl. 1901-1913

4413 Desgl. auf dem Schwabenheimerhof 1900-1909

4411-4411 f Desgl. auf dem Hofgut Bruchhausen (6 Beilagen) 1900-1917

2623-2635 Ausweisungen aus Baden 1903-1931

4405-4406 Italienische Arbeiter 1906-1907

4410 Ruthenische Arbeiter in Heidelberg 1906-1910

Zug.1969/10 Fasz. 1242 Vollzug des Reichsvereinsgesetzes 1908-1911

4412 Russisch-polnische Arbeiter auf dem Gut Langenzell 1909-1918

2636-2640 Polizeiaufsicht über einzelne Personen 1910-1914

4407 Russische und polnische Arbeiter 1915-1919

4414 Die polnischen Arbeiter Helen Kaspschak und Anton Zielkowaki 1916-1923

4394-4395 Inlandslegitimierung aus-
4397-4404 ländischer Arbeiter 1918-1921

4425 Bürgerwehren, Volkswehren, Ablieferung von Munition und Waffen 1918-1921

4426 Bildung einer freiwilligen Volkswehr 1918-1921

4418 Agitation der Kommunisten, Verteilung von Flugschriften, kommunistische Paßfälschungen 1918-1931

2644 Berliner Kapp-Putsch 1920

4396 Verzeichnis der 1921 ausgestellten Arbeiterlegitimationskarten 1921-1922

2616 Ermordung Erzbergers 1921-1923

2617 Arbeitsruhe bei der Beisetzung Rathenaus am 27.6.1922 1922-1923

4350 Demonstrationen in Heidelberg am 20.9.1923; Verhandlungen mit den Gewerkschaften 1923

4352 Erwerbslosenversammlung in Neckargemünd 1923

4355 Nationalsozialistische Umtriebe 1923

4361 Anzeige gegen den kommunistischen Stadtrat Rimmel in Heidelberg (Republikschutzgesetz) 1923

4351 Politische Zeitungsartikel, Erwerbslosenunruhen etc. 1923-1924

4358 Beschwerde der KPD Heidelbergs gegen ein Versammlungsverbot 1923-1924

4427 Erlassung von Schutzhaftbefehlen; Kosten des Ausnahmezustandes 1923-1924

2641 Einreise aus Rußland mit gefälschten Pässen; Einreise russischer Staatsangehöriger aus der Türkei 1927

4370 Bekämpfung politischer Ausschreitungen 1930-1932

4371 Desgl. 1933-1937

4470 Propagandaaktionen von politischen Parteien und Vereinen 1931-1932

5476, 4383 Beschlagnahme des Vermögens der SPD 1933-1936

4382 Auflösung marxistischer Organisationen und Beschlagnahme des Vermögens 1933-1937

5477 Desgl. SPD-Ortsgruppe Baiertal, Arbeitersportverein Walldorf, Arbeiterradfahrerbund Solidarität und Arbeiterturnverein in Wiesloch 1933-1937

Zug. 1969/10 Fasz. 1116 Verbote und Auflösung von Vereinen, Organisationen und Vereinigungen 1929-1941

Zug. 1969/10 Fasz. 1125 Erteilung von Redeverboten 1934-1938

Zug. 1969/10 Fasz. 1123 Verwendung falscher oder gestohlener Pässe, kommunistische Paßfälschungen 1934-1944

Zug. 1969/10 Fasz. 1124 Emigranten 1935-1941

Zug. 1969/10 Fasz. 1118 Attentate und Sabotageakte 1939-1942

Findmittel: Kartei
Ablieferungsverzeichnis

18. Bezirksamt Karlsruhe
Abt. 357

Gewerbe

6292 Streiks und Aussperrungen im Amtsbezirk 1890-1913

Polizei

432 Der Arbeiterverein 1847-1859

Spezialia Karlsruhe

2283 Einführung des Gewerbegesetzes hier: Dienstordnungen für Arbeiter in Fabriken und Werkstätten 1862-1866

8324 Die Einwohnerwehren 1919-1920

Zug. 1973/51 Fasz. 1759 Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Normalia 1852-1933

Zug. 1973/51 Fasz. 1760 Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Generalia 1890-1932

Zug. 1973/51 Fasz. 1761 Desgl. 1932-1934

Zug. 1973/51 Fasz. 1762 Desgl. 1933-1944

Zug. 1973/51 Fasz. 1764 Revolutionäre kommunistische Umtriebe 1919-1936

Zug. 1973/51 Fasz. 1766 Desgl. 1919-1933

Zug. 1973/51 Fasz. 1763 Politische Demonstrationen 1921-1930

Zug. 1973/51 Fasz. 1770 Überwachung von Wahlversammlungen 1928-1933

Zug. 1973/51 Fasz. 1771 Bekämpfung politischer Ausschreitungen 1931-1932

Zug. 1973/51 Fasz. 1777 Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten 1933

Auflösung und Beschlagnahme des Vermögens

Zug. 1973/51 Fasz. 1802 Zusammenstellung über die Einziehung marxistischen Vermögens 1933

Zug. 1973/51 Fasz. 1814 Verzeichnis der im Amtsbezirk Bretten aufgelösten politischen Vereine und Organisationen 1933

Zug. 1973/51 Fasz. 1816 Liste der im Amtsbezirk Ettlingen aufgelösten Vereine 1933

Zug. 1973/51 Fasz. 1803 Gewerkschaftskartell Bretten 1933-1934

Zug. 1973/51 Fasz. 1804 Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 1933-1935

Zug. 1973/51 Fasz. 1815 KPD- und SPD-Kleintierzuchtvereine 1933-1937

Zug. 1973/51 Fasz. 1817 Verwertung volks- und staatsfeindlichen Vermögens 1934

Zug. 1973/51 Fasz. 1806 Arbeiterturnverein Wössingen 1934-1935

Zug. 1973/51 Fasz. 1809 Arbeitergesangverein Freiheit, Wössingen 1934-1935

Zug. 1973/51 Fasz. 1810 Arbeiterradfahrerbund Solidarität, Wössingen 1934-1935

Zug. 1973/51 Fasz. 1811 Arbeiterschützenbund Rinklingen 1934-1935

Zug. 1973/51 Fasz. 1808 Arbeitergesangverein Vorwärts, Bretten 1934-1936

Zug. 1973/51 Fasz. 1812 Arbeitermusikverein Harmonie, Wössingen 1934-1936

Zug. 1973/51 Fasz. 1818 Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens 1935

Schutzhaft und Internierung

Zug. 1973/51 Fasz. 1767 Unterbringung von Schutzhäftlingen und Internierten 1938-1947

Zug. 1973/51 Fasz. 1768 Desgl. 1938-1945

Findmittel: Kartei
Ablieferungsverzeichnis

19. Bezirksamt Kehl
Abt. 358

Zug. 1924/59 Fasz. 2 Bildung von Volkswehren 1918-1921

Zug. 1924/59 Fasz. 1 Der Volksrat Kehl 1919-1921

Findmittel: Ablieferungsverzeichnis

20. Bezirksamt Konstanz
Abt. 359

Polizei

Zug. 1932/15 Fasz. 144 Sozialistische Parteiversammlungen 1883-1899

Zug. 1932/15 Fasz. 147 Desgl. 1900-1907

Zug. 1932/15 Fasz. 149 Desgl. 1907-1920

Zug. 1932/15 Fasz. 148 Abhaltung öffentlicher Vorträge und Versammlungen 1902-1920

Zug. 1932/15 Fasz. 145 Zusammenkunft der internationalen Sozialdemokratie am 9.Juli 1905 in Konstanz 1905

Zug. 1932/15 Fasz. 146 Die auf den 21. Januar 1906 geplanten Kundgebungen 1906

Zug. 1958/54 Fasz. 2 Maßnahmen gegen Kommunisten und den Marxismus (Durchsuchungen, Beschlagnahmen, Vereinsauflösungen) 1933-1937

Beschlagnahme von Volks- u. staatsfeindlichem Vermögen

Zug. 1958/54 Fasz. 3 Marxistische Wehr-, Turn- und Sportvereine und Jugendverbände 1933

Zug. 1958/54 Fasz. 5 Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund 1933

Zug. 1958/54 Fasz. 37 Sozialdemokratische Sport- und Kulturgemeinschaft Singen a.H. 1933

Zug. 1958/54 Fasz. 38 SPD in Singen a.H. 1933-1934

Zug. 1958/54 Fasz. 41 Marxistische Sport- und Kulturgemeinschaft in Singen a.H. 1933-1934

Zug. 1958/54 Fasz. 43 Arbeiterradfahrerbund „Solidarität" in Singen a.H. 1933-1934

Zug. 1958/54 Fasz. 7 Beschlagnahme des marxistischen Vermögens (Geldnachweisungen) 1933-1935

Zug. 1958/54 Fasz. 21 Arbeitersamariterbund, Ortsgruppe Konstanz 1933-1935

Zug. 1958/54 Fasz. 22 Gesangverein „Vorwärts" in Konstanz 1933-1935

Zug. 1958/54 Fasz. 26 Marxistische Sport- und Jugendverbände hier: das Waldheim in Konstanz 1933-1935

Zug. 1958/54 Fasz. 45 Miete und Inseratengelder für das Volkswillehaus in Singen a.H. 1933-1935

Zug. 1958/54 Fasz. 23 Arbeiterradfahrerverein „Frischauf" in Konstanz 1933-1936

Zug. 1958/54 Fasz. 33 SPD, KPD und Vereine in Radolfzell 1933-1938

Zug. 1958/54 Fasz. 36 Verlagsdruckerei „Volkswille" in Singen a.H. 1933-1938

Zug. 1958/54 Fasz. 9 SPD-Ortsgruppe Böhringen 1934

Zug. 1958/54 Fasz. 10 Arbeiterturnverein Dettingen 1934

Zug. 1958/54 Fasz. 11 Arbeitergesangverein „Freiheit" in Gailingen 1934

Zug. 1958/54 Fasz. 24 Arbeiterradfahrerbund „Solidarität", Ortsgruppe Konstanz 1934

Zug. 1958/54 Fasz. 27 Arbeiterturnverein „Bahnfrei" in Konstanz 1934

Zug. 1958/54 Fasz. 32 Arbeiterrad- und Kraftfahrerverein „Solidarität" in Öhningen 1934

Zug. 1958/54 Fasz. 34 SPD-Ortsgruppe Rielasingen 1934

Zug. 1958/54 Fasz. 39 Radfahrervereine „Frischauf" und „Solidarität" in Singen 1934

Zug. 1958/54 Fasz. 18 KPD-Ortsgruppe Konstanz 1934-1935

Zug. 1958/54 Fasz. 19 Arbeiterschützenverein Konstanz 1934-1935

Zug. 1958/54 Fasz. 28 Arbeitergesangverein „Freiheit" in Wollmatingen 1934-1935

Zug. 1958/54 Fasz. 29 Arbeiterradfahrerverein „Solidarität" in Wollmatingen 1934-1935

Zug. 1958/54 Fasz. 40 Gesangverein „Vorwärts" in Singen 1934-1935

Zug. 1958/54 Fasz. 42 KPD-Ortsgruppe Singen 1934-1935

Zug. 1958/54 Fasz. 8 Bestandsaufnahme des gesamten beschlagnahmten volks- und staatsfeindlichen Vermögens 1934-1936

Zug. 1958/54 Fasz. 35 Radfahrerbund „Solidarität" in Rielasingen 1934-1936

Zug. 1958/54 Fasz. 30 Arbeiterturnverein „Bahnfrei" in Wollmatingen 1934-1939

Zug. 1958/54 Fasz. 15 Beschlagnahmtes Vermögen marxistischer Vereine 1935

Zug. 1958/54 Fasz. 16 Arbeiterradfahrerverein „Solidarität-Frischauf" in Konstanz 1935

Zug. 1958/54 Fasz. 25 Verwertung von beschlagnahmtem Druckschriftenmaterial 1935

Findmittel: Ablieferungsverzeichnis

21. Bezirksamt Lahr
Abt. 360

Zug. 1958/66 Fasz. 1 Auflösung marxistischer Turn- und Sportvereine u. Beschlagnahme des Vermögens:
a) Arbeiter-Turn- u. Sportverein Lahr
b) Arbeiterradfahrerbund „Solidarität" in Lahr
c) Arbeiterradfahrerbund „Solidarität" in Hugsweier
d) Arbeiterkartell für Bildung, Sport u. Körperpflege
e) Arbeiter-Rad-, Kraftfahrer-, Turn- u. Sportverein Dinglingen
1933-1939

Zug. 1958/66 Fasz. 2 Auflösung marxistischer Jugendverbände
hier: Sportverein Fichte
1933-1936

Zug. 1958/66 Fasz. 3 Auflösung marxistischer Verbände
hier: Naturfreundehäuser und Beschlagnahme des Vermögens 1933-1937

Zug. 1958/66 Fasz. 4 Auflösung der sozialistischen Arbeiterjugend und Beschlagnahme des Vermögens
1933-1935

Zug. 1958/66 Fasz. 5 Auflösung von SPD-Organisationen u. Beschlagnahme des Vermögens
hier: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
1933-1936

Zug. 1958/66 Fasz. 6 Auflösung des Arbeitersängerbundes und Beschlagnahme des Vermögens
1933-1936

Zug. 1958/66 Fasz. 7 Auflösung der Freien Gewerkschaften und Beschlagnahme des Vermögens
1933

Findmittel: Ablieferungsverzeichnis

22. Bezirksamt Lörrach
Abt. 361

Zug. 1924/56 Fasz. 10 Die deutschen Arbeitervereine in der Schweiz
1850-1854

Zug. 1924/56 Fasz. 5 Die internationale Arbeiterassoziation 1868-1871

Zug. 1924/56 Fasz. 9 Das Treiben der Sozialisten, das zu erlassende Sozialistengesetz, die sozialdemokratischen Vereine und insbes. Auflösung des Allgemeinen Arbeiterbundes in Lörrach 1878

Zug. 1924/56 Fasz. 18 Einzelne sozialistische Agitatoren 1879-1889

Zug. 1924/56 Fasz. 12 Verbreitung sozialdemokratischer Schriften besonders von Basel und Umgegend durch Unbekannte
1879-1890

Zug. 1924/56 Fasz. 15 Desgl. durch Franz Boyer aus Budapest 1883

Zug. 1924/56 Fasz. 16 Desgl. 1884

Zug. 1924/56 Fasz. 13 Desgl. angeblich durch Werkführer Johann Jakob Pfau in Basel, sowie Beschwerde des schweizerischen Bundesrates wegen unbefugter Vornahme von Amtshandlungen auf Schweizer Gebiet 1884

Zug. 1924/56 Fasz. 6 Bestrebungen der Sozialdemokratie 1885-1887

Zug. 1924/56 Fasz. 8 Verbot von Versammlungen auf Grund des Sozialistengesetzes 1886-1890

Zug. 1924/56 Fasz. 17 Die Sozialistenversammlung in Riehen 1887

Zug. 1924/56 Fasz. 11 Verbreitung sozialdemokratischer Schriften durch Julius Gustav Winter von Liegnitz 1889

Zug. 1924/56 Fasz. 14 Desgl. durch Jakob Länge von Böhringen und Genossen 1889

Zug. 1924/56 Fasz. 7 Der Arbeiterwahlverein in Lörrach 1889-1894

Zug. 1924/56 Fasz. 3 Bekämpfung der Sozialdemokratie sowie Überwachung der Anarchisten 1890-1896

Zug. 1924/56 Fasz. 2 Arbeiterfeiertag am 1. Mai 1890-1915

Zug. 1924/56 Fasz. 1 Polizeiliche Überwachung von sozialdemokratischen u.a. Versammlungen 1890-1917

Zug. 1924/56 Fasz. 4 Überwachung von Anarchisten 1898

Verbot und Beschlagnahme des Vermögens

Zug. 1959/55 Fasz. 1 Radfahrerverein „Wanderlust", Binzen 1933-1935

Zug. 1959/55 Fasz. 2 Arbeiter-Turn- u. Sportverein „Frei Heil", Binzen 1933-1959

Zug. 1959/55 Fasz. 3 SPD, Ortsgruppe Binzen 1933-1934

Zug. 1959/55 Fasz. 4 Arbeiter-Sängerbund, Brombach 1933-1935

Zug. 1959/55 Fasz. 5 Arbeiter-Turnverein, Brombach 1933-1935

Zug. 1959/55 Fasz. 6 SPD, Ortsgruppe Eimeldingen 1933-1934

Zug. 1959/55 Fasz. 7 Arbeiter-Turn- u. Sportverein, Grenzach 1933-1937

Zug. 1959/55 Fasz. 8 Arbeiter-Gesangverein, Grenzach 1933-1935

Zug. 1959/55 Fasz. 9 SPD, Ortsgruppe Grenzach 1933-1935

Zug. 1959/55 Fasz. 10 Beschlagnahme der Hütten der Hilfsarbeiter A. Dilger und Josef Riva, Grenzach 1934-1935

Zug. 1959/55 Fasz. 11 Arbeiter-Turn- u. Sportverein, Haagen 1933-1935

Zug. 1959/55 Fasz. 12 SPD, Ortsgruppe Haagen 1933-1934

Zug. 1959/55 Fasz. 13 Arbeiter-Leichtathletik-Verein, Haltingen 1933-1935

Zug. 1959/55 Fasz. 14 Arbeitergesangverein „Vorwärts", Haltingen 1933-1938

Zug. 1959/55 Fasz. 15 Arbeiter-Turn- u. Sportverein „Frei Heil", Haltingen 1933-1953

Zug. 1959/55 Fasz. 16 SPD, Ortsgruppe Haltingen 1933-1934

Zug. 1959/55 Fasz. 17 Naturfreundeverein, Hauingen 1933-1935

Zug. 1959/55 Fasz. 18 Arbeitersportkartell, Hauingen 1933-1936

Zug. 1959/55 Fasz. 19 SPD, Ortsgruppe Hauingen 1933

Zug. 1959/55 Fasz. 20 Arbeitergesangverein, Hausen 1933-1934

Zug. 1959/55 Fasz. 21 Arbeiterturnverein, Hausen 1933-1934

Zug. 1959/55 Fasz. 22 Freie Turnerschaft, Hausen 1934-1935

Zug. 1959/55 Fasz. 23 Arbeitergesangverein, Hausen 1934-1935

Zug. 1959/55 Fasz. 24 Arbeiterturnverein „Frei Heil", Herten 1934

Zug. 1959/55 Fasz. 25 Turn- u. Sportverein „Freiheit", Herten 1933-1949

Zug. 1959/55 Fasz. 26 Arbeiter-Turn- u. Sportverein, Höllstein 1933-1934

Zug. 1959/55 Fasz. 27 Verein der Naturfreunde, Istein 1933-1938

Zug. 1959/55 Fasz. 28 Arbeiterturnverein, Langenau 1933-1934

Zug. 1959/55 Fasz. 29 Desgl. 1934

Zug. 1959/55 Fasz. 30 Arbeiter-Turn- u. Sportverein, Lörrach 1933-1939

Zug. 1959/55 Fasz. 31 Kleintierzuchtverein, Lörrach 1933-1935

Zug. 1959/55 Fasz. 32 Arbeiterwohlfahrt, Lörrach 1933-1935

Zug. 1959/55 Fasz. 33 Arbeiterfußballverein, Lörrach 1933-1936

Zug. 1959/55 Fasz. 34 Arbeiter-Schalmeien- u. Musikverein „Freiheit", Lörrach 1933-1935

Zug. 1959/55 Fasz. 35 Arbeiter-Athletik-Sportverein, Lörrach 1933

Zug. 1959/55 Fasz. 36 Arbeitergesangverein „Freundschaft", Lörrach 1933-1951

Zug. 1959/55 Fasz. 37 Arbeitermusikverein, Lörrach 1933-1935

Zug. 1959/55 Fasz. 38 Arbeiterradfahrverein „Vorwärts", Lörrach 1933-1937

Zug. 1959/55 Fasz. 39 Arbeiter-Samariter-Bund, Lörrach 1933-1936
Zug. 1959/55 Fasz. 40 Volkswacht u. SPD-Ortsgruppe Lörrach 1933-1935
Zug. 1959/55 Fasz. 43 Arbeiterturnverein Maulburg 1933-1934
Zug. 1959/55 Fasz. 44 Arbeiterradfahrverein „Solidarität", Maulburg 1933-1934
Zug. 1959/55 Fasz. 45 Arbeiter-Turn- u. Sportverein, Maulburg 1935-1939
Zug. 1959/55 Fasz. 46 Arbeiter-Turn- u. Sportverein, Schopfheim 1933-1935
Zug. 1959/55 Fasz. 47 Arbeiterjugend, Schopfheim 1933-1934
Zug. 1959/55 Fasz. 48 Arbeiterwohlfahrt, Schopfheim 1933-1934
Zug. 1959/55 Fasz. 49 Volkschor „Erkenntnis", Schopfheim 1934-1936
Zug. 1959/55 Fasz. 50 Arbeiter-Turn- u. Sportverein, Schopfheim 1934-1939
Zug. 1959/55 Fasz. 51 Arbeiterradfahrverein „Solidarität", Schopfheim 1934-1936
Zug. 1959/55 Fasz. 52 Arbeiterwohlfahrt, Steinen 1933
Zug. 1959/55 Faz. 53 SPD, Ortsgruppe Steinen 1933-1935
Zug. 1959/55 Fasz. 54 Arbeiterwohlfahrt, Weil a. Rh. 1933-1934
Zug. 1959/55 Fasz. 55 Arbeiter-Schach-Bund, Weil a. Rh. 1933-1935
Zug. 1959/55 Fasz. 56 Arbeiter-Samariter-Bund, Weil a. Rh. 1933-1936
Zug. 1959/55 Fasz. 57 Arbeitergesangverein „Freiheit", Weil a.Rh. 1933-1938
Zug. 1959/55 Fasz. 58 Arbeiter-Turn- u. Sportverein, Weil a. Rh. 1933-1938
Zug. 1959/55 Fasz. 59 Arbeiter-Rad- u. Kraftfahrerbund „Solidarität", Weil a. Rh. 1933-1954
Zug. 1959/55 Fasz. 60 Kraftsportverein, Weil a. Rh. 1933-1952
Zug. 1959/55 Fasz. 61 SPD, Ortsgruppe Weil a. Rh. 1933-1934
Zug. 1959/55 Fasz. 62 Arbeiterradfahrerbund „Solidarität", Wies 1933-1934
Zug. 1959/55 Fasz. 64 Arbeitergesangverein „Frohsinn", Wyhlen 1933-1936
Zug. 1959/55 Fasz. 66 Turnerbund, Wyhlen 1934-1935
Zug. 1959/55 Fasz. 67 SPD, Ortsgruppe Wyhlen 1933-1935
Zug. 1959/55 Fasz. 68 Turnerbund, Wyhlen 1933-1936
Zug. 1959/55 Fasz. 69 Verein „Freie Sänger", Zell i.W. 1933-1934
Zug. 1959/55 Fasz. 70 Arbeiter-Touristen-Verein, Zell i.W. 1933
Zug. 1959/55 Fasz. 71 Arbeitergesangverein „Freie Sänger", Zell i.W. 1934-1939
Zug. 1959/55 Fasz. 72 Arbeitersport, Zell i.W. 1934-1939
Zug. 1959/55 Fasz. 73 KPD, Ortsgruppe Zell i.W. 1934-1935
Zug. 1959/55 Fasz. 74 Arbeiterradfahrverein „Solidarität", Zell i.W. 1934-1935
Zug. 1959/55 Fasz. 75 Verein der Naturfreunde, Wehr 1933
Zug. 1959/55 Fasz.76 Beschlagnahmte Motorräder u. lfd. Schriftwechsel der Eigentümer 1933-1955
Zug. 1959/55 Fasz. 77 Einziehung marx. Vermögens bei SPD- u. KPD-Mitgliedern 1933
Zug. 1959/55 Fasz. 78 Marxistisches Vermögen hier: Beschlagnahmte Schreibmaschinen 1933-1935
Zug. 1959/55 Fasz. 79 Erlasse und Verzeichnisse hier: Marxistisches Vermögen 1933-1937
Zug. 1959/55 Fasz. 80 Marxistische Turn-, Sport- u. Kulturvereine der SPD 1933
Zug. 1959/55 Fasz. 81 Aushändigung beschlagnahmter marx. Vermögensgegenstände an nationale Verbände 1933-1934
Zug. 1959/55 Fasz. 82 Motorkrafträder der KPD hier: Eugen Dettinger, geb. 30.3.1907 1933-1936

Zug. 1959/55 Fasz. 83 Desgl. Fabrikarbeiter Wilhelm Seifert in Röttelnweiler 1933-1934

Zug. 1959/55 Fasz. 86 Grundstücke und Gebäude volks- u. staatsfeindlichen Vermögens 1935

Zug. 1959/55 Fasz. 91 Ehemaliger Bund sozial. Freidenker Deutschlands e.V.

Zug. 1959/55 Fasz. 92 Einziehung der Pässe bei KPD und SPD 1933-1937

Zug. 1959/55 Fasz. 93 Vermögen der marxistischen Verbände 1933-1937

Zug. 1959/55 Fasz. 97 Die Badenwacht 1933

Zug. 1959/55 Fasz. 99 Kommunistische Umtriebe hier: Beschlagnahme von Postsendungen 1933-1938

Zug. 1959/55 Fasz. 102 Kommunistische Verbände, Überwachung der Kommunisten 1933-1934

Zug. 1959/55 Fasz. 103 Freie Gewerkschaften 1933-1934

Findmittel: Ablieferungsverzeichnis

23. Bezirksamt Mannheim
Abt. 362

Gewerbe

38 Wirtschaftliche Lage des Bauern-, Arbeiter- und Handwerkerstandes 1896-1915

163 Bekämpfung der Sozialdemokratie 1887-1915

161 Ruthenische Arbeiter 1906-1910

168 Russisch-polnische Arbeiter; Inlandslegitimierung ausländischer Arbeiter 1906-1924

157 Maßnahmen zur Bekämpfung von Unruhen; Schadenersatz an die aus politischen Gründen in Friedrichsfeld Inhaftierten 1919

167 Polnische Agitatoren 1919-1920

159 Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bei Volksversammlungen 1930-1931

155-156, 158 Bekämpfung politischer Ausschreitungen, öffentliche Versammlungen, Umzüge, Flugblätter der politischen Parteien und Versammlungen 1931-1932

Vereine

177 Abhaltung und Überwachung der Volksversammlungen, Teilnahme von Schülern und Vereinen 1897-1925

178 Abhaltung öffentlicher Vorträge 1911-1920

179 Verbot von politischen Vereinen 1922-1924

Spezialia Schwetzingen

2687 Abgabe von Waffen einer Schützenabteilung des ehemaligen Heeres an den Arbeiter- und Soldatenrat 1921-1922

2688 Einrichtung einer Einwohnerwehr 1919-1921

Findmittel: Kartei

24. Bezirksamt Meßkirch
Abt. 363

Zug. 1896/25 Fasz. 46 Das Treiben der revolutionären Propaganda und die Arbeitervereine 1847-1859

Findmittel: Ablieferungsverzeichnis

25. Bezirksamt Mosbach
Abt. 364

Gewerbe

3607 Frauen- und Kinderarbeit 1874-1877

7520 Arbeiterschutzgesetzgebung 1890

7548 Errichtung von Arbeitsnachweisstellen und Verbindungsdienst zwischen badischen Arbeitsnachweisstellen 1895-1932

7528 Wirtschaftliche Lage des Bauern-, Handwerker- und Arbeiterstandes 1896-1915

3606 Kinderarbeiten in gewerblichen Betrieben 1912-1921

3605 Desgl. 1924

7527 Die Arbeiterbewegung im Kriege 1915-1917
7518 Regelung der Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben, Achtstundentag 1918-1922
7549 Produktive Erwerbslosenfürsorge 1919-1929
7551 Freiwilliger Arbeitsdienst 1933

Polizei

537 Die revolutionäre Propaganda und die europäische Sozialdemokratie; Beaufsichtigung aller verdächtig erscheinenden Personen 1850-1859
7739 Einzelne Anarchisten und Spione 1867-1915
7743 Überwachung von Anarchisten 1885-1903
7749 Beschäftigung russisch-polnischer und ruthenischer Arbeiter sowie russischer Flüchtlinge 1898-1931
7798 Sozialdemokratische Volksversammlungen 1904-1913
7801 Abhaltung von Volksversammlungen 1905-1924
7809 Bekämpfung politischer Ausschreitungen, Versammlungs- und Uniformverbot 1908-1932
7751 Errichtung von Bürgerwehren 1914-1920
3612 Die Volkswehr 1918-1919
7757 Arbeiter- und Soldatenräte 1918-1920
3613 Ablieferung der Einwohnerwehrwaffen 1919-1920
7761 Überwachung spartakistischer Umtriebe 1919-1920
7745 Die politische Lage – Selbstschutzorganisationen, Putsch, Unruhen, Belagerungszustand 1920-1930
7807 Kommunistische Partei Deutschlands 1920-1933
7805 Verteilung von Flugblättern politischen Inhalts 1921-1932
7804 Reichsbanner Schwar-Rot-Gold 1924-1931
7799 Roter Frontkämpferbund 1929-1932
7808 Versammlungen, Plakate, Flugblätter, Umzüge und Lastkraftwagenfahrten 1931-1935
7747 Zu- und Abwanderung ausländischer Arbeitskräfte 1933-1939

Spezialia Mosbach

6566 Arbeitergesangverein Mosbach 1923

Findmittel: Kartei

26. Bezirksamt Neustadt
Abt. 366

Zug. 1933/7 Fasz. 39 Überwachung der verschiedenen Vereine 1845-1879
Zug. 1933/7 Fasz. 40 Gendarmeriemeldungen über den Verlauf von Volksversammlungen 1898-1908
Zug. 1933/7 Fasz. 21 Streiks und Aussperrungen 1907-1922
Zug. 1959/38 Fasz. 1 Bekämpfung staatsfeindlicher Bestrebungen und politischer Ausschreitungen von Personen, Verbänden, Vereinen, Parteien und Gemeinschaften sowie deren Auflösung und Vermögensbeschlagnahme 1933-1934
Zug. 1959/38 Fasz. 2 Desgl. 1935-1945

Findmittel: Ablieferungsverzeichnis

27. Bezirksamt Offenburg
Abt. 368

Zug. 1959/2 Fasz. 1 Die sozialdemokratische Bewegung 1878-1888
Zug. 1959/2 Fasz. 2 Desgl. 1905-1912
Zug. 1959/2 Fasz. 3 Sozialdemokratie Verhalten der Eisenbahnbediensteten 1887-1891
Zug. 1959/2 Fasz. 4 Sozialdemokratie Gutskauf in Nordrach, Fabrik 1888-1896

Zug. 1959/2 Fasz. 5 Die sozialdemokratische Bewegung
Die Singersche Villa in Hinterohlsbach 1886-1893

Zug. 1959/2 Fasz. 6 Die Bekämpfung der gemeingefährlichen Bewegungen der Sozialdemokratie 1890-1913

Zug. 1959/2 Fasz. 7 Das Reichsgesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie 1878-1890

Zug. 1959/2 Fasz. 8 Einziehung und Vernichtung von Liederbüchern des früheren Deutschen Arbeitersängerbundes 1938

Zug. 1959/2 Fasz. 9 Bekämpfung des Marxismus
hier: Beschlagnahme des Vermögens der SPD und der KPD und die Auflösung der SPD und KPD 1933-1935

Zug. 1959/2 Fasz. 10 Auflösung der marxistischen Turn-, Sport- und Kulturvereine und die Beschlagnahme des Vermögens der betr. Vereine 1933-1957

Zug. 1959/2 Fasz. 11 Landfriedensbruch durch bewaffnete Kommunisten am 26.X.1923 in Berghaupten 1923

Zug. 1959/2 Fasz. 12 Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, Auflösung des Musikvereins „Glückauf" in Berghaupten 1933-1936

Zug. 1959/2 Fasz. 13 Einziehung volks- u. staatsfeindlichen Vermögens, der Arbeiterradfahrerverein Berghaupten 1935-1936

Zug. 1959/2 Fasz. 14 Einziehung volks- u. staatsfeindlichen Vermögens, Freie Sänger Gengenbach 1935-1939

Zug. 1959/2 Fasz. 15 Desgl. Radfahrerverein Gengenbach 1935

Zug. 1959/2 Fasz. 16 Beschlagnahme des Vermögens der Freien Gewerkschaften u. Allgemeinen Konsum-, Produktiv- und Baugenossenschaft mbH Offenburg 1933-1940

Zug. 1959/2 Fasz. 17 Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit u. Ordnung, Beschlagnahme der Schalmeien der Kommunisten 1933-1936

Zug. 1959/2 Fasz. 18 Sozialistische Freidenker mit Feuerbestattung, Vermögensbeschlagnahme bei der Ortsgruppe Offenburg 1933-1936

Zug. 1959/2 Fasz. 19 Einziehung volks- u. staatsfeindlichen Vermögens, Arbeiter-Turn- u. Sportverein Offenburg 1934-1935

Zug. 1959/2 Fasz. 20 Beschlagnahme des Vermögens der Arbeiterwohlfahrt Offenburg 1933-1936

Zug. 1959/2 Fasz. 21 Einziehung volks- u. staatsfeindl. Vermögens, Arbeiterradfahrerverein „Solidarität", Ortsgruppe Offenburg 1937

Zug. 1959/2 Fasz. 22 Beschlagnahme des Naturfreundehauses Nordrach der Ortsgruppe Offenburg 1933-1937

Zug. 1959/2 Fasz. 23 Die sozialistische Bewegung der Arbeiter in Fabriken
hier: Spinnereien u. Webereien, insbes. Fachverein f. Spinner und Weber 1889-1891

Zug. 1959/2 Fasz. 25 Einziehung volks- u. staatsfeindlichen Vermögens, Radfahrerverein „Solidarität", Unterharmersbach 1935

Zug. 1959/2 Fasz. 26 Desgl. in Oberharmersbach 1935

Zug. 1959/2 Fasz. 27 Desgl. in Zell 1935

Zug. 1959/2 Fasz. 28	Desgl. SPD, Ortsgruppe Zell	1935
Zug. 1959/2 Fasz. 29	Desgl. Touristenverein Naturfreunde Zell	1935

Findmittel: Ablieferungsverzeichnis

28. Bezirksamt Pforzheim
Abt. 369

Gewerbe

3519	Die wirtschaftliche Lage des Bauern-, Arbeiter- und Handwerkerstandes	1896-1915
3518	Erhebungen über die soziale Lage der Pforzheimer Bijouteriearbeiter	1899-1900
4265	Unterbringung von Wanderarbeitern in Ziegeleien	1901
4244	Einfluß der Arbeit an durch Körperkraft betätigten Preß-, Stanz-, Aushau- oder Ziehmaschinen auf den Organismus von Arbeiterinnen	1904-1905
4245	Streiks und Aussperrungen	1906-1923
4267	Die Arbeitersekretariate	1906-1932
4250	Lohnstreitigkeiten in Pforzheim	1917-1918
4268	Erwerbslosenfürsorge	1927-1930

Findmittel: Kartei

29. Bezirksamt Rastatt
Abt. 371

Zug. 1940/29 Fasz. 131	Beaufsichtigung der Presse	1852-1878
Zug. 1940/29 Fasz. 116	Militärersatzwesen hier: Sozialdemokratische Agitationen	1890-1904
Zug. 1940/29 Fasz. 120	Überwachung der Anarchisten und Kommunisten	1898-1925
Zug. 1940/29 Fasz. 121	Zuzug polnischer Arbeiter	1906
Zug. 1959/31 Fasz. 1	Bestandsaufnahme des in Baden beschlagnahmten volks- und staatsfeindlichen Vermögens	1934-1941

Auflösung und Beschlagnahme des Vermögens ab 1933

Zug. 1959/65 Fasz. 1	Kommunistische Partei Deutschlands (Verzeichnis der Bezirksleitungen und Ortsgruppen der KPD im Kreis Rastatt)
Zug. 1959/65 Fasz. 2	Kleintierzuchtvereine im Kreis Rastatt
Zug. 1959/65 Fasz. 3	Die Verwertung des bei volks- und staatsfeindlichen Organisationen im Kreis Rastatt beschlagnahmten Vermögens
Zug. 1959/65 Fasz. 4	Empfangsbescheinigungen verschiedener Organisationen über empfangene Gegenstände aus der Beschlagnahme
Zug. 1959/65 Fasz. 5	Marxistisches Vermögen im Kreis Rastatt
Zug. 1959/65 Fasz. 6	Verzeichnisse über die beschlagnahmten Geräte
Zug. 1959/65 Fasz. 8	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Verzeichnis der Bezirksleitungen u. Ortsgruppen der SPD im Kreis Rastatt)
Zug. 1959/65 Fasz. 9	Marxistische Sportplätze im Kreis Rastatt
Zug. 1959/65 Fasz. 10	KPD-Ortsgruppe Muggensturm
Zug. 1959/65 Fasz. 12	Fußballverein „Rot-Sport" in Muggensturm
Zug. 1959/65 Fasz. 13	Arbeiterradfahrerverein „Solidarität" in Bietigheim
Zug. 1959/65 Fasz. 14	KPD-Ortsgruppe Rastatt
Zug. 1959/65 Fasz. 15	Sozialistische Arbeiterjugend in Rastatt
Zug. 1959/65 Fasz. 16	Verein für Körperpflege „Rot-Sport" in Rastatt
Zug. 1959/65 Fasz. 20	Arbeitergesangverein in Elchesheim
Zug. 1959/65 Fasz. 22	Arbeiterradfahrerverein „Solidarität" in Elchesheim
Zug. 1959/65 Fasz. 23	Arbeitergesangverein „Vorwärts" in Durmersheim
Zug. 1959/65 Fasz. 24	Arbeiter-Turn- und Sportfest Bietigheim

Zug. 1959/65 Fasz. 25 Radfahrerverein „Solidarität" in Durmersheim
Zug. 1959/65 Fasz. 26 Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund „Solidarität" in Bischweier
Zug. 1959/65 Fasz. 27 Arbeitersängerbund in Bietigheim
Zug. 1959/65 Fasz. 28 Touristenverein „Die Naturfreunde" in Forbach
Zug. 1959/65 Fasz. 29 Verein der Naturfreunde in Kuppenheim
Zug. 1959/65 Fasz. 30 Touristenverein „Die Naturfreunde" in Hörden
Zug. 1959/65 Fasz. 31 Arbeiterradfahrerverein „Solidarität" in Gernsbach
Zug. 1959/65 Fasz. 32 Naturfreundehaus Eisenbach-Urnagold (Ortsgruppe Gaggenau)
Zug. 1959/65 Fasz. 33 Arbeitergesangverein „Freiheit" in Gaggenau
Zug. 1959/65 Fasz. 34 Arbeiterturnverein in Muggensturm
Zug. 1959/65 Fasz. 35 Touristenverein „Die Naturfreunde" in Michelbach
Zug. 1959/65 Fasz. 37 Kleinkaliberschützenverein „Republik" in Rastatt
Zug. 1959/65 Fasz. 38 Arbeitergesangverein „Gleichheit" in Plittersdorf
Zug. 1959/65 Fasz. 39 Arbeiterradfahrerverein „Solidarität" in Plittersdorf
Zug. 1959/65 Fasz. 40 Radfahrerverein „Solidarität" in Ottersdorf
Zug. 1959/65 Fasz. 41 Arbeitergesangverein „Freundschaft" in Ottersdorf
Zug. 1959/65 Fasz. 42 Arbeiterturnverein „Frei-Heil" in Ottersdorf
Zug. 1959/65 Fasz. 43 Arbeiterschachklub in Ottenau
Zug. 1959/65 Fasz. 44 Touristenverein „Die Naturfreunde" in Ottenau
Zug. 1959/65 Fasz. 45 Arbeiter-Rad- und Kraftfahrbund „Solidarität" in Ottenau
Zug. 1959/65 Fasz. 46 Arbeiter-Rad- und Kraftfahrbund „Solidarität" in Niederbühl
Zug. 1959/65 Fasz. 47 Arbeiter-Rad- und Kraftfahrbund „Solidarität" in Muggensturm
Zug. 1959/65 Fasz. 48 Arbeiterradfahrerverein „Solidarität" in Steinmauern
Zug. 1959/65 Fasz. 50 Touristenverein „Die Naturfreunde" in Selbach
Zug. 1959/65 Fasz. 51 Arbeiterradfahrerbund „Solidarität" in Rotenfels
Zug. 1959/65 Fasz. 52 Sozialistische Arbeiterjugend Gaggenau-Rotenfels
Zug. 1959/65 Fasz. 53 Volkschor „Liedesfreiheit" in Rastatt
Zug. 1959/65 Fasz. 54 Kommunistische Jugend Rastatt
Zug. 1959/65 Fasz. 55 Touristenverein „Die Naturfreunde" in Rastatt
Zug. 1959/65 Fasz. 58 Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Rastatt
Zug. 1959/65 Fasz. 59 Naturfreundehaus Erbersbronn
Zug. 1959/65 Fasz. 60 Naturfreundehaus Herrenwies
Zug. 1959/65 Fasz. 61 Kommunistische Partei Deutschlands, Ortsgruppe Malsch
Zug. 1959/65 Fasz. 66 Sozialdemokratische Partei in Durmersheim
Zug. 1959/65 Fasz. 67 Arbeiter-Turn-, Sport- und Radfahrerverein „Solidarität" in Au a. Rh.
Zug. 1959/65 Fasz. 68 Sozialdemokratische Partei im Kreis Rastatt
Zug. 1959/65 Fasz. 69 Gewerkschaft im Kreis Rastatt
Zug. 1959/65 Fasz. 70 Naturfreundehaus der Sozialdemokratischen Partei in Moosbronn
Zug. 1959/65 Fasz. 73 Sozialistische Freidenker Deutschlands, Ortsgruppen Rastatt und Gaggenau
Zug. 1959/65 Fasz. 75 Marxistische Vereine im Kreis Rastatt
Zug. 1959/65 Fasz. 77 Die Badenwacht

Findmittel: Ablieferungsverzeichnis

30. Bezirksamt Säckingen
Abt. 372

Zug. 1943/40 Fasz. 167 Errichtung von Bürgerwehren und Selbstschutzorganisationen 1914-1931

Zug. 1943/40 Fasz. 168 Die politische Lage und das Gesetz zum Schutze der Republik 1920-1930

Zug. 1943/40 Fasz. 171 Nationalsozialisten, deutschvölkische Freiheitswehr, kommunistische Partei und Frontkämpfer 1922-1931

Zug. 1943/40 Fasz. 169 Unruhen und Veranstaltungen von Demonstrationen im Säckinger Amtsbezirk 1923

Zug. 1943/40 Fasz. 170 Die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung; Abwanderung von Arbeitslosen in das besetzte Gebiet 1923-1924

Zug. 1943/40 Fasz. 172 Das internationale Grenztreffen der KPD in Rheinfelden 1929

Zug. 1943/40 Fasz. 175 Anschlag von Plakaten und Verteilung von Flugschriften 1931-1933

Zug. 1943/40 Fasz. 176 Anmeldungen von Versammlungen und Demonstrationen 1931-1933

Zug. 1943/40 Fasz. 178 Kommunistische Agitation, Überwachung einer Wahlversammlung in Rheinfelden und Auflösung einer kommunistischen Versammlung in Schwörstadt 1930-1931

Zug. 1943/40 Fasz. 179 Bekämpfung politischer Ausschreitungen hier: Versammlungstätigkeit 1932

Zug. 1943/40 Fasz. 180 Beschlagnahme des Vermögens der Freien Gewerkschaften 1933

Findmittel: Ablieferungsverzeichnis

31. Bezirksamt Schopfheim
Abt. 375

Zug. 1924/2 Fasz. 12 Bildung von Volks- und Arbeitervereinen und der hochverräterische Aufstand in Baden 1849-1854

Findmittel: Ablieferungsverzeichnis

32. Bezirksamt Schwetzingen
Abt. 376

1464 Überwachung der Anarchisten 1885

1465 Desgl. 1904

Findmittel: Kartei

33. Bezirksamt Sinsheim
Abt. 377

Gewerbe

6614 Arbeitsbücher und -karten, Arbeitsordnungen, Beschäftigung jugendlicher Arbeiter 1878-1945

6602 Streiks und Aussperrungen 1890-1933

6596 Erlaß von Arbeitsordnungen 1891-1920

6605 Arbeiterschutz, Gewerbeaufsicht in Fabriken und gewerblichen Betrieben, Gewerbehygiene 1895-1920

6639 Arbeitsamt 1896-1924

6600 Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Ziegeleien und Schamottefabriken 1898-1913

6613 Desgl. 1903-1913

4047 Wirtschaftliche Lage des Arbeiter-, Bauern- und Handwerkerstandes 1899-1914

4046 Streiks und Aussperrungen 1899-1919

6640 Desgl. 1899-1933

6612 Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben 1903-1930

6599 Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in den Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion 1904-1910

6615 Verzeichnis der Arbeitsbücher 1908-1939

6642 Vollzug des Betriebsrätegesetzes 1920-1933

6643 Förderung von Notstandsarbeiten 1933-1934

Polizei

6800 Tabelle über die unter polizeiliche Aufsicht gestellten Personen in Sinsheim 1891-1910
5411 Abhaltung öffentlicher Versammlungen 1895-1905
6782 Beschäftigung ausländischer Arbeiter und deren gesundheitspolizeiliche Beaufsichtigung in Sinsheim 1898-1927
5399-5405 Politische Vereinigungen und Versammlungen 1906-1932
5408 Erteilung von Redeverboten 1925-1938
6798-6799 Auflösung des Arbeiterturnvereines Sulzfeld 1933-1936
6790 Desgl. Arbeitergesangverein Sulzfeld 1934-1936
6794-6796 Desgl. SPD-Ortsgruppe Sulzfeld, Kürnbach und Mühlbach 1935

Findmittel: Kartei

34. Bezirksamt Stockach
Abt. 379

Zug. 1924/56 Fasz. 2 Pressewesen, Umtriebe von Anarchisten, Überwachung von Versammlungen 1886
Zug. 1940/14 Fasz. 91 Überwachung der Sozialdemokratie 1879-1906
Zug. 1940/14 Fasz. 47 Verordnungsentwurf zum Schutz landwirtschaftlicher Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit 1882
Zug. 1940/14 Fasz. 92 Überwachung der Anarchisten 1885-1914
Zug. 1940/14 Fasz. 90 Ausweisung russischer und russisch-polnischer Staatsangehöriger 1889-1906
Zug. 1940/41 Fasz. 93 Arbeiterfeiertag am 1. Mai 1890-1909
Zug. 1940/14 Fasz. 94 Verbreitung sozialdemokratischer Druckschriften 1894-1906
Zug. 1940/14 Fasz. 89 3 Verzeichnisse der im Amtsbezirk beschäftigten russisch-polnischen Arbeiter 1900-1909

Findmittel: Ablieferungsverzeichnis

35. Bezirksamt Tauberbischofsheim
Abt. 380

Gewerbe

6651 Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen in Werkstätten der Wäsche- und Kleiderfabrikation 1897-1912
6652 Desgl. 1904-1910
6660 Das Steinetragen durch Arbeiterinnen im Maintal 1913
7221 Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter und Angestellter 1919-1933
6286 Produktive Erwerbslosenfürsorge 1920-1927

Polizei

6871 Reichsgesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie 1878-1913
6872 Sozialdemokratische Maifeiern; das Tragen roter Fahnen 1879-1913
8486 Maßregeln gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie 1879-1918
6873 Beschäftigung ausländischer Arbeiter 1899-1928
7339 Die politische Lage 1919-1924
6881 Desgl. 1920-1932
6882 Desgl. 1932
7344 Erteilung von Redeverboten 1925-1934
7345 Desgl. 1935-1938
7346 Genehmigung von Umzügen und Versammlungen 1930-1932
7347 Desgl. 1932
7348 Desgl. 1933
7349 Desgl. 1933-1934
7352 Tätigkeitsberichte für das Geheime Staatspolizeiamt 1933-1936
7353 Auflösung marxistischer Verbände, Maßnahmen gegen katholische Organisationen 1933-1939
7354 Gesammelte Funksprüche der Polizei, u.a. betr. Zeitungsverbote 1933-1939
7355 Abwanderung von Fabrikarbeitern nach dem Ausland 1935-1939

Findmittel: Kartei

36. Bezirksamt Wertheim
Abt. 387

Zug. 1924/56 Fasz. 3	Überwachung der Anarchisten	1885-1918
Zug. 1924/56 Fasz. 1	Sozialdemokratische Agitation	1904-1912
Zug. 1924/56 Fasz. 2	Überwachung der im Amtsbezirk wohnhaften Anarchisten	1906-1907
Zug. 1962/19 Fasz. 307	Arbeiterkolonien	1884-1936

Findmittel: Ablieferungsverzeichnis

37. Bezirksamt Wiesloch
Abt. 388

Zug. 1966/17 Fasz. 454	Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts (Geheimakten)	1917-1918
Zug. 1966/17 Fasz. 328	Republikschutzgesetz	1929-1931
Zug. 1966/17 Fasz. 323	Bekämpfung politischer Ausschreitungen, Versammlungstätigkeit	1932-1933
Zug. 1966/17 Fasz. 326	Durchsuchungen, Sicherstellungen und Beschlagnahmungen aus politischen Gründen	1933-1936
Zug. 1966/17 Fasz. 325	Auflösung politischer Parteien und Organisationen	1933-1938
Zug. 1966/17 Fasz. 327	Beschlagnahme des Vermögens kommunistischer Organisationen, Bekämpfung des Kommunismus	1933-1938
Zug. 1966/17 Fasz. 381	Bestimmungen und Anordnungen über Schutzhaft	1933-1938
Zug. 1966/17 Fasz. 324	Illegale Tätigkeit von Walldorfer Kommunisten, Neugründung von KPD-Ortsgruppen	1934

Findmittel: Ablieferungsverzeichnis

38. Gewerbeaufsichtsamt
Abt. 455

Diese Abteilung ist im wesentlichen nur summarisch in Form eines Einlieferungsverzeichnisses erschlossen. Sie enthält:

Nr. 1-21	Kataster über gewerbliche Betriebe mit 5 und mehr Arbeitern nach dem Stand vom 2. August 1926 (nach Amtsbezirken geordnet)
Nr. 22-120	Akten über Tarifverträge ca. 1918-1933
Nr. 121-465	Tarifverträge nach Gewerbe- und Industriegruppen gebündelt ca. 1920-1930
Nr. 466-518	U.a. statistisches Material über Streiks und Aussperrungen, Adressenverzeichnisse der wirtschaftlichen Organisationen mit ihrer Zuständigkeit in Baden und Lohnmaterial aus angrenzenden Wirtschaftsgebieten 1900-1933

39. Arbeitsämter
Abt. 460

Wegen der Menge der vorhandenen Akten und deren Gleichartigkeit – ähnliche Unterlagen über Arbeitsämter dürften in allen Archiven vorhanden sein – werden diese Bestände hier nur summarisch gekennzeichnet. Sie sind durch Einlieferungsverzeichnisse erschlossen.

Bruchsal	92 Faszikel ca. 1930-1940 Enthält u.a. zahlreiche Akten über Industrieverschleppungen und unerwünschte Abwanderung von Arbeitskräften ins Ausland.

Karlsruhe	501 Faszikel Enthält u.a. Arbeitslosigkeit, männl. u. weibl. Arbeitsdienst, Arbeitseinsatz im Krieg	ca. 1930-1960
Mannheim	6 Faszikel	1931-1949
Offenburg	28 Faszikel Männl. u. weibl. Arbeitsdienst	1932-1935
Pforzheim	92 Faszikel Männl. u. weibl. Arbeitsdienst	1931-1936
Rastatt	35 Faszikel Arbeitsdienst	1931-1943
Tauberbischofsheim	36 Faszikel	ca. 1945-1960

IV. GERICHTE UND JUSTIZBEHÖRDEN

1. Verwaltungsgerichtshof Abt. 239

Gewerbe

4831 Allgemeine Bestimmungen bei Anlage von Fabriken im Mittelrheinkreis 1850-1862

4832-4833 Einführung von Fabrikordnungen im Mittelrheinkreis (1 Beilage) 1861-1862

Findmittel: Kartei

2. Oberlandesgericht Abt. 240

1088 Verfahren gegen politische Verbrecher 1850-1869

Findmittel: Kartei

3. Landgericht Freiburg Abt. 241

In Sachen gegen

619 Aenis, Wilhelm, aus Binzen und Genossen 1888-1890

590-591 Arnold, Adolf Hermann, von Stockach
darin: Druckschrift „An das Deutsche Volk" 1881

590-591 Bauer, Johann Georg, von Tegernau 1881

619 Geck, Adolf, von Offenburg und Genossen 1888-1890

Findmittel: Kartei

4. Landgericht Karlsruhe Abt. 243

In Sachen gegen

355-357 Dittes, Friedrich, von Diedelsheim, Sozialistengesetz 1881-1882

696 Adolf Geck aus Offenburg, Johann Kistner aus Elchesheim, Sebastian Licht aus Daxlanden, Ludwig Rastätter aus Ettlingen und Karl Kornmüller aus Rüppurr wegen Vergehen gegen das Postgesetz (Transport des Volksfreundes) 1896-1898

337 Geiger, Adolf, von Viernheim, Sozialistengesetz 1881

907-908 Geiges, Karl, Schlosser aus Lichtental, Kommunist 1922

956-966 Kleber, Emil, Kupferstecher aus Karlsruhe und Genossen, Landfriedensbruch (soz. Demonstration nach der Ermordung Rathenaus) 1922

911-913 Klumpp, Heinrich, Obermatrose aus Karlsruhe, Stürmung des Schlosses 1918-1928

919-925 Ders., Unterschlagung im Amt

938-955 Müller, Wilhelm, aus Grötzingen und Genossen, Landfriedensbruch (soz. Demonstration nach der Ermordung Rathenaus) 1922-1926

337 Sauter, Michael, von Göbrichen, Sozialistengesetz 1881

355-357 Schachinger, Emil Adolf, aus Pforzheim, Sozialistengesetz 1881-1882

1004-1008 Schöninger, Heinrich, Goldarbeiter aus Pforzheim und 20 Genossen. (Zusammenrottungen von Arbeitern vor dem Katzenberger Haus in Pforzheim wegen Waffenherausgabe) 1921-1934

355-357 Ulmer, Michael, von Dietlingen, Sozialistengesetz 1881-1882

Findmittel: Kartei

5. Landgericht Konstanz
Abt. 244

In Sachen gegen

100-101 Belli, Josef, Rammersweier, Sozialistengesetz 1881-1882

102 Berthold, Otto, Schreiner aus Ruhland, Sozialistengesetz 1879

115 Hermann, Eduard, aus Berlin, Sozialistengesetz 1879

100-101 Mohr, Albert, Immenstaad, Mohr, Theodor, Immenstaad, Mohr, Josefa, geb. Hund, Immenstaad, Mohr, Pauline, geb. Hund, Immenstaad, Sozialistengesetz 1881-1882

100-101 Rebstein, Johann, Immenstaad, Sozialistengesetz 1881-1882

Findmittel: Kartei

6. Landgericht Offenburg
Abt. 247

In Sachen gegen

58-59 Boulanger, Johann, Offenburg, Sozialistengesetz 1884

141-151 Geck, Adolf, Redakteur aus Offenburg, Majestätsbeleidigung, Beleidigung durch die Presse u.ä. 1882-1894

152 Ders. und Geck, Eugen, Offenburg, Verbreitung verbotener Druckschriften 1890

153-159 Ders., Beleidigung durch die Presse 1890-1897

183 Ders., Beleidigung durch die Presse 1891

183 Guttenstein, Ludwig, Karlsruhe, Beleidigung durch die Presse 1891

Findmittel: Kartei

7. Amtsgericht Adelsheim
Abt. 249a

Zug. 1970/36 Fasz. 86-86a Strafsache gegen die KPD-Anhänger Hermann Angstmann, Arbeiter zu Kleineicholzheim, und Manfred Stein, Bäcker in Schweinfurt, wegen Verteilung von Flugblättern 1933-1957

Findmittel: Ablieferungsverzeichnis

8. Amtsgericht Bruchsal
Abt. 255

370 In Sachen Dr. Robert Duttenhofer, Rechtsanwalt und Stadtrat in Bruchsal, gegen Johann Knopf, Veterinärrat Gehri, Heinrich Odenheimer, Jakob Schwanninger, Georg Kunz, Georg Mülle und Elise Holzmüller wegen Beleidigung und Veröffentlichung eines Artikels in der kommunistischen Zeitung 1927-1930

Strafverfahren gegen

377 Wilhelm Staiber wegen Verwendung des Reichsbanners als Saalschutz für eine SPD-Versammlung im Bürgerhof Bruchsal 1933

371-373 Teilnehmer einer SPD-Wahlversammlung im Bürgerhof Bruchsal wegen Waffenmißbrauch 1933-1939

375 Julius Lautenschläger, Kaufmann und früherer SPD-Gemeinderat in Karlsdorf, wegen regierungsfeindlicher Äußerungen im Gasthaus Krone in Weiher 1934-1956

Findmittel: Kartei

9. Amtsgericht Karlsruhe
Abt. 270

Strafverfahren gegen

39 Adolf Hektor Dillinger von Rastatt wegen Verbreitung eines Aufrufes an die Wähler des SPD-Reichstagskandidaten Adolf Geck von Offenburg 1879-1880

40 Desgl. 1881

41 Desgl. 1887

904 Georg Ohligmacher und Genossen aus Rastatt wegen Abhaltung verbotener kommunistischer Versammlung 1925

827 Polizeiwachtmeister Adolf Kimmig und Polizeisekretär August Furrer wegen Körperverletzung bei der kommunistischen Versammlung in der Festhalle Karlsruhe 1929

825 den KPD-Anhänger Gustav Adolf Kappler und Genossen wegen Landfriedensbruch 1930-1931

941 die KPD-Anhänger Walter Erwin Vogel und Max Batschauer aus Karlsruhe wegen Landfriedensbruch 1930-1932

770 Eugen Benz wegen Verbreitung kommunistischer Flugblätter 1931

957 den Kommunisten Josef Weber aus Hornberg wegen unerlaubter Plakatanbringung 1931

822 Ludwig Heim aus Karlsruhe-Mühlburg wegen Verbreitung unerlaubter kommunistischer Flugblätter 1931

791 Ludwig Philipp Bull aus Karlsruhe-Bulach wegen Verteilung kommunistischer Flugblätter 1931

912 die KPD-Anhänger Friedrich Preuß und Friedrich Hoch aus Karlsruhe wegen Landesfriedensbruch 1931

916 KPD-Anhänger Georg Räpple aus Karlsruhe wegen Teilnahme an einer schweren Schlägerei mit Nationalsozialisten 1931

913 die KPD-Anhänger Friedrich Preuß und Oswald Nagel aus Karlsruhe wegen Teilnahme an einer nicht genehmigten Versammlung und wegen Beleidigung 1931-1932

790 den Kommunisten Albert Brusel wegen Abhaltung einer Erwerbslosenversammlung in Ettlingen 1931-1932

786-787 den Schlosser und kommunistischen Landtagsabgeordneten Hermann Bönnig wegen Abhaltung unerlaubter Versammlungen 1931-1935

789 die KPD-Anhänger Friedrich Brunner, Hermann Höll, Robert Füg, Artur Ganz und Bernhard Dannenmaier, alle aus Daxlanden, wegen Widerstand, Ruhestörung und unerlaubtem Waffentragen 1931-1936

951 den Kommunisten Karl Walter aus Allfeld und Genossen und gegen Nationalsozialisten wegen einer Schlägerei in Kleinsteinbach 1931-1939

936-938 die KPD-Anhänger Ludwig Streit und Genossen und gegen NSDAP-Mitglieder wegen einer Schlägerei bei einer Bürgerausschußsitzung darin: Lichtbildaufnahmen 1931-1952

788 Walter Brückel (NSDAP), Karl Erb (SPD), Wilhelm Giesecke (NSDAP), Josef Schwenk (NSDAP), Friedrich Wackershauser (KPD), Adolf Betz (KPD) und Friedrich Karl Attner (KPD) wegen unerlaubten Zettelanklebens und Flugblattverteilens 1932

697 Ludwig Hofmann aus Neuwied, Beschlagnahme der Broschüre „Die kommunistische Internationale und der Krieg" 1932

783 Josef Beck, Korbmacher aus Karlsruhe, wegen Verbreitung kommunistischer Flugblätter 1932

689 den KPD-Anhänger Anton Gerstner und Genossen wegen eines nicht genehmigten Umzuges und wegen Anbringung von Thälmann-Wahlplakaten in Mörsch 1932-1933

675 die KPD-Anhänger Ludwig Deck, Magnus Graf und Otto Naumann, alle aus Karlsruhe, wegen unerlaubter Flugblattverteilung 1932-1934

819 die KPD-Anhänger Josef Gröner und Karl Vogel aus Ettlingen wegen unerlaubten Plakatanklebens 1932-1936

743-744 die KPD-Anhänger Valentin Adler und Genossen wegen Störung der Gemeinderatssitzung in Oberhausen und Abhaltung von Erwerbslosenversammlungen 1932-1937

794-796 KPD-Anhänger Otto, Albert und Hermann Butz aus Durlach wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung 1932-1958

702 Mathias Kohlborn und Genossen, Mitglieder der Eisernen Front, wegen eines Tumultes in Ötigheim 1933

703-705 den SPD-Anhänger Anton Schlotter und Genossen wegen eines Tumultes in Ötigheim 1933

758 die KPD-Anhänger Leopold Becker und Genossen aus Durmersheim wegen Störung einer Gemeinderatssitzung ebendort 1933-1934

694-695 Erwin Heiler aus Karlsruhe wegen Verbreitung der „Roten Fahne" 1933-1936

676 den Kommunisten Ludwig Deck aus Karlsruhe wegen Verteilung der „Roten Fahne" 1933-1949

699 Wilhelm Friedrich Käser und Josef Düringer aus Karlsruhe wegen Verbreitung kommunistischer Flugschriften 1933-1950

718 den Kommunisten Erwin Neureuther aus Mörsch wegen verschiedener Verstöße 1933-1950

728 Willi Stauch aus Karlsruhe wegen Verbreitung kommunistischer Druckschriften 1933-1950

759 Wilhelm Belschner wegen Verbreitung kommunistischer Druckschriften 1933-1951

831 Eugen Bachmann, Johann Scharf, Karl Fränkl und Jean Dreyfuß wegen Verbreitung der kommunistischen Druckschrift „Rote Fahne" 1933-1970

Findmittel: Kartei

10. Amtsgericht Mannheim
Abt. 276

Vereinsregister

268 Katholischer Arbeiterverein Seckenheim e.V. 1908-1936

403 Arbeiterturn- und Sportverein 1887 Mannheim-Feudenheim 1920-1933

389 Arbeiterturn- und Sportverein Mannheim-Rheinau 1920-1933

464 Katholischer Arbeiterverein Edingen a.N. 1924-1931

479 Arbeiterturn- und Sportverein Ilvesheim 1925-1933

476 Verein für Arbeiterwohlfahrt Mannheim 1925-1935

491 Arbeitergesangverein Sängervereinigung Mannheim-Waldhof 1926-1928

489 Arbeitersportkartell Mannheim e.V. 1926-1933

519 Arbeiterturn- und Sportbund Deutschland, 10. Kreis 1929-1933

526 Arbeiterwassersportverein Mannheim-Sandhofen 1930-1933

525 Arbeiterkultur- und Sportvereinigung Neckarhausen e.V. 1930-1933

544 Arbeitersportvereinigung Waldhof 1932-1933

In Abt. 276 befinden sich außerdem etwa 500 Strafakten aus dem Zeitraum 1923-1932, von denen eine größere Anzahl politische Vergehen betrifft. Die Akten sind jedoch im wesentlichen nur nach dem Namensalphabet ohne Nennung der Parteizugehörigkeit oder genauere Beschreibung des Vergehens erfaßt, so daß hier nur summarisch darauf hingewiesen werden kann.

Findmittel: Kartei

11. Staatsanwaltschaften
Abt. 309

Der Bestand enthält hauptsächlich Akten der Freiburger und Karlsruher Staatsanwaltschaften.

1138 Strafsache gegen Pfarrer Eckert wegen Beleidigung des Pfarrers Friedrich Müller im „Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes" (Zeitung der religiösen Sozialisten) 1927

1157 Strafsache gegen Paul Rücker aus Johnsdorf, Sekretär der Roten Hilfe (Republikschutzgesetz) 1927

1170 Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in einer öffentlichen kommunistischen Versammlung im „Apollo" in Karlsruhe 1928

1107-1108 Anzeige gegen Unbekannt wegen Beschimpfung des Reichspräsidenten Ebert 1928

1143 Strafsache gegen den Kommunistenführer Max Hölz wegen einer Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten bei einer öffentlichen Versammlung im Karlsruher großen Festhallesaal 1929

1126 Anzeige wegen Verteilung der Roten Schülerzeitung in den Gewerbeschulen Karlsruhe und Durlach 1929-1930

1169 Anzeigen wegen Verteilung der Roten Schülerzeitung in Durlach 1930

1159 Strafsache gegen den Kommunisten Alfred Sälzer aus Mannheim wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz 1930

1123 Anzeige gegen Unbekannt wegen einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten, Kommunisten und Reichsbannerleuten in der Wirtschaft „Zum Goldenen Löwen" in Beiertheim 1932

1202 Haftliste der Staatsanwaltschaft Pforzheim u.a. mit wegen Landfriedensbruch Festgenommenen 1932

1177 Strafsache gegen Johannes Wildgrube, led. Werkzeugmacher aus Neukölln, wegen Gotteslästerung 1927

1118 Strafsache gegen Fritz Feyer und Genossen in Daxlanden wegen Verteilung von sozialdemokratischen Flugblättern 1931-1932

1144 Anzeige wegen Schußwechsel zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten 1932-1933

Findmittel: Kartei

V. NACHLÄSSE

1. Nachlaß Adolf Geck
Abt. 69 N Geck

Das Verzeichnis des Nachlasses des sozialdemokratischen Politikers Adolf Geck (1854-1942) ist veröffentlicht (Günther Haselier, Inventar des Nachlasses Adolf Geck im Generallandesarchiv Karlsruhe. Veröffentlichungen der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, Bd. 27, Karlsruhe 1975). Daher wird im Folgenden nur summarisch auf wichtige Materialgruppen des Nachlasses verwiesen (s.a. G. Haselier, Adolf Geck als Politiker und Mensch im Spiegel seines schriftlichen Nachlasses, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 115 (1967, Heft 2), S. 331-430).

Korrespondenz (ca. 1880-1940)	u.a. mit August Bebel, Dr. Heinrich Hansjakob, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und Karl Kautsky
Parteipolitisches (1873-1932/33)	Korrespondenz mit Wilhelm Liebknecht, Drucksachen von Parteitagen, Prozeßakten, Unterlagen über SPD, USPD und VSPD, Zeitungsausschnitte
Drucksachen (1799-1932)	Protokolle der SPD-Parteitage 1890-1913, Protokolle der Parteitage der badischen SPD 1908-1914, Broschüren und Flugblätter 1848-1932, linksgerichtete Zeitungen 1906-1932

VI. VERSCHIEDENES

1. Aus US-Gewahrsam in Alexandria zurückgegebenes Schriftgut
Abt. 465d

1393 Fernschreiben der Staatspolizeileitstelle Karlsruhe wegen Fahndung nach kommunistischen Funktionären 1936-1938

1367 Politische Beurteilung verschiedener Personen 1944

Findmittel: Repertorium

2. Regierungspräsidium Nordbaden
Abt. 466

Der Bestand enthält Akten verschiedener Vorgängerbehörden (z.B. Innenministerium), die von dem nach 1945 eingerichteten Regierungspräsidium übernommen und später an das Archiv abgeliefert wurden.

1652 Auszahlung der Löhne in der Industrie; Fabrikkantinen 1879-1942

1649-1651 Wirtschaftliche, soziale und gesundheitliche Verhältnisse der Zigarrenarbeiter in Baden (1 Beilage: Zeitungsausschnitte) 1889-1942

1836 Soziale Lage der Bijouteriearbeiter 1899-1927

1664 Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeitsschutz 1901-1925

1808 Abrechnung der Unterstützenden der Erwerbslosenfürsorge 1918-1927

1683 Krankenversicherung der Erwerbslosen (Normalia) 1918-1942

1445 Sozialisierung des Großgrundbesitzes (Eingaben, Zeitungsausschnitte) 1919-1920

1629-1630 Sonderfürsorge bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit (Generalia; 1 Beilage: Statistik) 1919-1932

2219 Arbeitsvermittlung 1920-1937

1807 Wanderscheine für Arbeitssuchende 1921-1933

1631-1633 Gewährung einmaliger Beihilfen an Erwerbslose aus Landes- und Reichsmitteln 1923-1933

1653 Gesetz über Arbeitsvermittlung hier: Vergütungssätze der Krankenkassen, der Reichsknappschafts- und der Seekasse aus den Beiträgen zur Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (Normalia) 1923-1943

1654 Desgl. (Generalia) 1924-1928

1812-1813 Landesausgleichskasse (1 Beilage) 1924-1928

1810 Reichsausgleichskasse (Normalia) 1925-1927

1634-1636 Gesetz über eine Krisenfürsorge für Erwerbslose 1926-1936

2220 Entlohnung der Notstandsarbeiter; Bestimmungen über öffentliche Notstandsarbeiten 1926-1936

1811 Reichsausgleichskasse (Generalia) 1926-1938

1823 Einziehung, Abführung, Verwaltung und Abrechnung der Beiträge zur Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung durch die Einzugstellen 1927-1938

1628 Sonderfürsorge bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit (Normalia) 1928-1932

1802 Mißbrauch in der Arbeitslosenversicherung 1928-1932

1622 Arbeitslosigkeit in Baden 1928-1934

1621 Kontrolle der Arbeitslosen und Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung 1928-1938

1799 Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (Normalia) 1929

1800 Desgl. 1932

1801 Desgl. 1933-1944

1805 Übertragung von Geschäften der Arbeitsämter an die Gemeinden und deren Entschädigung hierfür 1929-1932

1627 Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (Sitzungen des Vorstands, Sitzungsprotokolle) 1932-1933

1818 Arbeitslosenversicherung kleinbäuerlicher Arbeiter 1933

2075 Bildung von Vertrauensräten nach dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit 1934-1939

1842 Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit
hier: Bildung der Vertrauensräte 1934-1939

2078 Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit 1934-1939

2077 Deutsche Arbeitsfront 1934-1944

2073 Schönheit der Arbeit 1936-1942

Findmittel: Kartei



FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG UND ANGRENZENDER GEBIETE (31)

Bearbeitet von Ursel Fadle

Die IWK versucht, systematisch alle Forschungs- und Publikationsvorhaben zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete zu erfassen. In dieser Rubrik werden regelmäßig die Ergebnisse dieser Erhebungen veröffentlicht. Bei der weiten Verbreitung der IWK in Fachkreisen ist mit der Anzeige eines Forschungsvorhabens gewährleistet, daß es allgemein zur Kenntnis genommen, somit Doppelarbeit vermieden und Kooperation gefördert wird. Die Redaktion bittet daher alle Bearbeiter einschlägiger Projekte – die in Frage kommenden Themenbereiche sind nachstehend erläutert – um Ergänzung und Rücksendung des Fragebogens, der in jedem Heft als Anhang abgedruckt ist. Auf Wunsch werden Ihnen weitere Fragebogen von der Redaktion übersandt. Auch die Mitteilung von Projekten Dritter ist erwünscht. Juristische Bedenken hiergegen bestehen insofern nicht, als eine Titelanzeige in der IWK nur nach Rücksprache mit dem Bearbeiter erfolgt.
Die Kriterien für die Aufnahme in das Titelverzeichnis sind nicht immer scharf abzugrenzen. Neben Projekten zur Geschichte der deutschen, österreichischen und schweizerischen Arbeiterbewegung, zur Geschichte der Internationalen und zur Marx-Forschung finden verwandte Untersuchungen der Politologie und der empirischen Soziologie sowie Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Berücksichtigung, soweit sie sich mit den Problemen der Industrialisierung, Firmengeschichte und Unternehmerbiographie befassen. Einschlägige Vorhaben über andere Länder werden dann aufgenommen, wenn ein breiteres Interesse der deutschsprachigen Forschung vorausgesetzt werden darf oder wenn sie von Gelehrten der Bundesrepublik bearbeitet werden.

Eine dringende Bitte an unsere Leser!

Um die Berichterstattung über den Fortgang der gemeldeten Forschungs- und Publikationsvorhaben jeweils auf dem neuesten Stand zu halten, bittet die Redaktion dringend darum, ihr auch Mitteilungen über den Stand von bereits angezeigten Projekten zukommen zu lassen. Insbesondere wenn Arbeiten abgeschlossen, publiziert, Titel oder Gegenstand geändert oder aufgegeben wurden, bitten wir um Nachricht. Nur so können wir vermeiden, daß das Verzeichnis der Forschungs- und Publikationsvorhaben der IWK zu einem sogenannten Projektfriedhof ohne tatsächlichen Wert als Hilfsmittel für die Forschung wird. Bitte verwenden Sie die Rückseite des Projekt-Fragebogens am Schluß dieses Heftes.

Die Redaktion dankt für freundliche Beachtung und Unterstützung.

Titelverzeichnis

Wenn Sie sich mit den Bearbeitern der Projekte in Verbindung setzen wollen, wenden Sie sich bitte an die genannten Anschriften der Institutionen, die das Projekt mitgeteilt haben bzw. an die in der Projektmeldung aufgeführten Betreuer oder Forschungseinrichtungen.

AIMS = American Institute for Marxist Studies, Newsletter
20 East 30th Street, New York, N.Y. 10016

IMS = Informationen zur modernen Stadtgeschichte
Deutsches Institut für Urbanistik
Straße des 17. Juni 112, 1 Berlin 12

WSN = War and Society Newsletter
Militärgeschichtliches Forschungsamt
Freiburg i.Br.

TAH = Tidskrift for Arbeiderbevegelsens Historie
Gøteborggt. 8, Oslo 5 (Norwegen)

A. GESCHICHTSWISSENSCHAFT, HILFSMITTEL

B. QUELLENVERÖFFENTLICHUNGEN, NEUDRUCKE, ÜBERSETZUNGEN

C. SOZIALISTISCHE THEORETIKER BEITRÄGE ZUR IDEENGESCHICHTE

3494 BORGERT, L. (Universität Münster): **Engels und die deutsche Marinepolitik.** – In Bearbeitung. – Hinweis in WSN, Nr. 4 (1976).

3495 PETERSON, Richard (State University of N.Y., Buffalo): **Habermas' theory of cognitive interests.** – Hinweis in AIMS XIII, Nr. 6 (1976).

3496 HAARDT, Ralph (Ruhr-Universität Bochum): **Franz Jung: literarisches Werk und Bedeutung in der Weimarer Republik.** – Staatsexamensarbeit (bei Prof. Sigmund D. Wolf). – Ms-Abschluß voraussichtlich Frühjahr 1977.

3497 SCHRADER, Fred E. (Amsterdam): **Zur Entstehung von „Zur Kritik der politischen Ökonomie". Die marxschen Manuskripte von 1850-1861.** (Vorarbeiten für das „Ökonomie"-Buch (ab 1850); „Rohentwurf" und andere Hefte (um 1857/58); „Zur Kritik . . ." und unmittelbare Vorarbeiten (1885-1861). Quellen: Marx-Engels-Nachlaß.) – Diss. (bei Prof.B. Tuschling). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1977.

3498 MARX, Editha (Universität München): **Puritanische Satire im englischen Bürgerkrieg 1642 bis 1649 am Beispiel Richard Overtons.** – (Linksliberale revolutionäre Agitation und Propaganda in der Epoche der englischen Revolution. Quellen: unpublizierte Flugblätter.) – Diss. (bei Prof. Christian Enzensberger). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1977.

3499 ALBRECHT, Willy (Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn): **Georg von Vollmar: Beiträge zur sozialdemokratischen Reformpolitik. Ausgewählte Reden und Schriften.** – Edition. – Abgeschlossen. Soll im Frühjahr 1977 im Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Berlin – Bonn-Bad Godesberg, veröffentlicht werden.

3500 STURM, Reinhard (Universität Göttingen): **Untersuchungen zu frühen sozialdemokratischen Faschismustheorien.** (Analyse der ersten Beiträge sozialdemokratischer Autoren – Braunthal, Ellenbogen, Deutsch, Olberg, Hamburger u.a. – über den italienischen, deutschen und deutsch-österreichischen Faschismus in den frühen zwanziger Jahren. Akzente: Entstehung, soziale Basis, gesellschaftliche Funktion des Faschismus, antifaschistische Strategieansätze.) – Staatsexamensarbeit (bei Prof. Helga Grebing). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Sommer 1977.

3501 GIES, Ulrike (Universität Münster): **Zur Faschismus-Interpretation der Sozialdemokratie in der Endphase der Weimarer Republik.** – (Quellen: theoretische Beiträge in den Zeitschriften „Die Gesellschaft", „Die Arbeit", „Der Klassenkampf".) Magisterarbeit (bei Prof. Arno Klönne). – Abgeschlossen.

3502 BOCK, Hans Manfred (Gesamthochschule Kassel): **Zur rätekommunistischen Kritik am Leninismus und Stalinismus.** – (Zusammenfassung und Diskussion der rätekommunistischen Analyse des Leninismus und Stalinismus der 20ger und 30ger Jahre. Quellen: Periodika und Broschüren der rätekommunistischen Bewegung.) – Anfangsstadium der Bearbeitung. – Soll im Dezember 1977 in „Jahrbuch Arbeiterbewegung – Geschichte und Theorie", Bd. 5, Verlag Fischer, Frankfurt/M., veröffentlicht werden.

D. BIOGRAPHISCHE BEITRÄGE

3503 SCHULZE, Hagen (Universität Kiel): **Ein Briefwechsel zwischen Otto Braun und Joseph Wirth im Exil.** – (Quellen: Nachlaß Otto Braun, GStA Berlin.) – Edition. – Abgeschlossen. – Veröffentlichung im 2. Halbjahr 1977 in den Vierteljahresheften für Zeitgeschichte geplant.

3504 TITLESTAD, Torgrim: **Peder Furubotn, 1890-1975.** – In Bearbeitung. Hinweis in TAH, Nr. 1 (1977).

3505 TRAUTMANN, Fredrick (Temple University, Philadelphia): **The Voice of Terror: Johann Most and Criminal Anarchism in Europe and America.** Biographie. – Anfangsstadium der Bearbeitung.

3506 KAISER, Jochen-Christoph (Universität Münster): **Max Sievers als politischer Emigrant 1933-1944.** (Der Anfang in Brüssel; Ausbürgerung, Herausgabe von „Der Freidenker" und „Freies Deutschland"; Flucht und Festnahme in Frankreich; der Prozeß vor dem Volksgerichtshof.) – Aufsatz. Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1977.

E. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG

I. Allgemeine Darstellungen und Darstellungen über größere Zeiträume

3507 TEUTEBERG, Hans (Institut für vergleichende Städtegeschichte, Münster): **Wohnungsnot und soziale Frage im 19. Jahrhundert.** – In Bearbeitung. – Hinweis in IMS, H. 2 (1976).

3508 HOFSCHEN, Heinz-Gerd (Universität Marburg/L.): **Entwicklung und Funktion gesellschaftspolitischer Konzeptionen in der SPD seit 1966.** Staatsexamensarbeit (bei Prof. Hans Karl Rupp). – Ms.-Abschluß voraussichtlich März 1977.

3509 WREDE-BOUVIER, Beatrix (Institut für Sozialgeschichte Braunschweig-Bonn): **Das Bild des revolutionären Frankreich in der sozialistischen deutschen Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg 1789-1848-1871.** (Initialfunktion der französischen Revolution für die proletarische Emanzipationsbewegung. Rezeption bei frühsozialistischen Intellektuellen, Auslandsvereinen und frühen Arbeiterorganisationen. Umsetzung von erlebten bzw. tradierten Ereignissen in Geschichtsbewußtsein. Quellen: Zeitungen, Zeitschriften, Protokolle, Briefwechsel, Broschüren, Werkausgaben, Memoiren, Nachlässe.) – Monographie. – Anfangsstadium der Bearbeitung.

3510 BUSS, Wilfried (Universität Bochum): **Untersuchungen zur sozio-kulturellen Situation der deutschen Arbeiterlyrik von ihren Anfängen bis zur Gründung der Gruppe 61.** – Staatsexamensarbeit. – Abgeschlossen. – Exemplar ist im Archiv Arbeiterdichtung, Dortmund, vorhanden.

3511 KESSENS, Agnes (Universität Münster): **Aspekte der Arbeiterliteratur in der Bundesrepublik nach 1960.** – Staatsexamensarbeit. – Abgeschlossen. Exemplar im Archiv Arbeiterdichtung, Dortmund, vorhanden.

II. Darstellungen in zeitlicher Folge

a) Von den Anfängen bis zum Ende des Sozialistengesetzes

3512 SCHOMERUS, Heilwig (Universität Heidelberg): **Geschichte und Typisierung der Fabrikordnungen im europäischen Vergleich 1800-1880.** (Arbeitgeber/Arbeitnehmerverhältnis vor Eintreten der Sozialgesetzgebung. Quellen: Fabrikordnungen verschiedener Branchen und Standorte.) – Habil. (bei Prof. W. Conze). – Geplant.

3513 FEIGE, Eckhard und Eberhard B. PLÜMPE (Universität Bremen): **Die Herausbildung der deutschen Gewerkschaften im Zusammenhang mit der sozialökonomischen Entwicklung und der Einfluß des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) sowie des Verbandes Deutscher Arbeitervereine (VDAV) auf diesen Entstehungsprozeß.** – Staatsexamensarbeit (bei Prof. Adelheid Biesecker und Prof. Bodo Voigt). – Abgeschlossen.

b) 1890-1914

3514 BENDELE, Ulrich (Universität Frankfurt): **Die bildungspolitische Theorie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie in ihren sozialgeschichtlichen Dimensionen zwischen Integration und Subversion im wilhelminischen Deutschland (1890-1914).** – (Stellenwert der Bildungspolitik innerhalb der Arbeiterbewegung. Sozialdemokratische Schulpolitik und Pädagogik – „sozialistisch" oder „reformpädagogisch"? Quellen: sozialdemokratische und bürgerliche zeitgenössische Publikationen). – Diss. (bei Prof. Walter Fabian). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Herbst 1977.

3515 ROEDIG, Ch. (Universität Würzburg): **Die deutsche Sozialdemokratie und die Militärfrage (1897-1913).** – In Bearbeitung. – Hinweis in WSN, Nr. 4 (1976).

c) Weltkrieg und Revolution

———

d) Weimarer Republik

3516 LANGEWISCHE, Dieter (Universität Würzburg): **Studien zur Sozialgeschichte der Arbeiterschaft in der Weimarer Republik.** – (Regionale Mobilität, Betriebswechsel, Streikverhalten, nachschulische Bildung.) – Habilitation. – Ms.-Abschluß voraussichtlich 1978/79.

3517 SCHULZE, Hagen (Universität Kiel): **Fraktionsstruktur und politische Stabilität in der Weimarer Republik.** (Ursachen der politischen Labilität des Reichs bei gleichzeitiger Stabilität Preußens. Strukturvergleich der SPD-Fraktionen im Reichs- und preußischen Landtag. Quellen: Handbücher des Reichs- und Landtags, IISG Amsterdam, ASD Bonn.) – Ms.-Abschluß voraussichtlich Frühjahr 1977.

3518 KAISER, Jochen-Christoph (Universität Münster): **Arbeiterkulturbewegung und religiöse Frage. Der Kampf der proletarischen Freidenkerverbände gegen Christentum und Kirchen in der Weimarer Republik.** – (Organisationsgeschichte, Wirkungen auf die Kultuspolitik, Reaktionen staatlicher und kirchlicher Institutionen, internationale Beziehungen.) – Diss. (bei Prof. Heinz Gollwitzer). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1978.

3519 FÄHNDERS, Walter (Universität Osnabrück): **Proletarisch-revolutionäre Literatur der Weimarer Republik.** (Zusammenfassung des 'gesicherten' Forschungsstandes, Bibliographie der Sekundärliteratur.) – Monographie. – In Bearbeitung. – Wird im Herbst 1977 im Verlag Metzler, Stuttgart, publiziert.

3520 HANSEN, E.-W. (Universität Hamburg): **Wehrwirtschaft in der Weimarer Republik. Studie zum Verhältnis zwischen Militär und Industrie in Deutschland 1923-32.** – In Bearbeitung. – Hinweis in WSN, Nr. 4 (1976).

3521 LINSE, Ulrich (München): **Die freien sozialistischen Arbeiter-Jugendbünde der Weimarer Zeit.** – (Freie proletarische Jugend, Freie sozialistische Jugend, Wanderscharen, Landfahrer. Quellen: Zeitschriften der Bünde, Interviews.) In Bearbeitung. – Soll 1978 im dipa-Verlag, Frankfurt/M., erscheinen.

3522 BOCK, Hans Manfred (Hrsg.) (Gesamthochschule Kassel): **Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Mit einem Kommentar des Herausgebers.** – (Darstellung des Berichts des Gründungskongresses der KAPD vom April 1920 als zentrales Dokument für die innerparteilichen Differenzen in der Frühgeschichte der KPD im Rahmen des Kommentars. Quellen: Periodika des organisierten Kommunismus in Deutschland im Jahre 1920 und ungedruckte KAP-Materialien.) Edition. – Anfangsstadium der Bearbeitung. – Wird im Dezember 1977 in „Jahrbuch Arbeiterbewegung – Geschichte und Theorie", Bd. 5, Verlag Fischer, Frankfurt/M., veröffentlicht.

3523 LUTHARDT, Wolfgang (Hrsg.) (Berlin): **Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1928-1933.** (Arbeitstitel). – (Kommentierte Materialiensammlung zur Struktur von Politik, Recht und Ökonomie. Quellen: Zeitungen, Zeitschriften, Jahrbücher, Protokolle.) – Edition Abgeschlossen. – Veröffentlichung in 2 Bänden Dezember 1977 im Verlag Suhrkamp, Frankfurt/M., geplant.

3524 REŃGSTORF, Ernst-Victor (Universität Göttingen): **Die Auseinandersetzungen der „Klassenkampf"-Gruppe mit der Koalitions- und Tolerierungspolitik der SPD 1928-1931.** – Staatsexamensarbeit (bei Prof. Peter Lösche). – Abgeschlossen. – Veröffentlichung geplant.

3525 SANDMAIER, Hanspeter (TU Berlin): **Die Politik der Verteidigung der Republik durch SPD, Gewerkschaften, das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold", die „Eiserne Republikanische Front zur Abwehr des Faschismus" 1932-1933. Realitäten und Möglichkeiten.** (Quellen: Zeitungen, zeitgenössische Publikationen der Verbände.) – Staatsexamensarbeit (bei Dr. Wolfgang Hofmann). – Abgeschlossen.

3526 LUTHARDT, Wolfgang (TH Hannover): **Rechts- und Verfassungstheorie am Ende der Weimarer Republik (1928-1933).** – (Analysen von Hugo Sinzheimer, Ernst Fraenckel, Franz Neumann, Otto Kahn-Freund, Otto Kirchheimer und ihre theoretischen Aussagen zu Staat, Recht und Verfassung.) – Diss. (bei Prof. Jürgen Seifert). – Anfangsstadium der Bearbeitung.

3527 HENNING, Eike und Heinz KNOTH (Universität Frankfurt): **Faschistische Öffentlichkeit.** – (Unterschiedliche Präsentationsformen von Politik durch die Parteien in der Endphase der Weimarer Republik. Ein empirischer Beitrag zum Anteil subjektiver Momente an der Entwicklung des Faschismus zur Massenbewegung. Quellen: Filme, Massenbroschüren, Plakate, Interviews.) – Forschungsprojekt. – Anfangsstadium der Bearbeitung.

3528 REBENTISCH, Dieter (Frankfurt/M.): **Kommunalpolitik, Konjunktur und Arbeitsmarkt in der Endphase der Weimarer Republik.** – Aufsatz. Abgeschlossen. – Hinweis in IMS, H. 2 (1976).

e) 1933-1945

3529 SCHULZ, Lienhard (FU Berlin): **Hilferdings Revolutionsprogramm: Das Prager Manifest von 1934. Innerparteiliche Bedingungen der SPD und Gehalt des Prager Manifests.** (Entstehungs- und Wirkungsgeschichte. Inhaltlicher Niederschlag der Forderungen der innerparteilichen Opposition im Manifest. Modifizierte Fortsetzung des Reformismus oder Reorientierung am „rev. Marxismus"? Quellen: IISG, Amsterdam.) – Dipl. Abgeschlossen.

3530 PAUWELS, Jacques Robert (York University, Toronto): **Women and University Studies in the Third Reich, 1933-1945.** – (Haltung des Nationalsozialismus dem Frauenstudium gegenüber, Reaktion der Hochschulstudentinnen.) – Diss. (bei Prof. Michael H. Kater). – Abgeschlossen. – Veröffentlichung bei Cornell University Press geplant.

3531 BIENE, Thomas (Universität Münster): **Kommunikationsgeschichte im Exil Benelux 1933-1940. Darstellung der publizistischen Aktivitäten von Emigranten.** – (Kommunikationssystem und Mediengeschichte der deutschen Exilpublizistik in Benelux.) Diss. – Ms.-Abschluß voraussichtlich 1978.

3532 BREMER, Jörg (Universität Heidelberg): **Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) im Untergrund und im Exil von 1933-1945.** – (Schwerpunkt: ideengeschichtlicher Wandlungsprozeß in der SAP. Quellen: Exilpresse und zeitgenössische Korrespondenz, Befragungen ehemaliger SAP-Mitglieder wie Prof. W. Fabian, Fritz Lamm, Dr. B. Goldenberg, Rose Frölich, Willy Brandt, Irmgard Enderle.) Diss. – Ms.-Abschluß voraussichtlich Frühjahr 1977.

3533 FÖLSTER, Dieter (TU Berlin): **Vorstellungen und Programmdiskussion deutscher Gewerkschafter in Exil und Illegalität (1933-45).** – (Programmdiskussionen vor allem in Schweden und Großbritannien. Quellen: veröffentlichte und unveröffentlichte Materialien der Gewerkschaftsarbeit aus dieser Epoche.) – Staatsexamensarbeit. Abgeschlossen.

f) Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

3534 LÜBKE, Volkmar (FU Berlin): **Politische Erwachsenenbildung in Parteien der westlichen Besatzungszone und der Bundesrepublik Deutschland von 1945-1955.** – (Ziele, Inhalte und Methoden der politischen Erwachsenenbildung in KPD und SPD. Der konzeptionelle Wandel auf dem Hintergrund der parteipolitischen Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Bezirke Schleswig-Holstein, Bayern und Berlin bei der SPD.) – Dipl. (bei Prof. Josef Olbrich und Dr. Lutz v. Werder). – Abgeschlossen.

3535 HECKER, Wolfgang (Universität Marburg/L.): **Die Entwicklung der Gewerkschaften in der französischen Besatzungszone (1945-1949).** – Badischer Gewerkschaftsbund, Allgemeiner Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz und der Gewerkschaftsbund Süd-Württemberg und Hohenzollern vor dem Hintergrund der französischen Besatzungspolitik und der politischen Entwicklung in der französischen Besatzungszone. Quellen: Archive, Gewerkschaftszeitungen und -protokolle, Interviews.) Diss. (bei Prof. Frank Deppe). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Mitte 1978.

g) BRD

3536 REICHARD, Helmut (Universität Münster): **Die Darstellung des Verhältnisses von Jugend und Gesellschaft in der Jugendsoziologie der BRD unter Berücksichtigung der demokratischen Jugendbewegung von 1904 bis zur Gegenwart.** (Arbeitstitel.) – (Zur Kontinuität und Diskontinuität der demokratischen Jugendbewegung in bezug auf gesellschaftliche Problematik und Entwicklungsformen bzw. -verlauf.) Diss. (bei Prof. H.-J. Krysmanski und Prof. Arno Klönne). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Sommer 1977.

h) DDR

3537 DÄHN, Horst (Universität Stuttgart): **Das Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR.** – (Quellen: Kirchliche Archive in Berlin (West) und in der Bundesrepublik.) – Habil. – Ms.-Abschluß voraussichtlich 1978/79. Veröffentlichung geplant.

III. Regionale und lokale Darstellungen

a) Regional

3538 FISCHER-DEFOY, Christine (Gesamthochschule Kassel): **Der antifaschistische Widerstand der Arbeiterbewegung in Kassel und Nord h e s s e n 1933-1945.** – (Bedeutung der Arbeiterbewegung im Widerstand. Problematik des Verhältnisses zentraler Einschätzungen der Parteien und Organisationen der Arbeiterbewegung und ihrer Umsetzung „an der Basis". Quellen: lokale Archive, Gerichtsakten, Interviews.) Diss. (bei Prof. Jörg Kammler). – In Bearbeitung. – Veröffentlichung im Verlag Röderberg, Frankfurt/M., geplant.

3539 JOOSTEN, Christa (Universität Düsseldorf): **Die Arbeiterfrage am linken N i e d e r r h e i n in der Zeit von 1870-1914.** – Staatsexamensarbeit. – Abgeschlossen. – Soll evtl. als Diss. fortgesetzt werden.

3540 HORCH, Hans (TU Hannover): **Ökonomische, soziale, kulturelle und sozialpsychologische Bedingungen und Grenzen des „Patriarchalischen Systems" im Industriegebiet an der Saar im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts.** (Arbeitstitel.) – Diss. (bei Prof. E. Th. Mohl). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Dezember 1977.

3541 BUNGERT, Gerhard und Klaus Michael MALLMANN (Saarbrücken): **Beamte und Profitler grüßen mit Heil Hitler. Gewerkschaftlicher Kampf an der Saar.** – Aufsatz, mehrteilige Serie. In Bearbeitung. – Teil 1 wurde bereits veröffentlicht in: „Arbeitnehmer, Zeitschrift der Arbeitskammer für das Saarland", 25. Jg., H. 1 (Januar 1977).

3542 NEUSCHL, Sylvia (Universität Stuttgart): **Die Spaltung der SPD 1914-22 in Württemberg.** – (Organisation, innerparteiliche Auseinandersetzung und deren Auswirkungen.) – Diss. (bei Prof. E. Jäckel und Dr. A. Kuhn). Anfangsstadium der Bearbeitung.

b) Lokal

WÖLKE, Claudia (PH Rheinland, Abt. Köln): **Der sozialdemokratische Verein Aachen (Stadt und Land) und seine Tätigkeit vom Juli 1904 bis zum Dezember 1908 in der Berichterstattung der „Rheinischen Zeitung".** Abgeschlossen.

3544 RÜGER, Elke (Universität Bochum): **Die Wohnungsnot der Unterschichten in Barmen und Elberfeld in der Hochindustrialisierungsphase (1860-1910).** – Staatsexamensarbeit (bei Prof. W. Köllmann). – Abgeschlossen. – Hinweis in IMS, H. 2 (1976).

3545 PREISING, Hans-Herbert (Universität Bochum): **Die Wahlentwicklung im Stadtkreis Barmen in der Weimarer Republik.** – Staatsexamensarbeit (bei Prof. Hans Mommsen). – In Bearbeitung. – Hinweis in IMS, H. 2 (1976).

3546 MARQUARD, Frederick D. (Syracuse University New York): **Entstehung der Berliner Arbeiterklasse 1763-1848.** (Quellen: Staatsarchiv Potsdam, zeitgenössische Veröffentlichungen.) – Monographie. – Ms.-Abschluß voraussichtlich 1977. – Hinweis in IMS, H. 2 (1976).

3547 MEYER-RENSCHHAUSEN (Universität Bremen): **Die Reaktion der Arbeiter auf die Weltwirtschaftskrise am Beispiel der AG „Weser" in Bremen.** – Dipl. (bei Prof. Gottschalch). – Abgeschlossen. – Hinweis in IMS, H. 2 (1976).

3548 LIPSKI, Stephan (Universität Düsseldorf): **Die Rolle der Räte in Düsseldorf zwischen den Novemberereignissen und dem Zweiten Rätekongreß (Nov. 1918-April 1919).** – (Quellen: Stadtarchiv und Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Bundesarchiv Koblenz.) Diss. (bei Prof. W. J. Mommen). – In Bearbeitung. – Hinweis in IMS, H. 2 (1976).

3549 AFFLERBACH, Ulrich (Universität Heidelberg): **Das Elberfelder Armen-Pflegesystem.** – Dipl. (bei Prof. P. Philippi). – In Bearbeitung. Hinweis in IMS, H. 2 (1976).

3550 CHILLA, Barbara (Universität Düsseldorf): **Struktur und Bewußtseinsbildung der nicht sozialistischen Arbeitervereine in Gelsenkirchen.** (Quellen: Protokollbücher, Statuten, Festschriften, Jahrbücher, Werbetexte aus der Zeit 1890-1914.) – Staatsexamensarbeit (bei Prof. Arno Herzig). Anfangsstadium der Bearbeitung.

3551 FISCHER-DEFOY, Christine (Gesamthochschule Kassel): **Der antifaschistische Widerstand der Arbeiterbewegung in Kassel und Nordhessen 1933-1945.** – Siehe hierzu Projekt Nr. 3538 (regional).

3552 JODEIT, Klaus (Universität Hamburg): **Fortschritt oder Nationalliberalismus. Die liberalen Parteiströmungen in der Hansestadt Lübeck von 1866 bis 1898. Wahl des ersten Sozialdemokraten.** – Diss. (bei Prof. Fischer.) – In Bearbeitung. – Hinweis in IMS, H. 2 (1976).

3553 GASSE, Friedrich Wilhelm (Pädagogische Hochschule Kiel): **Politische Auseinandersetzungen in Lübeck in der Endphase der Weimarer Republik.** Staatsexamensarbeit (bei Prof. Bracker). In Bearbeitung. – Hinweis in IMS, H. 2 (1976).

3554 HUBER, Rudolf Günter (Universität Frankfurt/M.): **Kommunalpolitik der SPD in Offenbach 1898-1914.** – (Quellen: Stadtarchiv Offenbach, Tagebücher in Privatbesitz, Zeitungen und Zeitschriften, Agitationsschriften, Memoiren und Biographien.) – Diss. bei Prof. H. Stuke und Dr. D. Rebentisch . – In Bearbeitung. – Hinweis in IMS, H. 2 (1976).

3555 KLEIN, Ulrich und Klaus-Jürgen SCHERER (Marburg und Berlin (West)): **Bürgerräte gegen die Arbeiterbewegung. Untersuchungen und Dokumente zum Wuppertal 1918-1922.** – (Quellen: bisher unbekanntes Material. Schwerpunkt: Auseinandersetzung der Bürgerräte mit der Arbeiterbewegung.) – Abgeschlossen. – Veröffentlichung im Verlag Einhorn-Presse, Peter Främcke, Wentorf bei Hamburg, Frühjahr 1977.

F. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG ANDERER GEBIETE

England

3556 CLUTTERBUCK, R.L. (Exeter University): **Political violence and revolution.** – In Bearbeitung. – Hinweis in WSN, Nr. 4 (1976).

3557 HEALEY, C. (Salford University): **Labour party pressure groups and British defence policy 1964-70.** – In Bearbeitung. – Hinweis in WSN, Nr. 4 (1976).

Frankreich

3558 BOCK, Hans Manfred (Gesamthochschule Kassel): **Von der sozialdemokratischen zur sozialistischen Partei. Der Weg des „Parti Socialiste".** – (Entstehung und Entwicklung des PS im französischen Parteiensystem. Schwerpunkt: Soziologie und Programmatik. Quellen: Periodika und Archiv-Materialien.) Geplant. – Publikation für 1978 geplant.

3559 BOCK, Hans Manfred (Gesamthochschule Kassel): **Die SPD im Pressespiegel des „Parti Socialiste".** – (Darstellung und Kritik der SPD in den Periodika des „Parti Socialiste" und taktische Differenzen zwischen SPD und PS. Quellen: Sämtliche Periodika des PS seit 1971.) – Anfangsstadium der Bearbeitung. – Veröffentlichung 1977 in „Lendemains. Zeitschrift für Frankreichforschung und Französischstudien", Berlin, geplant.

Norwegen

3560 SUND, Haagen (Universität Trondheim): **Arbeiderbevegelsen i Trøndelag. Klassebasis og organisering 1875-1920.** [Arbeiterbewegung in Trøndelag. Klassenbasis und Organisierung 1875-1920.] – Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung. – Hinweis in TAH, Nr. 1 (1977).

3561 HALVORSEN, Solveig (Universität Oslo): **Det skandinaviske samarbeide mellom stenhoggerne 1890-1914.** [Die skandinavische Zusammenarbeit zwischen Steinhauern 1890-1914.] Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung. Hinweis in TAH, Nr. 1 (1977).

3562 DAHL, Odd (Universität Oslo): **Høyre og arbeidersporsmålene i 1890-årene.** [Høyre und Arbeiterfragen in den 90-er Jahren.] – Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung. – Hinweis in TAH, Nr. 1 (1977).

3563 TEIGEN, Jarle (Universität Bergen): **Arbeiderkommisjonen 1894.** [Arbeiterkommissionen 1894.] – Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung. – Hinweis in TAH, Nr. 1 (1977).

3564 FLATØY, Kirsten (Universität Trondheim): **Arbeiderpartiets kvinnebevegelse først på 1900-tallet.** [Die Frauenbewegung der Arbeiterpartei von den Anfängen bis 1900.] – Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung. – Hinweis in TAH, Nr. 1 (1977).

3565 ANDERSEN, Arvid (Universität Bergen): **Splittelsen i arbeiderbevegelsen 1918-1921/23, saerlig innen LO.** [Spaltung in der Arbeiterbewegung 1918-1921/23, besonders innerhalb der Landesorganisasion.] – Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung. – Hinweis in TAH, Nr. 1 (1977).

3566 CARTFJORD, Ståle (Universität Trondheim): **Arbeiderbevegelsen i Trøndelag ca. 1918-1924.** [Arbeiterbewegung in Trøndelag ca.1918-1924.] Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung. – Hinweis in TAH, Nr. 1 (1977).

3567 WOSTRYCH, Andrei (Universität Trondheim): **Debatten om politiske arbeiderråd in Norge 1919/20.** [Debatten um den politischen Arbeiterrat in Norwegen 1919/20.] – Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung. – Hinweis in TAH, Nr. 1 (1977).

3568 ARONSEN, Rønnang (Universität Trondheim): **Kvinners rett til arbeid i mellomkrigstida, med hovedvekt på Trondheim.** [Das Recht der Frauen auf Arbeit in der Zwischenkriegszeit, unter besonderer Berücksichtigung von Trondheim.] – Staatsexamensarbeit. In Bearbeitung. – Hinweis in TAH, Nr. 1 (1977).

3569 BULL, Ole Jakob (Universität Oslo): **Faglig og politisk utvikling blant ansatte i jernbanen i tida rundt 1920 med spesiell vekt på jernbanestreiken i 1920.** [Gewerkschaftliche und politische Entwicklung bei Beschäftigten der Eisenbahn um 1920 mit Schwerpunkt auf dem Eisenbahnerstreik 1920.] – Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung. – Hinweis in TAH, Nr. 1 (1977).

3570 AASMUL, Øyvind (Universität Bergen): **Revolusjonaere og reformistiske strømninger i Bergens arbeiderbevegelse i 1920-åra.** [Revolutionäre und reformistische Strömungen in der Arbeiterbewegung in Bergen in den 20-er Jahren.] – Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung. – Hinweis in TAH, Nr. 1 (1977).

3571 NORDBY, Per Enok (Universität Trondheim): **Storstreiken i Trondheim i 1921.** [Der große Streik in Trondheim 1921.] – Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung. – Hinweis in TAH, Nr. 1 (1977).

3572 LARSEN, Alice (Universität Oslo): **Oppløsningen av Arbeiderpartiets Kvindeforbund i 1923.** [Auflösung des Frauenverbandes der Arbeiterpartei 1923.] – Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung. – Hinweis in TAH, Nr. 1 (1977).

3573 MURI, Mons (Universität Oslo): **NKP og Strassburgertesene (1928-1932).** [Die Norwegische Kommunistische Partei und die Strassburger Thesen (1928-1932).] – Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung. – Hinweis in TAH, Nr. 1 (1977).

3574 BADE, Erik (Universität Oslo): **Arbeiderbladets vurdering av den politiske utvikling i Tyskland 1930-1933.** [Die Einschätzung des Arbeiterbladets der politischen Entwicklung in Deutschland 1930-33.] – Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung. Hinweis in TAH, Nr. 1 (1977).

3575 AMUNDSEN, Jon (Universität Oslo): **Fagbevelsen og den solidariske lønnspolitikken i 1930-åre.** [Gewerkschaftsbewegung und solidarische Lohnpolitik in den 30ger Jahren.] Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung. – Hinweis in TAH, Nr. 1 (1977).

3576 BERING, Bjørn (Universität Oslo): **DNA og trustlovene i 1930-årene.** [Die norwegische Arbeiterpartei und die Trustgesetze in den 30er Jahren.] Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung. – Hinweis in TAH, Nr. 1 (1977).

3577 ERIKSEN, Leif Karsten (Universität Oslo): **Arbeiderbladet og arbeidernes stilling til den internasjonale situasjon like før den annen verdenskrig.** [Das Arbeiderbladet und die Stellung der Arbeiter zu der internationalen Situation vor dem zweiten Weltkrieg.] Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung. – Hinweis in TAH, H. 1 (1977).

3578 TITLESTAD, Torgrim: **NKP og norsk motstandspolitikk under okkupasjonen.** [Die Norwegische Kommunistische Partei und norwegische Widerstandspolitik zur Zeit der Okkupation.] In Bearbeitung. – Hinweis in TAH, Nr. 1 (1977).

3579 KROGSTAD, Erik (Universität Oslo): **Samlingsforhandlingene mellon NKP og DNA. En sammenlignende analyse.** [Sammlungsverhandlungen zwischen der Norwegischen Kommunistischen Partei und der Norwegischen Arbeiterpartei.Eine vergleichende Analyse.] Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung. Hinweis in TAH, H. 1 (1977).

3580 FREDRIKSEN, Pal (Universität Tromsø): **DNA og spørsmålet om naeringsprioriteringen i de første etterkrigsår.** [Die Norwegische Arbeiterpartei und die Frage der Wirtschaftsprioritäten im ersten Nachkriegsjahr.] Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung. – Hinweis in TAH, Nr. 1 (1977).

3581 KRISTENSEN, Birgit (Universität Bergen): **NKP 1945-54.** [Die Norwegische Kommunistische Partei 1945-1954.] – Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung. – Hinweis in TAH, H. 1 (1977).

3582 HAUGEN, Vidar Erik (Universität Bergen): **Gjenoppbygging og reorganisering av DNA etter frigjøringen i 1945.** [Wiederaufbau und Reorganisation der Norwegischen Arbeiterpartei nach der Befreiung 1945.] – Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung. Hinweis in TAH, Nr. 1 (1977).

3583 BAERHEIM, Arvid (Universität Oslo): **Nasjonalisme og internasjonalisme i DNA 1945-55.** [Nationalismus und Internationalismus in der Norwegischen Arbeiterpartei 1945-55.] Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung. – Hinweis in TAH, Nr. 1 (1977).

3584 DAHLE, Fredrik (Universität Bergen): **NKP og den kalde krigen med saerlig henblikk på kampen om fagbevegelsen 1948-60.** [Norwegische Kommunistische Partei und der kalte Krieg unter besonderer Berücksichtigung des Kampfes in der Gewerkschaftsbewegung 1948-60.] – Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung. – Hinweis in TAH, Nr. 1 (1977).

3585 FORSLEV, Jon (Universität Trondheim): **Arbeiderbevegelsen i Narvik.** [Arbeiterbewegung in Narvik.] Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung. – Hinweis in TAH, Nr. 1 (1977).

Österreich

3586 DIETSCHY, W. (Universität Wien): **Die Rüstungsindustrie der Stadt Wiener Neustadt 1914-18.** – In Bearbeitung. Hinweis in WSN, Nr. 4 (1976).

USA

3587 WAYNE, Clark (University of North Carolina): **An analysis of the relationship between anti-communism and segregationist thought in the deep South, 1948-1964.** – Diss. – Hinweis in AIMS XIII, Nr. 6 (1976).

G. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER INTERNATIONALE UND VERGLEICHENDE DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER INTERNATIONALEN ARBEITERBEWEGUNG

3588 BAKKE, Per (Universität Oslo): **En sammenligning mellom de norske, danske og svenske kommunistpartier 1939-41.** [Ein Vergleich zwischen der norwegischen, dänischen und schwedischen kommunistischen Partei 1933-41.] – Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung. – Hinweis in TAH, H. 1 (1977).

3589 MISGELD, Klaus (Universität Uppsala): **Beziehungen zwischen schwedischer und deutscher bzw. österreichischer Arbeiterbewegung im Anschluß an das politische Exil des Zweiten Weltkrieges.** – (Öffnung der schwedischen Arbeiterbewegung für internationale Fragen? Ergebnis des Exils.) – Aufsatz. – Anfangsstadium der Bearbeitung.

3590 NUSS, Shirley (University of Colorado): **International indicators of the position of women: a capitalist/socialist comparison.** – Abgeschlossen. – Hinweis in AIMS XIII, Nr. 6 (1976).

Berichtigungen und Ergänzungen zum Titelverzeichnis

233 WEILL, Claudie: **Marxistes Russes et Social-démocratie Allemande 1898-1904** (= Bibliothéque Socialiste.) – Paris: Francois Maspero 1977.

735 HAGENER, Dirk: **Radikale Schulreform zwischen Programmatik und Realität. Die schulpolitischen Kämpfe in Bremen vor dem Ersten Weltkrieg und in der Entstehungsphase der Weimarer Republik** (= Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen, Bd. 39). Bremen: Carl Schünemann 1973.

1486 SCHULZE, Hagen: **Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie.** – Habil., Kiel 1977. Veröffentlichung 1977 im Propyläen-Verlag, Berlin.

1616 HARTMANN, Franz: **Entstehung und Entwicklung der Gewerkschaften in Niedersachsen nach 1945.** Diss., Göttingen 1976.

1677 SIGEL, Robert: **Die Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe. Eine Studie zum rechten Flügel der SPD im Ersten Weltkrieg** (= Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, Bd. 14.) – Berlin: Duncker & Humblot 1976.

1706 CHRIST-GMELIN, Maja: **Die Württembergische Sozialdemokratie 1890-1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Reformismus und Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie.** Diss., Berlin 1975.

1892 FRANKE, Konrad A.: **Die SPD in Niedersachsen. Demokratie der ersten Stunde.** – Hannover: Landeszentrale für Politische Bildung 1972.

1929 PAUL, Hans-Holger: **Marx, Engels und die Imperialismustheorien der II. Internationale. Zur Genese der klassischen Imperialismustheorien (1889-1914.)** Diss., Bonn 1976.

1935 VOGEL, Angela: **Der deutsche Anarcho-Syndikalismus: Geschichtliche Entwicklung und theoretische Position.** – Berlin: Karin Kramer Verlag 1977.

2132 SCHADT, Jörg (Hrsg.) unter Mitarbeit von Michael CAROLI: **Im Dienst an der Republik. Die Tätigkeitsberichte des Landesvorstands der Sozialdemokratischen Partei Badens 1914-1932.** Stuttgart, Berlin, Köln und Mainz: Kohlhammer 1977.

2137 ECKHARDT, Albrecht: **Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie im Großherzogtum Hessen 1860-1900** (= Hessische Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Bd. 2), in: Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde, Neue Folge, 34. Bd. – Darmstadt: Historischer Verein für Hessen 1976.

2161 KASSING, Heinz-Herbert: **Die Rätebewegung während der Revolution 1918/19 in Braunschweig.** – Staatsexamensarbeit, Göttingen 1973.

2342 HENNE, Karl-Heinz: **Die lippische Arbeiterbewegung im Kampf gegen Verelendung und Faschismusgefahr während der letzten Jahre der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte Ostwestfalen-Lippes in der Zeit der Wirtschaftskrise 1929-1933 und zur Didaktik regionaler Sozialgeschichte.** – Diss., Detmold 1976. – Detmold: Selbstverlag des Verfassers 1977. (4930 Detmold 1, Saganer Str. 28)

2354 LOTH, Wilfried: **Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940-1950.** – Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1977.

2501 RÖDER, Werner: **Sonderfahndungsliste UdSSR.** Mappe 1. – Erlangen: Verlag D + C 1976.

2507 BERGER, Martin: **Engels, Armies, and Revolution: The Revolutionary Tactics of Classical Marxism.** Hamden (Connecticut): Archon Books Herbst 1977.

3107 TROMMLER, Frank: **Sozialistische Literatur in Deutschland. Ein historischer Überblick** (= Kröners Taschenausgabe, Bd. 434). – Stuttgart: Alfred Kröner 1976.

3277 BECK, Elisabeth: **Gewerkschaftsarbeit in Emigration und Untergrund. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung unter der Herrschaft des Nationalsozialismus.** Staatsexamensarbeit, Regensburg 1977.

3281 REICHLING, Norbert: **Die Verfassungspolitik der SPD 1948/49. Untersuchungen zum Staatsverständnis der SPD im Zusammenhang der Mitwirkung der SPD bei der Grundgesetzgebung.** – Magisterarbeit, Münster 1977.

Berichtigung

3159 (IWK, Jg. 12, H. 2 (1976), S. 144) LUCAS, Erhard (Oldenburg): **Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung.** (Verglichen werden Hamborn und Remscheid.) – Frankfurt/M.: Roter Stern 1976.

NEUE LITERATUR

MARX, Karl und Friedrich ENGELS: **Gesamtausgabe (MEGA).** Hrsg. vom IML beim ZK der KPdSU und vom IML beim ZK der SED.
Zweite Abteilung: **„Das Kapital" und Vorarbeiten.**
Bd. 1: Karl Marx, **Ökonomische Manuskripte 1857/58**, Buch 1, Text/Apparat, 29*, 309, 155 S., 13 Faksimiles;
Bd. 3: Karl Marx, **Zur Kritik der politischen Ökonomie (Manuskript 1861-1863)**, Buch 1, Text/Apparat, 26*, 328, 171 S., 9 Faksimiles. – Berlin: Dietz 1976.

Bisher erschienene Ausgaben der Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels leiden unter zum Teil erheblichen Mängeln, die durch redaktionelle Eingriffe, Transskriptionsfehler, mangelhafte Texterstellung, unvollständige oder verwirrende Annotationen verursacht sind. Darüberhinaus ist schätzungsweise erst die Hälfte des gesamten Bestandes an Manuskripten veröffentlicht, die aus dem Marx-Engels-Nachlaß überliefert wurden. Diesen Mißständen abzuhelfen, hat sich die neue historisch-kritische Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) zum Ziel gesetzt, welche von den beiden Instituten für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU und beim ZK der SED arbeitsteilig im Dietz Verlag Berlin herausgegeben wird. Im Frühjahr 1976 sind die Bde I/1 (Karl Marx, „Werke, Artikel, literarische Versuche bis März 1843") und III/1 (Karl Marx und Friedrich Engels, „Briefwechsel bis April 1846") erschienen. Im Dezember 1976 wurde nun die zweite Abteilung der Gesamtausgabe – „'Das Kapital' und Vorarbeiten" – eröffnet, und zwar mit dem Bd. 1.1., dem ersten Teil der ökonomischen Manuskripte von 1857/58, und dem Bd. 3.1., dem ersten Teil des Manuskripts von 1861/63.
Diese Besprechung beschränkt sich auf die beiden Bde der dritten Abteilung. Sie sind deshalb besonders interessant, weil sie neben einer Erstveröffentlichung neue, präzisere Angaben über die Entstehungsgeschichte der Manuskripte und die Arbeitsweise Marxens in den fünfziger und sechziger Jahren liefern. Im folgenden wird erst die Textedition am Beispiel von Bd. 1.1. untersucht. Daran schließt sich eine inhaltliche Übersicht über die im Bd. 3.1. herausgegebenen, bislang unzugänglichen Hefte Marxens an.
Der Bd. II/1.1. enthält die marxschen Manuskripte „Bastiat. Harmonies economiques" vom Juli 1857, die Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie vom August 1857 sowie die Hefte I-IV des insgesamt sieben Hefte umfassenden Rohentwurfs, begonnen im Oktober 1857. Diese Manuskripte sind bereits publiziert worden. Unter der Redaktion Kautskys erschienen die Einleitung und die Kritik an Bastiat und Carey erstmals in „Die Neue Zeit" 1902/3 (NZ), Der Rohentwurf wurde 1939 vom Marx-Engels-Lenin-Institut Moskau als Nachzügler der alten MEGA unter dem Titel „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie" (Gr) veröffentlicht und 1941 durch einen Anhangsband ergänzt.

Von diesen Ausgaben unterscheidet sich die der neuen MEGA durch die Editionsprinzipien wesentlich. Der Text wird nach der Anordnung der Manuskripte erstellt. Eine Modernisierung der Schreibweise findet nicht statt. Die verschiedenen Merkzeichen Marxens am Rande der Manuskriptseiten sind im edierten Text wiedergegeben. Jedem Textband ist ein separater Apparateteil beigegeben, der neben der Beschreibung, der Entstehungs- und Überlieferungsgeschichte der Manuskripte auch Varianten-, Korrekturverzeichnisse und Erläuterungen enthält, gefolgt von Namens- und Literaturregistern.

Beides, die Texterstellung und der Apparat, trägt einem dringenden Bedürfnis der Marxforschung Rechnung. So ist es etwa bei Manuskripten, die Marx als Selbstverständigung auffaßte, relevant zu wissen, inwieweit der Text bereits bei der Niederschrift ausgefeilt, ob, wie und wann er vom Verfasser später überarbeitet worden ist. Über diese Schichtung gibt der Apparat der MEGA Auskunft: wo Marx beispielsweise durch Sofortvarianten zu einer Begriffsklärung gekommen ist, welche Teile er dann in weitere Manuskripte übernommen und mit einem Erledigungsvermerk versehen hat usw.

Bereits Zeitgenossen Marxens klagten über seine nur schwer zu entziffernde Handschrift. Viele Buchstaben und Buchstabengruppen erscheinen nur stark reduziert oder überhaupt nicht; woraus sich charakteristische Abkürzungen ergeben. Die Herausgeber der MEGA schreiben diese Wörter aus. Mit einem Punkt versehene Abkürzungen jedoch behalten sie nur bei, wenn diese allgemein gebräuchlich sind. Das Verfahren ist zu bedauern. Die Häufigkeit der Abkürzungen bringt zum Ausdruck, ob Marx ein Manuskript in aller Eile flüchtig entworfen oder aber in Ruhe ausgeschrieben hat. In manchen Fällen wäre es nicht unwichtig, dies zu erfahren.

In den editorischen Hinweisen heißt es, die Abkürzung werde in den Fällen beibehalten, wo verschiedene Ausschreibungen möglich sind (II/1.1.1., p. 26*). Der Leser erfährt jedoch nicht, daß von dieser Regel stillschweigend im Fall des Artikels abgewichen wird, den Marx sehr oft einfach mit „d." abkürzt. Obwohl sich daraus vielfach Mehrdeutigkeiten ergeben, werden sie im Apparat nicht nachgewiesen. Die nur minimal verbesserte Lesbarkeit des edierten Texts hebt m.E. den Verlust nicht auf, in der für den wissenschaftlichen Gebrauch bestimmten Ausgabe Mehrdeutigkeiten des Manuskripts nicht erkennen zu können, seien sie meist auch nur minimal. Aber wenn Marx z.B. im Manuskript schreibt: „D. Tauschwerth d. Products erzeugt also d. Geld neben d. Product.", dann sind, diesen Satz für sich genommen, prinzipiell zwei Lesarten möglich, die sich diametral gegenüberstehen. Die Ausschreibung der MEGA ist eine redaktionelle Entscheidung, die auszuweisen und zu begründen wäre (cf. II/1.1.1., p. 80, und Manuskript, Heft I, p. 15).

Mit Recht weisen die Herausgeber darauf hin, daß in früheren Ausgaben, etwa von Kautsky, redaktionell in den Text eingegriffen worden ist. In der MEGA dagegen werde eine vom Manuskript abweichende Darstellungsform, wie bei einer redaktionellen Absatzbildung, im Korrekturenverzeichnis ausgewiesen. Diesem Prinzip ist jedoch nicht immer konsequent gefolgt worden. So sind die Absätze p. 24, l.2 und p. 23, l.30 aus den Editionen Kautskys und den „Grundrissen . . . " übernommen worden. (cf. NZ, Jg. 21/I (1902/3), p.712, und Gr, p. 7sq.). In der Marxschen Handschrift finden sich an diesen Stellen keine eindeutigen Absätze, doch fehlt im Apparat der MEGA ein entsprechender Vermerk. Im ersten Fall läßt erst ein Vergleich mit dem Original allein vermuten, weshalb die Herausgeber hier einen Abschnitt setzen: Zum Rand der vollen Zeile hin kürzt Marx seine Wörter stärker als vorher ab; daraus offenbar folgern die Herausgeber, daß mit diesen Wörtern die Zeile später aufgefüllt worden ist, denn sie geben dies, allerdings ohne die eindeutigen Abkürzungen selbst, im Variantenverzeichnis an; und erst aus dieser Annahme folgte eine ursprüngliche Absatzbildung Marxens, die nicht mehr zu sehen ist. – Der zweite o.a. Absatz verliert auch dadurch an Plausibilität, daß das Merkzeichen am Manuskriptrand, anders als in der Ausgabe wiedergegeben, noch deutlich die folgende Zeile einschließt (im edierten Text die gesamte Zeile 31).

Viele Transskriptionsfehler früherer Ausgaben sind in der MEGA korrigiert worden. Doch verfahren die Herausgeber auch hierbei nicht immer konsequent nach ihren editorischen Regeln: In der Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie bedient sich Marx zur Darstellung des Verhältnisses der bürgerlichen Gesellschaft zu historisch früheren Gesellschaftsformen einer bekannten und oft zitierten Analogie. Allerdings durfte man sich des Zitats nie sicher sein. Kautsky las: „Die Anatomie des Menschen ist ein Schlüssel zur Anatomie des Affen." (NZ, l.c., p. 776). In den „Grundrissen . . ." heißt es differenzierter: „In der Anatomie . . ." (Gr. p. 26). In der Ausgabe der Marx-Engels-Werke (MEW) lautet der Satz kürzer: „Anatomie des Menschen . . ." (MEW, Bd. 13, Berlin 1961, p. 636). Die neue MEGA schließlich folgt Kautsky (II/1.1.1., p. 40). Der Apparat gibt dafür keine Erklärung.

Der Grund für die erstaunliche Vielfalt läßt sich wieder durch einen Vergleich mit dem Original nur erschließen. Dort ist der Satz-

anfang äußerst undeutlich geschrieben. Kautsky las daraus „Die" oder „D.", die Herausgeber der „Grundrisse . . ." sahen wohl ein „In d.", während die der MEW offenbar die ganze Stelle als gestrichen auffaßten. Eine eindeutige Entscheidung ist nicht möglich. *Jede* Entscheidung der MEGA verlangte aber an dieser Stelle eine Anmerkung im Variantenverzeichnis, denn Marx hat eindeutig mehr als allein „Die" oder „D." geschrieben.

Der Erläuterungsteil der MEGA II/1.1. ist im Vergleich zu dem der „Grundrisse . . " gestrafft und präziser gefaßt worden. Fortgefallen sind viele und teilweise irritierende frühere Verweise auf Hegel sowie unsichere Querverweise. Dagegen haben sich die Herausgeber bemüht, die von Marx herangezogenen Quellen möglichst lückenlos sowohl in dessen Heften wie in den von ihm verwandten Originalausgaben nachzuweisen. Dabei sind irreführende frühere Angaben korrigiert worden, insbesondere die über ein angebliches Manuskriptfragment mit dem Titel „Das vollendete Geldsystem" (cf. Gr, p. 986, 782, 1061). Demgegenüber wird in den Erläuterungen der MEGA ein Heft mit dieser Überschrift angeführt, worin Marx etwa März/April 1851 seine Exzerpthefte einer ersten systematisierenden Bearbeitung unterzog. Aus diesem Heft hat er viele Passagen in den Rohentwurf übernommen. Wo das der Fall sei, so heißt es in den editorischen Hinweisen, werde es in den Erläuterungen nachgewiesen (II/1.1.1., p. 28*). Tatsächlich verfahren die Herausgeber hierbei aber nicht konsequent. Beispiele: Die „Aphorismen" p. 83, l. 26/27 hat Marx aus dem Heft „Das vollendete Geldsystem", p. 19 übernommen und weiter ausgeführt; die kommentierten Zitate aus Petty und Misselden p. 155 sq. finden sich auf p. 18 sq. des Hefts – der Apparat verweist den Leser hier lediglich auf das Exzerptheft vom Juli 1845.

Noch zwei Bemerkungen zur „Einleitung" des Bdes II/1.: Das „Kapital", so heißt es dort, „bedeutete eine Revolution in der ökonomischen Wissenschaft, die Begründung der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse . . ." (p. 7*). Ein socher Satz blendet nicht nur die Geschichte der Arbeiterbewegung und deren theoretische Äußerungen *vor* Marx aus, sondern verstellt auch den Blick für Marxens besondere Referenzen bei der Herausarbeitung seiner eigenen Theorie. Er hat z.B. ausgiebig aus den Publikationen Thomas Hodgskins exzerpiert und bezieht sich mehrmals auf ihn. Hodgskin, der Verfasser der 1825 anonym erschienenen Schrift „Labour defended against the Claims of Capital; . . . By a Labourer", propagierte Arbeiterhochschulen und veröffentlichte 1827 seine Vorträge an der „London Mechanics Institution" unter dem Titel „Popular Political Economy", was er als politische Ökonomie nicht des Kapitals sondern der arbeitenden Klasse ausführt. Neben anderen spielte Hodgskin in der Chartistenbewegung nachhaltend eine bedeutende Rolle. Nach dem Urteil der Herausgeber der MEGA soll dies offenbar nicht zur Begründung der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse gehören, die demnach erst vierzig Jahre später stattfand. Im Namensregister steht zu Hodgskin lapidar: „. . . . die Ricardoschen Theorien ausnutzend, verteidigte er die Interessen des Proletariats." (II/1.1.2., p. 152) Genauso unzutreffend ließe sich das vom Verfasser der „Misère de la Philosophie" (1847) sagen.

In der „Einleitung" stellen die Herausgeber den Rohentwurf als eine der unmittelbaren Vorarbeiten von „Das Kapital" dar und unterstreichen dies noch durch die als redaktionell erkennbaren Zwischenüberschriften im Text, die ihn als nach der Struktur des „Kapital" gegliedert erscheinen lassen. Ein solches Verfahren mag nicht sehr glücklich anmuten, gerade wenn man die „innere Geschichte" der Marxschen Theorie (Wygodsky) verfolgen will. Ihr gemäß ist der Rohentwurf von 1857/58 für Marx erst einmal die Vorarbeit von „Zur Kritik der politischen Ökonomie". Zwischen ihr und dem „Kapital" liegt ein nicht nur zeitlich bedeutender Zwischenraum.

Der Band II/3.1. ist eine Erstveröffentlichung der Hefte I-V aus dem Komplex des Marxschen Manuskripts von 1861/63. Von ihnen lag bislang lediglich eine russische Übersetzung vor (Sočinenija, Bd. 47). Allein die ihnen folgenden Hefte sind un-

vollständig unter dem Titel „Theorien über den Mehrwert" herausgegeben worden. Die Diskussionen über die Beziehung dieses Teils zum geplanten vierten Bd. des „Kapital" sind bekannt. Die Herausgeber der MEGA haben sich dafür entschieden, die *gesamte* Folge der Hefte I-XXIII unter dem Titel „Zur Kritik der politischen Ökonomie (Manuskript 1861-1863)" herauszugeben.

Es handelt sich bei den ersten fünf Heften um den Anfang des von Marx als Fortsetzung der 1859 erschienenen ersten Lieferung geplanten dritten Kapitels von „Zur Kritik . . .". Seine Ausarbeitung beruht auf dem Rohentwurf von 1857/58, dem im Februar 1859 begonnenen Exzerptteil des Hefts VII, einem gleichzeitig geführten umfangreichen Heft, das Marx als „Citatenheft" bezeichnet, und einem Verzeichnis zu ihm.

Die Herausgeber schlagen unter ausführlichen Begründungen eine Neudatierung der Hefte vor und kommen dabei zu Ergebnissen, die von den bisher bekannten oft abweichen. Demnach erstreckt sich die Niederschrift der Hefte I-V vom August 1861 bis zum März 1862 (bisher: Dezember 1861). Ebenso ist die Entstehungsgeschichte der folgenden Hefte und Nachträge neu rekonstruiert worden. Bis zum vollständigen Erscheinen des in sechs Teilen angelegten Bandes sind diese Angaben für den weiteren Umgang mit den „Theorien über den Mehrwert" nützlich.

Nach seinem Plan vom Sommer 1861 teilte Marx das dritte Kapitel von „Zur Kritik . . .", „Das Capital im Allgemeinen", in die drei Abschnitte über den Produktions-, den Zirkulationsprozeß des Kapitals und über Kapital und Profit. Davon führt er in den Heften I-V allein den ersten Abschnitt aus: 1. Verwandlung von Geld in Kapital; 2. Der absolute Mehrwert; 3. Der relative Mehrwert. Er hat diesen Aufbau sowie im wesentlichen auch die weitere Untergliederung dann bis zum „Kapital" beibehalten.

Im Unterschied zum Rohentwurf gibt Marx im dritten Kapitel seiner Darstellung des Produktionsprozesses des Kapitals eine streng systematische Form. Mehr noch: Als er 1859 die zweite Lieferung von „Zur Kritik . . ." vorbereitete, sichtete und ordnete er nur das bis dahin aus dem Rohentwurf noch nicht verwandte Material (cf. Gr, p. 951 sqq.); doch davon hat er schließlich relativ wenig in das Manuskript von 1861/63 übernommen. Für die Abfassung des dritten Kapitels sind ihm inzwischen das „Citatenheft" und der Exzerptteil des Hefts VII weit wichtiger geworden.

Ein Beispiel zur Illustration des Unterschieds: – Noch im sogenannten Urtextfragment von „Zur Kritik . . . " hatte Marx 1858 den Übergang von der einfachen Zirkulation zum Kapital in starker Anlehnung an die begriffliche Entwicklung formuliert, wie sie bereits in den Heften I und II des Rohentwurfs vorlag. Drei Jahre später ist für Marx die allgemeinste *Form* des Kapitals, G-W-G oder abgekürzt G-G' der Angelpunkt und der Ausgang des Kapitals. Wie bereits das Verzeichnis zum offenbar verlorenen Heft A von 1858 zeigt, ist Marx hier von Aristoteles inspiriert, der in seiner „Politik" als erster die Form des Geld heckenden Geldes isolierte und der durch den Konsum beschränkten Hauswirtschaft gegenüberstellte (cf. Gr, p. 951, und MEGA II/3.1.1., p. 16). Die systematische Neukonzeption und die dem folgende vergleichsweise ruhigere Durchführung geben Marx anders als im Rohentwurf die Möglichkeit, *gleichzeitig* sowohl das historische gesellschaftliche Verhältnis kapitalistischer Mehrproduktaneignung darzustellen, als auch die „idealistischen" wie „materialistischen" Erklärungsmodelle anderer Theoretiker (in diesem Fall J. Mill, Say, Sismondi, Macleod) zu kritisieren, indem er als undurchschaute Grundlage jener Modelle die allgemeinste Form des Kapitals aufzeigt, die Aristoteles noch schlicht als „widernatürlich" brandmarkte. – Ähnliche Unterschiede zwischen dem Rohentwurf und dem dritten Kapitel von „Zur Kritik . . ." zeigen sich auch bei der Behandlung anderer Gegenstände, etwa dem Verhältnis von Produktions- und Verwertungsprozeß.

Viele Passagen aus dem dritten Kapitel hat Marx zum Teil wörtlich in „Das Kapi-

tal" übernommen. Was das Manuskript von 1861/63 besonders interessant macht, ist der Einblick in Entstehung und Begründung der später weit positiver gefaßten Darstellung. Das dabei von Marx verwandte Material weist die MEGA-Edition ausführlicher als bislang üblich nach. Spätestens hier wird deutlich, daß die Kritik der politischen Ökonomie nicht als die vom Genieblitz gespeiste einsame Entfaltung eines vermeintlich reinen Denkens verstanden werden kann, wie manche Abhandlung über die Logik des „Kapital(s)" suggeriert; sondern daß die Marxsche Theorie in der konkreten Auseinandersetzung mit klassischen und zeitgenössischen Vertretern der Sozial -, Geschichts- und Wirtschaftswissenschaften sich überhaupt erst hat herausbilden können. Und dies auch keineswegs allein mit Smith und Ricardo, ebensowenig geradlinig ungebrochen. Es existieren vorerst nur vergleichsweise bescheidene Ansätze, die mit solchen Mythen brechen. Vielleicht wird sich daran mit dem Erscheinen der neuen MEGA etwas ändern.

Fred E. Schrader

BUHR, Manfred, Manfred HAHN u.a. (Hrsg.): **Theoretische Quellen des wissenschaftlichen Sozialismus. Studien zur klassischen englischen Ökonomie, zum frühen Sozialismus und Kommunismus und zur klassischen bürgerlichen Philosophie.** – Frankfurt/M.: Athenäum-Fischer 1975. 308 S.

Die vorliegende Aufsatzsammlung schaltet sich in die aktuelle wie strittige Diskussion über die theoretischen Quellen des wissenschaftlichen Sozialismus in der Absicht ein, durch neue Fragestellungen und Präzisierungen „Forschung und weltanschauliche Aneignung" voranzutreiben, wie es in der Vorbemerkung H. J. Sandkühlers heißt. Über die Problematik und Relevanz dieser von Lukács und Korsch als Frage nach der Anwendung des historischen Materialismus auf die Entstehungsbedingungen und die verschiedenen Gestalten der marxistischen Theorie umfassend thematisierten Programmatik, über die in der vergangenen und gegenwärtigen Quellen-Diskussion vertretenen, unterschiedlichen Standpunkte wird keine Auskunft gegeben. Der Einführung in das Thema dient Lenins Aufsatz „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus". Im Anschluß an Lenin sind die Aufsätze nach drei thematischen Schwerpunkten, eben den theoretischen Quellen des wissenschaftlichen Sozialismus, geordnet: klassische bürgerliche politische Ökonomie (R. Steigerwald, H. Reichelt), der frühe Sozialismus und Kommunismus (W. Schröder, M. Hahn) und die klassische bürgerliche Philosophie und Naturwissenschaft. Die Aufsätze über die bürgerliche Philosophie und Naturwissenschaft (M. Buhr, H. J. Sandkühler, J. Streisand, C. Träger, P. Ruben, M. A. Dynnik) nehmen zwei Drittel der insgesamt 300 Seiten ein. Dem- und der Auswahl der Autoren entsprechend liegt der Nutzen dieser Aufsatzsammlung darin, daß ein Einblick in den Stand der DDR-Forschung zur Frage der Kontinuität bzw. Diskontinuität von bürgerlicher Philosophie und wissenschaftlichem Sozialismus ermöglicht wird. Dabei ist anzumerken, daß die Aufsätze die Fragestellung nicht auf die spezifische Situation der Entstehung der marxistischen Theorie aus der Kritik der Religion und Philosophie im Vormärz einengen, sondern im übergreifenden Zusammenhang das Verhältnis von bürgerlicher Theorie/Materialismus/Naturwissenschaft des 17. und 18. Jahrhunderts zu den Grundlagen der marxistischen Theorie behandeln. Daß dem wissenschaftlichen Sozialismus ein besonderes Verhältnis zur Arbeiterbewegung eignet und die Genese dieser Theorie von den praktischen Kämpfen der Arbeiterklasse, ihrer Theorie- und Organisationsbildung nicht gelöst werden kann, macht die Bedeutung der eigentlich unter den Titel des frühen Sozialismus und Kommunismus fallenden Quelle des Arbeiterkommunismus aus. Indes wird auf den inneren Zusammenhang von Arbeiterkommunismus und Marxismus nicht eingegangen, obwohl gerade in dieser Frage wegweisende Studien, insbesondere aus der DDR (W. Seidel-Höppner), vorliegen. Die

mit dem frühen Sozialismus und Kommunismus befaßten Aufsätze W. Schröders und M. Hahns, dessen Literaturbericht im übrigen einige wesentliche, zum deutschen „Frühsozialismus" veröffentlichte Arbeiten nicht nennt, geben nicht mehr als einen „an sich" verdienstvollen thematischen Überblick. Einführenden Charakter tragen die Studien von R. Steigerwald („Die klassische bürgerliche politische Ökonomie – eine Quelle des Marxismus") und H. Reichelt („Zur Entwicklung wesentlicher Kategorien der politischen Ökonomie bei Adam Smith und David Ricardo").
Sowohl mit dem Kriterium, einen Einblick in die Forschungsarbeit der DDR zum Thema „Quellentheorie" zu bieten, als auch allgemein unter der Fragestellung nach den theoretischen Quellen des wissenschaftlichen Sozialismus beurteilt, ist die Anlage der Aufsatzsammlung nicht überzeugend.

Alexander Brandenburg

KOCH, Ursula, **Bürgerliche und sozialistische Forschungsmethoden? Zur Rezeption empirischer Sozialforschung in der DDR**. – Frankfurt/M. und New York: Campus-Verlag 1976. 162 S.;
RÖDER, Horst: **Abschied vom Klassenbegriff? Ein Beitrag zur Analyse der marxistischen Soziologie in der DDR** (= Beiträge zur soziologischen Forschung, Bd. 7). – Opladen: Westdeutscher Verlag 1972. 230 S.

Soziologie gibt es in der DDR nicht erst seit 1963, wie in zahlreichen westdeutschen Veröffentlichungen behauptet wird. Auch vor 1963 wurde zur allgemeinen Soziologie wie zu speziellen Soziologien gearbeitet und empirische Sozialforschung getrieben. Jedoch ist richtig, daß der 6. Parteitag der SED im Jahre 1963 eine verstärkte Förderung und Institutionalisierung der ostdeutschen Soziologie zur Folge hatte – nicht zuletzt als Konsequenz der auf diesem Parteitag proklamierten flexibleren Formen der Wirtschaftsplanung und -leitung. Dieser „Aufschwung" der DDR-Soziologie in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre führte zu einer Übernahme von „westlichen" Techniken der empirischen Sozialforschung wie auch von Termini der bürgerlichen Soziologie, z.B. „Gruppe", „Rolle", „Sozialstruktur", „soziale Schicht", „Mobilität", „Interaktion" usw. Wie diese Übernahmen mit dem traditionellen Marxismus-Leninismus zu vereinbaren seien, war eine Frage, die natürlich viele DDR-Soziologen bewegte. Mit den Diskussionen um das Verhältnis von bürgerlichen und sozialistischen Methoden in der Soziologie der DDR beschäftigen sich Koch und Röder in den vorliegenden Studien, freilich von verschiedenen Ansätzen.
Dem Bielefelder Soziologen Horst Röder geht es darum, die Entwicklung der marxistischen Soziologie in der DDR am Beispiel der Definition und Verwendung des Klassenbegriffs zu verfolgen. Diese Entwicklung verläuft für ihn a priori zwischen den „beiden Polen von dogmatischer Beharrung und theoretischer Emanzipation" (S. 11). Diese Emanzipation vollzieht sich für ihn in einer Art Trennung der Soziologie vom historischen Materialismus und der Untersuchung der Realität mittels „genuin" soziologischer Begriffe. „Genuine" Soziologen westlicher Prägung gibt es nun in der DDR nicht, so daß Röder die DDR-Soziologen in jene einteilt, die den historischen Materialismus als allgemeine soziologische *Theorie* ansehen, und in jene, für die er lediglich *Grundlage* der Soziologie ist. Die zweite Richtung ist die der „Emanzipation", der „Reformer" und „progressiven Soziologen", deren Exponent Kurt Braunreuther ist, die erste ein eher spekulativer, „metaphysischer" Ansatz, dem er offenbar etwa Erich Hahn zuordnet. Von solchen Grundannahmen her verfolgt Röder die Entwicklung des Begriffssystems der DDR-Soziologie und den Bezug dieser Begriffe zum Klassenbegriff. Hier behandelt er den Gruppenbegriff, besonders Hahns Versuch einer marxistischen Gruppentheorie sowie die Begriffe „Position" und „Rolle". Er verwirft die Thesen von Bütow und Ludz über die Ersetzung des Klassenbegriffs durch den der Gruppe in der Soziologie Ostdeutschlands und erkennt in den „kategorialen" Auseinandersetzungen in der DDR eine „Loslösung von der dogmatisch-philosophischen Beschrän-

kung" (S. 68). Dann schließt Röder einen Exkurs zur Marxschen Klassentheorie an, um zu prüfen, ob das Festhalten an der „reinen Lehre" des Marxismus in der DDR der Wirklichkeit entspricht. Dieser Versuch bleibt deshalb fragwürdig, weil der Verfasser zwar eine Fülle von Aussagen Marxens bzw. seines anscheinend berufensten Interpreten Dahrendorf präsentiert, aber keine systematische Nachzeichnung des Marxschen Klassenbegriffs im Zusammenhang mit der Kritik der politischen Ökonomie unternimmt. Die so entstandene Unschärfe erschwert es ihm im folgenden Kapitel, den Prozeß der „Abkehr vom traditionellen Klassenmodell" in der DDR genauer zu bestimmen. Immerhin wird deutlich, daß die DDR-Soziologen durch die Reflektion der neuen gesellschaftlichen Verhältnisse zur Modifikation von Begriffen veranlaßt werden, die Marx für die kapitalistische Gesellschaft entwickelt hatte. Röder beschließt seine Arbeit mit einem Abschnitt über die Anerkennung partieller Konflikte durch die DDR-Soziologie; diese Anerkennung scheint ihm eine positive Tendenz auszudrücken.

Obwohl Röders Studie viele instruktive Einzelheiten enthält, hinterläßt sie doch einen mich unbefriedigenden Gesamteindruck. Röder ist nicht in der Lage, den historischen Materialismus als eine sinnvolle Arbeitshypothese zu begreifen, das „positivistische" Selbstverständnis der Klassiker des Marxismus ist ihm scheinbar unbekannt.[1] Er unterstellt Marx ein „Klassenmodell des 19. Jahrhunderts" (S. 137), das es nicht gibt. Er übersieht sowohl das Verhältnis von Abstraktem und Konkretem bei Marx und damit den tatsächlichen Stellenwert des „Zwei-Klassen-Modells" als auch die Tatsache, daß der moderne Kapitalismus viel eher seiner sozialen Struktur nach an die ausschließlich aus zwei Klassen bestehende Gesellschaft erinnert als die kapitalistische Gesellschaft zu Marx' Lebzeiten.[2]

Bei diesem Verhältnis zu Marx ist es kein Wunder, daß Röder die Differenzen der DDR-Theoretiker untereinander überschätzt, und zwar, weil er offenbar selbst einem Dogma aufsitzt, nämlich dem vom Kampf der Dogmatiker versus Pragmatiker, der sich in der Soziologie abbildet. Daß diese Thesen falsch sind, hat die Entwicklung der DDR seit 1971 wohl deutlich gezeigt.

Ungleich mehr Einfühlungsvermögen für den Marxismus und die DDR-Soziologie vermittelt Ursula Kochs Buch. Die seit 1975 in Emden lehrende Dozentin (vorher FU Berlin) fragt nach dem Verhältnis der DDR-Soziologen zu jenen soziologischen Forschungsmethoden, die in der kapitalistischen Gesellschaft entwickelt worden sind. Der Untersuchung dieser Frage schickt sie eine Abhandlung über die „DDR in der Transformation" voraus, in der sie die DDR als „Übergangsgesellschaft" zu bestimmen sucht. Diese Kategorie scheint mir nicht sehr tragfähig zu sein, denn welche Gesellschaft befände sich nicht im Übergang. Zudem kollidiert Ursula Koch mit der DDR-Theorie bei dem Versuch, dieser ebenfalls den Begriff „Übergangsgesellschaft" für die heutige DDR zu unterstellen. Eindeutig wird heute die DDR von der SED als „entwickelte sozialistische Gesellschaft"[3] verstanden. Dieser Mangel wird freilich mehr als ausgeglichen durch die klare Darstellung der Methoden der Sozialforschung im gesellschaftlichen Kontext der DDR, wo sowohl der Einfluß der Theorie auf den Forschungsprozeß als auch die Einschätzung des methodischen Instrumentariums plastisch geschildert werden. Eindrucksvoll sind auch Kochs Verweise auf jene Techniken bürgerlicher Sozialforschung, die *nicht* übernommen wurden, nämlich alle Techniken, in denen das Verhältnis zwischen Forscher und Erforschtem in spezifischer Weise konstitutiv ist. An dieser und anderen Stellen zeigt sich, daß die Autorin ihren Anspruch, soziologische Forschungsmethoden im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Entwicklung zu behandeln, tatsächlich einlösen kann.

Volker Gransow

1 Vgl. z.B. Friedrich Engels, *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft*, in: *MEW*, Bd. 20, Berlin 1971, S. 34.

2 Vgl. Eugen Varga, *Der Kapitalismus des 20. Jahrhunderts*, Berlin 1962, S. 62.

3 Vgl. Autorenkollektiv, *Die entwickelte sozialistische Gesellschaft*, Berlin 1976.

WILLRODT-von WESTERNHAGEN, Dörte: **Recht und Soziale Frage. Die Sozial- und Rechtsphilosophie Anton Mengers** (= Schriften der Stiftung Europa-Kolleg Hamburg, Bd. 28). – Hamburg: Fundament-Verlag Dr. Sasse & Co. 1975. 260 S.

Dörte Willrodt-v. Westernhagens Buch füllt eine Lücke in den Untersuchungen zu den Sozialismustheorien des 19. Jahrhunderts. Anton Menger (1841-1906), Wiener Rechtswissenschaftler und Kathedersozialist, fand zu seiner Zeit vor allem durch seine Werke „Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag" und „Das bürgerliche Recht und die besitzlosen Volksmassen" großen Widerhall. Er beeinflußte in starkem Maße die österreichische Jurisprudenz, über Justizminister Franz Klein bis hin zu Karl Renner. Die Verf. beginnt mit einer, trotz der schlechten Quellenlage ausgezeichnet gelungenen, übersichtlichen und informativen Darstellung des Lebens, Werkes und der Intentionen Mengers. Sein Verhältnis zur Politik, das seltsam praxisfern war, wird ausführlich erläutert. Für Menger war die Politik ein ungeeignetes, irrationales Mittel zur Lösung sozialer Probleme, er wollte Politik durch Wissenschaft ersetzen. Die soziale Frage selber bedeutete für ihn ein privatrechtliches Herrschaftsverhältnis. Mengers Beziehung zu der aus der Wiener Fabier-Gesellschaft hervorgegangenen Sozialpolitischen Partei, der er in der Grundorientierung seiner Lehre nahestand, erscheint leider etwas zerrissen, da die Autorin jeweils in Kap. I. (S. 13) und in Kap. V. (S. 125) kurz darauf eingeht, wobei sich zwischen diesen beiden Exkursen sogar leichte Widersprüchlichkeiten ergeben.
Willrodt-v. Westernhagen untersucht den Mengerschen Sozialismusbegriff hauptsächlich an Hand von Mengers „Neuer Staatslehre", wobei sie diese Untersuchung in drei Schwerpunkte gliedert: in Mengers Theorie des Zukunftsstaates, des Arbeitsstaates, der geprägt ist durch rationale Herrschaft, durch Erziehungsdiktatur und durch das Prinzip von Arbeit und Leistung; in seine theoretische, kritische Position zu Staat, Gesellschaft und Wirtschaft, wobei in Mengers Staatslehre der Gegensatz zur Marxistischen Auffassung besonders deutlich wird; und schließlich in Mengers Versuch, eine Beziehung zwischen sozialer Reform, Rechtsform und Rechtswissenschaft herzustellen. Kap. V. widmet die Autorin der Einordnung der Lehre Mengers in das an der sozialen Frage orientierte Denken seiner Zeit.
Bei der Entwicklung des Mengerschen Gesellschaftsbegriffs, der Staatslehre, der Sozialreformen gelingt es der Autorin, in informativer und klarer Form die Grundelemente dieser Sozialismustheorie herauszuarbeiten, die geistige Abhängigkeit Mengers sowohl von der Rechtswissenschaft als auch von der Lehre der Frühsozialisten und in gewissen Phasen auch vom Sozialdarwinismus aufzuzeigen und auf die Parallelitäten und auf die Gegensätze zum Marxismus, den Menger ablehnte, hinzuweisen. Der im Vorwort angesprochenen Aufgabenstellung, das Augenmerk der rechtsgeschichtlichen Forschung auf eine bisher vernachlässigte Strömung in der Entwicklung des Rechts- und Staatsdenkens im ausgehenden 19. Jahrhundert lenken und Menger und sein Denken in ihrer historischen Individualität und in ihren historischen Zeitbezügen zeigen zu wollen (S. 3), wird die Arbeit gerecht, wenngleich auf die spezielle historische Situation in Österreich im 19. Jahrhundert doch zu wenig Augenmerk gerichtet wird.

Heidrun Maschl

SILBERNER, Edmund: **Johann Jacoby, Politiker und Mensch** (Veröffentlichungen des Instituts für Sozialgeschichte Braunschweig-Bonn). Bonn-Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft 1976. 648 S.

Am 6. März 1977 jährte sich zum hundertsten Mal der Todestag eines der bedeutendsten Freiheitskämpfer Deutschlands im 19. Jahrhundert: des Königsberger Arztes und Politikers Johann Jacoby. Rechtzeitig zu diesem Jubiläum hat der Jerusalemer Historiker Edmund Silberner dem unerschrockenen Demokraten, der den sittlichen Imperativ Kants zur Richtschnur seines Lebens machte und auf den sozialen Bereich aus-

dehnte, ein gewichtiges biographisches Denkmal gesetzt. Silberner legte das Fundament dieser vorwiegend aus Primärquellen geschöpften Biographie mit einer zweibändigen Edition von Jacobys Briefwechsel. Der erste Band, der die Jahre 1816-1849 umfaßt, erschien bereits 1974 und wurde von mir in der IWK, Jg. 12 (1976), S. 2-18, ausführlich gewürdigt. Der zweite Teil der Korrespondenz Jacobys aus den Jahren 1850-1877 befindet sich im Druck und soll in Kürze erscheinen.

Die öffentliche Tätigkeit Jacobys umspannt die Epoche von der Julirevolution bis zum Vorabend des Sozialistengesetzes; sein Weg führte vom bürgerlichen Fortschritt in die Reihen der erstarkenden proletarischen Partei. 1805 als Sohn eines jüdischen Kaufmanns in der ostpreußischen Hauptstadt geboren und seit 1828 dort als Arzt tätig, begann er seine politische Laufbahn mit dem Kampf um die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland. Seine 1841 veröffentlichte Flugschrift „Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreußen" leitete die preußische Verfassungsdebatte ein und machte ihn zur Zentralfigur der demokratischen Oppositionsbewegung Deutschlands. Jacoby artikulierte die politischen Aspirationen des fortschrittlichen Bürgertums, das die Bevormundung der privilegierten Stände abzuschütteln suchte. Des Hochverrats angeklagt und vom Königsberger Kammergericht zu einer Festungsstrafe verurteilt, wurde Jacoby in zweiter Instanz von der Berliner Appellationsbehörde freigesprochen.

In der Vorbereitungsphase der Revolution von 1848 trat Jacoby für die Belange des sozial und politisch rechtlosen Proletariats ein und suchte die Emanzipation der Arbeiterschaft durch Erweckung und Hebung ihres Selbstbewußtseins zu fördern. Die Interessen der Allgemeinheit stets seinem privaten Wohlergehen überordnend, bemühte er sich, die öffentliche Meinung zu mobilisieren, um die politischen Entscheidungen demokratischer Kontrolle zu unterstellen. Bei Ausbruch der Revolution wurde Jacoby als einziger Jude aus Deutschland ins Frankfurter Vorparlament entsandt. Im Fünfzigerausschuß, der die Wahlen zur Nationalversammlung vorbereitete, gehörte er zur kleinen Gruppe der demokratischen Linken. Trotz seines republikanischen Credos sah er die objektiven Voraussetzungen für eine deutsche Republik als noch nicht gegeben an und trat für eine demokratisch-parlamentarische Monarchie ein. Er gehörte der preußischen konstituierenden Versammlung in Berlin als Abgeordneter der äußersten Linken an und versuchte vergeblich, die zaghaft-servile liberale Mehrheit zu energischem Vorgehen gegen die wiedererstarkende Reaktion zu bewegen. Nach dem konterrevolutionären Staatsstreich Graf Brandenburgs im November 1848 war Jacoby Mitglied einer Deputation, die Friedrich Wilhelm IV. bat, die Ernennung Brandenburgs rückgängig zu machen. Als der König die Abgeordneten abwies, rief ihm Jacoby die Worte zu: „Das ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!"

In der zweiten preußischen Kammer, die aufgrund der oktroyierten Dezemberverfassung 1848 gewählt wurde, verdammte Jacoby die auf den Spitzen der Bajonette aufgezwungene Konstitution, die den Grundsatz der bürgerlichen Gleichberechtigung nicht anerkannte und die Staatsgewalt der reaktionären Exekutive überließ. Nach der Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses nahm Jacoby am Stuttgarter Rumpfparlament teil. Als die Nationalversammlung schmählich auseinandergejagt wurde, traf er die zutreffende – und später von Marxisten oft zitierte – Feststellung, „daß jede Revolution verloren ist, welche die alten wohlorganisierten Gewalten neben sich fortbestehen läßt".

Jacoby, der „unbeugsame Herold des Rechts und der Wahrheit" (wie er vom jüdischen Gelehrten Leopold Zunz genannt wurde), wußte, daß ihm die preußischen Behörden bei seiner Rückkehr wegen seiner Teilnahme am Rumpfparlament einen Hochverratsprozeß anhängen würden. Dennoch begab er sich nach einem kurzen Aufenthalt in der Schweiz im Herbst 1849 nach Königsberg zurück. Er wurde verhaftet, erlitt eine sechswöchige Untersuchungshaft und wurde vom Geschworenengericht nach einem glänzenden Verteidigungsplädoyer freigesprochen.

Während der Reaktionsperiode widmete sich Jacoby seinem ärztlichen Beruf und betrieb philosophische Studien über Spinoza, Kant und Lessing. Zu Beginn der „Neuen Ära" betrat er wieder die politische Kampfarena. 1861 trat er der neugegründeten Fortschrittspartei bei, die einen Kompromiß zwischen Liberalismus und Demokratie anstrebte und sowohl im sozialen als auch im weltanschaulichen Bereich ein Konglomerat heterogener Kräfte bildete. Jacoby sah sich selbst als „Bürgersoldat" an, dessen Aufgabe es war, das Volk durch politische Agitation wach und rege zu halten; Lassalles Bestrebungen, die Arbeiterklasse zu einer selbständigen Partei zu organisieren, stand er distanziert gegenüber. 1863 ins preußische Abgeordnetenhaus gewählt, prangerte er bei jeder Gelegenheit den Bismarckschen Scheinkonstitutionalismus an, suchte den Einfluß der Adelspartei zu schmälern und opponierte gegen die Annexion Schleswig-Holsteins, weil sie die Macht der preußischen Reaktion stärkte. Wegen seiner Aufforderung zur Steuerverweigerung wurde er zu einer Kerkerstrafe verurteilt und verbrachte die Zeit von August 1865 bis März 1966 im Gefängnis.

Bei Ausbruch des preußisch-österreichischen Krieges verdammte der radikale Demokrat den Größenwahn, die Kriegstollheit und die Ruhmsucht der Bourgeoisie, die dem blutigen und eisernen Junker zujubelte. „Es ist ein wahrer Jammer", schrieb er 1867, „mit gebundenen Händen anschauen zu müssen, wie die deutsche Nation sich durch die verderbliche Annexionspolitik in den Völkerkrieg blind hineinhetzen läßt, wie Männer, die jahrelang für Verfassungsrecht und Freiheit gekämpft, die Schmach freiwilliger Knechtschaft auf sich nehmen, um dem Trugbild nationaler Macht und Größe nachzujagen" (Silberner, S. 374). – Er trat der Internationalen Friedens- und Freiheitsliga bei, der auch Giuseppe Garibaldi, Louis Blanc, Victor Hugo, John Stuart Mill und andere Freisinnige angehörten, und verließ 1868 die Fortschrittspartei, um eine (kurzlebige) demokratische Volkspartei zu gründen und sich der Arbeiterbewegung zu nähern. Er erkannte, daß politische und soziale Reform sich gegenseitig bedingten: „Ohne Teilnahme des Arbeiterstandes keine dauernde Besserung der politischen Zustände und ohne Änderung der politischen Zustände keine wirtschaftliche Besserung des Arbeiterstandes!"

Im Januar 1870 faßte Jacoby sein Programm in einer Rede über „Das Ziel der Arbeiterbewegung" zusammen: „Sache der *Arbeiter* ist es, vereint dem Drucke der Kapitalherrschaft Widerstand zu leisten sowie durch Bildung sich zur inneren und äußeren Selbständigkeit zu erheben; Sache der *Arbeitgeber* ist's, mit menschenfreundlichem Sinne der Arbeiter sich anzunehmen, insbesondere ihnen Anteil am Geschäftsertrage zu gewähren. Der *Staat* endlich hat durch Förderung der Vereinstätigkeit, Festsetzung eines Normalarbeitstages und unentgeltlichen Unterricht die Bildungsbestrebungen der Arbeiter zu unterstützen. Ihm liegt zugleich die *Pflicht* ob, durch Reform des Bank- und Geldwesens wie durch Gewährung von Staatskredit der *genossenschaftlichen Produktionsweise* im großen und ganzen Vorschub zu leisten" (S. 411).

Karl Marx kommentierte diese Vorschläge in einem Brief an seinen Freund Ludwig Kugelmann mit Respekt und Herablassung: „Der alte Jacoby selbst ist sehr lobenswert. Welcher andre old radical in Europa hat diese Ehrenhaftigkeit und diesen Mut besessen, so direkt sich auf die Seite der proletarischen Bewegung zu stellen? Daß seine Übergangsmaßregeln und Detailvorschläge nicht viel taugen, ist ganz Nebensache".

In seiner Analyse weist Silberner auf die Unterschiede zwischen den Konzeptionen von Jacoby und Marx in bezug auf Weg und Ziel der Arbeiterbewegung hin. Während Marx die Aufhebung des Privateigentums und des Staates und die Errichtung eines zentralisierten, geplanten Wirtschaftssystems anstrebte, wollte Jacoby die Lohnarbeit durch die freie Genossenschaftsarbeit ersetzen, die Marktwirtschaft voraussetzte. Für Marx war der revolutionäre proletarische Klassenkampf der einzige Weg zur Errichtung des neuen Gesellschaftssystems; Jacoby leugnete zwar nicht die Existenz des Klassenkampfs, glaubte jedoch

an die Möglichkeit einer friedlichen Lösung der sozialen Frage und hoffte auf ein vernünftiges Zusammenwirken der Klassen. (S. 420).
Der preußische Weg zur Lösung der nationalen Frage wurde durch den Deutsch-Französischen Krieg vollendet. Jacoby protestierte am 14. September 1870 öffentlich gegen die Annexion Elsaß-Lothringens und warnte, daß einst ein siegreiches Polen auf Grund des „Kanonenrechts" die Provinzen Posen und Westpreußen zurückfordern und annektieren könne. „Nur wer die Freiheit anderer achtet, ist selber der Freiheit wert". Seine Warnungen wurden von den herrschenden und siegestrunkenen Chauvinisten in den Wind geschlagen; Jacoby wurde wegen seiner Rede erneut eingekerkert und verbrachte ohne Untersuchung, Verhör und Urteil sechs Wochen auf der Festung Boyen bei Lötzen in Ostpreußen.
Während des Hochverratsprozesses gegen Bebel und Liebknecht vollzog Jacoby im April 1872 demonstrativ seinen Beitritt zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Er wurde zwei Jahre später als Abgeordneter der SDAP in den Reichstag gewählt, lehnte jedoch das Mandat ab, weil er den Rechtsbruch nicht anerkannte, auf dem das neue Reich beruhte, und nicht glaubte, daß man auf parlamentarischem Wege den Bismarckschen Militärstaat in einen Volksstaat verwandeln könne. Sein siebzigster Geburtstag wurde zu einem großen Triumph für den unermüdlichen Kämpfer für Menschenrecht und Menschenwürde. In den letzten Lebensjahren widmete er sich wiederum seinen philosophischen Studien; im Februar 1877 erkrankte er an einer Blasenentzündung, wurde operiert und starb am 6. März. Der Freidenker und Atheist wurde auf eigenen Wunsch auf dem jüdischen Königsberger Friedhof mit traditionellem Ritus begraben.
Jacobys wertvoller schriftlicher Nachlaß ruhte fast siebzig Jahre in der Königsberger Stadtbibliothek und fiel in den Stürmen des Zweiten Weltkrieges dem nationalistischen Wahnwitz zum Opfer, den der demokratische Patriot zeitlebens bekämpfte. Hätte nicht der deutsch-jüdische Historiker Gustav Mayer am Vorabend des Ersten Weltkriegs hunderte Briefe von und an Jacoby für seine geplante Biographie abgeschrieben, so wäre die minutiöse und exakte Rekonstruktion des Lebens dieses kühnen Freiheitsstreiters unmöglich gewesen, die Silberner vornahm. Seine Biographie – eine Meisterleistung der historischen Forschung – stützt sich auf Vorarbeiten, die in den Jahren 1969-1973 im „Archiv für Sozialgeschichte", im „International Review of Social History" und im „Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsbergs/Pr." erschienen sind. Der schön ausgestattete Band, der ein musterhaft angelegtes Quellen- und Literaturverzeichnis enthält, bringt in seinem Bildteil sämtliche überlieferten Porträts Jacobys. Es ist zu hoffen, daß die tiefschürfende und geistreiche Analyse Silberners in die Hände recht vieler Leser gelangt und andere Historiker zu ähnlichen Forschungen anregt.

Walter Grab

CALKINS, Kenneth R.: **Hugo Haase. Demokrat und Revolutionär.** – Berlin: Colloquium 1976. 244 S.

Hugo Haase sei „ein psychologisches Rätsel", meinte einmal Eduard David, Führer des rechten Flügels der SPD-Reichstagsfraktion während des Ersten Weltkriegs. Das Rätsel aufzuklären und die längst überfällige Biographie eines der bedeutendsten deutschen Sozialisten vorzustellen, versucht die angezeigte Arbeit.
Der Verf. hofft, „eine aufschlußreiche Einzelstudie über das, was Peter Gay das ‚Dilemma des demokratischen Sozialismus' genannt hat, vorlegen zu können und ein lebendiges Porträt eines der anziehendsten Gestalten dieser Bewegung entworfen zu haben". Die Hoffnung erfüllt sich leider kaum. Schon das erste Kapitel, das die Königsberger Zeit Haases behandelt, enttäuscht die Erwartungen. Man braucht kein Psychoanalytiker zu sein, um zu wissen, daß keine Biographie ohne die Ausleuchtung der ersten zwanzig Lebensjahre auskommen kann. Haase hat sogar 47 Jahre, das sind mehr als vier Fünftel seines Lebens, in Ostpreußen verbracht, doch dem

Verf. ist diese Zeit ganze 9 Seiten wert, und er füllt sie fast ausschließlich, indem er einschlägige Passagen aus der von Haases Sohn Ernst herausgegebenen Briefsammlung und dem Bändchen von Wilhelm Matull über Ostpreußens Arbeiterbewegung nacherzählt. Hätte er die Akten der Regierung und des Oberpräsidiums Königsberg im Staatlichen Archivlager Göttingen eingesehen, so hätte er eine Fülle farbigen und aufschlußreichen Materials über Haases Rolle in der ostpreußischen SPD gefunden; aber nicht einmal der von Kurt Eisner herausgegebene stenographische Bericht über den Königsberger Hochverratsprozeß 1904 ist ihm bekannt, und so enthalten die Abschnitte über dieses seinerzeit in ganz Europa verfolgte Verfahren gegen führende ostpreußische Sozialdemokraten, in dem Haase als Verteidiger auftrat und glänzend agierte, eine Anzahl überflüssiger Detailfehler (S. 16 f). Lediglich die Mitteilungen von Verwandten Haases, die der Verf. ausgewertet hat, geben der Darstellung einen Hauch von biographischer Ergiebigkeit.

Der Eindruck einer weithin flachen Faktensammlung setzt sich auch bei der weiteren Lektüre fort. Das liegt möglicherweise auch daran, daß bei amerikanischen Publikationen in der Regel ein erheblicher zeitlicher Abstand zwischen der Fertigstellung des Manuskripts und der Veröffentlichung besteht; so ist die Darstellung der sozialdemokratischen Flügelkämpfe vor dem Ersten Weltkrieg und der Parteispaltung seit 1914, auf der das Schwergewicht liegt, durch die Veröffentlichungen namentlich Dieter Grohs und Susanne Millers längst bekannt und teilweise überholt. Darüber hinaus verfolgt der Verf. Haases Lebensweg und die gleichzeitige Geschichte von SPD und USPD in trocken-beschreibender Manier; viel ereignet sich, bunt aneinandergereiht, doch alles so, als ob es auf einem fernen Stern geschähe. Die innerparteilichen Querelen werden geschildert, doch nicht erklärt; da erscheinen Linke, marxistische Zentristen und „Revisionisten" (damit meint der Verf. in der Regel Reformisten), als wären sie vom Himmel gefallen. Wer nach der Lektüre dieses Buchs, ohne die übrige Literatur zu kennen, nach den Gründen für die Parteispaltung im Ersten Weltkrieg gefragt würde, wäre in Verlegenheit. Daran ist nicht nur des Verf. offenbare Anlehnung an die amerikanische sozialwissenschaftliche Tradition des deskriptiven „field work" schuld, sondern auch seine an sich sympathische Teilnahme, die ihn aber dazu verführt, Anklagen Haases und seiner Freunde gegen die Parteimehrheit ohne jede kritische Distanz zu referieren und damit die Frage nach den Motiven Andersdenkender für erledigt zu halten. Des Verf. Engagement führt sogar zu direkt falschen Darstellungen; so ist seine Schilderung des „Vorwärts"-Konflikts, der Anfang November 1916 zur Übernahme des Blatts durch den Parteivorstand führte, völlig unverständlich, denn er unterstreicht zwar, daß es sich um das Blatt der zum PV in Opposition stehenden Berliner Parteiorganisation handelte, teilt aber nicht mit, daß es zugleich das Organ des Parteivorstands war. Auch verführt den Verf. seine Zuneigung zu seinem Berichtsobjekt zu Überzeichnungen, die gelegentlich mit der Wirklichkeit nichts mehr zu tun haben, wie zu der auf S. 193 ff. aufgestellten, völlig absurden Behauptung, die Unterzeichnung des Friedensvertrags von Versailles sei das Verdienst der USPD gewesen.

Es ist schade um dieses Buch, denn zwischendurch finden sich doch auch Stellen, die einiges an analytischer Leuchtkraft besitzen. Vor allem gelingt es dem Verf., die tragische Position Haases und seiner Parteigründung zwischen sämtlichen Stühlen sichtbar zu machen und zu begründen: ein Revolutionär, der auf die demokratische Legitimation durch die Bevölkerungsmehrheit hoffte und deshalb die Macht, die ihm im November 1918 zugefallen war, nicht revolutionär zu gebrauchen verstand; ein Bewahrer hergebrachter sozialdemokratischer Ideen und Ideale in einer Zeit, in der allein die Öffnung zum bürgerlich-liberalen Gegenwartsstaat oder die Transformation in eine kaderförmige Kampfpartei nach Leninschem Muster der sozialistischen Arbeiterbewegung reale politische Überlebenschancen bot.

Und noch aus einem anderen Grund sollte das Buch trotz seiner erheblichen Mängel gelesen werden. In seinem Anhang enthält

es Mitteilungen von überlebenden Bekannten Haases, die das leisten, was dem Verf. nicht gelang: eine plastische Vorstellung des Menschen und Politikers Haase und die Erklärung seiner Größe und seines Scheiterns, soweit das in seiner Persönlichkeit begründet war. Wer sich bis zu den letzten Seiten durchgelesen hat, findet hier endlich das „psychologische Rätsel" gelöst.

Hagen Schulze

COHEN, Stephen F.: **Bukharin and the Bolshevik Revolution. A Political Biography 1888-1938.** – New York: Alfred A. Knopf 1973. 495 S.

In a review of Uwe Stehr's „Vom Kapitalismus zum Kommunismus. Bucharins Beitrag zur Entwicklung einer sozialistischen Theorie und Gesellschaft" that appeared in these pages (IWK, Jg. 11 (1975), pp.403-404), Volker Gransow observed that the literature concerning the noted Soviet theoretician and revolutionary Nikolai I. Bukharin has hitherto been „recht spärlich": apart from Stehr's own book, Gransow mentions the studies of A. G. Löwy, Sidney Heitman and Peter Knirsch. In fact, this situation had already begun to change with the publication in 1973 of Stephen Cohen's full-scale Bukharin biography, which is about as thorough and definitive as is possible under present circumstances. Cohen has consulted virtually every bit of primary evidence available to him; he has studied practically every article, essay or book known to have been written by Bukharin; and he is thoroughly familiar with the secondary literature. Pending the opening of relevant Soviet archives to interested scholars, his book is bound to remain a standard account.

The value of Cohen's contribution is by no means diminished by its rather traditional „life-and-times" approach. In fact, this is probably the best way to deal with a figure whose career was so multifaceted and whose work was so often both diverse and self-contradictory. The dangers of the „life-and-times" technique are, of course, manifest, and Cohen is aware of this: as he says in his preface, „All biographers ought to resist overstating the importance of their subject" (p. XVII). From time to time he fails to resist this temptation. [1] But for the most part he successfully maintains a proper historical perspective, while at the same time concentrating on his principal aims: to remove the veil of obscurity from Bukharin's life and work, and return him to that central place he deserves in any account of the Bolshevik revolution; in a larger sense, to reexamine „the formative decades in Soviet history" (p. XV); and by so doing to demonstrate „that the Bolshevik party was far more diverse in character than is often imagined, and the outcome of the revolution considerably less predetermined" (p. XVII). Specifically, he argues cogently (if not, according to some reviewers, always convincingly) that it is misleading and simplistic to suggest that the Bolshevik experience after Lenin's death was largely a function of the rivalry between Stalin and Trotsky. It was more complicated than that, and other options were available.

After briefly describing what is known of Bukharin's origins and early life – his youth in Moscow, the decisive impact of the events of 1905 upon the then seventeen-year-old, his early agitational and organizational work for the Bolsheviks, his years of exile abroad, and the development of his abiding interest in Western European sociology – Cohen devotes a considerable amount of attention to the evolution of Bukharin's ideas, particularly in such early writings as „Imperialism and World Economy" (1915). The author argues that in this work Bukharin not only anticipated a number of Lenin's observations about imperialism but also began to work out what became one of his most important contributions to Bolshevik theory: namely, the concept of „state capitalism", which emphasizes the interrelation-

1 See E. H. Carr's incisive, often critical review of Cohen's book, in: *Times Literary Supplement*, 20 September 1974, pp. 989-990.

ship between imperialism and the „colossal, almost monstrous, power" of the new bourgeois state. Cohen stresses the „real horror" aroused in Bukharin by this „New Leviathan", a revulsion that was reflected in the frequent allusions in his writings to such things as Jack London's famous „iron heel" metaphor. Cohen then raises some of the most intriguing questions in his entire book, questions with which, he argues, Bukharin wrestled for years: „Was it theoretically conceivable that ‚statization' could become so pervasive – the economic base of society so fully subordinated to and controlled by the political superstructure – that spontaneous economic forces, crises, and thus the prospect of revolution would be eliminated? In short, was a third kind of modern society, neither capitalist nor socialist, imaginable?" (p. 31) Although Bukharin never openly admitted the possibility of this development, he nevertheless continued to worry about it and the dangers it might pose for the development of Soviet society after 1917. Thus Cohen observes: "And while the danger contributed to some of his most dishonest and tortuous rationalizations of Soviet developments, over the years it was a liberalizing element in this Bolshevism, part of what made Bukharin, despite his chronic public optimism, a man of private fears. It is further evidence that all Bolsheviks did not march to the same drummer" (p. 32). And Cohen argues convincingly that Bukharin's "private fears" were often reflected, in one way or the other, in the twists and turns of his policies over the years, from his stout defense of Left Communism in early 1918 to his enthusiastic espousal of NEP gradualism in the 1920's. After describing the maturation of Bukharin's ideas during his years in exile, Cohen discusses his role in the Revolution of 1917 and in the Civil War thereafter; and throughout this part of the book he demonstrates again and again that the Bolshevik movement was far more diverse, far more open-ended, far less monolithic than is usually assumed. Cohen's treatment of Bukharin's most significant writings from this period, "The Economics of the Transition Period" (1920) and "Historical Materialism" (1921), is both extensive and insightful; and he manages to correct a number of stubbornly held misconceptions and oversimplifications. For example, he shows that each of these two works, which superficially seem quite different, "contains Bukharin's celebrated mechanism and equilibrium theory, even though the former work exuded a cataclysmic ethos, the latter an evolutionary one" (p. 109). Their tones differ so much because „The Economics . . . ", deals with short-lived periods of „revolutionary disequilibrium", while "Historical Materialism" concerns itself with the problem of societies in equilibrium. Cohen also challenges two other "false assumptions": that there were conscious connections between "mechanistic" philosophy and "rightist" tendencies within the Bolshevik movement; and that Bolsheviks who agreed on certain matters of theory would necessarily agree on other matters.

Despite the great value of Cohen's commentary on "The Economics of the Transition Period" and "Historical Materialism", perhaps the richest and most compelling portions of his book are those later chapters that delineate the evolution of a "Bukharinist" point of view after 1921 and especially after the economic crisis of 1923. Particularly skillful is the way in which the author interweaves Bukharin's evolving theoretical positions with the realities of the factional struggles after Lenin's death. Among other things, Cohen describes Bukharin's rethinking of the "ethic of socialist industrialization", his support for gradualist industrial and peasant policies, and his rise to temporary co-leadership of the party with Stalin from 1925 to 1928. Cohen's handling of all these complex affairs is for the most part scrupulously fair; and his treatment of Bukharin's fall and disgrace after 1928 ably evokes the tragedy of the man whom Lenin, for all his frequent criticism, had called "the party's most valuable and biggest theoretician" and "the favorite of the whole party" (p. 152).

Cohen wants to convince the reader that Bukharin was above all a "seeking Marxist", a "questing spirit", a man who believed

that a Marxist must necessarily be creative, open-minded, and willing to admit errors and explore new possibilities. He concludes along this vein by arguing that Bukharin's ideas can still be of considerable relevance for the Soviet Union and other socialist countries. If reform movements in those societies succeed, he suggests, "in creating a more liberal communism, a 'socialism with a human face', Bukharin's outlook and the NEP-style order he defended may turn out to have been, after all, the true prefiguration of the Communist future – the alternative to Stalinism after Stalin" (p. 386). Though one may regard this assertion with some skepticism, it hardly detracts from a sophisticated, thoughtful study that will long remain basic reading for anyone interested in the history of Bolshevism.

David E. Barclay

RITTER, Gerhard A. (Hrsg.): **Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland**. – Düsseldorf: Droste 1974. 458 S.

Die Probleme unseres heutigen parlamentarischen Regierungssystems sind gewiß andere als die, die in dem Sammelband „Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland" größtenteils behandelt werden. Und doch verblüfft, wie über hundert Jahre alte Kontroversen mit unverminderter Vehemenz auch heute wieder – insbesondere nach den theoretischen und politischen Irritationen seitens der außerparlamentarischen Opposition – in den Kategorien des vor-demokratischen Parlamentarismus ausgetragen werden. Dazu gehört nicht nur die unselige Gegenüberstellung von Staat und Gesellschaft, wie sie in autoritärer Tradition von der jetzigen Opposition bei „Verfassungsdebatten" oder in der „Radikalenfrage" wieder geltend gemacht wird; dazu gehören neuerdings auch Versuche von konservativen Alt-Liberalen, wie z.B. von Hayek, einen „nicht-demokratischen" (Max Weber) Old-Whig-Parlamentarismus zur Bekämpfung unserer „unbeschränkten Demokratie" zu empfehlen. (FAZ, 8.1.1977). Noch immer haben es Geschichtswissenschaft und Politologie nicht geschafft, die ideologische Überhöhung bestimmter Herrschaftssymbole auf den Boden einer realitätsgerechten Deutung herunterzuholen und damit dem mißbräuchlichen – und offensichtlich politisch wirksamen – Rückgriff auf „interessefreie" Symbole einen Riegel vorzuschieben.

Gerhard Schulz deutet in seinem Aufsatz „Räte, Wirtschaftsstände und die Transformation des industriellen Verbandswesens am Anfang der Weimarer Republik" die richtungweisende und richtigstellende Aufgabe an: „Wäre die sozialgeschichtliche Betrachtungsweise, die gerade in Verbindung mit politischen Gegebenheiten fruchtbare Wirkungen zu erzielen vermag, weiter verbreitet und geläufiger, so wäre gewiß weniger von jener verhängnisvollen Entgegensetzung von [interessefreiem] Staat und [interesseorientierter] Gesellschaft im vorigen Jahrhundert die Rede, als es jetzt der Fall ist." (S. 357).

Mißt man die im vorliegenden Bd. versammelten 19 Aufsätze an diesem Maßstab, so überwiegt Enttäuschung: die Beiträge sind zu disparat, zu speziell und gehen oft genug an der selbst gestellten Aufgabe vorbei (der „Frage nach den sozialen Schichten und Gruppen, die entweder eine Machterweiterung der Parlamente förderten oder ihr entgegenwirkten"). Vielleicht hat auch der programmatische Einleitungsaufsatz des Herausgebers Gerhard A. Ritter, der auf hohem Niveau Problembewußtsein und Forschungsperspektive miteinander verbindet, den Erwartungshorizont (notwendig?) zu hoch geschraubt. – Da der Bd. ausdrücklich als „Zwischenergebnis" der Arbeit am umfassenden Projekt eines „Handbuchs der Geschichte des deutschen Parlamentarismus" gekennzeichnet wird, kann hier keine detaillierte Einzelkritik der unterschiedlichen Beiträge geleistet werden. Vielleicht können aber einige Hinweise für die endgültige Fassung des Handbuchs von Nutzen sein.

Auch wenn G. A. Ritter in seinem Beitrag „Entwicklungsprobleme des deutschen

Parlamentarismus" in einer Fußnote anmerkt, daß der Begriff „Parlamentarismus" nicht die isolierte Behandlung der Parlamente und des Parlamentarismusbetriebs im engeren Sinne meint, sondern die „Repräsentativkörperschaften" in ihrer Funktion als Vermittler zwischen Regierung und Volk, so sollte doch in jedem einzelnen Beitrag deutlich werden, welches Verständnis von „Parlamentarismus" vorherrscht. Das ist m. E. besonders wichtig, weil, wie auch der letzte Beitrag von U. Scheuner („Zur Entwicklung des Parlaments unter der Ordnung des Grundgesetzes") zeigt, der Bogen vom vordemokratischen Frühkonstitutionalismus und Liberal-Parlamentarismus bis zum demokratischen Parlamentarismus der Weimarer Zeit und der Bundesrepublik reichen soll.

Wie schon 1966 der grundlegende Aufsatz von R. M. Lepsius über den Zusammenhang von Parteiensystem, Sozialstruktur und Demokratisierung deutlich gemacht hat, lassen sich bis heute vorindustrielle, sozialmoralische Wertvorstellungen und Subkulturen in den heutigen Parteien und ihrer Wählerschaft nachweisen, die die Herausbildung allgemeiner Wertvorstellungen für die moderne Industriegesellschaft verhindern. Die enge Verzahnung von Parteien- und Parlamentarismusentwicklung macht es notwendig, jede Parlamentarismusforschung – zumindest ansatzweise – in die Entwicklungslinie vom vordemokratischen zum demokratischen Parteien-Parlamentarismus zu stellen. Eine solche Betrachtungsweise könnte u. U. auch ein wenig dazu beitragen, den unkritischen oder ideologischen Gebrauch des Begriffs „Parlamentarismus" im politischen Tageskampf zurückzudrängen. Man denke nur an die verheerenden Folgen von Carl Schmitts Buch „Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus"! Daß diese Widersprüche auch in der sozialgeschichtlichen und politologischen Forschung noch keineswegs ausgeräumt sind, zeigen etliche Beiträge in diesem Bd., Ausdruck der vorherrschenden eher geistesgeschichtlich und institutionell ausgerichteten Methode.

So schreibt z.B. G. A. Ritter mit Seitenblick auf die britische Parteienentwicklung, daß in Deutschland der massive Einfluß der Interessenverbände viel früher die Umstrukturierung und Veränderung des Charakters der Parteien deutlich werden ließ, als etwa in England und Frankreich. Während dort Interessenvertretung seit jeher legitimes Anliegen der Abgeordneten war (von den 815 Unterhausabgeordneten der Jahre 1841-1847 waren 145 Eisenbahndirektoren; 1867 waren es 179 und 1886 noch 90), weist U. Scheuner zwar zu Recht darauf hin, daß – ganz im Gegensatz zur Realität – bei uns die „parlamentarische Repräsentation mehr in ideell abstrakter Form begründet [wurde] und einen Gegensatz zwischen dem Gemeinwohl und besonderen Interessen aufgerichtet hatte": ein besonderes Merkmal der deutschen Verhältnisse sei es gewesen, „daß der Einfluß der Interessen und der Verbände erst zögernd und noch bis in die Anfänge der Bundesrepublik hinein mit teilweise negativer Bewertung zur Kenntnis genommen wurde." Wie wenig akzeptiert jedoch die Geschichte des Interesseneinflusses und der Interessenvertretung bei uns ist, demonstriert Scheuner selbst, wenn er wenig später schreibt, daß sich heute auch „Beamte und Landwirtschaft bemühen, in allen Parteirichtungen Vertreter zu besitzen" – als wenn es früher nicht so gewesen wäre.

Auch die Beiträge von H. Boldt („Zwischen Patrimonalismus und Parlamentarismus") und M. Botzenhart („Die Parlamentarismusmodelle der deutschen Parteien 1848/9") zeigen in ihrer z.T. gegensätzlichen Einschätzung wichtiger Theoretiker (Th. Mohl, L. v. Stein u.a.), wie vielschichtig bis heute der Parlamentarismusbegriff ist. (Botzenharts Aufsatz scheint manchmal allzusehr unter dem Eindruck heutiger radikaler Forderungen nach dem imperativen Mandat geschrieben worden zu sein). Beide Beiträge aber machen klar, wie waghalsig es heute ist, auf „historische Bündnisse" von 1848 zu verweisen – so etwa Werner Maihofer im Hinblick auf die sozial-liberale Koalition – oder auf Lorenz von Stein als Vorläufer des modernen „sozialen Liberalismus" zurückzugreifen. (L. v. Stein hatte dem Bürgertum „politische Enthaltsamkeit", auf die Regierung Einfluß nehmen zu wollen, empfohlen, um die „Begehrlichkeit" des Proletariats nicht zu wecken).

H. Möllers Analyse „Parlamentarisierung und Demokratisierung im Preußen der Weimarer Republik" offenbart den Unsinn des auch heute viel zu pauschal gebrauchten Begriffs der „Volkspartei", der verlangt, daß jede Partei im Parlament ein annähernd des Spiegelbild der Repräsentation sozialer Schichten abzugeben habe. Für ihn scheinen 1932 im Preußischen Landtag nur das Zentrum und die DNVP dieses Kriterium zu erfüllen; die SPD aber, deren Mitgliederschaft tatsächlich ungefähr der sozialen Schichtung des deutschen Volkes entsprach, charakterisiert er mit dem Satz, „sofern sie nicht Arbeiterinteressen vertrat, [repräsentierte sie] vornehmlich nur die eigene Parteiorganisation . . . "
Mag die Forderung nach möglichst einheitlicher Begrifflichkeit und programmatischem Erkenntnisinteresse insgesamt als utopisch erscheinen, für das zu erstellende Handbuch wäre sie wünschenswert: Auch oder gerade unter dem Aspekt, daß nicht im Rückgriff auf un-demokratische (‚wahre') Parlamentarismusvorstellungen (wie bei v. Hayek) der erreichte Stand demokratisch-parlamentarischer Regierungsweise wieder infrage gestellt werden kann.

Christian Fenner

BROCKHAUS, Eckhard: **Zusammensetzung und Neustrukturierung der Arbeiterklasse vor dem ersten Weltkrieg. Zur Krise der professionellen Arbeiterbewegung** (= Trikont Theorie). – München: Trikont 1975. 155 S.

Der Autor stellt sich die Aufgabe, einen Beitrag zu einer „Arbeitergeschichte" zu schreiben, die versucht, „die Geschichte der Klassenkämpfe von der Produktionssphäre, vom Charakter des Ausbeutungsprozesses her zu analysieren" (S. 7). So sei es „Aufgabe der Arbeitergeschichte . . . , die Mystifikation zu durchbrechen, wonach die Produktion im allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnis aufgelöst erscheint; sie . . . [müsse] stattdessen die kapitalistische Produktion selber als den zentralen Schauplatz des Klassenkampfs entdecken, durch den die gesellschaftlichen Verhältnisse geformt und verändert werden . . . " (S. 7). Dabei wird der Anspruch erhoben, die „innere . . . Geschichte der Arbeiterklasse . . . von einem revolutionären Standpunkt aus" (S.10) zu rekonstruieren. Indem „gegen eine ganze Tradition der Arbeitergeschichtsschreibung anzukämpfen und deren gesamte Literatur ‚gegen den Strich' neu zu bearbeiten [sei] . . . " (S. 10 f.), lasse sich durch „zahllose vergessene, bzw. verdrängte . . . Studien . . . der neue Zugang zur Klassenrealität" (S. 11) erarbeiten. Die Bemerkung, daß eine Anerkennung dieses „neuen Forschungsansatzes" (S. 11) „von einer akademischen Wissenschaft" (S. 11) „freilich" (!) auch nicht erwartet werden könne, legt den Verdacht vorurteilshafter Einstellung des Verf. nahe. Nicht die „Destruktion der Fragestellung selber" (S. 11), sondern die auch von anderen Kritikern [1] an der „Historiographie" der „anderen" Arbeiterbewegung bemängelten grundlegenden theoretischen und methodologischen Schwächen lassen den Leser auch bei diesem Versuch der „Geschichtsschreibung vom Arbeiterstandpunkt aus" unzufrieden zurück.
An drei Produktionssektoren (Maschinenbau: S. 12 f., Bergbau: S. 87 f., und Schwerindustrie: S. 131 f.) versucht B., seinen „Zugang zur Klassenrealität" aufzuzeigen. Eine Begründung für die Auswahl dieser Bereiche wird nicht gegeben. Das Grundmuster der Darstellung ist klar: Auf die Herausforderung der „Facharbeiter", die ihre zentrale Stellung im Produktionsprozeß ausspielen, antwortet „das Kapital" mit forcierten Mechanisierungs- und Rationalisierungsanstrengungen. Die Folge: eine teilweise Entwertung der Facharbeiterqualifikation neben einer Aufwertung ihrer Position im

1 Vgl. dazu M. Kramme, Rezension zu: Karl-Heinz Roth, *Die andere Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart*, München 1974, in: *IWK*, Jg. 11 (1975), S. 114 f.; Erhard Lucas, *Die ‚andere' Arbeiterbewegung*, in: *Politikon*, Nr. 46 (1975), S. 17-21; Rudi Schmidt, *Die Geschichtsmythologen der ‚anderen' Arbeiterbewegung*, in: *IWK*, Jg. 11 (1975), S. 178-199.

Betrieb. Durch sozialpolitische Vergünstigungen sollen die in ihrer Macht beschnittenen Facharbeiter an das Werk gebunden und gegen die „Masse" der Un- und Angelernten ausgespielt werden. Dadurch wird der „‚Besitz' dieser qualifizierten Facharbeiterschicht" (S. 24 f.) zu einem „Herrschaftsinstrument gegen die Angelernten" (S. 25). Die Funktion der Gewerkschaften wird reduziert, deutlicher: verfälscht, auf eine „bürgerlich parlamentarische ‚power group'" (S. 82), die „die Arbeitermacht als Basis und Ziel ihrer Politik" (S. 82) aufgegeben und sich selbst „Schritt für Schritt ... in ein Instrument zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung" (S. 82) verwandelt habe. Neben diesen „alten und neuen Facharbeiterschichten entsteht nach dem Willen des Kapitals eine neue, stumme Arbeiterklasse ..., eine bewußtlos stumpfe Arbeiterklasse, deren Gedanken in der Regel vom Kapital beherrscht werden, deren Ideologie die herrschende Ideologie ist." (S. 64). Nach der „Taylorisierung" der Betriebe – dabei wird weder dieser, noch werden andere Begriffe, wie „Facharbeiter", „Angelernte", „Ungelernte" zum Gegenstand analytischen, differenzierenden Vorgehens – sei dann die „Macht der neuen Facharbeitergeneration ... ganz die Unternehmermacht." (S. 84). Die „Herstellung einer scharfen Klassenspaltung zwischen gelernten und un- und angelernten Arbeitern" (S. 25) durch „das Kapital", dessen personifizierte Allmacht immer wieder zum „Beleg" der Ausgangsthese herhalten muß („das Kapital" „bemächtigt sich" (S. 29), „drückt herab" (S. 41), „entmachtet den Meister" (S. 54), „erlangt Kontrolle" (S. 54), „fühlt sich beobachtet" (S. 112), wird vor allem mit sozialpolitischen Maßnahmen der Unternehmer zu begründen versucht. Für B. besteht diese „Strategie, mit dem Facharbeiterproblem fertig zu werden, ... aus einer Kombination von Zuckerbrot und Peitsche ..." (S. 24). Ein weiterer „Beleg" dieser Strategie soll eine vom Verf. festgestellte, in der Regel wesentlich bessere Entlohnung der Facharbeiter sein (S. 25).

Abgesehen von der Entlohnung nach Qualifikationsmerkmalen, entgeht B., daß in diesem Zeitraum und darüber hinaus nach 1914 eine zunehmende Angleichung zwischen den Löhnen der gelernten und ungelernten Industriearbeiter festzustellen ist, wie z.B. die offensichtlich nicht herangezogene Untersuchung von Luise Morgenstern[2] zeigen kann. Auf S. 72 f. stellt B. die Ergebnisse von Desai, Kuczynski, Phelps und Bry über die Lohnentwicklung unkritisch nebeneinander, ohne die bisher geführte Diskussion und deren Ergebnisse zu berücksichtigen. Es ist eben nicht so, daß, wie er in Anm. 191 (S. 73) bemerkt, alle Autoren „eine enorme Verlangsamung des Anstiegs der Reallöhne mit der Tendenz zur Stagnation" feststellen, sondern nach neueren Untersuchungen ein stärkerer als bisher vermuteter Anstieg der Reallöhne vor dem Ersten Weltkrieg angenommen werden kann.[3] Ebenso undifferenziert geht B. vor, wenn er Staat und entstehende Gewerkschaften in einem Atemzuge als dafür verantwortlich hinstellt, daß es ihnen gelungen war, „in wichtigen Vermittlungsschritten vor dem Weltkrieg ... den Radikalismus der Bergarbeiter bis zur Novemberrevolution latent zu halten und an der Ausformulierung und Umsetzung eines revolutionären Programms als Antwort auf die Politik des Zechenkapitals zu hindern." (S. 119). Diese Entwicklung, die wiederum erst nachzuweisen wäre, wird dann als „Bündnis mit der staatlichen Administration" (S. 123) bezeichnet, dessen Preis „die Kontrolle des Arbeiterradikalis-

2 Luise Morgenstern, *Vergleich der Lohn- und Lebensverhältnisse von gelernten und ungelernten Industriearbeitern, bei besonderer Berücksichtigung der deutschen Metallindustrie im letzten Jahrzehnt*, Freiburg 1925 (= rechts- und staatswiss. Diss., Freiburg v. 12.11.1924. Masch.schr.). Vgl. auch Gerhard A. Ritter und Jürgen Kocka, *Deutsche Sozialgeschichte*, Bd. 2: 1870-1914, München 1974, S. 142.

3 Vgl. dazu Gerhard Hohorst, Jürgen Kocka und Gerhard A. Ritter, *Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch*, München 1975 (= Beck'sche Elementarbücher), S. 107 f. Dort auch der Hinweis auf Th. J. Orsagh, der den Anstieg der Reallöhne nach 1900 noch höher ansetzt als Desai.

mus" (S. 123) gewesen sei. Daß hier ein Stück Emanzipation der Arbeiter – mit Hilfe ihrer Gewerkschaften – erreicht wurde, gerät nicht in das „Erkenntnisfeld", kann es wohl auch nicht, wenn „Radikalismus" als Ziel postuliert und eine davon abweichende Verhaltensform als „Erziehungs- und Disziplinierungsprogramm der neuen Bergarbeiterklasse" (S. 123) abqualifiziert wird. Stellt B. dann doch „einen enormen Mitgliederzuwachs" (S. 130) bei christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften nach dem Bergarbeiterstreik von 1905 fest, der auf die zunehmende Attraktivität der Gewerkschaften bei den Bergleuten zurückzuführen sei, so bedarf dieser Widerspruch in der Argumentation des Verf. doch wohl einer Aufklärung. Fehlende Integration und mangelnder Besitzstand der Bergarbeiter haben zweifellos die Kampf- und Risikobereitschaft erhöht, jedoch kann die Beteiligung von Frauen und Kindern an Streikaktionen (S. 114) nicht allein bei der „neuen" Bergarbeitergeneration beobachtet werden. Solche Formen „familiären" Protests sind bereits im (fiskalischen) Bergbau des 17. bis 19. Jahrhunderts nachzuweisen, so daß die Konstruktion einer Entwicklung von organisierten, „facharbeiterbezogenen" zu „neuen" Streikformen der „Massenarbeiter" nicht haltbar ist.

Ein wesentlich größeres Defizit der Arbeit liegt in der leider nur oberflächlichen Darstellung der technischen und arbeitsorganisatorischen Bedingungen und deren Wandel im Untersuchungszeitraum. Detaillierte, empirisch fundierte Analysen dürften hier zu differenzierteren Ergebnissen als etwa der These von der „Zerschlagung der Facharbeitermacht durch ‚Wissenschaftliche Betriebsführung'" (S. 37) kommen. [4] Dabei könnte dann schon ein erster Einblick in die zeitgenössischen Auseinandersetzungen um den „Taylorismus" und dessen Abwehr bzw. Modifikationen zeigen, daß die Feststellung B.s, „Taylorismus bedeutet nichts anderes als den Versuch, die Arbeiter zu willenlosen und gefügigen Anhängseln des in allen Teilen restlos vom Kapital kontrollierten Produktionsprozeß herabzudrücken" (S. 41), z.B. nicht die kritische, aber modifizierte Haltung der Gewerkschaften zu erklären vermag. – Auch insofern ist der Erkenntnisgewinn für den Leser gering; oder mit B.s Worten: „Auch diesem Buch haften diese Mängel d.i.: „fehlerhaft im Detail", „vorschnelle ... Schlüsse ... mit Sicherheit an." (S. 10) .

Hans-Otto Regenhardt

4 Im Original gesperrt.

BOCK, Hans-Manfred: **Geschichte des ‚linken Radikalismus' in Deutschland. Ein Versuch** (= edition suhrkamp, Bd. 645). – Frankfurt/M. 1976. 370 S.

Hans-Manfred Bock hätte sein Buch auch als Drama schreiben können, bestehend aus einem Prolog und drei Akten. Im Prolog wird der Linksradikalismus vorgestellt und definiert, im ersten Akt tritt er dann in Form der „Jungen" in der SPD um 1890 auf, im zweiten in Gestalt des Rätekommunismus und im dritten schlüpft er in das Gewand der Studentenbewegung. Die dramatische Form wird nur insofern verletzt als keine Entwicklung stattfindet, und auch keine Lösung angeboten wird, weder eine versöhnende noch eine tragische. Vielmehr bricht die Darstellung mit Erreichen der Gegenwart einfach ab. Diese Darstellung des Linksradikalismus als einer Konstanten in der Geschichte der Arbeiterbewegung hängt mit Bocks Vorstellung zusammen, der Linksradikalismus sei eine immer wieder auftretende *Abweichung* vom eigentlichen, richtigen Gang der Geschichte. [1] Im „Prolog", betitelt mit „Die Aktualität des linken Radikalismus" und „Der linke Radikalismus als politisch-soziales Phänomen", versucht der Autor, den Linksradikalismus theoretisch zu bestimmen. Er benutzt hierfür eine „überwiegend typologisch-deskriptive Me-

1 Auf diese Auffassung bin ich in der Sammelrezension *Rätekommunismus und Anarchismus*, in: *IWK*, Jg. 12 (1976), S. 71 f.; eingegangen, so daß ich mir Ausführungen darüber ersparen kann.

thode" (S. 7), was er ausdrücklich als vorläufig verstanden wissen will, weil „beim gegenwärtigen Stand der wissenschaftlichen Erforschung des Linksradikalismus" eine tiefgreifendere Analyse noch nicht möglich ist. Dieses Verfahren erscheint mir durchaus legitim, problematisch wird es nur, wenn der vorläufige Weg in die falsche Richtung führt und vom Ziel abbringt anstatt sich ihm zu nähern.

Bock läßt eine Reihe von Klassikern Revue passieren und befragt sie zu ihren Aussagen über linksradikale Strömungen: Engels über die „Jungen", Kautsky über seine linksradikalen Gegner in der Massenstreikdebatte, Lenin über die KAPD. Er stellt in diesen Kritiken übereinstimmende Urteile fest (S. 35): Überrepräsentanz junger Intellektueller, simplifizierende Situationsanalyse, Hypostasierung des Spontaneismus, Organisationsfeindlichkeit und Affinität (nicht Identität) mit anarchistischen und syndikalistischen Positionen. Überall da, wo die „durch diese Merkmalskombination umrissene Definition" angewandt werden kann, liegt Linksradikalismus vor. Dieses Typologisierungsverfahren ist schon auf der Ebene der herangezogenen Kronzeugen äußerst problematisch, weil es Bock unterläßt, die Urteile von Engels etc. auf ihre Stichhaltigkeit zu überprüfen und den politischen Kontext einzubeziehen, in dem diese Urteile gefällt wurden. Lenin sieht sich, wohl zu seiner nicht geringen Überraschung, bei Bock mit Kautsky gegen Pannekoek und Rosa Luxemburg kämpfen. Bock meint, Kautsky habe seinen Kontrahenten einen „vereinfachten Marxismus" nachgewiesen (S. 27). Lenin sah das genau umgekehrt: wie problematisch einzelne Formulierungen Pannekoeks in Lenins Sicht auch waren: „Kautsky gegenüber vertritt eben Pannekoek in dieser Kontroverse den Marxismus". [2]

Diese eklektizistische Zusammenstellung von Klassikerzitaten unter Außerachtlassung ihrer inneren Konsistenz hat aber jenseits der philologischen Streitereien eine eine schwerwiegende Konsequenz: die der idealistischen Geschichtsbetrachtung. Subjekt des Bockschen Buches ist die Idee des Linksradikalismus, die sich zu verschiedenen Zeiten in verschiedenen Trägern materialisiert. Die Studentenbewegung ist der linksradikalen Bewegung zuzuschlagen, weil sie linksradikale Ideen rezipiert. Aber nicht die Tatsache, *daß* sie linksradikale Ideen rezipiert hat, sondern die Art und Weise *wie* sie sie rezipiert hat und zu welchem Zweck, ist entscheidend für die Frage, was die Studentenbewegung in materialistischer Betrachtungsweise darstellt. Um den linksradikalen Charakter der Studentenbewegung herauszustellen, betont Bock die Rezeption älterer rätekommunistischer und – teilweise – anarchistischer Literatur. Er vernachlässigt andere ideologische Einflüsse wie den durch die zunächst abstrakt moralische Identifikation mit den Befreiungskämpfen in der „Dritten Welt" in die Diskussion eingeführten Maoismus. [3] Die von Bock erwähnte Stilisierung der Intellektuellen als revolutionärer Kraft ist eine glatte Negierung rätekommunistischer Prinzipien.[4] Diese Stilisierung erklärt weniger den „Linksradikalismus" der Studentenbewegung als vielmehr den Übergang zu leninistischen Positionen, in denen, wie man weiß, der Intellektuelle als Träger des wissenschaftlichen Bewußtseins keine unbedeutende Rolle spielt.

2 Vgl. Wladimir Iljitsch Lenin, *Staat und Revolution*, in: ders., *Werke*, Bd. 25, S. 500.

3 Bock verweist auf S. 269, Anm. 451, auf Reimut Reiche hin, der sich über die verbreitete Mao-Zitiererei mokiert. Man kann darin eine ambivalente Einstellung des SDS zum Maoismus sehen, wie Bock dies tut. Man kann das Zitat aber auch als Beleg dafür nehmen, daß der Einfluß der „Mao-tse-tung-Ideen" schon so groß war, daß eine relativierende Bemerkung nötig schien.

4 Vgl. den Artikel: *Die Intelligenz im Klassenkampf* (1934), wieder abgedruckt in: G. Mergner (Hrsg.), *Gruppe Internationaler Kommunisten Hollands*, Reinbek b. Hamburg 1971, S. 134-138. Vgl. auch die unwirschen Bemerkungen von Cajo Brendel zu B. Rabehl, in: *Anton Pannekoek, theoretikus van het socialisme*, Nijmegen 1970, S. 122, S. 188 und S. 193.

Wenn auch der Bocksche Ansatz auf eine ideengeschichtliche Betrachtungsweise hinausläuft, deren analytischer Erklärungswert gering ist, so heißt dies aber nicht, daß es sich um ein überflüssiges Buch handelt, denn es trägt sehr viel zu dem Wissen bei, das als Voraussetzung für eine analytische Betrachtung unabdingbar ist. Vor allem die umfangreichen Kapitel über den Rätekommunismus in der Weimarer Republik und die Studentenbewegung sind in dieser Hinsicht von großem Wert. Die Darstellung des Rätekommunismus ist prägnant und umfassend zugleich und an keiner Stelle denunziatorisch. Der Versuch, die Studentenbewegung auf relativ breiter Quellenbasis zu rekonstruieren, ist für sich schon eine kleine Pionierleistung.
Wenn es die Absicht von Bock war, durch sein Buch nicht nur die Kenntnisse über radikale Strömungen in der Gesellschaft, zu verbreitern, sondern auch eine *Voraussetzung* für ihr vertieftes Verständnis zu schaffen, dann kann sein Versuch trotz der methodischen Einwände als gelungen angesehen werden.

Frank Dingel

SKIBA, Rainer, unter Mitarbeit von Hermann ADAM: **Das westdeutsche Lohnniveau zwischen den beiden Weltkriegen und nach der Währungsreform**. – Köln: Bund-Verlag 1974. 264 S.

Wissenschaftliche Arbeitsteilung zwingt den Historiker der Arbeiterbewegung immer wieder, Angaben zur Sozialstatistik, insbesondere zur Entwicklung der Reallöhne, aus zweiter Hand zu übernehmen. War es zunächst Jürgen Kuczynskis Monumentalwerk, das als Steinbruch herhalten mußte, so wurde es später Gerhard Bry mit seinen „Wages in Germany",[1] auf den gegebenenfalls zurückzugreifen war. Für die neuere Entwicklung liegt mit der Studie von Skiba/Adam nun ein Standardwerk vor, das insbesondere die Geschichtsschreibung der letzten dreißig Jahre von der Schwierigkeit entlastet, entsprechende Tabellen aus den statistischen Jahrbüchern zusammensuchen zu müssen, ohne dabei immer richtig beraten zu sein.
Der Wert dieser Arbeit liegt nicht nur in der Aktualität ihrer Tabellen – die meisten reichen bis 1970 –, sondern in ihrer unabhängigen Fundierung. Es handelt sich also nicht um Fortschreibungen nach Kuczynski oder Bry, auch nicht um Auszüge der amtlichen Statistik, sondern um eigenständige Berechnungen, die auf gewerkschaftliche Unterlagen (u.a. Jahrbücher des ADGB), Materialien des WSI und großenteils auf Reichs- und Bundesstatistik zurückgehen. Als Mitarbeiter des WSI stehen die Autoren in jener gewerkschaftlichen Tradition hervorragender Sozialstatistik, die von der Generalkommission unter Carl Legien begründet und von Wladimir Woytinsky im ADGB fortgesetzt wurde.
Die Autoren haben sich die schwierige Aufgabe gestellt, „zur Schließung der Informationslücken im Bereich der langfristigen Lohnentwicklung beizutragen" (S. 20). Im einzelnen verfolgen sie dabei das Ziel, die langfristigen Tendenzen der Lohn- und Gehaltsentwicklung in [West-] Deutschland aufzuzeigen und einen Lohnvergleich über die Kriegsjahre hinweg zu ermöglichen. Als „Normaljahre" für diesen Vergleich werden 1924 bis 1928 herangezogen, in Einzelfällen auch noch das „Normaljahr" 1913. Kriegs- und Inflationsjahre bleiben als „wirtschaftspathologische" Zeiträume ausgeblendet, wenngleich die Autoren auch die Grundlinien von 1945 bis 1948 mit zu berücksichtigen suchen.
Das methodische Vorgehen ist aus guten Gründen sehr behutsam, wird immer wieder kommentiert und durch salvatorische Klauseln abgedeckt. So heißt es, „daß sich die realen Arbeitseinkommen ohne erhebliche Vorbehalte statistisch überhaupt nicht darstellen lassen". Es bliebe nichts anderes übrig, „als methodisch den Weg des Kompromisses zu gehen". Das bedeutet die „approximative Bestimmung der Reallohnentwicklung mit Hilfe des Preisindex für die Lebenshaltung" (S. 49).
Nach diesen Einschränkungen gelingt den

1 Gerhard Bry, *Wages in Germany, 1871-1945*, Princeton 1960.

Autoren dennoch eine recht überzeugende Untersuchung, die sich keineswegs auf die Betrachtung der reinen Lohnentwicklung beschränkt, sondern mit Angaben über die Bevölkerungsstruktur, Geldwertbestimmung und gesamtwirtschaftliche Entwicklung gespickt ist. Sie bringen sogar tabellarische Angaben über Schwarzmarktpreise, die das wirtschaftsstatistische Bild der Nachkriegsjahre wesentlich mitgestaltet haben.

Besonders hervorzuheben sind Tabellen und Reflexionen über den Aussagewert der sogenannten „Lohnquote" (S. 96-114), die immer wieder mißverständlich als Wohlstandsindikator angesehen wird, tatsächlich aber eher einen antizyklischen Verlauf zeigt, also in Notzeiten eher steigt als fällt. In diesen Abschnitten machen Skiba/Adam sich um die Entmythologisierung der Lohnquote verdient, wenngleich sie selbst nicht auf modelltheoretische Spekulationen verzichten. Freilich bleiben das Ausnahmen in diesem nüchternen Werk, das sonst von Tabellen und Schaubildern beherrscht und durch einen statistischen Anhang von fast 100 Seiten mit 58 verschiedenen Aufstellungen ergänzt wird.

Während die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Arbeitseinkommens im Mittelpunkt der Untersuchung steht, kommt die Entwicklung einzelner Arbeitnehmergruppen für Bedürfnisse der Geschichte der Arbeiterbewegung zu kurz. Die Autoren beschränken sich weitgehend auf den Vergleich von Arbeitern, Angestellten und Beamten. Die Tarifautonomie in der Bundesrepublik greift aber nicht nach solchen quasi berufsständischen Gruppen, jedenfalls nicht hauptsächlich, sondern nach industriellen Bereichen, in denen jeweils spezifische tarifpolitische Strategien angesetzt werden. Sollte hier die Kompetenz des WSI an die Grenzen der Organisationsstruktur des DGB stoßen? Es bleibt also noch einiges zu tun: organisatorisch, wissenschaftlich und sozial- bzw. lohnstatistisch.

Trotz solcher Einschränkungen ist dieses Buch als handliches Standardwerk zur deutschen Lohnentwicklung besonders zu empfehlen. Die Aktualität seiner Angaben läßt sich durch die neuesten Jahrgänge der WSI-Mitteilungen jeweils ergänzen. Ebenso enthält der Sozialbericht der Bundesregierung die neuesten Angaben bis Mitte der siebziger Jahre. Dadurch schließen sich in der Tat die Informationslücken zur deutschen Lohnentwicklung vom Beginn der Industrialisierung bis in die aktuelle Gegenwart hinein.

Gerhard Beier

Die frühsozialistischen Bünde in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Vom „Bund der Gerechten" zum „Bund der Kommunisten" 1836-1847. Ein Tagungsbericht. Bearbeitet und hrsg. von Otto Büsch und Hans Herzfeld (= Beiheft 2 zur IWK). – Berlin: Colloquium Verlag 1975. VII, 209 S.

Aus der Vielzahl der Aufsätze, die im vorliegenden Bericht einer im Juni 1973 von der Historischen Kommission veranstalteten Tagung über Entstehung, Struktur und Bedeutung der frühsozialistischen Bünde in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung enthalten sind, bespreche ich nur einen, wenn auch wesentlichen Teil. Mit der vornehmlich auf den Bund der Gerechten ausgerichteten Auswahl soll den Referaten von Walter Grab „Wilhelm Friedrich Schulz (1797-1860). Ein bürgerlicher Vorkämpfer des sozialen und politischen Fortschritts", von Horst Lademacher „Voluntarismus im Frühsozialismus – am Beispiel von Moses Hess", von Jean Stengers „Die Bedingungen für eine sozialistische Betätigung der Deutschen in Brüssel" und von Hans Pelger „Einige Bemerkungen zu Marx' ‚Misère de la Philosophie' von 1847" die Relevanz für das Tagungsthema nicht abgesprochen werden. Außerdem übergehe ich die im Tagungsbericht enthaltenen, sich auf die einzelnen Referate beziehenden Diskussionsbeiträge, die zum Teil brauchbare Hinweise enthalten.

Jaques Grandjonc thematisiert in seinem ersten Referat die „deutsche Binnenwanderung in Europa 1830-1848". Die Statistik dieser in der überwiegenden Mehrheit aus arbeitsuchenden Handwerksgesellen, minimal aus politischen Flüchtlingen be-

stehenden Wanderung in die Schweiz, nach Frankreich, Belgien und England ist von Bedeutung, weil diese Emigration die gesellschaftliche Voraussetzung für das Entstehen der Bünde ist. Aus den Berechnungen Grandjoncs, welche im übrigen die mit anderen Methoden und Mitteln gewonnenen, zeitlich und räumlich enger gefaßten Untersuchungsergebnisse Wolfgang Schieders (1963) bestätigen, geht hervor, daß es sich bei den in den Bünden organisierten politisch Aktiven innerhalb der Binnenwanderung um eine verschwindende Minorität handelt, die zu einem Rückschluß auf die geschichtlich und politisch unerhebliche Bedeutung der Bünde verleiten kann. –
Dieses Referat wird ergänzt durch eine für die Beurteilung des Brüsseler Deutschen Arbeitervereins aufschlußreiche quantitative Analyse der deutschen Niederlassung in Brüssel 1846-47 von Francis Sartorius.
Auf die „ideologischen Auseinandersetzungen im ‚Bund der Gerechten' " konzentriert sich der zweite Beitrag Grandjoncs. Er beschreibt die Entwicklung vom Deutschen Volksverein über den Bund der Geächteten bis zum Bund der Gerechten als eine prozessuale Übernahme des Babouvismus; das von den Handwerkern und Arbeitern des Volksvereins in ihren Flugschriften diffus beschriebene Wunschbild einer Gesellschaft wird im Bund der Gerechten in der Forderung nach Verwirklichung der Gütergemeinschaft, und zwar auf revolutionärem Wege, konkretisiert. Die 40er Jahre sind vor allem in den Londoner und Pariser Zentren des Bundes durch mehrere, sich überschneidende Diskussionsprozesse gekennzeichnet: Diskussion des Weitlingschen Kommunismus (1840-46), Auseinandersetzung mit dem Cabetismus (1840-47) und damit einhergehende Übernahme einer pazifistischen Grundhaltung, eine zum Atheismus führende Erörterung der Religionsfrage (1842-47) sowie die Besprechung der ökonomischen und historischen Analysen von Marx und Engels (1844-47), die mit der Einsicht der Londoner Gerechten in die Richtigkeit des historischen Materialismus und mit der Entstehung des Bundes der Kommunisten endet. Obwohl der auf die theoretische Gesamtentwicklung des Bundes bezogene Gedankengang im Rahmen von Engels „klassischer" Darstellung der Bundesgeschichte bleibt, insofern Grandjonc die These der Rezeption des „Marxismus" unter den Arbeiterkommunisten nicht problematisiert, trägt das Referat eine Fülle wichtiger Details nicht nur zur Theoriebildung des Bundes der Gerechten vor.
Der Aufsatz von Ernst Schraepler über die „Geheimbündelei und die Anfänge einer deutschen Arbeiterbewegung im Vormärz" enthält keine neuen Gesichtspunkte. Die Abspaltung des Bundes der Gerechten vom Bund der Geächteten wird aus einer Revolte der einfachen Mitglieder gegen die unbekannte Führung erklärt, ohne die Sequenz von Organisationsänderung und unmittelbar nachfolgender Diskussion kommunistischer Prinzipien zu beachten; gerade diese Sequenz erhärtet die These, daß der Abspaltungsvorgang als Prozeß der Trennung der proletarischen von der kleinbürgerlichen Bewegung bewertet werden muß. Ferner betont Schraepler den Einfluß Lamennais' auf Weitling, weist aber nicht auf den ungleich bedeutenderen Einfluß des Babouvismus und Fourierismus hin. Auch die Ansicht, daß antitechnische Ressentiments unter den Handwerkern vorherrschten, ergibt im Zusammenhang mit den frühsozialistischen Bünden ein falsches Bild. Sowohl im Bund der Geächteten als auch besonders im Bund der Gerechten werden Industrie und Technik nicht abgelehnt, sondern in die alternativen Gesellschaftsentwürfe integriert.
In ihrem Beitrag „Zur ‚Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte'" stellt Frolinde Balser die These auf, die Theorie der „Arbeiterverbrüderung" sowie der deutschen Arbeiterbewegung der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sei wesentlich von der 1834 im Bund der Geächteten entstandenen Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte beeinflußt worden. Ohne die Bedeutung dieses Dokuments für die Theoriebildung der Arbeiterbewegung in Abrede zu stellen, bleibt doch ungeklärt, wie Balser ihre These mit der inneren Fortentwicklung des Bundes der Geächteten zum Bund der Gerechten und zu einer kommunistischen Programmatik vereinbaren will; sie

erklärt eine Phase innerhalb der theoretischen Entwicklung der Bünde zu dem einzig „wahren" Stadium der Theoriebildung.
Das Referat „Zum Kontinuitätsproblem der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis zur Gründung der Ersten Internationale" von Shlomo Na'aman macht auf die vielfältigen Verbindungslinien aufmerksam, die von den vormärzlichen Bünden, von den Arbeiterorganisationen der Revolutionszeit zur Konstituierung der deutschen Arbeiterbewegung in den 50er und 60er Jahren (ADAV, VDAV – SDAP) führen. Na'aman besteht auf der kontinuierlichen Entwicklung der Arbeiterbewegung und übersieht dabei nicht den Einfluß des aus dem Bund der Gerechten hervorgehenden Kommunistenbundes auf die Konstituierung der „neuen" Arbeiterbewegung.

Alexander Brandenburg

GERLACH, Antje: **Deutsche Literatur im Schweizer Exil. Die politische Propaganda der Vereine deutscher Flüchtlinge und Handwerksgesellen in der Schweiz von 1833 bis 1845** (= Studien zur Philosophie und Literatur des neunzehnten Jahrhunderts, Bd. 26). – Frankfurt/M.: Vittorio Klostermann 1975. VIII, 645 S.

Die Germanistik in der Bundesrepublik fängt an, die jüngere Volksliteratur auch als Literatur zu bewerten. [1] Darüber, daß die proletarischen Erzeugnisse des 19. und 20. Jahrhunderts nicht mehr als minderwertiges Schrifttum, das einzig und allein die Geschichtsschreibung zu ihren Zwecken heranziehen darf, sondern als Bestand der deutschen Kultur und der Weltliteratur betrachtet werden, wollen wir uns freuen. A. Gerlach nimmt sich vor, mit ihrer Studie und der im Anhang veröffentlichten Textauswahl eine Lücke zu füllen (S. 17). Um es ohne Umschweife zu sagen, ich verstehe eigentlich nicht, wie die etwa 200seitige Textauswahl ohne Apparat irgend eine Lücke zu füllen imstande ist: der Fachmann, sei er Germanist oder Historiker, wird eher zum jeweiligen Original zurückgreifen als sich in diesem unübersichtlichen Dschungel zu verlieren; das breite Publikum, dem diese Absicht vermutlich galt, wird seinerseits die Arbeit nie zu Gesicht bekommen. Dagegen hätte eine mit Anmerkungen versehene Taschenbuchausgabe derselben (oder anderer) Texte die von der Autorin selbst gestellte Aufgabe sicherlich erfüllt und das Ausmaß der als Manuskript gedruckten Dissertation erheblich verringert.
Literatursoziologisch gesehen bringt die Studie nichts Neues, denn sie hält sich im allgemeinen an die Nicht-Methode der Nacherzählung; die politische Einschätzung der chronologisch von 1833 bis 1845 eingeordneten Einzelfiguren [2] ist äußerst dürftig und geht selten über eine primitiv-psychologische Deutung hinaus, so z.B. in der Darstellung des Verhältnisses von Sebastian Seiler zu Wilhelm Weitling. Ich will nicht bestreiten, daß Seiler „ein unzuverlässiger Charakter" gewesen sei, der womöglich „auch bei seiner Propaganda für den Kommunismus mehr an sich und seinen leeren Beutel gedacht habe" (S. 256). Die Beweisführung aber („Seine spätere Rolle im Brüsseler Kommunistischen Korrespondenzkomitee und im ‚Bund der Kommunisten' als untergeordneter und verachteter Handlanger von Marx und Engels legt dies sehr nahe, nicht zu vergessen, daß er 1846 an der Konferenz in Brüssel teilnahm, die den einst von ihm in den Himmel gehobenen Weitling aus der Bewegung ausschloß, wobei auch er gegen ihn stimmte", *ibidem*) vergißt einfach, daß sich Seiler wahrscheinlich unter französischem Einfluß (er lebte einige Jahre in Paris und Brüssel zwischen

1 Man vergleiche z.B. das neulich gegründete *Internationale Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur*, hrsg. von Georg Jäger, Alberto Martino und Friedrich Sengle, Jg. 1, 1976.

2 Man kann außerdem die Frage aufwerfen, warum die letzten zwei Jahre des Vormärz nicht berücksichtigt werden, denn trotz der Verfolgungen des Jahres 1845 bestehen bis zum März 1848 Vereine in Lausanne, Genf, Bern, Zürich, Biel usw. fort.

1835 und 1840) Anfang der 40er Jahre zum Rationalismus und Atheismus bekannte (vgl. Seiler an S. Schmidt vom 2. Januar 1843: „Seit drei Jahren schreibe ich keine Zeile, ohne nicht gegen Pfaffen, positive Religionen und Reiche loszuziehen, in: Bluntschli, S. 77): er unterstützte also Weitling, als dieser verfolgt wurde und stimmte gegen ihn, als es darauf ankam, dessen mystisch gefärbte kommunistische Propaganda (die Liebesduselei) gutzuheißen oder zu verwerfen.

Als bio- und bibliographisches Nachschlagewerk aber scheint das Buch wirkliche Dienste leisten zu können; der Leser nämlich wird durch die Fülle der dargebotenen Einzelinformationen sehr positiv beeindruckt.[3] Leider hält die Studie einer genauen Nachprüfung nicht stand: ich will nicht sagen, daß alles falsch sei (es wäre unangebrachte Überheblichkeit), aber so vieles ist unrichtig, daß man A. G.s Untersuchung einfach nicht vertrauen kann. Die auf S. 177 angeführte Übersetzung von Cabet, „Credo communiste" wurde nicht „vielleicht" bei Michod gedruckt, sondern ganz bestimmt, denn sie trägt auf S. 16 den Vermerk „bei L. Alex. Michod". Cabet, „Voyage en Icarie" erschien nicht 1839 (*ibidem*), sondern 1840; die von Cabet 1839 besorgte Privatausgabe ist nie im Buchhandel gewesen. Der „Schweizer-Salon", dessen Mitarbeiter Seiler werden wollte (S. 255), wurde nicht 1841, sondern 1843 veröffentlicht (vgl. Fritz BLASER, *Bibliographie der Schweizer Presse* ... , Basel 1956-1958, S. 914. Dieses Werk, das als Quelle nicht nur zur schweizerischen Geschichte, sondern auch zur Geschichte der „deutschen Literatur im Schweizer Exil" unerläßlich ist, fehlt in A. G.s Bibliographie). Ich würde dem Urteil der Autorin völlig zustimmen (Seiler „behandelt ... Benjamin Constant mit einer Ausführlichkeit, die ihm in der Geschichte des sozialistischen Gedankens keineswegs zukommt", S. 258), wenn es sich ja um B. Constant handelte: nicht aber Mme de Staels treuer Begleiter hat die „Bible de la liberté" und mehrere andere sozialistische Broschüren verfaßt, sondern der entlaufene Diakon Louis-Adolphe Constant (vgl. Jean MAITRON, „Dictionnaire biographique du mouvement ouvrier français", I. Teil 1789-1864, Bd. 1, Paris 1964, S. 451; dieses für die betreffende Periode und das gewählte Thema grundlegende Werk fehlt ebenfalls in der angeführten Bibliographie). Über Seiler schreibt die Autorin ohne Quellenangabe, S. 255: „S. Seiler aus Liegnitz ... hatte die Rechte studiert und war ein bescheidener Gerichtsaktuar in Berlin geworden, als es ihm einfiel, sich einer Landwehrübung zu entziehen und auf und davon nach Italien, Frankreich und endlich in die Schweiz zu gehen." Aus den mir bekannten belgischen, schweizerischen und französischen Archivakten sowie aus Wermuth/Stieber, „Die Communisten-Verschwörungen des neunzehnten Jahrhunderts", Berlin 1853-1854, Teil II, S. 120-121 (das Polizeibuch fehlt auch in der Bibliographie) geht eindeutig hervor, daß Seiler aus *Lüben* in Schlesien gebürtig und in *Liegnitz* Sekretär war; ferner wissen Wermuth und Stieber in ihrer trockenen Polizeisprache zu berichten: „er trat bei der Artillerie in Glogau ein, brachte es hier bis zum Bombardier, wurde aber wegen seiner Führung entlassen." Dies betrachte ich nicht unbedingt als wahr, anders lautende Angaben aber müssen erst belegt werden.

Abschließend möchte ich folgendes bemerken: eine solche Studie (wozu am besten der französische Begriff „Civilisation" paßt) setzte eine doppelte Fachausbildung der Autorin und eine entsprechende zweifache wissenschaftliche Leitung (Geschichte der Arbeiterbewegung und Germanistik) voraus. Dies ist offensichtlich nicht der Fall

3 Wertvoll ist z.B. die Aufstellung des Bestandes der Bibliothek des Berner Vereins um 1845 (S. 308-315): es hätte sich aber gelohnt, ein gleiches für andere Vereine zu tun (der *Katalog der Bibliothek des Allgemeinen Arbeiter-Vereins in Genf*, Zürich 1896, wird im Schweizerischen Sozialarchiv aufbewahrt; über den Bestand der Bibliotheken in Lausanne, La Chaux-de-Fonds, usw. sind vereinzelte Angaben in den Archiven vorhanden, die A. G. benutzt hat). Dies hätte einen interessanten Anhang gebildet, der über den Kulturstand deutscher Handwerker in der Schweiz hätte Aufschlüsse geben können.

gewesen; die verantwortlichen wissenschaftlichen (sic!) Berater und Begutachter dieser Schrift lassen hiermit klar erkennen was sie können.

Jaques Grandjonc

NAUJOKS, Eberhard: **Die parlamentarische Entstehung des Reichspressegesetzes 1848/74** (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 58). – Düsseldorf: Droste Verlag 1975. 247 S.;
WETZEL, Hans-Wolfgang: **Presseinnenpolitik im Bismarckreich (1874-1890). Das Problem der Repression oppositioneller Zeitungen** (= Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Bd. 57). – Bern und Frankfurt/M.: Herbert Lang und Peter Lang 1975. 365 S.

Gemeinsam umspannen beide Untersuchungen fast ein halbes Jahrhundert Entstehungsgeschichte und Anwendungspraxis des deutschen Presserechts. Eberhard Naujoks verfolgt, auf der Grundlage umfangreicher Akten- und Archivmaterialien, die parlamentarischen und teilweise auch ständischen Initiativen und Kontroversen auf dem Wege zum Reichspressegesetz (RPG) von 1874, während sein Schüler Hans-Wolfgang Wetzel in seiner (Tübinger) Dissertation in erster Linie die praktischen Konsequenzen dieses Gesetzes in den Perioden von Kulturkampf und Sozialistengesetz untersucht. Durch diese aufeinander bezogenen Ausgangsfragen, noch verstärkt durch die bei Wetzel weiter nachgezeichneten Diskussionen um eine Veränderung der gesetzlichen Vorlagen in den späten siebziger und den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, erweisen sich beide Arbeiten als informative und materialreiche Beiträge zur krisenreichen Geschichte des deutschen Liberalismus vor dem Hintergrund der zunehmenden Konfrontation zwischen der sich zunehmend konsolidierenden Arbeiterbewegung und dem Obrigkeitsstaat in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Faktoren, die von vornherein den „Kompromißcharakter" des RPG bedingten.
Bereits bei der Anlage seiner Arbeit wendet Naujoks sich gegen die noch heute – auch in der Presseliteratur – weitverbreitete Ansicht, das RPG habe 1874 bereits die Pressefreiheit gewährt, der „Maulkorb sei verschwunden". Zwar provozierte es, durch den Wegfall von Kaution, Konzession und Zeitungsstempel, den Aufstieg der Massenpresse gegen Ende des Jahrhunderts, das „liberale Paulskirchenvermächtnis" wurde hingegen nicht eingelöst. Naujoks geht bezeichnenderweise von der Frage aus, „in welchem Maße es für liberale Parteiführer und Journalisten des 19. Jahrhunderts eine Grundsatzfrage blieb, ob Pressefreiheit nicht ohne jede besondere gesetzliche Einschränkung gewährt werden müsse" (S. 10 f). Das damit implizierte „Volksrecht auf Pressefreiheit" (S. 17) wird jedoch in der Reaktionszeit – basierend auf dem preußischen Pressegesetz von 1851 – im verstärkten obrigkeitsstaatlichen Denken zunehmend zum Feindbild, dem vorwiegend mit repressiven Maßnahmen begegnet wird.
Aufschlußreich für die Entwicklungen, die zum Reichspressegesetz führten, sind z.B. auch die Polarisierungen innerhalb des Journalistenstandes, die sich im Sommer 1871 auf dem Breslauer 6. Journalistentag deutlich nachweisen lassen. Während hinsichtlich der spezifisch berufsständischen Forderungen (Ablehnung der Konzessionspflicht, Ablehnung der Möglichkeit zum Gewerbeentzug, Forderung nach ‚reihenweiser' Verantwortung usw.) Übereinstimmung herrschte, unterschieden sich die ‚politischen' Forderungen der ‚gemäßigten, regierungsfreundlichen Gruppe' um Professor Biederstein (Sprecher der sächsischen Nationalliberalen) und der unter Einfluß der Fortschrittspartei stehenden Vorlage des ‚Vereins Berliner Presse' erheblich. Biedersteins Fraktion ging – wogegen August Bebel sich im Namen der Sozialdemokraten entschieden wandte – so weit, das „bisherige Repressiv- oder Justizsystem" aus Rücksicht auf Bundestag und Bundesrat als „allein richtig zu akzeptieren" (S. 57). Bei den parlamentarischen Debatten über das RPG Anfang 1874 konnte allerdings August Bebel – der das Gesetz als „Verrat des Liberalismus" bezeichnete – seine Kritik ebensowenig anbringen wie Wilhelm Liebknecht,

da er eine zweijährige Festungshaft verbüßte (S. 198).
Pressegesetzgebung, das wird in beiden Arbeiten klar herausgestellt, findet nicht in einem gesellschaftsfreien Raum statt, sondern fußt auf den jeweiligen gesellschafts- und machtpolitischen Prämissen. Beleg dafür ist nicht nur der durch den Übergang zu Aktiengesellschaften als Zeitungsträger bedingte Wunsch der Regierung, ‚greifbare Personen' presserechtlich haftbar zu machen (was dann zur Absurdität der zahlreichen ‚Sitzredakteure' führte), sondern auch die Verzahnung unterschiedlicher gesetzgeberischer Initiativen. Konsequenterweise stellt Naujoks am Ende seiner Untersuchung eine direkte Verbindung zwischen dem Reichspressegesetz und dem (gleichzeitig im Reichstag verhandelten) Vereins- und Versammlungsrecht her, Komplexen also, die im Sozialistengesetz direkt miteinander verbunden wurden, da beide legislatorischen Akte sich „ergänzen" und „ihren Sinn in der behördlichen Überwachung des öffentlichen Lebens" (S. 200) finden. Auch in der „klassischen Zeit des Liberalismus" wurde der Journalist „nicht mündig". Dementsprechend lautet das Resümee der Arbeit: „Wenn es der Sinn der liberalen Initiativen im Reichstag war, einen – freiheitlichen – Einbruch in den konservativen Obrigkeitsstaat Preußen zu erzielen, so blieb diesem Versuch einer Reform eines Teils vor dem Ganzen kaum viel mehr als ein verbal-publizistischer Erfolg beschieden" (S. 200).
Allerdings wird Naujoks' These, die Vertreter der konstitutionellen Monarchie konnten sich „höchstens auf Honoratiorenparteien stützen" (S. 197) und fanden damit nicht den Weg zu einer „Bejahung der Presse und ihrer Funktionen im Staatsleben", durch Wetzels Untersuchungen der Anwendungspraxis dieses Gesetzes teilweise relativiert. Seine Untersuchung zeichnet nach – und bietet so eine gute Überprüfungsmöglichkeit des theoretischen Rahmens von Naujoks – welche gesetzlichen Bestimmungen in der Zeit von 1874 bis 1890 zur Unterdrückung der oppositionellen Presse – also der katholischen bzw. später der sozialdemokratischen Presse – benutzt worden sind. Um es vorwegzunehmen, nach Weitzels Berechnungen basierten nur 3,8 Prozent aller Verurteilungen auf dem Reichspressegesetz. Die überwiegend herangezogenen Paragraphen von Strafgesetzbuch bzw. Strafprozeßordnung – an der Spitze die Delikte „Beleidigung" (65,5 Prozent) und „Vergehen gegen den Staat" (22,6 Prozent) – zeigten die tönernen Füße des Reichspressegesetzes, dessen wesentlichste Schwäche wohl darin bestand, daß nur vier Jahre nach seinem Inkrafttreten das Sozialistengesetz „unausgesprochen den § 1 RPG, der die Freiheit der Presse nur dem RPG unterwarf, praktisch auf[hob]" (S. 189).
In einem einführenden systematischen Teil weist Wetzel anhand der Problembereiche „Reichspressegesetz", „Bedeutung der Strafgesetze für die Presse" und die „Presse im System der Behörden" auf die zeitgenössischen Implikationen und das Umfeld der untersuchten Fragestellungen hin. Der folgende historische Teil – innerhalb dessen die jeweiligen gesetzgeberischen Initiativen weiter in Entstehung und Anwendung dokumentiert werden – orientiert sich an vier zeitlichen Schwerpunkten (Kulturkampf 1874-1877, Ausschaltung der sozialdemokratischen Presse 1878-1879, Jahre der Beruhigung 1880-1885 und verstärkter Druck auf die Presse 1886-1890), die allerdings nur als Hilfskonstrukt betrachtet werden können. Insbesondere scheint fraglich, ob diese – erstmals im Vorwort zu Leo Sterns Dokumentation über die Tätigkeit der „Reichs-Commission" vorgeschlagene Periodeneinteilung, die dort durchaus auf den ‚reagierenden', also Beschwerde stellenden Charakter der unterdrückten sozialdemokratischen Presse bezogen ist – ohne weiteres als Grundraster einer Falluntersuchung verwendet werden darf. Wetzel verweist solchen Einwand in den Bereich des Formalen, indem er einer weiteren Auseinandersetzung durch den Hinweis auf Koszyks Kritik an Apitzsch, der als erster 1928 den Terminus einer ‚milden Praxis' für die Jahre 1881 bis 1883 verwendet, entgeht und beiden Thesen ihre „Berechtigung" zuspricht. Sein einziges Argument für die gewählte Einteilung besteht in der lapidaren

Feststellung, sie erscheine ihm „richtiger" (S. 213). Vor dem Hintergrund seiner minutiösen Dokumentation tritt ein solcher Einwand allerdings zurück. Es ist hier nicht der Ort, die Ergebnisse Wetzels im einzelnen nachzuzeichnen, die angegebenen Relationen deuten seine Ergebnisse an. Die Darstellung hätte aber sicherlich gewonnen, wenn die zeitgenössische „neurotische Sozialistenfurcht" auch außerhalb ihres Erscheinens in Gesetzgebung und Presse zumindest angedeutet worden wäre. Immerhin gab es bereits vor dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes ‚private' Initiativen, die seinen Inhalt und die angedrohten Sanktionen vorwegnahmen, wie z.B. das „Komitee der Arbeitgeber zur Bekämpfung der Sozialdemokratie", das bereits im Juli 1877 unter Anschluß sämtlicher Berg- und Hüttenbetriebe des Saarreviers einschließlich der Staatsbetriebe gegründet wurde.
Wichtig erscheint aber, daß Wetzel mit seiner Schlußfolgerung, Bismarcks Rolle in den dargestellten Konflikten dürfe nicht überschätzt werden, denn ohne die „Person Bismarcks wäre die deutsche Pressegeschichte zumindest tendenziell nicht anders verlaufen, sein Handeln wurzelte in der Tradition des obrigkeitlichen Staates" (S. 292) weiter zur Entmythologisierung der Pressegeschichte – und damit auch der Geschichte – in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beiträgt. Sie trifft sich mit der Selbstkritik Hans Rosenbergs im Vorwort zur Paperbackausgabe seiner Analyse des letzten Viertels des 19. Jahrhunderts, wo Rosenberg – keine zehn Jahre nach der Erstveröffentlichung von „Große Depression und Bismarckzeit" – im Jahre 1975 anmerkt, viele seiner Urteile wären heute „we- „weniger ausschließlich, simplistisch und personalistisch auf Bismarck, den scheinbar Allgewaltigen" (S. XIII) bezogen.

Bodo Rollka

BARTEL, Horst, Wolfgang SCHRÖDER, Gustav SEEBER und Heinz WOLTER: **Der Sozialdemokrat 1879-1890. Ein Beitrag zur Rolle des Zentralorgans im Kampf der revolutionären Arbeiterbewegung gegen das Sozialistengesetz.** – Berlin: Dietz 1975. 292 S.;
SEEBER, Gustav und Heinz WOLTER (Hrsg.): **Monarchen und Minister. Sozialdemokratische Publizistik gegen Monarchismus und Volksbetrug.** – Berlin: VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften 1974. 266 S. und 29 Abb.

„‚Der Sozialdemokrat' 1879-1890" wird von den Autoren bescheiden der „Versuch" genannt, „die Grundlage für eine ‚Biographie' des ‚Sozialdemokrat' zu legen" (S.10). Tatsächlich ist diese „Grundlage" für eine Biographie kaum mehr als eine Zusammenfassung der „Grundlagen", die Horst Bartel, Ernst Engelberg und Dieter Fricke mit ihren Arbeiten [1] bereits gegeben haben, wenn auch angereichert mit einigen bisher unveröffentlichten Briefen und dem Kapitel 6 „‚Der Sozialdemokrat' und der proletarische Internationalismus", dessen Ergebnis die Autoren jedoch noch als vorläufig ansehen (S. 186). Zweifelsohne ist es für den Leser angenehm, sich statt auf drei nunmehr nur noch auf ein Buch beziehen zu können, zumal sich das vorliegende Werk in der Kritik an historischen Ereignissen und Personen moderater gibt als seine Vorläufer. So wird die Rolle Bernsteins in der Redaktion des „Sozialdemokrat" als die bedeutende die sie war gewürdigt und nur an wenigen Stellen auf dessen späteren „Verrat" an der Sache des Marxismus und der

1 Horst Bartel, *Marx und Engels im Kampf um ein revolutionäres deutsches Parteiorgan 1879-1890. Zu einigen Problemen der Hilfe von Karl Marx und Friedrich Engels für den Kampf des „Sozialdemokrat" gegen das Sozialistengesetz*, Berlin 1961; Ernst Engelberg, *Revolutionäre Politik und Rote Feldpost 1878-1890*, Berlin 1959; Dieter Fricke, *Bismarcks Prätorianer. Die Berliner politische Polizei im Kampf gegen die deutsche Arbeiterbewegung (1871-1898)*, Berlin 1962.

Person Engels' verwiesen.[2] Auch die „Traditionslinie", die die Autoren vom „Sozialdemokrat" bis zum „Neuen Deutschland" ziehen, wird nicht allzuoft bemüht. Im wesentlichen hat sich an den zentralen Thesen der DDR-Autoren zur Einschätzung der historischen Rolle des „Sozialdemokrat" jedoch nichts geändert[3] und insbesondere das methodische Vorverständnis ist das gleiche geblieben.

Die Autoren setzen sich betont von der These ab, die Rezeption des „Marxismus" in der deutschen Arbeiterbewegung sei eine Funktion der unter dem Sozialistengesetz eingetretenen Radikalisierung der sozialdemokratischen Mitgliederbasis. In der Tat ist diese in der bundesrepublikanischen Historiographie immer noch beliebte These so dünn, daß die von den Autoren angebotene Erklärung für die revolutionäre Linie des Blattes demgegenüber direkt materialistisch klingt: einmal sei es vor allem der Mitarbeit und den Ratschlägen von Engels zu danken, daß „Der Sozialdemokrat" „von einer im ganzen marxistischen Grundkonzeption aus die deutsche Sozialdemokratie in den Stand setzte, den Kampf siegreich zu führen"; zum anderen erkläre sich diese überragende Rolle der Zeitung aus einer beständigen „engen Wechselwirkung zwischen Redaktion und Arbeitern" (S. 224/225; siehe auch S. 108 f.). Plausibel ist hier vor allem die These, nicht eine „Radikalisierung" sei nötig, damit man zum „Marxisten" wird (zumal der „Marxismus" in der Partei durchaus nicht das radikale Moment verkörperte); andererseits aber beruht die Argumentation auf einem Zirkel: der durch Engels repräsentierte Marxismus ist demnach a) allemal richtig und b) richtig, weil er von der Mitgliederbasis der Partei, vermittelt über deren Solidarität mit dem „Sozialdemokrat", aufgenommen wurde. Die Mitgliederbasis wiederum nahm diese Theorie auf, weil die Mitglieder Arbeiter waren und die Theorie die Theorie des Proletariats darstellt. Der wahre Proletarier aber wird letztlich daran gemessen, wie „marxistisch" er ist.

Unter diesem methodischen Vorzeichen wird natürlich eine Analyse der Agitation im „Sozialdemokrat" auf deren spezifische Entstehunglogik nicht eingehen, es genügt dann, den Grad der Übereinstimmung mit dem „Marxismus" festzustellen. Das Spezifische, Ambivalente im Prozeß der Herausbildung der Theorie der deutschen Sozialdemokratie bleibt dabei unwesentliche „Abweichung" oder ist „Verrat". Die *Entstehungs*geschichte der sozialdemokratischen Theorie wird hier lediglich als Rezeptions- und Wirkungsgeschichte der Theorie von Marx und Engels aufgefaßt.

Das Problematische eines solchen Vorgehens zeigt sich insbesondere an der Behandlung der von den Autoren für zentral gehaltenen Frage des Kampfs für die demokratische Republik. Diese Frage als Problem einer revolutionären Strategie der Arbeiterbewegung zu stellen, enthält zugleich eine Kritik am von bundesrepublikanischen Historikern häufig geübten Verfahren, den Demokratiebegriff der frühen deutschen Arbeiterbewegung umstandslos als „bürgerlichen" zu identifizieren (siehe dazu S. 271, Anm. 27). Die Aufgabe der Sozialdemokratie sei damals gewesen, den demokratischen Kampf als Lösung des „Bündnisproblems" wie auch zur Erreichung des „Etappenziels" der bürgerlich-demokratischen Republik zu führen (siehe insbesondere Kapitel 5: „‚Der Sozialdemokrat' und die innen- und außenpolitische Alternative zum preußisch-deutschen Militärstaat", S. 165-182).

Diese Art der Verbindung der Demokratie mit dem Sozialismus, „das Verständnis für die zusammenfassende Forderung nach einer demokratischen Republik als herausragendem, qualitativ selbständigem und notwendigem Durchgangsstadium im sozialen und politischen Emanzipationskampf des Proletariats" sei jedoch in der Sozialdemokratie nicht immer präsent gewesen, ihr „theoretische[s] Verständnis von der objektiven Aufgabenstellung des Klassen-

2 Vgl. hingegen Horst Bartel, *Marx und Engels im Kampf um ein revolutionäres deutsches Parteiorgan*, S. 61 ff.

3 Vgl. etwa den Abschnitt 7, *Die historische Stellung des „Sozialdemokrat"*, mit dem gleichnamigen Kapitel IV bei Horst Bartel.

kampfs" sei hinter der massenwirksamen politischen Praxis zurückgeblieben (S.181). Eine konkrete Analyse der Diskussion über die demokratische Republik, die auch etwa die Auseinandersetzung von Bernstein und Kautsky mit Robert Seidel 1881 einbezogen hätte, [4] müßte wohl eher zu dem Schluß kommen, nicht nur daß das fehlende Verständnis für die von Engels behauptete Vorrangigkeit eines Kampfs für die bürgerlich-demokratische Republik Ausdruck einer historischen Ambivalenz war, die sich bei Engels ebenfalls bemerkbar macht, [5] sondern daß der Sozialdemokratie gerade aufgrund ihrer *theoretischen* Erkenntnis, auch hinter den scheinbar feudalen Formen des bonapartistischen Regimes verberge sich der Kapitalismus, die Notwendigkeit eines Kampfes für die bürgerlich-demokratische Republik gering erschien. Solchen Differenzen müßte man doch wohl größeres Interesse schenken als der allzu geraden „Linie" der Durchsetzung des richtigen Standpunkts.

Ähnliche Einwände habe ich auch bei der von Seeber und Wolter, also zwei Ko-Autoren der Kollektivarbeit über den „Sozialdemokrat", herausgegebenen Sammlung „Monarchen und Minister", in die (neben einem Artikel von Marx aus der „Neuen Rheinischen Zeitung" und einigen Artikeln aus dem „Volksstaat" sowie vor allem Analysen Mehrings aus der „Neuen Zeit") vorrangig Beiträge aus dem „Sozialdemokrat" aufgenommen wurden. In der Einleitung der Herausgeber finden sich die zentralen Argumente der Biographen des „Sozialdemokrat" wieder (siehe etwa S. 12). Der Kampf des Proletariats gegen Militarismus und für Demokratie hat die Auswahl der Texte bestimmt; die Polemik gegen Personen als „Ausschnitt" aus diesem Kampf steht im Vordergrund (entsprechend stammt ein Großteil der abgedruckten Artikel aus der „Sozialpolitischen Rundschau", d.h. der Sammlung kurzer Stellungnahmen und Korrespondentenberichte auf der zweiten oder dritten Seite des „Sozialdemokrat" – eine Angabe, die in der Sammlung fehlt). Dieses Auswahlkriterium erscheint angesichts dessen, daß „Der Sozialdemokrat" meiner Meinung nach noch längst nicht genügend Beachtung gefunden hat, zu eng. Eine Auswahl der mehr politisch argumentierenden Leitartikel wäre sicher verdienstvoller gewesen. [6]

Cora Stephan

HANSMEYER, Karl-Heinrich (Hrsg.): **Kommunale Finanzpoltik in der Weimarer Republik** (= Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. Berlin, Bd. 36). – Stuttgart, Berlin, Köln und Mainz: W. Kohlhammer 1973. 248 S.

Wie wenig bisher den Historikern über die ökonomischen Verhältnisse auf der untersten Verwaltungsebene, der der Kommunen, in der Weimarer Republik bekannt ist, zeigt ein Blick in die ansonsten bemerkenswerte Bestandsaufnahme des Wissens über die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen dieser Epoche, die auf dem Bochumer Symposium 1973 vorgestellt und diskutiert

4 Siehe etwa Leo [i.e. Eduard Bernstein] *Bemerkungen eines Sozialdemokraten über den Anarchismus*, in: *Der Sozialdemokrat*, Nr.44, vom 31.10.1880; Symmachos [i.e. Karl Kautsky] *Die Bourgeoisie und die Republik*, in: *a.a.O.*, Nr. 17, vom 24.4.1881; ders., *Freiheit*, in: *a.a.O.*, Nr. 28, vom 27.7.1881; A.B.C. [i.e. R. Seidel] *Demokratie, Sozialdemokratie und Anarchie*, in: *a.a.O.*, Nr. 35 und Nr. 36, vom 28.8. und 1.9.1881; Symmachos, *Freiheit. Antwort an den Genossen A.B.C.*, in: *a.a.O.*, Nr. 37, vom 8.9.1881.

5 Siehe etwa die widersprüchlichen Formulierungen Engels' über die Republik als „konsequente", „adäquate" oder „letzte" Form der Bourgeoisherrschaft in seinem Brief an Bernstein vom 24.2.1884, in: *MEW*, Bd. 36, S. 128.

6 Siehe z.B. die im Anhang bei Horst Bartel, *a.a.O.*, abgedruckten Texte.

wurde. [1] Die in demselben Jahr von dem Kölner Staatswissenschaftler Karl-Heinrich Hansmeyer herausgegebene Teamarbeit von insgesamt vier Bearbeitern über die kommunale Finanzpolitik in der Weimarer Republik versteht sich allerdings nicht als erschöpfende Darstellung dieses Teilbereichs des Wirkens der öffentlichen Hand (S. 11), sondern soll die „Leitbilder" und Zielvorstellungen der kommunalen Finanzpolitik, die entweder schon seit langem bestanden oder sich infolge von Lernprozessen angesichts neuer Gegebenheiten entwickelten, analysieren (S. 18). Der Herausgeber betont in seiner – sehr anregenden – Einleitung nachdrücklich die Bedeutung der damaligen finanzpolitischen Leitbilder auch für die heutige Diskussion der kommunalen Finanzprobleme. Unter diesem Gesichtspunkt wird die Untersuchung als „Fallstudie" gesehen, die „Aufschlüsse über Kontinuität und Wandel finanzpolitischer Verhaltensweisen liefert" (S. 11).
Die Verfasser gehen zunächst von der politischen, sozialen, rechtlichen und finanzwirtschaftlichen Situation der Gemeinden am Anfang der Weimarer Republik aus, um dann – in praktisch zwei Untersuchungsblöcken, die aber ineinandergreifen – zwei Grundprobleme der kommunalen Finanzpolitik dieser Zeit darzustellen: das Problem des Finanzausgleichs zwischen Reich und Kommunen, besonders im Zusammenhang mit der Diskussion um Zuschläge zur Reichseinkommensteuer (G. Upmeier und J. Wysocki), und das Problem des Kommunalkredits und der Verschuldung der Gemeinden, vor allem der Auslandsverschuldung nach 1924 (K. H. Hansmeyer und H. Dietrich-Troeltsch). Überraschend ist, daß ein weiteres Problemfeld kommunaler Finanzpolitik in den Analysen fast keine Rolle spielt, obwohl es schon in der Vorkriegszeit, im Krieg und dann auch in der Weimarer Republik eine wichtige Rolle spielte, nämlich das des Finanzausgleichs auf der Ebene der Kommunen selbst, d.h. zwischen den sogenannten „Notgemeinden" und den „reichen" Gemeinden. Dazu wäre es aber nötig gewesen, lokale und regionale Analysen heranzuziehen, was zu einer erheblichen Erweiterung geführt hätte. So bleiben die Verfasser im allgemeinen bei der pauschalen Zusammenfassung aller Städte und Gemeinden ohne Differenzierung, bzw. bei den Stellungnahmen und Aktivitäten des Deutschen Städtetages. Grundsätzlich ist aber festzuhalten, daß eine Fülle von Material, vorwiegend aus dem Archiv des Vereins für Kommunalwissenschaften in Berlin, ausgewertet worden ist, mit dem sich z.B. belegen läßgt, daß die Forderung nach dem kommunalen Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer spätestens ab Mitte der 20er Jahre nur noch ein Schlagwort ohne große Aussagekraft war und daß die meisten Städte trotz verbaler Aufrechterhaltung dieses „Leitbildes" de facto zu einer Bejahung des Dotationssystems übergegangen waren. Auch im Bereich der Schuldenaufnahme läßt sich ein Wandel ablesen: Schulden wurden seit der Inflationszeit nicht mehr zur finanziellen Bewältigung außerordentlicher Projekte gemacht, sondern entwickelten sich zu einem ordentlichen Deckungsmittel, das keineswegs mehr auf konkrete Investitionen ausgerichtet war, sondern ganz allgemein die durch die Steuern nicht mehr gedeckten Ausgabenspitzen abdeckte. Vor allem im Zusammenhang mit der Auslandsverschuldung der Städte und der – sehr stark mit der Person Schachts in Verbindung gebrachten – Kritik an den „Luxusausgaben" und der „Verschwendungssucht" der Städte wird weiterhin der allmähliche Umschwung zu einer deutlich „städtefeindlichen Stimmung der Öffentlichkeit" am Ende der Weimarer Republik herausgearbeitet.
Trotz der unbestreitbar wichtigen Ergebnisse dieser Teamarbeit erheben sich jedoch einige gravierende Einwände. So hätte die Analyse durch Berücksichtigung der

1 Abgesehen von einigen Bemerkungen in dem Aufsatz von Peter Christian Witt über *Finanzpolitik und sozialer Wandel in Krieg und Inflation 1918-1924* (S. 395-426) enthält der Symposiumsband: *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, hrsg. von Hans Mommsen u.a., Düsseldorf 1974, praktisch keine Hinweise auf kommunale Finanzprobleme.

sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingen sicher fundierter ausfallen können, wenn die Verfasser zu neueren Arbeiten als der von Gustav Stolper: „Deutsche Wirtschaft 1870-1940", Stuttgart 1950, gegriffen hätten. Möglicherweise wären dann die i.g. als sachadäquat und unparteiisch apostrophierten Vorstellungen und Zielsetzungen der höheren kommunalen Beamtenschaft stärker als durchaus interessengeleitet und in mehrfacher Hinsicht als parteilich erschienen. Die wenigen quantifizierenden Ansätze in der Arbeit (insgesamt 10 Tabellen im Text) werfen so viele Fragen auf, daß hier nur das Bedauern ausgedrückt werden kann, daß die Verfasser in diesem Bereich nicht kritischer und differenzierter vorgegangen sind: Fast alle Tabellen entstammen zeitgenössischen Publikationen und enthalten Angaben, die inzwischen erheblich korrigiert werden können. Durch diese Schwächen reduziert sich leider der Wert der Untersuchung, so daß zusammenfassend zwar von einer materialreichen und in einer Reihe von Punkten wichtigen Analyse von Zusammenhängen und Trends in der kommunalen Finanzpolitik der Weimarer Republik gesprochen werden kann, daß aber in mancher Hinsicht Ergänzungen, Vertiefungen und z.T. auch Korrekturen notwendig sind.

Jürgen Reulecke

BEHRENDSOHN, Walter A.: **Die humanistische Front. Einführung in die deutsche Emigranten-Literatur**. Teil 2: **Vom Kriegsausbruch 1939 bis Ende 1946** (= Deutsches Exil, Bd. 6). – Worms: Verlag Georg Heintz 1976. 236 S.;
ROLOFF, Gerhard: **Exil und Exilliteratur in der deutschen Presse 1945-1949. Ein Beitrag zu Rezeptionsgeschichte** (= Deutsches Exil, Bd. 10). – Worms: Verlag Georg Heintz 1976. VIII, 313 S.;
SPALEK, John M. und Joseph STRELKA (Hrsg.): **Deutsche Exilliteratur seit 1933, 1. Kalifornien**, 2 Teile (= Studien zur deutschen Exilliteratur). – Bern und München: A. Francke Verlag 1976. 886 und 216 S.

Während Aufgabenstellung, Methode und institutionelle Verankerung der Exilliteraturforschung sich gegenwärtig (wieder oder immer noch?) in einer Krise befinden, die weder aus persönlichen noch aus rein sachbezogenen Kontroversen allein erklärt werden kann, gelangen zunehmend Ergebnisse der – leider erneut individualisierten – wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit diesem Bereich an die Öffentlichkeit.
Ein bezeichnendes Licht auf die bisherige Entwicklung wirft die erst jetzt erfolgte Veröffentlichung des zweiten Teils der „Humanistischen Front" von Walter A. Berendsohn. Diese bereits 1949 abgeschlossene Arbeit, bisher lediglich als Manuskript in der Deutschen Bibliothek Frankfurt einsehbar, kann natürlich nicht an den bisher vorgelegten Forschungsergebnissen gemessen werden. Nach der Verzögerung der Veröffentlichung um ein Vierteljahrhundert hat sie inzwischen selbst den Charakter eines historischen Dokuments angenommen. Vor allem wohl deshalb, weil der Berendsohn 1949 erreichbare Informationsstand (und sein Methodenreservoir) eindringlich von der Zersplitterung der deutschen Literatur im Exil zeugen und weil die persönliche Darstellungsweise Berendsohns auch verdeutlicht, welche Hoffnungen aus jener Zeit (etwa die auf eine baldige Vereinigung der „beiden 1933 geschiedenen Gruppen der deutschen Literatur" (S. X)) sich als uneinlöslich erwiesen haben. Durch den am Ende wiedergegebenen kurzen Briefanhang aus dem Jahre 1947 gewinnt die Edition einen besonderen zeitgeschichtlichen Wert. Mit Erstaunen liest man dort die Weigerung des Verlages Kurt Desch (der ja weithin als Förderer der Exilliteratur gilt) 1947 den in Zürich bei Oprecht erschienenen ersten Band der „Humanistischen Front" für das deutsche Publikum zu übernehmen, weil – so der Tenor der Briefe an Oprecht und Berendsohn – vom Autor eine polemische Verzerrung der literarischen Entwicklung durch eine Stellungnahme *„gegen* die daheimgebliebenen Schriftsteller" (S. 231) bewirkt werde. Desch, der in jenen Jahren vor allem Wiechert und Edschmidt verlegte, fordert eine Überarbeitung im „Interesse unserer gemeinsamen Sache" (S. 232), bestreitet generell die Fähigkeit der Schriftsteller im Exil von „draußen" weiter in der

Lage zu sein, die deutschen Entwicklungen „richtig zu sehen, wie sie sich hier begeben und entwickelt haben" (S. 232) und beruft sich auf die „historische Wahrheit". Vor dem Hintergrund der Berendsohnschen Hoffnung auf eine Wiedervereinigung der Literatur des Exils und der inneren Emigration wirken diese, lediglich vor den zeitgenössischen Auseinandersetzungen (etwa zwischen Thomas Mann und Walter von Molo) verständlichen Argumentationsweisen als deutlicher Beweis für die Zuspitzung der Polarisierung zwischen „westlichen" und „östlichen" Vertretern der Exilliteratur in der Nachkriegsphase.

Die bisher kaum systematisch untersuchte Rezeptionsgeschichte der Exilliteratur nach 1945 steht im Mittelpunkt der Arbeit Roloffs (einer Siegener Dissertation). Zur Überprüfung der These, ob es vor dem „vollen Einsetzen des ‚kalten Krieges' so etwas wie eine kurze aber intensive Wiederaufnahme der Exilliteratur ins Kulturleben Deutschlands gegeben" habe (S. 2), untersucht Roloff ein ausgewähltes Sample von 18 (eigentlich 16, da zwei Nebenausgaben erfaßt werden) Nachkriegstageszeitungen hinsichtlich der in ihnen nachweisbaren Vermittlung und Wertung der Problemkreise Exil und Exilliteratur. So überzeugend der Ansatz auch ist (z.B. wird der Bereich Theater mit einbezogen), die methodologischen Voraussetzungen der Arbeit, und das spiegelt sich in den Ergebnissen wider, lassen viele Fragen unbeantwortet, die sich im aufgezeigten Kontext stellen.

Bereits die Auswahl der zu untersuchenden Presseorgane (US-Zone: 6, britische Zone: 7, französische Zone: 3, sowjetische Zone: 2) kann nicht recht überzeugen. Unter dem Hinweis auf die „nichtkontinuierliche Entwicklung der Presse im Innern der sowjetischen Zone" (S. 53) beschränkt Roloff sich auf die beiden in Ost-Berlin erscheinenden Zeitungen „Tägliche Rundschau" und „Neue Zeit" (CDU). Die Entscheidung ist nicht allein deshalb kaum verständlich, weil von den erfaßten Blättern in den westlichen Zonen lediglich 4 während des gesamten Untersuchungszeitraums erscheinen (vgl. S. 57), was der Argumentation die Schärfe nimmt, sondern auch, weil sich die besondere Situation Berlins (was sowohl für den westlichen als auch für den östlichen Teil gelten soll) als Voraussetzung durch die gesamte Untersuchung zieht und immer wieder zur Erklärung „atypischer" Einzelergebnisse dienen muß. Ob es zwischen der Berichterstattung Ostberliner Zeitungen und denen in der „Provinz" wesentliche Unterschiede gegeben haben mag, würde nicht allzusehr ins Gewicht fallen, verwiese Roloff nicht ausdrücklich auf seinen (lediglich aus der Gegenüberstellung der beiden Ostberliner Zeitungen gewonnenen) Eindruck, „so sehr ‚gleichgeschaltet' kann also auch die sowjetisch kontrollierte Presse seinerzeit nicht gewesen sein" (S. 214).

Mag eine solche Vereinfachung auch – vor dem Hintergrund der ausführlich dargestellten Zuspitzung des Ost-West-Konflikts und der ihr folgenden Polarisierung, wobei zunehmend die Vertreter der Exilliteratur als Instrumente benutzt wurden, der eigenen Position Glaubwürdigkeit zu verschaffen, von sekundärer Bedeutung sein, so fördert sie dennoch weitere Zweifel am Anspruch des Autors auf eine „repräsentative" Zeitungsauswahl. Zwar werden die Kriterien pauschal angegeben, ihre Verifizierung erfolgt jedoch lediglich an Hand von Kurzdarstellungen der (gewählten) Zeitungen, in denen die Ergebnisse bisheriger Forschung als Gegebenheiten akzeptiert werden. So kommt schon hier – mit Ausnahme der Besatzungszeitungen – eine nicht nachprüfbare Komponente hinein.

Aus den bisher skizzierten Einschränkungen resultiert – noch weiter verstärkt durch eine unpräzise (vom Autor selbst als solche erkannte) Kategorienbildung hinsichtlich der formalen und inhaltlichen Untersuchungsschritte – eine gewisse Unschärfe der Ergebnisse. „Der Aussagewert", heißt es z.B. hinsichtlich der theoretisch als zentral einzustufenden Häufigkeitsuntersuchungen, „muß mit äußerstem Bedacht eingeschätzt werden" (S. 60). Dadurch, und auch durch den Mangel an absoluten Vergleichszahlen zum literarischen Angebot in der Nachkriegspresse, reduziert sich die Arbeit aber weitgehend wieder auf die Ebene einer an vorgefaßten inhaltlichen Komplexen informierten vergleichenden

Interpretation, innerhalb derer subjektiv ausgewählte (denn weder die Totalität noch ein nachprüfbarer Selektionsmechanismus ist erkennbar) Zitate für sich sprechen.
Folgen auch bei einigen Komplexen (wie Abdrucke, Buchbesprechungen, Theaterrezensionen usw.) quantifizierte Angaben, so erscheinen sie doch eher als Zusätzliches denn als Ausgangspunkt der Analyse, vor allem wohl, weil sie keinerlei direkte Vergleiche ermöglichen. Das ist zu bedauern, denn die Ausgangsfrage zeigt ebenso wie die von Roloff vorgestellten Ergebnisse, daß sein Ansatz bei einer intensiveren theoretischen Absicherung die bisherigen Annahmen über die Literaturpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg entscheidend hätte bereichern können. So aber bleiben, neben den Basisinformationen, die der Autor vermittelt, noch manche Fragen offen. Als Hilfsmittel zu ihrer Beantwortung bietet Roloff am Ende seines Bandes die Totalität der in den untersuchten Zeitungen nachweisbaren Stellungnahmen zum Problem Exil (ca. 1.500 nach Sachgebieten und Darstellungsform geordnete Auflistungen). Hervorzuheben sind aber seine Folgerungen, daß die Vermittlung der Exilliteratur einerseits integraler Teil der Reeducation-Programme war (und damit nach der Rückkehr der Altverleger in den Hintergrund trat), und daß die Entwicklungen und Zielsetzungen in dieser Vermittlung nur vor dem Hintergrund des beginnenden Kalten Krieges erfaßt werden können.
Im Zusammenhang mit der „dokumentarischen" bzw. rezeptionsgeschichtlichen Annäherung an die Exilliteratur sei noch auf die von John M. Spalek und Joseph Strelka herausgegebene umfangreiche Darstellung des Exils in Kalifornien hingewiesen. Diese – den akademisch repräsentativen Ansatz an den amerikanischen Germanistik-Seminaren vorstellende – Arbeit enthält im ersten Teil nach einer Abhandlung von „Sonderproblemen" 27 Schriftsteller- und 13 Drehbuchautorenporträts. Der zweite Teil bietet (unter Mitarbeit von Sandra H. Hawrylchak) umfangreiche Angaben zur bibliographischen und archivalischen Situation. Allerdings verrät bereits das Vorwort des Bandes die Schwierigkeiten, die eine rein literaturwissenschaftliche Annäherung an das Thema Exilliteratur stellt. Lassen sich aus der Heterogenität in Aufbau und Zielsetzung der einzelnen Artikel (auf die im Vorwort explizit hingewiesen wird) den Herausgebern kaum Vorwürfe machen, so kann einigen weiteren Ausgangspostulaten nicht ohne weiteres gefolgt werden. Fällt es schon schwer, einer Formulierung wie der, „daß auf Grund der größeren Tradition und des Standes der entwickelten Methoden die Literaturkritik der Film- und Drehbruchkritik noch immer sehr voraus ist" (S. 12 bzw. S. 676 f.) beizupflichten bzw. die Auswahl gemäß literarischem Rang in den beiden erfaßten Bereichen zu akzeptieren, so lassen einige – nur am Rande angeführte – „historische Wertungen", die wohl als Prämissen des umfangreichen Mitarbeiterstabes zu betrachten sind, an dem implizierten Anspruch an Objektivität zweifeln. So, als habe z.B. die von Roloff herausgearbeitete Operationalisierung der Begriffe Exil und Exilliteratur nie stattgefunden, argumentieren die Herausgeber im Zusammenhang mit der Frage nach der zeitlichen Begrenzung des Exils: „Allein im deutschsprachigen Raum folgte bald nach dem Ende des ‚Dritten Reichs' eine neue Welle: der politische Totalitarismus des Ostens ließ viele Autoren in die Freiheit fliehen und das heißt, trieb sie direkt oder indirekt ins Exil. Ja, die Aufeinanderfolge der Phänomene war so knapp, daß einzelne bedeutende Exilautoren wie etwa Theodor Plivier, die zunächst vor dem Nationalsozialismus nach dem Osten flohen, in schöner Konsequenz ihrer Haltung ebenso aus dem Osten in die Freiheit fliehen mußten." (S. 7 f.). Mißlich erscheint eine solche Formulierung nicht nur hinsichtlich Pliviers, der auf dem Frankfurter Schriftstellerkongreß 1948 seine damals vielbewunderte Attitude des „zwischen den Stühlen sitzens" verkündete, sondern auch vor der Entscheidung Brechts, nach Ostberlin zu gehen.
Allerdings verweist diese Pauschalisierung der Vertreter des Exils auf einen „westlichen" Freiheitsbegriff auch auf den Mangel einer Literaturgeschichtsschreibung,

die immer wieder vom einzelnen Schriftsteller ausgeht, sich an den anerkannten Größen informiert und die politischen Dimensionen des Exils immer nur unter der bezeichnenden Brechung des gerade untersuchten Vertreters mißt und erfaßt. Heinrich Manns Tätigkeit im Pariser Exil wird z.B. nicht einmal angedeutet, Brecht „kehrte ... in das Land seiner Muttersprache zurück, um das Schicksal eines besiegten Deutschlands zu teilen" (S. 295), – beliebig herausgegriffene Urteile, die weiter auf eine soziologische, zumindest aber die gesellschaftlichen Ausgangspunkte berücksichtigende Aufarbeitung der Exilliteratur warten lassen.

Bodo Rollka

Die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Bildern und Dokumenten. Hrsg. vom IML beim ZK der SED (Leiter des Herausgeberkollektivs: Günter Benser). – Berlin: Dietz 1976. 320 S., 900 Abb.

Zum 30. Jahrestag der SED-Gründung hat das IML den obligatorischen Erinnerungsband vorgelegt, der die gesammelten „Zeugnisse einer großen Zeit" (S. 5) für nur 29,50 Mark offenbar einer relativ breiten Leserschaft „anschaulich, einprägsam und überzeugend" (S. 5) nahebringen soll. Zweifellos sind Bilder in der Lage, vielen Menschen, die allein aufgrund schriftlicher Dokumente nicht imstande wären, eine konkrete Vorstellung von vergangenen Geschichtsperioden zu gewinnen, diese anschaulich zu machen. In der Veröffentlichung von Bildmaterial liegt jedoch auch eine große Manipulationsgefahr, gelten doch Fotographien gemeinhin als etwas Objektives, da die Wirklichkeit Widerspiegelndes. Insofern ist die Feststellung nicht gerade originell, daß es hier mindestens so stark wie bei schriftlichen Quellen auf die Auswahl, die Präsentation und die Interpretation ankommt. Demgegenüber verbreiten die Herausgeber des Bdes die Mär, „die hohe Beweiskraft der zeitgenössischen Bilder und Dokumente" würde an und für sich irgend etwas „beweisen", in diesem Fall „ein weiteres Mal die Hohlheit jener Verleumdungen ..., nach denen Zwang und Druck die Geburtshelfer der SED gewesen waren." (S. 7). Tatsächlich ist das zu Beweisende bereits vorgegeben, während Bilder und Dokumente lediglich illustrieren, ohne zu belegen. Schon das Layout macht das deutlich: Auf einer Doppelseite werden die Bilder und „Dokumente" links und rechts außen von einer Spalte (1/4 Seite) Text (ganz überwiegend Erinnerungen von SED-Funktionären) eingerahmt. Als Kopfleiste wird ein kurzer Kommentar (größere Type) präsentiert, der die „korrekte" Einordnung der abgedruckten Quellen ermöglicht. Zu dem pseudonaiv-positivistischen Anspruch des Bdes, die Wirklichkeit zu zeigen, paßt eine von Medien-Kritikern als „Augenzeugenideologie" bezeichnete Verfahrensweise, die durch Fotos Tatsachennähe suggeriert, obwohl der Informationswert des visuellen Belegs gering ist oder in einem nur indirekten oder beliebigen Zusammenhang zum Text steht.

Den Gipfel bildet die visuelle Aufbereitung der sogenannten Berner Konferenz der KPD, die 1939 in Dravail bei Paris stattfand. Da man zu dem Text der Kopfleiste (S. 71) keine anderen Bilder zeigen kann oder will, man andererseits die Berner Konferenz offenbar unbedingt zu bebildern müssen glaubt, wird dem Leser eine historische Postkartenfotographie „mit dem alten Rathaus" und daneben ein in den letzten Jahren entstandenes Foto des Ortseingangsschildes präsentiert „Dravail, Commune d'Europe, Jumelée avec Oberkirch" (BRD) ! Weniger deutliche Beispiele von Augenzeugenideologie: S. 105, „Sitz der SMAD in Berlin-Karlshorst"; S. 183, „Tagungsstätte der Dezemberkonferenz ist der August-Bebel-Saal im Gebäude des Zentralausschusses der SPD" (Datum der Aufnahme in beiden Fällen unklar). Andererseits sollte als erfreulich vermerkt werden, daß gewisse Praktiken wie das Retuschieren von Fotos, die rückwirkende Eleminierung von späteren „Renegaten" aus der Geschichte usw. offenbar endgültig überwunden sind.

Die Vorgeschichte der SED beginnt für das IML mit der Annahme des Kommunistischen Manifests durch den Bund der Kom-

munisten, sei doch damit „die Vereinigung von wissenschaftlichem Kommunismus und Arbeiterbewegung vollzogen" (S. 15) worden (1848!!). Die Gründung der SED erscheint somit als „Vollendung des einhundertjährigen Ringens um die Schaffung einer einheitlichen marxistischen Arbeiterpartei" (S. 7). Über ein Viertel des Buches ist der Zeit bis Mai 1945 gewidmet. Andererseits endet die Darstellung im wesentlichen mit der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in der SBZ, obwohl SED-Funktionäre rückblickend verschiedentlich darauf hingewiesen haben, daß der eigentliche Verschmelzungsprozeß erst nach dem Vereinigungsparteitag begonnen habe. – Es kann wohl nicht verwundern, sollte aber doch angemerkt werden, daß solche unangenehmen Tatbestände wie der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt von 1939 – um ein besonders krasses Beispiel herauszugreifen – nicht erwähnt oder allenfalls in euphemistischer Weise gestreift werden. So erscheint das Verhalten der sowjetischen Truppen bei der Eroberung Ostdeutschlands nicht einmal als Randproblem, die Vertreibung von Millionen Deutschen aus den Oder-Neiße-Gebieten als friedliche Umsiedlungsaktion (S. 149, Bild 6: „Umsiedler auf dem Wege in die neue Heimat"). Die basisdemokratische Bewegung der Antifa-Ausschüsse taucht lediglich im Zusammenhang mit der „offiziellen", von den drei Initiativgruppen des ZK der KPD angeleiteten Reorganisation des gesellschaftlichen Lebens auf (S. 100 f.), von ihrer Abwürgung durch die KPD-Führung ist keine Rede. Auch daß die Mitglieder des „Zentralausschusses" der SPD der KPD im Frühjahr 1945 mehrfach vergeblich die sofortige Verschmelzung anboten, bleibt unerwähnt. Die Auseinandersetzung um die Vereinigung in Berlin im Spätwinter 1946 wird zwar nicht unterschlagen, aber in einer Art und Weise behandelt, die auch bei linientreuen SED-Mitgliedern etliche Fragen hinterlassen dürfte. In den jedem Kapitel vorangestellten „Historischen Daten" heißt es unter dem 31.3.1946: „Die Spalterfraktion in der Berliner SPD führt mit Unterstützung der imperialistischen Besatzungsmächte in den Westberliner Bezirken eine gegen die Vereinigung gerichtete Urabstimmung in der SPD durch." (S. 217). Als Dokumente werden zu diesem Vorgang der Boykottaufruf des Zentralausschusses und ein Teil der ersten Seite der SPD (ZA)-Zeitung „Das Volk" vom 2.4.46 mit den kurios interpretierten Ergebnissen der Urabstimmung abgedruckt. Daß die Urabstimmung von einer ordentlichen Funktionärskonferenz für ganz Berlin beschlossen worden war und im Ostsektor nur durch die Intervention der sowjetischen Besatzungsmacht unterbunden wurde, bleibt im Dunkeln.

Auffällig ist die harmonisierende Tendenz des Bdes: Konflikte und Auseinandersetzungen werden heruntergespielt oder in allgemeine und nichtssagende Formeln aufgelöst. In den zentralen Kapiteln kommen die „Feinde der Einheit" kurz und summarisch vor (S. 181, S. 189 und S. 224 f.). Nur wenige Dokumente zeugen von dem Kampf um die Einheit in Westdeutschland, relativ unterbelichtet bleibt auch die diesbezügliche Entwicklung auf betrieblicher Ebene. Gewiß: die vorgebrachte Kritik macht lediglich Grundprobleme der DDR-Historiographie an einem krassen Beispiel fest. Insofern kann natürlich gefragt werden, ob es sinnvoll ist, eine Art Vereinschronik in der geschehenen Weise zum Gegenstand einer Kritik zu machen, der wohl die wenigsten Bildbände standhalten würden. Die Rezension sollte jedoch ihr Objekt ernst nehmen, und das beinhaltet, seinen Informationswert zu prüfen.

Abschließend sei die Anschaulichkeit, Eindruckskraft und technische Qualität vieler der veröffentlichten Fotos und mancher der faksimilierten – wenn auch z.T. zerstückelten oder/und nicht datierten – Dokumente, vor allem was die Vermittlung von Atmosphäre angeht, ausdrücklich anerkannt. Von Wert ist dieses jedoch nur für den Sachkundigen, der sich darauf seinen eigenen Reim zu machen versteht.

Peter Brandt

BEIER, Gerhard: **Der Demonstrations- und Generalstreik vom 12. November 1948. Im Zusammenhang mit der parlamentarischen Entwicklung Westdeutschlands** (= Theorie und Praxis der Gewerkschaften, Themenkreis Geschichte 2). – Frankfurt/M. und Köln: Europäische Verlagsanstalt 1975. 93 S.

Der 24stündige bizonale Generalstreik vom 12. November 1948 – der erste Generalstreik seit Beginn der 20er Jahre und der einzige im formalen Sinne offensive, politisch begründete „größere Arbeitskampf dieser Art in der bisherigen deutschen Geschichte" (S. 35) – gehört zweifellos zu den „blinden Flecken der deutschen Sozialgeschichte" (Umschlagdeckel, Rückseite), was zunächst um so mehr erstaunt, als der Streik hinsichtlich Beteiligung – von 11,7 Mio. Beschäftigten legten 9,25 Mio. die Arbeit nieder – und technischer Organisation außerordentlich erfolgreich war. Wie schon der Untertitel deutlich macht, geht es Beier nicht so sehr um den Generalstreik an sich, sondern vielmehr um die Bedeutung dieses Streiks für die konstitutionelle Entwicklung Westdeutschlands und um seinen Stellenwert im Rahmen der Verfassungspolitik des DGB. Der Autor weist ausdrücklich darauf hin, daß es aktuelle politische Motive und ein aktueller Anlaß – das Verfassungsjubiläum der Bundesrepublik – sind, die ihn als engagierten Gewerkschafter veranlassen, einen Beitrag zur Aufhebung der „historischen Verdrängung" jenes Modells des Sozialstaats zu leisten, das man „nicht im Grundgesetz und auch nicht in den Länderverfassungen . . . , sondern im Verfassungsentwurf der Gewerkschaften" (S. 64) findet. In seiner (immanenten) Kritik an der praktischen Politik des DGB in der betreffenden Zeit wirft Beier den Gewerkschaftsführern nicht mangelnde Kampfbereitschaft vor; der Generalstreik konnte schon wegen der „mehrfachen Stoßrichtung gegen Unternehmer, Wirtschaftsrat und Alliierte" und des mangelnden finanziellen Rückhalts nur eine „Willenskundgebung ohne unmittelbare Erfolgschance" sein (S. 57). Das „gewerkschaftliche Versagen im Kampf um das Grundgesetz" (S. 56) sieht Beier eher auf der institutionellen Ebene: Die Unfähigkeit der Gewerkschaftsführung, die am 12. November demonstrierte „soziale Macht" in „politische Macht" umzusetzen, traf zusammen mit einer „verfassungspolitischen Fehlorientierung" der SPD (S. 56), die praktisch das Ausklammern gesellschaftspolitischer Grundentscheidungen begünstigte. M. E. könnte die Politik des DGB in der zweiten Jahreshälfte 1948, deren restriktive Bedingungen Beier zwar erwähnt, aber nicht diskutiert, erst voll verständlich werden, wenn der konzeptionelle Zusammenhang zwischen wirtschaftsfriedlicher Lohnpolitik („Lohnverzicht"), dem Streben der Gewerkschaftsführung nach Verstaatlichung der Arbeiterorganisationen (Übernahme zusätzlicher, auch öffentlicher Funktionen bei „Verfassungsprivileg für die Einheitsgewerkschaft" (S. 26) und dem gewerkschaftlichen Reformprogramm explizit herausgearbeitet würde.

Der Versuch des Autors, die außenpolitischen Hoffnungen des DGB vor dem Hintergrund verbesserter Kontakte zu den amerikanischen Gewerkschaften bei deren wachsender innenpolitischer Bedeutung, wie sie sich anläßlich der Wiederwahl Trumans zeigte, als nicht nur naive Wünsche zu charakterisieren (S. 58 ff), ist sehr interessant und sollte gelegentlich fortgesetzt werden. Es sei noch darauf hingewiesen, daß im Anhang ein Brief des DGB (H. Böckler) an den Präsidenten des Parlamentarischen Rates (K. Adenauer) vom Oktober 1948 (S. 73 ff.) mit den verfassungspolitischen Forderungen der Gewerkschaften dokumentiert ist, den Beier zu Recht als „das wichtigste gewerkschaftliche Dokument zur Entstehungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland als eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates" (S. 71) bezeichnet.

Obwohl die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung z.T. schon in verschiedenen Aufsätzen publiziert worden sind, erweist sich diese wegen ihrer breiten Quellenbasis (Archivalien des DGB, Protokolle, Zeitungen usw.) für den Fachhistoriker als sehr

nützlich. Ob das gleichermaßen für den relativ unkundigen Laien gilt, scheint mir fraglich.

Peter Brandt

HÜTTER, Joachim: **SPD und nationale Sicherheit. Internationale und innenpolitische Determinanten des Wandels der sozialdemokratischen Sicherheitspolitik 1959-1961** (= Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 10). – Meisenheim: Anton Hain 1975. 244 S.

Das vorliegende Buch hat sich im Rahmen einer Fallstudie des sicherheitspolitischen Wandels der SPD 1959-1961 ambitiöse und vielfältige Aufgaben gestellt. Es möchte einen Beitrag leisten zu der Frage des Verhältnisses von Innen- und Außenpolitik allgemein und speziell im Fall der Bundesrepublik; es enthält eine breite Analyse zum „politischen Ziel nationale Sicherheit"; und es äußert sich schließlich zum Thema Parteienforschung. Es soll auf höchster Ebene die wissenschaftlichen Bereiche internationale und Innenpolitik einander näher bringen. Ausgangspunkt ist die These Wolfram F. Hanrieders („West German Foreign Policy, 1949-1963", Stanford, 1967), die Bundesrepublik sei ein „penetriertes System", ein Staat, in dem, nach Hütter, „interne Ziele mit internationalen Gegebenheiten vereinbar" sein müssen. Anhand einer „normativ-analytischen" Untersuchung des sozialdemokratischen Positionswechsels sucht H. diese gewiß überspitzte Auffassung gründlich zu widerlegen.
H. beschreibt den sicherheitspolitischen Wandel der SPD vom Deutschlandplan (März 1959) bis zum Parteitag in Hannover (November 1960) als Wechsel von einer gesamtdeutsch ausgerichteten „populistischen" Sicherheitspolitik, die durch eine „präventive Politik der Umkonstruierung der äußeren Umwelt ... die Wahrscheinlichkeit der Gewaltanwendung verringern ... sollte" (S. 70), auf eine von der Wiedervereinigungsfrage getrennte und auf die Bundesrepublik bezogene Konzeption der nationalen Sicherheit. Ein klareres Feindbild der Sowjetunion, wachsende Identifizierung mit der amerikanischen Außenpolitik und Betonung des internationalen Gleichgewichts waren die Hauptkennzeichen der neuen Politik. H. leugnet dabei nicht die Wirkung, die die Ergebnislosigkeit der Genfer Konferenz von 1959 in der Wiedervereinigungsfrage, die Torpedierung der Pariser Konferenz und die Wahl Kennedys auf die SPD-Führung hatten. Jedoch betrachtet er die These von der Anpassung der sozialdemokratischen Sicherheitspolitik an die internationale Konstellation wohl als „außerordentlich suggestiv" (S. 154), aber „empirisch nicht ausreichend" (S. 125), u.a. weil Ollenhauers Abschied vom Deutschlandplan 2 Monate *vor* der Pariser Konferenz und Brandts Billigung einer integrierten NATO Atomstreitmacht *vor* der Wahl Kennedys stattfanden. Auch innenpolitische Anpassung will H. nur sehr bedingt als Beweggrund für das sicherheitspolitische Umdenken der SPD gelten lassen. Da Meinungsumfragen der Zeit eher die sozialdemokratischen Auffassungen des Deutschlandplans zu stützen scheinen und auch die Wirkung des Kanzlerprestiges sowie des Hangs aller großen Parteien eines Wohlfahrtsstaates zur politischen Mitte für H. nur „plausibel" und unnachweisbar bleiben, weiß er schließlich nur für die These, daß der Positionswandel dem sozialdemokratischen Streben nach einer großen Koalition entsprungen ist, überzeugendes Beweismaterial ins Feld zu führen.
Leider beruht diese Unschlüssigkeit jedoch nicht nur auf empirisch-wissenschaftlicher Präzision und Umsicht, sondern ebenso auf wesentlichen Mängeln in Fragestellung und Quellenbasis. H. begeht schon am Anfang seiner hauptsächlich argumentativ-theoretischen Arbeit einen schweren Fehler. Man kann wohl zur Untersuchung langfristiger politischer Positionen eine Partei als „handelnde Einheit" (S. 20) betrachten. Einem so wesentlichen Wandel wie dem der SPD von 1959/60 liegt jedoch ein pluralistischer Prozeß der Meinungsbildung zugrunde, der nicht aus den Reden Fritz Erlers, Helmut Schmidts – der Kronzeugen H.s – und anderer allein ersichtlich ist. Stellt man dar-

überhinaus noch die Frage nach den Determinanten des Wandels, so müssen die Personen identifiziert und differenziert werden, die in dem Entscheidungsprozeß die führenden Rollen gespielt haben. Ausschlaggebend für die Frage der Anpassung an internationale Gegebenheiten ist weniger, ob die neuen Positionen vor oder nach dem Pariser Gipfel formuliert worden sind, sondern inwieweit z.B. W. Brandt, der gewiß stark von der Berliner Krise beeinflußt war, sich in der Parteispitze hatte durchsetzen können. H. ignoriert nicht nur die Frage der Meinungsbildung, die von Abraham Ashkenasi u.a. bereits wirksam aufgezeichnet worden ist, er verschließt sich auch dem Gros der Quellen, die hierzu hätten Aufschluß geben können: ungedruckte Archivmaterialien der Partei, Interviews etc. Die Quellenbasis besteht ausschließlich aus gedruckten Bundestags-, Parteitags- und anderen öffentlichen Reden und Aufsätzen sowie einer engen Auswahl von Sekundärliteratur, in der theoretische Arbeiten zum Kalten Krieg, zu Disengagement und Entspannung fast völlig fehlen. Aber auch innerhalb der Analyse des "Monoliths" SPD gehen nicht alle Gleichungen auf. Die exklusive Gleichsetzung von innenpolitischen Determinanten mit rein wahlpolitischen Überlegungen ist zumindest problematisch. Der Kampf Brandts und anderer um ein sozialdemokratisches Bekenntnis zur Bundeswehr und zur NATO war auch ein ideologischer Kampf um ein Bekenntnis zum Staat und zu einer staatlichen Sicherheitspolitik überhaupt. Schließlich ist selbst H.s Aburteilung Hanrieders fragwürdig. Es ist zumindest denkbar, daß das sozialdemokratische Streben nach der großen Koalition eben gerade ein Ausdruck jenes innenpolitischen Konsens war, den Hanrieder als wichtigste Konsequenz seines „penetrierten Systems" betrachtet.
Von den anderen beiden theoretischen Ambitionen H.s bieten dem Leser die 23 Seiten zum Begriff der nationalen Sicherheit nicht uninteressante theoretische Überlegungen, die aber schließlich zu dem Schluß führen, daß der Terminus nationale Sicherheit „inhaltlich variabel" ist. In der weiteren Untersuchung finden diese Überlegungen so keinen Niederschlag mehr. Zum Komplex Parteienforschung macht H. den vernünftigen Vorschlag, daß mehr über die „Probleme der Realisierung politischer Ziele durch die Parteien in einem gegebenen System" geforscht werden sollte.

Diethelm Prowe

FICHTER, Tilman und Eugen EBERLE: **Kampf um Bosch. Eine dokumentarische Untersuchung der KPD-Betriebspolitik nach 1945 am Beispiel Bosch** (= Politik, Bd. 50). – Berlin: Wagenbach 1974. 192 S.

Das vorliegende Buch vereinigt in sich die Memoiren eines Veteranen der Stuttgarter Arbeiterbewegung und die monographische Untersuchung eines seit längerem über die Nachkriegszeit arbeitenden sozialistischen Politologen. [1] Die, übrigens sehr lebendig geschriebenen, Erinnerungen Eugen Eberles müssen – wie alle Quellen solcher Art – mit der nötigen Zurückhaltung aufgenommen werden; doch hat sich Eberle erfreulicherweise nicht nur auf sein Gedächtnis verlassen, sondern eine umfangreiche private Materialsammlung herangezogen, aus deren Dokumenten er auch ausgiebig zitiert. Das „Archiv Eugen Eberle", ergänzt durch zeitgenössische Periodika und Materialien verschiedener Art, bildet auch den Kern der Quellenbasis von Tilman Fichters Beitrag. Dieser behandelt in drei Hauptkapiteln die politischen Bedingungen in Stuttgart nach Kriegsende, die Entstehung und besondere Prägung des Bosch-Konzerns und schließlich die praktische Arbeit des Gesamtbetriebsrats der Firma Robert Bosch GmbH 1945-52, vor allem in der Phase vor der

1 Siehe neben dem hier rezensierten Band: Ute Schmidt und Tilman Fichter, *Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen 1945-48*, Berlin (West) 1971; dies., *Arbeiterklasse und Parteiensystem. Aspekte der Parteiengeschichte in den ersten Nachkriegsjahren (1945-1949)*, in: Bernhard Blanke u.a., *Die Linke im Rechtsstaat*, Bd. 1: *Bedingungen sozialistischer Politik 1945-1965*, Berlin (West) 1976, S. 17-71.

Währungsreform. Beide Autoren stimmen in Darstellung und Deutung überein oder ergänzen sich. Abgesehen von der besonderen lokalpolitischen Bedeutung des Bosch-Konzerns, die zu Recht hervorgehoben wird, lassen sich die wichtigsten Ergebnisse beider Arbeiten folgendermaßen zusammenfassen:

1. Das aktive Element in der Arbeiterklasse bildeten 1945 ff. die (mehrheitlich kommunistischen) sich zunächst selbst konstituierenden Betriebsausschüsse der Großbetriebe. Diese provisorischen Betriebsräte, bei Wahlen dann meist bestätigt, wandten sich entsprechend der vorgefundenen Lage in erster Linie der materiellen Existenzsicherung der Beschäftigten und ihrer Arbeitsplätze zu. Bei Bosch ließ energischer Einsatz unternehmerische Vorstöße, die prekäre finanzielle Situation der Betriebe auf Kosten der Belegschaft bzw. Teilen davon zu erleichtern, scheitern. Die von den Betriebsräten verlangte radikale Entnazifizierung der Privatwirtschaft war – jedenfalls was das Management betrifft – gegen die Firmenleitung und die unerwartet „weiche" Haltung der Besatzungsmacht aber nicht durchzusetzen.

2. Die innerhalb der Gewerkschaften meist wieder führenden alten sozialdemokratischen Funktionäre teilten die entschieden antifaschistische und antikapitalistische Haltung der linken Betriebsräte nicht, sondern bauten, ihrer Tradition und Konzeption entsprechend, eher auf Kooperation mit Unternehmern, Besatzungsmächten und Auftragsverwaltungen. Indem die deutschen Gewerkschaften überdies zunehmend in den Sog des Ost-West-Konflikts gerieten, wobei die dadurch entstehende parteipolitische Flügelbildung auf eine für die deutsche Arbeiterbewegung fatale Weise mit der Fraktionierung zwischen linken Betriebsräten und traditionalistischen Funktionären zusammenfiel, wurde die in Form der Industriegewerkschaften endlich verwirklichte gewerkschaftliche Einheitsorganisation der Werktätigen als eigenständiger politischer Faktor ausgeschaltet.

3. Innerhalb ihrer Partei – der KPD – waren die radikalen Betriebsräte mit einer sich im Laufe der Jahre verändernden „Generallinie" konfrontiert, die sich allein an den außenpolitischen Interessen der UdSSR orientierte und auf die sie keinen Einfluß hatten. Zwar war es den Betriebsräten, wie das Beispiel Bosch zeigt, möglich, sich in ihrer praktischen Politik stärker an tatsächlichen Interessen und Bedürfnissen der Arbeiter zu orientieren als an der irrealen Bündniskonzeption der KPD- (bzw. SED-) Zentrale. Aber die Realität der sowjetischen Deutschlandpolitik (Vertreibungen, Demontagen etc.) unterminierte mittelfristig auch die betriebliche Stellung der Kommunisten.

4. Ausgerechnet in einer Phase des sich ständig verschärfenden Antikommunismus (auch und gerade in der Arbeiterbewegung) zu Beginn der 50er Jahre verfiel die KPD-Führung darauf, innerhalb der Gewerkschaften zur Offensive gegen die des nationalen und Klassenverrats bezichtigten „rechten Führer" überzugehen. Damit liquidierte die KPD lange vor ihrem Verbot die meisten der ihr noch verbliebenen Stützpunkte in Gewerkschaften und – indem ihre Kader vermittels Ausschlusses des durch Gewerkschaftsmitgliedschaft gewährleisteten Schutzes verlustig gingen und also unter Vorwänden entlassen oder auf anderem Wege ausgeschaltet werden konnten – Betrieben, z.B. bei Bosch. Diese zweite „‚RGO'-Ära der KPD" (S. 115 ff) in ihrer Bedeutung herausgearbeitet zu haben, ist eines der Hauptverdienste Tilman Fichters.

Kritisch möchte ich vor allem folgendes hervorheben:

1. Man gewinnt den Eindruck, daß Fichter den Erzählungen Eberles (ausführliches Interview) nicht immer mit genügend Distanz gegenüberstand. Sollten wichtige Details, die nicht belegt sind, sich allein auf Eberle stützen, wären sehr viel vorsichtigere Formulierungen angemessen gewesen (siehe S. 7 oben; S. 12, 3. Absatz; S. 23 oben; S. 24, 3. Absatz; S. 33, 2. Absatz, 5. Satz von unten, S. 99, 3. Absatz).

2. Es sind eine Reihe von Unstimmigkeiten, Flüchtigkeiten in der Interpretation, der Formulierung usw. zu konstatieren. Dafür einige Beispiele: Die von Fichter angegebene Zahl von 7,5 Mio. ausländischen Arbeitern im Reich 1944 bezieht sich nicht

auf die Industrie, sondern auf die gesamte Wirtschaft; die tatsächliche Zahl beträgt höchstens die Hälfte. Außerdem leisteten nur Häftlinge und Kriegsgefangene „unbezahlte Zwangsarbeit", die übrigen, d.h. die „Angeworbenen", wurden zwar schlechter bezahlt und behandelt als ihre deutschen Kollegen, leisteten aber doch (besonders brutale) Lohnarbeit (S. 94). Den Hintergrund für das Gesetz Nr. 8 der US-Militärregierung bildeten keineswegs die Potsdamer Beschlüsse, sondern die Äußerungen von General Patton – und die folgende Pressekampagne in den USA (S. 94). Eine amerikanische „Drei-Phasen-Prozedur" (S. 85) bei der Zulassung von Gewerkschaften hat es nie gegeben, wenngleich die Amerikaner in der Praxis ähnlich verfuhren wie die Briten, die ein solches Modell entwickelten. Der Satz schließlich: „die Betriebsräte gingen ... davon aus, daß die traditionelle Spaltung [!] der deutschen Arbeiterbewegung nur in der gemeinsamen Aktion, schrittweise wiederhergestellt [!!] werden könne ..." (S. 92), hätte bei allem Verständnis für die Tücken des Korrekturlesens nicht stehen bleiben dürfen.
Ich halte die Erinnerungen von Eugen Eberle und die Untersuchung von Tilman Fichter für einen wichtigen Beitrag zur Erforschung der Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit, u.a. gerade weil sie sehr engagiert geschrieben sind. Nicht ausreichend einbezogen wurden die Stuttgarter Antifa-Komitees, über die inzwischen jedoch eine ausführliche Monographie vorliegt. [2] Insgesamt möchte ich trotz notwendiger Kritik im einzelnen das Buch von Eberle/Fichter eindeutig empfehlen.

Peter Brandt

BERICHTIGUNGEN UND ERGÄNZUNGEN

Zu dem Beitrag von Dieter Emig und Rüdiger Zimmermann, „Das Ende einer Legende: Gewerkschaften, Papen und Schleicher. Gefälschte und echte Protokolle", in: IWK, Jg. 12 (1976), S. 19-43, teilt Alfred Weiland, Berlin,ergänzend mit, daß Dr. Ludwig Barbasch, der Vertreter des beklagten Herausgebers und Redakteurs des „Volkswille" (vgl. a.a.O., S. 32 ff.), Mitglied der Kommunistischen Arbeiterpartei (KAPD) gewesen und nach der faschistischen „Machtergreifung" nach Palästina ausgewandert sei.

Die Redaktion

In der Besprechung der Arbeit von Peter Wende, „Radikalismus im Vormärz. Untersuchungen zur politischen Theorie der frühen deutschen Demokratie", in: IWK, Jg. 12 (1976), S. 410 ff., ist durch ein technisches Versehen die Verlagsangabe weggelassen worden. Der Bd. ist im Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 1975, erschienen. Wir bitten um Entschuldigung.

Die Redaktion

Einladung zur Subskription!

Geplant zum 100. Geburtstag 1978:

Erich Mühsam Gesamtausgabe

Im fotomechanischen Reprint sollen alle zur Verfügung stehenden Werke Erich Mühsams in mehreren Bänden neu ediert werden:

Die Eigenen. Tendenzroman für freie Geister. Berlin 1903.
Die Homosexualität. Ein Beitrag zur Sittengeschichte unserer Zeit. In der Reihe: Zur Psychologie unserer Zeit, Heft 5. 43 S., Berlin^2 1903.
Die Wüste. Gedichte. Mit Buchschmuck von P. Cosberg-Krause. Groß Lichterfelde-Berlin 1904.
Ascona. Eine Broschüre. 59 S., Locarno 1905, ^{2}1906.
Die Psychologie der Erbtante. Eine Tantologie aus 25 Einzeldarstellungen, als Beitrag zur Lösung der Unsterblichkeitsfrage. 101 S., Zürich 1905.
Die Hochstapler. Lustspiel in 4 Aufzügen. 143 S., München 1906.
Die Jagd auf Harden. 48 S., Berlin-Schöneberg 1908.
Der Krater. 152 S., Berlin 1909, München ^{2}1912.
Die Freivermählten. Polemisches Schauspiel in 3 Aufzügen. 54 S., München 1914.
Wüste – Krater – Wolken. Gedichte. 231 S., Berlin 1914.
1919. Dem Andenken Gustav Landauers. 16 S., Berlin 1919.
Brennende Erde. Verse eines Kampfes. 94 S., München 1920.
Judas. Arbeiter-Drama in 5 Akten. In der Reihe: Sammlung revolutionärer Bühnenwerke, Band 4, 124 S., Berlin 1921, ^{2}1924.
Das Standrecht in Bayern. Berlin 1923.
Revolution. Kampf-, Marsch- und Spottlieder. Berlin 1925.
Alarm. Manifeste aus 20 Jahren. In der Reihe: Dichter und Rebellen, Band 1. 100 S., Berlin 1925.
Gerechtigkeit für Max Hoelz. 78 S. mit 2 Abb., Berlin 1926.
Staatsräson. Ein Denkmal für Sacco und Vanzetti. (Drama) 110 S. und 1 Tafel, Berlin 1928.
Sammlung 1898–1928. 359 S., Berlin 1928.
Von Eisner bis Levine. Die Entstehung der bayerischen Räterepublik. Persönlicher Rechenschaftsbericht über die Revolutionsereignisse in München vom 7.XI.1918 bis 13.IV.1919. 70 S., Berlin-Britz 1929.
Unpolitische Erinnerungen. Leipzig 1931.
Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat. Was ist kommunistischer Anarchismus? Fanal-Sonderheft. 48 S., Berlin-Britz 1932.

Ob die nach dem Tode Mühsams erschienenen Bände, vor allem die in der DDR, mitberücksichtigt werden können, hängt von schwierigen urheberrechtlichen Fragen ab, die noch abgeklärt werden müssen.

Wenn Sie bis zum 31. Dezember 1977 die Gesamtausgabe bestellen, sparen Sie DM 100,– vom späteren Ladenpreis, der momentan auf DM 500,– geschätzt wird. Ca. 2000 Seiten, 4 Bände, zahlreiche Illustrationen.

Subskribieren Sie bitte schon jetzt!

Verlag europäische ideen, 1 Berlin 37, Mühlenstraße 17b

IWK **Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung**

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak

Anschrift: Historische Kommission zu Berlin, IWK-Redaktion, Kirchweg 33, 1000 Berlin 38, Telefon 030/803 10 61

MITTEILUNG ÜBER EIN PROJEKT

N A M E (des Verfassers, Bearbeiters oder Herausgebers):

VORNAME:

ANSCHRIFT:

ORT DER WISSENSCHAFTLICHEN WIRKSAMKEIT (bei Kandidaten: Sitz der Hochschule, an der die Prüfung abgelegt werden soll):

ART DES VORHABENS (z. B.: Edition, Aufsatz, Monographie, phil. Diss., Staatsexamensarbeit):

TITEL DES VORHABENS (Arbeitstitel genügt):

ERLÄUTERUNGEN (Problemstellung, Gliederung, Akzente; Quellenbasis):

WISSENSCHAFTLICHER BETREUER (falls vorhanden):

STAND DER ARBEIT (z. B.: geplant, Anfangsstadium der Bearbeitung, voraussichtlicher Zeitpunkt des Ms.-Abschlusses):

SONSTIGES (z. B.: soll im Herbst 197 . im Verlag . . . . . erscheinen):

Bitte beachten Sie auch die Rückseite!

MITTEILUNG ÜBER DEN STAND EINES BEREITS ANGEZEIGTEN PROJEKTS

N A M E (des Verfassers, Bearbeiters oder Herausgebers):

VORNAME:

ANSCHRIFT:

ORT DER WISSENSCHAFTLICHEN WIRKSAMKEIT:

TITEL DES VORHABENS (wie angezeigt):

TITELVERZEICHNIS NR.

Zutreffendes bitte ergänzen, ankreuzen bzw. unterstreichen.

Die Arbeit wurde unter dem Titel . . . . . .
. . . . . .

☐ abgeschlossen.

☐ als Staatsexamensarbeit/Magisterarbeit/Dissertation/Habilitationsschrift im Jahre . . . . . von der Universität/Hochschule . . . . .